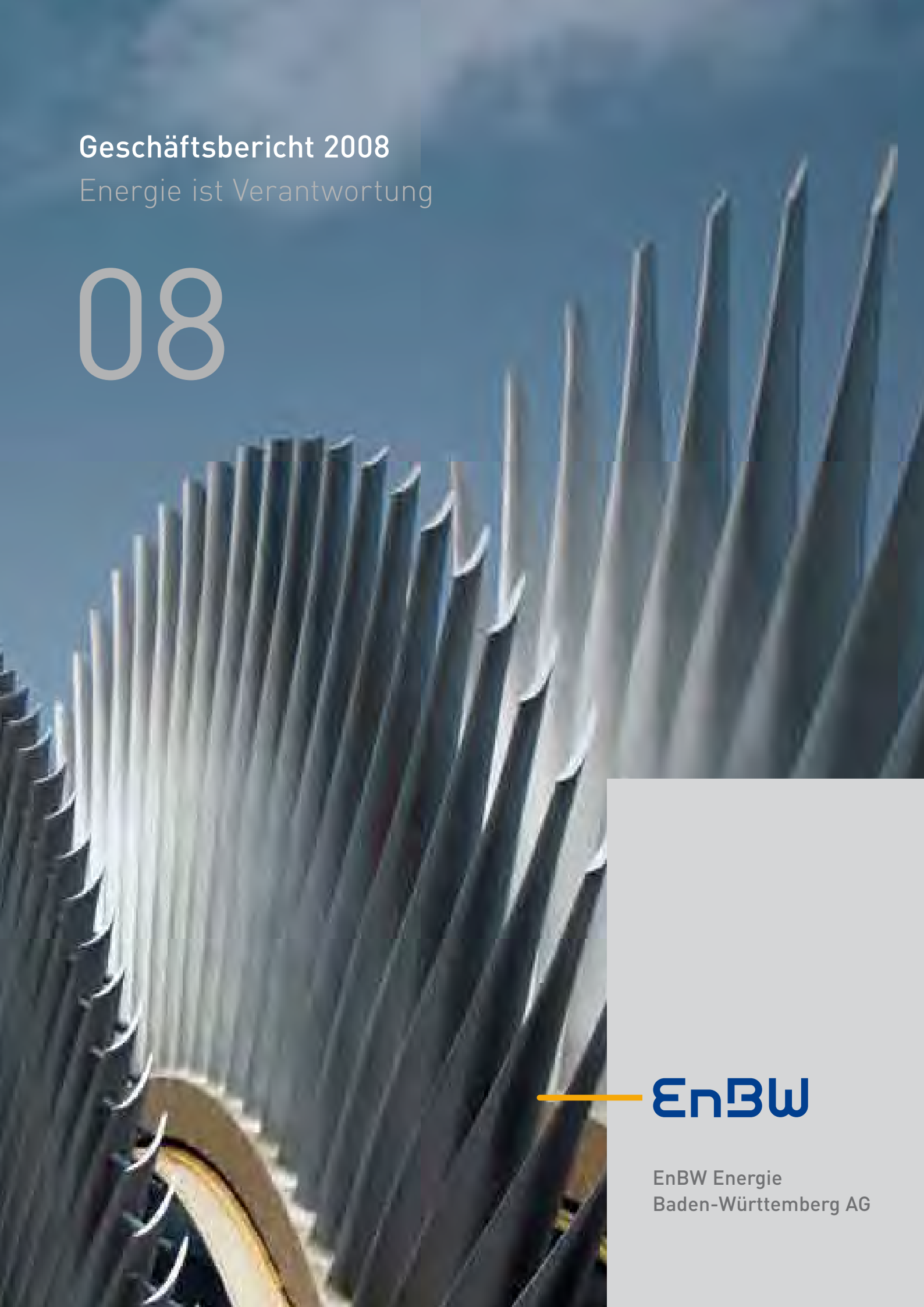
Geschäftsbericht 2008

Energie ist Verantwortung

08



EnBW

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG

Kurzporträt

Mit rund sechs Millionen Kunden und über 20.000 Mitarbeitern hat die EnBW Energie Baden-Württemberg AG 2008 einen Jahresumsatz von über 16 Milliarden Euro erzielt. Als drittgrößtes deutsches Energieversorgungsunternehmen konzentrieren wir uns auf die Geschäftsfelder Strom, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen.

Wir bekennen uns zum Standort Baden-Württemberg und Deutschland. Hier ist der Fokus unserer Aktivitäten. Darüber hinaus sind wir auch auf Märkten Mittel- und Osteuropas aktiv.

Das Titelbild unseres Geschäftsberichts 2008 zeigt die Schaufelräder einer Dampfturbine. Sie wandelt Strömungsenergie in Rotationsenergie um, die dann mittels eines Generators in elektrische Energie überführt wird. Die Stromerzeugung mit Turbinen kann auf verschiedenen Primärenergieträgern, wie Erdgas und Kohle oder auch Wasser und Wind, basieren. Wir als Energieerzeuger und Energieversorger tragen die Verantwortung dafür, dass diese Energie sicher und zuverlässig zu unseren Kunden gelangt. Dieser Verantwortung werden wir auch in Zukunft gerecht, indem wir unsere Erzeugungskapazitäten weiter ausbauen.

„Unser Ziel ist die langfristige Steigerung unseres Unternehmenswerts. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn wir die Belange von Kunden, Mitarbeitern, Umwelt und Gesellschaft berücksichtigen. Mit vorausschauenden Investitionen sichert die EnBW heute die Energie für morgen.“

Hans-Peter Villis, Vorsitzender des Vorstands

Auf einen Blick

EnBW-Konzern

Mio. €	2008	2007	Veränderung in %
Umsatz			
Strom	12.736,4	11.539,7	10,4
Gas	2.881,2	2.479,3	16,2
Energie- und Umweltdienstleistungen	687,8	693,2	-0,8
Außenumsatz gesamt	**16.305,4**	**14.712,2**	**10,8**
Adjusted EBITDA	2.595,6	2.328,3	11,5
EBITDA	2.540,1	2.336,4	8,7
Adjusted EBIT	1.793,9	1.563,0	14,8
EBIT	1.468,2	1.559,2	-5,8
Adjusted Konzernüberschuss[1]	1.091,3	821,0	32,9
Konzernüberschuss[1]	871,8	1.364,1	-36,1
Ergebnis je Aktie aus Adjusted Konzernüberschuss[1] in €	4,47	3,36	33,0
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss[1] in €	3,57	5,58	-36,0
Operating Cashflow	1.523,9	1.558,7	-2,2
Free Cashflow	415,1	853,2	-51,3
Nettofinanzschulden[2]	2.918,5	2.972,3	-1,8
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen[3]	1.246,0	816,1	52,7
Return on Capital Employed (ROCE)[4] in %	17,1	16,2	5,6
Kapitalkostensatz (WACC) vor Steuern in %	9,2	9,0	2,2
Durchschnittliches Capital Employed[4]	12.245,8	11.471,5	6,7
Wertbeitrag[4]	964,0	828,3	16,4

Energieabsatz des EnBW-Konzerns

Mrd. kWh	2008	2007	Veränderung in %
Strom	130,5	139,5	-6,5
Gas	69,8	75,2	-7,2

Mitarbeiter des EnBW-Konzerns[5]

Anzahl	2008	2007	Veränderung in %
Mitarbeiter im Durchschnitt	20.357	20.499	-0,7

[1] Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.
[2] Ohne kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen. Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.
[3] Aus fortzuführenden Aktivitäten.
[4] Vorjahreszahlen angepasst.
[5] Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse. Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

Der EnBW-Konzern

Die Geschäftsfelder des EnBW-Konzerns[1] im Überblick

STROM

Erzeugung
EnBW Kraftwerke AG
EnBW Kernkraft GmbH
EnBW Renewables GmbH

Handel/Beschaffung
EnBW Trading GmbH

Transport und Verteilung[2]
EnBW Transportnetze AG
EnBW Regional AG

Vertrieb
EnBW Vertriebs-
und Servicegesellschaft mbH
Yello Strom GmbH

GAS

FERNGASSTUFE

Importverträge und -infrastruktur
EnBW Gas Midstream GmbH

Speicher
EnBW Gas Midstream GmbH
GasVersorgung Süddeutschland GmbH
EnBW Gas GmbH

Handel/Portfoliosteuerung
EnBW Gas Midstream GmbH
EnBW Trading GmbH
GasVersorgung Süddeutschland GmbH
EnBW Gas GmbH

VERTEILSTUFE

Transport und Verteilung[2]
GVS Netz GmbH
EnBW Gasnetz GmbH

Vertrieb
GasVersorgung Süddeutschland GmbH
EnBW Gas GmbH
EnBW Vertriebs-
und Servicegesellschaft mbH
Yello Strom GmbH[3]

ENERGIE- UND UMWELTDIENSTLEISTUNGEN

Gesellschaften mit Querschnittsfunktion
EnBW Energy Solutions GmbH
EnBW Systeme Infrastruktur
Support GmbH

[1] Die Grafik zeigt die Kerngesellschaften der EnBW.
[2] Die netzbetreibenden Gesellschaften sind gemäß den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes als unabhängige Netzbetreiber aufgestellt.
[3] Projekt Gasvertrieb an Haushaltskunden.

WICHTIGE HINWEISE

Kein Angebot und keine Anlageempfehlung
Dieser Bericht wurde lediglich zu Ihrer Information erstellt. Er stellt kein Angebot, keine Aufforderung und keine Empfehlung zum Erwerb oder zur Veräußerung von Wertpapieren dar, deren Emittent die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW), eine Gesellschaft des EnBW-Konzerns oder eine andere Gesellschaft ist. Dieser Bericht stellt auch keine Bitte, Aufforderung oder Empfehlung zu einer Stimmabgabe oder Zustimmung dar. Alle Beschreibungen, Beispiele und Berechnungen wurden lediglich zur Veranschaulichung in diesen Bericht aufgenommen.

Zukunftsgerichtete Aussagen
Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf aktuellen Annahmen, Plänen, Schätzungen und Prognosen der Geschäftsleitung der EnBW beruhen. Solche zukunftsgerichteten Aussagen sind daher nur zu dem Zeitpunkt gültig, zu dem sie erstmals veröffentlicht werden. Zukunftsgerichtete Aussagen ergeben sich aus dem Kontext, sind darüber hinaus jedoch auch an den Begriffen „kann", „wird", „sollte", „plant", „beabsichtigt", „erwartet", „denkt", „schätzt", „prognostiziert", „potenziell" oder „fortgesetzt" sowie ähnlichen Ausdrücken zu erkennen.

Naturgemäß sind zukunftsgerichtete Aussagen mit Risiken und Unsicherheiten behaftet, die durch die EnBW nicht kontrolliert oder präzise vorhergesagt werden können. Tatsächliche Ereignisse, künftige Ergebnisse, die finanzielle Lage, Entwicklung oder Performance der EnBW und der Gesellschaften des EnBW-Konzerns können daher erheblich von den in diesem Bericht getätigten zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Deshalb kann nicht garantiert oder sonst dafür gehaftet werden, dass sich diese zukunftsgerichteten Aussagen als vollständig, richtig oder genau erweisen oder dass erwartete prognostizierte Ergebnisse in der Zukunft tatsächlich erreicht werden.

Keine Verpflichtung zur Aktualisierung
Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung jedweder Art, in diesem Bericht enthaltene Informationen und zukunftsgerichtete Aussagen an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen oder sonst zu aktualisieren. Dieser Geschäftsbericht steht in deutscher, englischer und französischer Sprache auch im Internet als Download zur Verfügung. Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich.

Inhalt

4 Brief an unsere Aktionäre
8 Vorstand

UNTERNEHMERISCHE VERANTWORTUNG

14 Werte, Ziele, Strategie
18 RDK 8 – der neue Steinkohleblock der EnBW
20 Die EnBW am Kapitalmarkt

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT DES ENBW-KONZERNS UND DER ENBW AG

30 Überblick
32 Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit
41 Konzernstrategie und wertorientierte Steuerung
43 Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen
54 Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns
69 Unternehmenssituation der EnBW AG
72 Mitarbeiter
76 Forschung und Entwicklung
81 Risikomanagement
91 Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns
92 Vergütungsbericht
92 Nachtragsbericht
93 Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands
95 Prognosebericht

JAHRESABSCHLUSS DES ENBW-KONZERNS

108 Gewinn- und Verlustrechnung
109 Bilanz
110 Cashflow-Rechnung
112 Eigenkapitalspiegel
114 Anhang
184 Bestätigungsvermerk
185 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
186 Wesentliche Beteiligungen

CORPORATE GOVERNANCE

194 Bericht des Aufsichtsrats
200 Corporate-Governance-Bericht
210 Aufsichtsrat
212 Mandate der Vorstandsmitglieder
214 Zusätzliche Mandate der Aufsichtsratsmitglieder
216 Der Beirat

SERVICE

222 Unsere Standorte
224 Glossar
228 Mehrjahresübersicht
230 Impressum | Bildnachweis | Kontakte

Hans-Peter Villis, Vorsitzender des Vorstands

Brief an unsere Aktionäre

Sehr geehrte Aktionäre,
sehr geehrte Investoren und Freunde der EnBW,

als ein führendes, integriertes Energieversorgungsunternehmen in Europa verfolgt die EnBW Energie Baden-Württemberg AG das Ziel nachhaltigen profitablen Wachstums. Die Sicherung des Bestandsgeschäfts und die Nutzung von sich bietenden Wachstumschancen stehen dabei ebenso im Mittelpunkt unserer Konzernstrategie wie die Fortführung des begonnenen Investitionsprogramms. Dabei verstehen wir uns als Partner unserer Kunden. Ob Privathaushalte, Stadtwerke, Kommunen oder mittelständische und große Industriekunden – wir haben stets das Ziel, Kundenanforderungen besser als der Wettbewerb zu erfüllen.

Diese Kunden- und Wettbewerbsorientierung ist auch ein Grund dafür, dass sich die EnBW über das gesamte Geschäftsjahr 2008 operativ gut entwickelte und sich die wirtschaftliche Lage des EnBW-Konzerns weiter verbesserte. Mit rund 20.000 Mitarbeitern verkaufte die EnBW im Berichtsjahr 130,5 Milliarden Kilowattstunden Strom und 69,8 Milliarden Kilowattstunden Gas an ihre rund 6 Millionen Kunden und festigte damit ihre Position als drittgrößter Energieversorger in Deutschland. Im Einzelnen konnten wir folgende Ergebnisse erwirtschaften:

- Der Umsatz erhöhte sich auf 16.305,4 Millionen Euro. Das sind 10,8 Prozent mehr als im Vorjahr.
- Das operative Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsen und Abschreibungen (Adjusted EBITDA) erhöhte sich um 11,5 Prozent auf 2.595,6 Millionen Euro. Das operative Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsen (Adjusted EBIT) verbesserte sich um 14,8 Prozent auf 1.793,9 Millionen Euro.
- Der Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG erreichte 871,8 Millionen Euro. Der Rückgang um 36,1 Prozent gegenüber 2007 ergibt sich zum einen aus einem im Vorjahr verbuchten Sondereffekt im Zusammenhang mit der Reform der Unternehmenssteuer, zum anderen aus außerplanmäßigen Abschreibungen unserer Strom- und Gasnetze sowie unserer Finanzanlagen im Berichtsjahr. Bereinigt um Sondereffekte erhöhte sich der operative Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG (Adjusted Konzernüberschuss) um 32,9 Prozent auf 1.091,3 Millionen Euro.

Insgesamt hat die EnBW damit ihre ambitionierten wirtschaftlichen Ziele erreicht und konnte ihre Geschäftsfelder weiter stärken. Aufgrund des positiven operativen Geschäftsverlaufs wird der Hauptversammlung am 23. April 2009 eine Dividendenausschüttung von 2,01 Euro pro berechtigte Stückaktie vorgeschlagen. Diese Ausschüttung bedeutet eine Steigerung der Dividendenzahlung um 33 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Profitables, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum in den Kerngeschäftsfeldern steht auch 2009 im Mittelpunkt unserer Unternehmensentwicklung. Die solide Finanz- und Vermögenslage der EnBW bildet neben unserer guten Marktpositionierung das Fundament für unseren weiteren Wachstumskurs. So sind für den Zeitraum 2009 bis 2011 Investitionen in Höhe von 7,7 Milliarden Euro vorgesehen. Davon entfallen auf Finanzinvestitionen 2,2 Milliarden Euro und auf Sachinvestitionen 5,5 Milliarden Euro. 82 Prozent dieser Investitionen sind für Wachstumsprojekte inklusive Kraftwerksneubauten vorgesehen.

Unser ambitioniertes Investitionsprogramm werden wir dabei zum größten Teil über den Operating Cashflow finanzieren. Die Nettofinanzverschuldung wird mittelfristig um rund 2 Milliarden Euro zunehmen. Damit ist eine solide Finanzsituation der EnBW weiterhin gewährleistet, die Voraussetzung für den Erhalt eines weiterhin guten Ratings der EnBW im A-Bereich ist. Zwei im November 2008 erfolgreich begebene Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 1.500 Millionen Euro sowie eine Privatplatzierung von rund 170 Millionen Euro im Dezember 2008 stärken die Finanzkraft der EnBW zusätzlich. Die Anleihen haben eine Laufzeit von 5 und 10, die Privatplatzierung hat eine Laufzeit von 30 Jahren.

Im Geschäftsjahr 2008 hat die EnBW bereits 1,2 Milliarden Euro für Investitionen aufgewendet. Das entspricht einem Zuwachs von 429,9 Millionen Euro oder 52,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Wichtige Zukunftsprojekte für unser nachhaltiges Wachstum konnten wir damit erfolgreich auf den Weg bringen. So investierten wir im Berichtsjahr nicht nur in den Erhalt unserer Infrastruktur und damit in die Versorgungssicherheit, sondern beispielsweise auch in folgende Projekte:

- Neubau des modernen Steinkohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe (239,3 Millionen Euro)
- Offshore-Windkraftprojekte (97,1 Millionen Euro)
- Neubau des Laufwasserkraftwerks in Rheinfelden (35,0 Millionen Euro)
- Restrukturierung der Höchstspannungsnetze (44,4 Millionen Euro)
- Neubauten EnBW City in Stuttgart (93,0 Millionen Euro), ZEAG-Verwaltungsgebäude in Heilbronn (22,1 Millionen Euro), Bürogebäude Biberach (11,7 Millionen Euro)

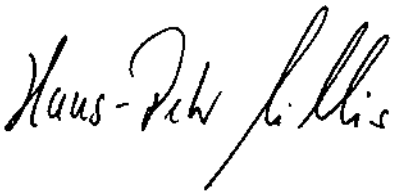
Darüber hinaus erhöhte die EnBW 2008 ihre Anteile an den tschechischen und polnischen Energieversorgungsunternehmen Prazská energetika a.s. und Elektrownia Rybnik S.A., erwarb Anteile an der Stadtwerke Hilden GmbH und vereinbarte den Erwerb von 26 Prozent der Anteile an der EWE AG. Und als erstes Energieversorgungsunternehmen in Deutschland brachte die EnBW den intelligenten Stromzähler auf den Markt.

Außerdem beschlossen wir die Erweiterung des Laufwasserkraftwerks Iffezheim um eine fünfte Turbine, unterzeichneten eine Absichtserklärung zum Erwerb von Kraftwerkskapazitäten in Lippendorf (446 MW) und Bexbach (79 MW), forcierten die Planungen für das Kraftwerksprojekt in Stade und gründeten die EnBW Gas Midstream GmbH.

Angesichts der aktuellen allgemeinen Wirtschaftslage können wir 2009 mögliche konjunkturbedingte Absatzrückgänge im Strom- und Gasgeschäft auch für die EnBW nicht ausschließen. Auch der Einfluss der Energiepolitik auf die Geschäftsentwicklung ist nicht unerheblich. Im Berichtsjahr 2008 wurde die europäische Energiepolitik beispielsweise von den Diskussionen über das Energie- und Klimapaket der EU-Kommission und die Emissionshandelsrichtlinien geprägt. Vorherrschende Themen in der deutschen Energiepolitik waren das integrierte Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung, die Struktur der deutschen Transportnetze sowie die Ausgestaltung des künftigen Energiemixes. Die EnBW nimmt an diesen energiepolitischen Debatten aktiv teil. Ich selbst führe viele Gespräche mit der Politik und allen Beteiligten, in denen ich für einen zukunftsfähigen Energiemix unter Berücksichtigung der Stärken aller Energieerzeugungsarten und für einen fairen energiepolitischen Ordnungsrahmen werbe. Unsere Ziele sind eine neue Sachlichkeit in der Debatte und die Gleichwertigkeit von Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit in der Energiepolitik.

Trotz der eingetrübten Konjunkturaussichten und der weiterhin unsicheren politischen Rahmenbedingungen strebt die EnBW für das Jahr 2009 jedoch ein Ergebnis auf Vorjahresniveau an. Dabei bauen wir auch auf unsere kompetenten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihnen danke ich für die geleistete gute Arbeit und ihr Engagement für unser Unternehmen und für unsere Kunden. Auch bedanke ich mich bei meinen Vorstandskollegen und dem gesamten Managementteam der EnBW, ohne die das gute Jahresergebnis 2008 nicht möglich gewesen wäre.

Ihr



Hans-Peter Villis
Vorsitzender des Vorstands

Karlsruhe, im Februar 2009

Vorstand

Dr. Hans-Josef Zimmer
geboren 1958 in Merzig
Mitglied des Vorstands
Chief Technical Officer
seit 1. Oktober 2007
Bestellung bis 30. September 2010
Steinfeld (Pfalz)

Hans-Peter Villis
geboren 1958 in Castrop-Rauxel
Vorsitzender des Vorstands
Chief Executive Officer
seit 1. Oktober 2007
zudem Chief Financial Officer
vom 1. Mai 2008 bis 31. Dezember 2008
Bestellung bis 30. September 2012
Castrop-Rauxel/Karlsruhe

Pierre Lederer
geboren 1949 in Paris
stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands
Chief Operating Officer
seit 1. Mai 2003
Bestellung vom 1. Juni 2000
bis 31. Januar 2009
Karlsruhe

Dr. Bernhard Beck, LL.M.

geboren 1954 in Tuttlingen
Mitglied des Vorstands und
Arbeitsdirektor
Chief Personnel Officer
seit 1. Oktober 2002
Bestellung bis 30. September 2012
Leonberg

Dr. Rudolf Schulten

geboren 1955 in Göttingen
Mitglied des Vorstands
Chief Financial Officer
seit 1. Januar 2009
Bestellung bis 31. Dezember 2013
Mannheim

Christian Buchel

geboren 1963 in Straßburg
Mitglied des Vorstands
Chief Operating Officer
seit 1. Februar 2009
Bestellung bis 31. Januar 2012
Straßburg

Dr. Christian Holzherr

geboren 1963 in Tübingen
Mitglied des Vorstands
Chief Financial Officer
Bestellung vom 1. Januar 2005
bis 30. April 2008
Stuttgart

Dr. h. c. Detlef Schmidt

geboren 1944 in Döbern
Mitglied des Vorstands
Chief Marketing and Sales Officer
Bestellung vom 1. Juli 2003
bis 30. Juni 2008
Gifhorn/Karlsruhe

Stand: 9. Februar 2009

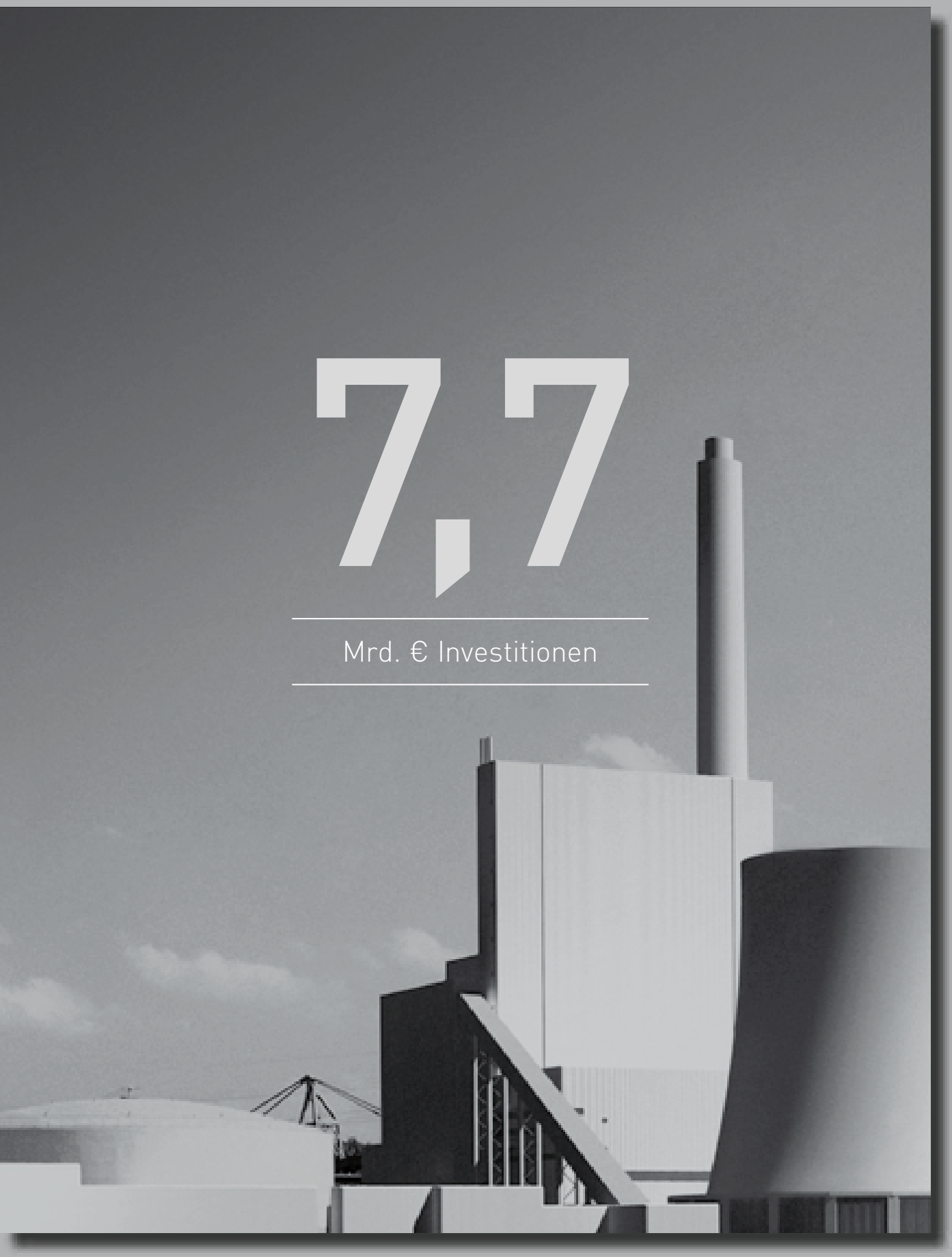
Energie ist Verantwortung. Die EnBW übernimmt die Verantwortung für eine zuverlässige Energieversorgung ihrer Kunden auch in der Zukunft. Im September haben wir in Karlsruhe den Grundstein für ein neues Kohlekraftwerk gelegt.

UNTERNEHMERISCHE VERANTWORTUNG

Werte, Ziele, Strategie
14 Partner der Kunden
14 Attraktiver Arbeitgeber
15 Engagiert für Umwelt und Gesellschaft
16 Ambitionierte Ziele
16 Konsequente Strategie

18 RDK 8 – der neue Steinkohleblock der EnBW

Die EnBW am Kapitalmarkt
20 Finanzierungsbedarf flexibel decken
21 Werte schaffen und transparent kommunizieren
21 EnBW-Aktie 2008


7,7
Mrd. € Investitionen

WACHSTUM

Für die Zukunftsfähigkeit unseres Unternehmens verfolgen wir ein langfristiges Investitionsprogramm. 7,7 Milliarden Euro wollen wir allein bis zum Jahr 2011 investieren. 70 Prozent fließen in die Wachstumsfelder des Konzerns. In den Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir mittelfristig 3 Milliarden Euro investieren. Zusammen mit der konventionellen Stromerzeugung, der Erweiterung unserer Wertschöpfungskette im Bereich Gas und innovativen Lösungen des Energiemanagements eröffnet dies für uns attraktive Wachstumsperspektiven. Wachstum, das sich auszahlt.

KOHLEKRAFTWERK
Im Karlsruher Rheinhafen entsteht derzeit ein neues Steinkohlekraftwerk (RDK 8) mit einer Leistung von rund 900 MW. Das Kraftwerk soll Ende 2011 in Betrieb gehen. Modernste Kraftwerkstechnik und ingenieurwissenschaftliches Know-how ermöglichen einen Wirkungsgrad von mehr als 46 Prozent und damit einen deutlich geringeren CO_2-Ausstoß verglichen mit bestehenden Anlagen. Mit der Inbetriebnahme entstehen zusätzlich etwa 70 feste Arbeitsplätze am Standort sowie rund 200 bei Dienstleistern und Lieferanten in der Region.

Werte, Ziele, Strategie

Als ein führendes, integriertes Energieversorgungsunternehmen im Herzen Europas verfolgt die EnBW das Ziel nachhaltigen profitablen Wachstums. Im Zentrum unserer Strategie steht dabei ein umfangreiches Investitionsprogramm. Unser Denken und Handeln ist geprägt vom Bewusstsein um unsere besondere Verantwortung für Mitarbeiter, Umwelt und Gesellschaft. Die langfristige Steigerung des Unternehmenswerts der EnBW erfordert nach unserer Überzeugung vor allem die Ausrichtung an den Bedürfnissen unserer Kunden, Innovationskraft und den Willen zur Veränderung. Wir handeln konsequent und verlässlich.

Partner der Kunden

Ob Privathaushalte, Stadtwerke, Kommunen oder mittelständische und große Industriekunden – die EnBW hat stets das Ziel, Kundenanforderungen besser als der Wettbewerb zu erfüllen. Als Partner der Kunden liefern wir nicht nur optimale Lösungen für die Versorgung mit Energie, sondern entwerfen und realisieren auch innovative Konzepte zur Steigerung der Energieeffizienz.

- Pioniertechnologien wie der EnBW Intelligente Stromzähler® helfen Privathaushalten, ihren Stromverbrauch gezielt zu steuern. In der Testphase konnte rund ein Drittel der Pionierkunden mehr als 10 % Energie einsparen.
- In der Industrie optimieren wir gemeinsam mit unseren Kunden in den „EnBW Netzwerken Energieeffizienz“ energietechnische Abläufe und realisieren so Einsparpotenziale von bis zu 20 %.
- Kommunen stehen wir mit Stromprodukten sowie zahlreichen Dienstleistungen zur Seite. Wir setzen gemeinsam Energie- und Infrastrukturlösungen um, analysieren Verbrauchsdaten öffentlicher Einrichtungen und entwerfen Konzepte zur Erhöhung der Energieeffizienz.

Die sichere Versorgung unserer Kunden gewährleisten wir mit der kontinuierlichen Instandhaltung und Erneuerung unserer Netze und Erzeugungsanlagen.

Attraktiver Arbeitgeber

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiter sichern den Erfolg der EnBW. Nur als attraktiver Arbeitgeber wird es uns gelingen, diese Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten. Wir fordern und fördern Flexibilität, Kreativität und Engagement. Unsere Mitarbeiter leisten viel – Fairness, Respekt und Vertrauen sind die Grundlagen unserer Zusammenarbeit. Intensive Nachwuchsförderung, gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen und Seminare unterstützen unsere Mitarbeiter von heute und eröffnen Potenziale für morgen.

- Im Rahmen der konzernweiten Wissensbilanzierung analysieren wir die vorhandenen fachlichen, methodischen und sozialen Kompetenzen unserer Mitarbeiter und identifizieren vorhandenen Entwicklungsbedarf. Information und Meinungsaustausch gehören zu unserer Unternehmenskultur. Über die monatlich erscheinende EnBW-Zeitung, das konzernweite Intranet und die Informationsveranstaltung „Quo vadis" informieren wir unsere Mitarbeiter regelmäßig. Meinungen und Stimmungen in der Belegschaft haben wir im November 2008 erstmals flächendeckend mittels einer Mitarbeiterbefragung eingefangen. Künftig wollen wir unsere Mitarbeiter alle zwei bis drei Jahre zu ihrer Tätigkeit bei der EnBW befragen.

- Unseren Mitarbeitern und Führungskräften steht mit der EnBW-Akademie eine hervorragende Möglichkeit der Weiterbildung zur Verfügung. Der interne Stellenmarkt sowie das Personalaustauschprogramm mit der EDF eröffnen neue Perspektiven im In- und Ausland.
- Die Gesundheit unserer Mitarbeiter sowie die Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sind uns besonders wichtig. Neben der Gesundheitsvorsorge durch den Arbeitsmedizinischen Dienst haben unsere Mitarbeiter die Möglichkeit, Betriebssportgruppen und Kurse zur Gesundheitsförderung oder die Ferienhäuser der EnBW zu nutzen. Damit unsere Mitarbeiter Berufs- und Privatleben besser vereinbaren können, bieten wir flexible Arbeitszeitmodelle an, stellen Plätze in Kindergärten und Kitas bereit, haben 2008 in Karlsruhe ein Kinderbüro eingerichtet und beraten Mitarbeiter mit pflegebedürftigen Angehörigen.
- Im Jahr 2008 haben 334 junge Menschen in den Kerngesellschaften der EnBW in Baden-Württemberg ihre Ausbildung in technischen und kaufmännischen Berufen sowie in dualen Studiengängen der Berufsakademien und Fachhochschulen begonnen. Nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung wartet ein ein- oder mehrjähriger Arbeitsvertrag. Mindestens 20 % der Absolventen werden unbefristet übernommen. Jedes Jahr arbeiten zahlreiche Studierende als Praktikanten oder Werkstudenten bei der EnBW oder schreiben ihre Abschlussarbeit – 2008 waren es rund 800 in den Kerngesellschaften der EnBW. Mit verschiedenen Förderprogrammen wie dem Energy Career Program für Studierende helfen wir jungen Talenten beim Karrierestart.

Unser Engagement für die Mitarbeiter zahlt sich aus: Auch im vergangenen Jahr gehörten wir zu Deutschlands besten Arbeitgebern. Beim Unternehmensranking „Top Arbeitgeber Deutschland 2008“ erhielt die EnBW in allen Kategorien gute bis sehr gute Werte. Dies ist uns auch weiterhin ein Ansporn.

Engagiert für Umwelt und Gesellschaft

Die EnBW ist sich als Energieunternehmen ihrer besonderen Verantwortung für den Klima- und Umweltschutz bewusst.

- Als erster großer Energiekonzern haben wir 2006 begonnen, unser Umweltmanagementsystem nach dem internationalen Standard DIN ISO 14001 zertifizieren zu lassen. Mittlerweile erfüllen fast alle EnBW-Gesellschaften einheitliche Standards für den Umweltschutz. Bis Ende 2009 sollen alle Konzern-Gesellschaften mit umweltrelevanten Anlagen und Tätigkeiten über ein ISO-14001-Zertifikat verfügen.
- Wir setzen auf einen Energiemix, der die verschiedenen Energieträger sinnvoll verbindet. 65 % unserer Stromeigenerzeugung ist CO_2-frei. Hierdurch erreichen wir eine spezifische CO_2-Emission von 254 g/kWh, die weit unter dem Bundesdurchschnitt von 520 g/kWh liegt. Trotz des Ausstiegs aus der Kernenergie haben wir uns zum Ziel gesetzt, weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt für CO_2-Emissionen zu liegen.
- Mit dem deutschen Klimakongress, der 2008 zum dritten Mal stattfand, hat die EnBW eine Vorreiterrolle in der energiepolitischen Diskussion über den Klimawandel eingenommen. Zudem war die EnBW an der Gründung wichtiger Wirtschaftsinitiativen zum Klimaschutz beteiligt („2°- Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“, BDI-Initiative „Wirtschaft für Klimaschutz“ und „3C – Combat Climate Change“) und bringt sich aktiv in diese ein.

Gemeinsam arbeiten wir bei der EnBW an innovativen Ideen für eine zuverlässige, effiziente und das Klima schonende Versorgung mit Energie in der Zukunft.

Die EnBW will ein anerkannter Partner und guter Bürger in der Gesellschaft sein. Wir unterstützen Sport, Bildung, Kunst, Kultur und ehrenamtliches Engagement.

- Die EnBW fördert und unterstützt den Breiten- und Spitzensport nachhaltig. Unser Engagement zeigen wir dabei nicht nur bei den beiden Traditionsvereinen VfB Stuttgart und Karlsruher SC – wir fördern auch den baden-württembergischen Fußballnachwuchs, die EnBW-Oberliga-Junioren. Die Handball- und Basketball-Bundesligisten unterstützen wir ebenfalls mit Nachwuchsförderprogrammen. Wir runden unser Engagement für den Sport in Deutschland durch Förderung der Turnverbände ab, mit denen wir gemeinsam regionale Events wie die Turn-Gala veranstalten und den EnBW-Turn-Weltcup, wo Weltklasseturner ihr Können zeigen.

- Als Energieunternehmen ist es uns ein besonderes Anliegen, Kinder schon früh für naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge zu begeistern. Deshalb sponsern wir außerschulische Lernorte wie Science-Center, entwickeln eigene Energieexponate und führen Experimentiertage durch.
- Zusätzlich zu unseren eigenen Kunstausstellungen fördern wir Kunst und Kultur als Partner bedeutender Institutionen wie das ZKM Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe, das Kunstmuseum Stuttgart, das Festspielhaus Baden-Baden und das Stuttgarter Ballett.
- Beim Landeswettbewerb „Echt gut! Ehrenamt in Baden-Württemberg“ unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Landes haben wir bereits zum fünften Mal ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger mit dem „EnBW Ehrenamt Impuls“ ausgezeichnet.

Unsere aktive Rolle in der Gesellschaft und unsere Partnerschaft mit Verbänden, Institutionen und privaten Initiativen führen wir auch in Zukunft weiter.

Ambitionierte Ziele

Profitables und nachhaltiges Wachstum steht im Fokus unserer Konzernentwicklung. In den nächsten Jahren wollen wir unser Bestandsgeschäft sichern und Wachstumschancen nutzen. Als vertikal integriertes Unternehmen sind wir sowohl auf der Netzseite (Transport, Verteilung) als auch auf der Marktseite (Erzeugung, Handel, Vertrieb) aktiv und können unsere Kunden so zuverlässig mit Strom, Gas, Wärme sowie mit Energie- und Umweltdienstleistungen versorgen.

- In den einzelnen Kundensegmenten wollen wir zu den führenden Energieversorgungsunternehmen in Deutschland gehören. Unser Ziel ist zugleich, die höchste Kundenzufriedenheit in der Branche zu erreichen.
- Wir unterstützen die Klimaschutzziele Deutschlands. Bis 2020 wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien an unserer Eigenerzeugung auf 20 % erhöhen.
- Im europäischen Ausland wollen wir fokussiert expandieren und einen zweiten Ländermarkt erschließen.
- Um mit unseren Aktivitäten auch künftig eine stabile Ertragskraft zu gewährleisten, optimieren wir unsere Strukturen und Prozesse kontinuierlich. Unser Ziel ist es, auch hier besser zu sein als unsere Wettbewerber.
- Für die nächsten Jahre planen wir, das Adjusted EBIT und den Wertbeitrag kontinuierlich weiter zu steigern. Im Rahmen unseres Investitionsprogramms werden wir bis 2011 rund 7,7 Mrd. € in unsere Geschäftsfelder investieren. Einen Großteil dieser Summe wollen wir dabei über den Cashflow des Unternehmens finanzieren. Für unsere Aktionäre streben wir eine Ausschüttungsquote – bezogen auf den Adjusted Konzernüberschuss – von bis zu 50 % an.

Konsequente Strategie

Zur Sicherung unseres Bestandsgeschäfts ist die rechtzeitige Erneuerung oder der Ersatz unserer Anlagen eine wesentliche Herausforderung. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren in großem Umfang in den Ersatz von Kraftwerkskapazitäten sowie in die Erneuerung und Modernisierung unserer Netze investieren.

- Bei der Erneuerung unseres Kraftwerksparks setzen wir auf einen ausgewogenen Erzeugungsmix. In Zukunft werden vor allem moderne Kohlekraftwerke in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung eine wichtige Rolle bei der Energieversorgung spielen. Im Karlsruher Rheinhafen entsteht derzeit eines der modernsten Steinkohlekraftwerke (RDK 8) in Europa mit einer installierten Leistung von rund 900 MW. Weitere Anlagen werden zurzeit projektiert.
- Mit dem Umbau unseres Höchstspannungsnetzes in Baden-Württemberg, konkret dem Ausbau des 380-kV-Netzes einhergehend mit dem Rückbau des 220-kV-Netzes, sichern wir die Zukunftsfähigkeit unseres Transportnetzes und leisten damit einen weiteren Beitrag zur Versorgungssicherheit in Baden-Württemberg. Wir dokumentieren damit auch die hohe Bedeutung des Netzgeschäfts als Kerngeschäftsfeld des EnBW-Konzerns.

Wachstum steht im Fokus unserer Konzernentwicklung und stärkt unsere Position am Energiemarkt. Daher investieren wir künftig in den Aufbau erneuerbarer Energieerzeugungskapazitäten im In- und Ausland und unsere Positionierung im Gas-Midstream-Geschäft sowie in die Akquisition von Beteiligungen.

- Ein umfangreiches Erzeugungspotenzial aus Windkraft erschließen wir vor der deutschen Nord- und Ostseeküste. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir uns den Zugang zu vier Offshore-Windparks gesichert und wollen in den nächsten Jahren Anlagen mit einer Gesamtleistung von über 1.000 MW errichten und in Betrieb nehmen. In Rheinfelden entsteht derzeit ein Wasserkraftwerk mit einer Leistung von 100 MW. Der Kraftwerksneubau ist das derzeit größte Bauprojekt im Bereich der erneuerbaren Energien in Deutschland. Andere Wasserkraftwerke verbessern wir kontinuierlich oder bauen wir weiter aus. Auch unsere Aktivitäten in den Bereichen Geothermie, Fotovoltaik und Biomasse bauen wir weiter aus.
- Im Geschäftsfeld Gas verstärkt die EnBW ihre Aktivitäten im Midstream-Bereich. Unser langfristiges Ziel ist eine unabhängige Beschaffung durch eigene Importverträge und ein sicherer Zugang zur notwendigen Transport- und Speicherinfrastruktur. Wir beabsichtigen unser Beschaffungsportfolio weiter zu diversifizieren, die eigene Marktposition zu stärken und die Wertschöpfung im Gasgeschäft zu erhöhen.
- Im Konsolidierungsprozess der deutschen Stadtwerke werden wir die Chancen für weitere Akquisitionen und Beteiligungen nutzen. Die EnBW strebt bei ihren Beteiligungen mittelfristig die unternehmerische Führung an. Unsere Akquisitionen orientieren sich streng an wirtschaftlichen Kriterien. Beteiligungsunternehmen müssen das Kerngeschäft der EnBW sinnvoll ergänzen, von Anfang an einen positiven Ergebnisbeitrag liefern und mittelfristig die im Konzern vorgegebenen Rentabilitätsziele erreichen.

Unsere Kunden kennen uns als serviceorientiertes und verlässliches Unternehmen, das ihnen mehr als „nur“ Energie bietet: Mit individuellen Versorgungslösungen helfen wir unseren Kunden, Energie effizient einzusetzen, und schaffen so die Voraussetzungen für eine dauerhafte Kundenbindung. Der intelligente Stromzähler der EnBW ist eine Plattform für weitere Produktangebote. Die verschiedenen Kundensegmente erschließen wir über eine Mehrmarkenstrategie, bei der jede Marke ein klares Leistungsprofil besitzt. Branchenspezialisten, die die individuellen Anforderungen ihrer Kunden bestens kennen, betreuen unsere Industriekunden. Unser Kundenservice für Privatkunden wurde bereits mehrfach ausgezeichnet. Im Bereich der Contractingdienstleistungen zählen wir zu den führenden Unternehmen, wenn es darum geht, mit Gemeinden, Industrieunternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland individuelle Standortbetreibermodelle zu realisieren. Bei der Versorgung unserer Kunden mit Wärme auf Basis erneuerbarer Energieträger sehen wir vor allem auf dem Gebiet der Geothermienutzung großes Potenzial für weiteres Wachstum.

Wesentlich für ein Engagement in Kontinentaleuropa ist die Möglichkeit einer schnellen Marktdurchdringung. Derzeit prüfen wir die Aussichten und Chancen, die uns diesbezüglich die Türkei bietet. Großes Potenzial sehen wir hier für die Energieerzeugung auf Basis von Wasser- und Windkraft und rechnen langfristig mit einem guten Marktumfeld, um zügig Kunden zu gewinnen.

Zur Unterstützung unseres Wachstumskurses etablieren wir in unserem Programm „!mpuls – gemeinsam besser“ Prozesse zur nachhaltigen Effizienzsteigerung. Wir können so den dynamischen Veränderungen der Märkte und unseres Umfelds schnell und flexibel begegnen. „!mpuls“ fördert eine Kultur des permanenten Strebens nach Verbesserung und verankert dieses Prinzip in den Köpfen unserer Mitarbeiter.

Nachhaltige Effizienzsteigerungen in Form finanzieller und wissensbasierter Synergien konnten auch durch die enge Kooperation mit der EDF innerhalb der EDF-Gruppe erzielt werden. Die vom COMEX initiierten Synergieprojekte betreffen die gesamte Wertschöpfungskette der EnBW. Durch diese internationale Zusammenarbeit leistet die EnBW einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten EDF-Gruppe. Am 9. Juli fand in Stuttgart eine gemeinsame Energiekonferenz von EDF und EnBW zum Thema „Herausforderungen der Energieversorgung von morgen: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit“ statt. Neben dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten und den EnBW-Vorständen nahmen zahlreiche Experten und Kunden an der Veranstaltung teil. Ein weiteres Kooperationsbeispiel ist die „Via Energia“, die am 22. September am Rheinkraftwerk Iffezheim eingeweiht wurde. Die Via Energia ist eine deutsch-französische Informationsinitiative von EnBW, EDF und Electricité de Strasbourg zur CO_2-freien Energieerzeugung am Oberrhein. Die Via Energia verbindet heute 24 Standorte links und rechts des Rheins und repräsentiert die Vielfalt der hier praktizierten Energieerzeugung.

Für Sachinvestitionen sieht unser Investitionsprogramm bis zum Jahr 2011 ein Gesamtvolumen von rund 5,5 Mrd. € vor; davon entfallen 4,1 Mrd. € auf den Neubau von Anlagen. Finanzinvestitionen sind in Höhe von rund 2,2 Mrd. € geplant. Wir werden unsere ambitionierten strategischen Ziele konsequent umsetzen.

RDK 8 – der neue Steinkohleblock der EnBW

Der Neubau des RDK 8 ging im Jahr 2008 mit großen Schritten voran. Der Block ist für eine elektrische Leistung von 912 MW ausgelegt. Zur Einspeisung in das Fernwärmenetz der Stadt Karlsruhe können – abhängig vom Wärmebedarf – bis zu 220 MW thermische Leistung als Fernwärme ausgekoppelt werden. Mit ihrer Entscheidung, dieses Kraftwerk in Karlsruhe zu bauen, bekennt sich die EnBW zum Standort Baden-Württemberg und Deutschland.

Januar – März 2008

Vorzeitiger Baubeginn

Am 28. Februar erteilt das Regierungspräsidium Karlsruhe der EnBW Kraftwerke AG die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn. Anfang März rollen bereits die ersten Bagger für die Gründungsarbeiten von Schornstein, Kessel- und Maschinenhaus an.

Neue Arbeitsplätze

Insgesamt wird die EnBW rund 1 Mrd. € in das neue Kraftwerk investieren. Bis zur Fertigstellung Ende 2011 werden etwa 1400 Arbeitskräfte an dem Projekt beteiligt sein. Mit der Inbetriebnahme entstehen circa 70 neue Arbeitsplätze am Standort und um die 200 bei Dienstleistern und Lieferanten in der Region.

April – Juni 2008

Geringe Schadstoffemissionen

Am 8. Mai erteilt das Regierungspräsidium Karlsruhe der EnBW Kraftwerke AG die Genehmigung gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz. Das Kraftwerk wird die gesetzlich erlaubten Schadstoffgrenzwerte im Jahresmittel um die Hälfte unterschreiten.

Weniger CO_2

Mit dem neuen Steinkohlekraftwerk setzt die EnBW Maßstäbe: Der Einsatz modernster Technik wird den Wirkungsgrad auf über 46 % steigern. Der spezifische CO_2-Ausstoß wird im Vergleich zum Weltdurchschnitt um 33 % deutlich gesenkt. Für eine bessere Energieeffizienz wird auch die Kraft-Wärme-Kopplung sorgen.

Juli – September 2008

Offizielle Grundsteinlegung

Am 19. September legt die EnBW gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger offiziell den Grundstein für den neuen Steinkohleblock im Karlsruher Rheinhafen.

Schornstein

Am 26. September erreicht der Schornsteinschaft des RDK 8 nach nur 52 Tagen Bauzeit seine endgültige Höhe von 223 Metern.

Oktober – Dezember 2008

Wasserrechtliche Erlaubnis

Am 29. Oktober erhält die EnBW die wasserrechtliche Erlaubnis für die Entnahme von Kühlwasser zur Durch- und Ablaufkühlung aus dem Rhein und für die Einleitung von Kühlwasser und gereinigtem Produktionsabwasser in den Rhein.

Treppentürme

Am 3. Dezember werden die Gleitbauarbeiten für die Treppentürme des Kesselhauses nach 44 Tagen abgeschlossen. Jeder Turm ist circa 120 Meter hoch.

Ausblick

Mit einer Bruttoleistung von 912 MW und bis zu 220 MW Fernwärmeauskopplung wird das neue Kohlekraftwerk nach seiner Inbetriebnahme Ende 2011 einen wichtigen Beitrag zu einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung leisten.

WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com
> Konzern > Die EnBW
> Neubauprojekte
> RDK 8

Die EnBW am Kapitalmarkt

Die EnBW konnte 2008 ihre Performance im operativen Geschäft weiter verbessern. Auf dieser Basis wird sie der Hauptversammlung die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 2,01 € vorschlagen. Dies entspricht einer Steigerung um 33 % gegenüber dem Vorjahr. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Kursentwicklung der EnBW-Aktie waren deutlich spürbar. Zum Jahresende notierte der Kurs bei 37,70 €. Auf dem Fremdkapitalmarkt hat die EnBW 2008 mehrere Anleihen begeben. Die Aktionärsstruktur blieb stabil.

Finanzierungsbedarf flexibel decken

Seit Oktober 1997 ist die Aktie der EnBW zum Börsenhandel zugelassen. Sie notiert im General Standard der Frankfurter Wertpapierbörse und am regulierten Markt der Stuttgarter Börse. Die Aktionärsstruktur der EnBW hat sich seit 2005 nicht wesentlich verändert. Die zwei Hauptaktionäre, OEW und EDFI, halten jeweils 45,01 % der Stimmrechte; insgesamt gut 5 % liegen bei weiteren Anteilseignern – kommunalen Verbänden und Kommunen im Versorgungsbereich – in Baden-Württemberg. Da die EnBW selbst noch über ein Aktienpaket in Höhe von 2,3 % verfügt, liegt der verbleibende Streubesitz bei etwa 1,86 %. Zum Jahresende 2008 lag die Marktkapitalisierung bei rund 9,2 Mrd. €.

Aktionärsstruktur zum 31.12.2008[1]

EDF International SA (EDFI)	45,01 %
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW)	45,01 %
EnBW Energie Baden-Württemberg AG	2,30 %
Streubesitz	1,86 %
Badische Energieaktionärs-Vereinigung	2,58 %
Gemeindeelektrizitätsverband Schwarzwald-Donau	1,28 %
Landeselektrizitätsverband Württemberg	0,54 %
Neckarelektrizitäts-Verband	0,66 %
Weitere kommunale Aktionäre	0,76 %

[1] Werte auf zwei Kommastellen gerundet.

Neben der Innenfinanzierung aus dem Operating Cashflow des Unternehmens, der zum 31. Dezember 2008 1.523,9 Mio. € betrug, werden für die Deckung des Finanzierungsbedarfs verschiedene Instrumente der kurz- bis langfristigen Fremdfinanzierung sowie des Geld-, Kapital- und Bankenmarkts genutzt. Ziel ist es, die Kapitalstruktur der EnBW effizient zu gestalten und die Kapitalkosten zu optimieren.

Die EnBW tritt als regelmäßiger Emittent am Kapitalmarkt auf, gestützt durch eine gute Bonität und entsprechende Ratings von Standard & Poor's (aktuell: A-) und Moody's (aktuell: A2).

Der Fremdfinanzierungsrahmen der EnBW setzt sich derzeit aus folgenden Elementen zusammen, die Deckung des Refinanzierungsbedarfs erfolgt dabei vorzugsweise in Euro:

- Kurzfristig: Commercial-Paper-Programm mit einem Gesamtvolumen von 2,0 Mrd. €
- Kurz- bis mittelfristig: syndizierte Kreditlinie, basierend auf Kreditzusagen von mehr als 20 Banken über 2,5 Mrd. €
- Mittel- bis langfristig: Debt-Issuance-Programm zur Emission von Anleihen bis zu einem Volumen von 5,0 Mrd. €
- Sonderprodukte

Der Fremdkapitalmarkt spielt für die Finanzierung der EnBW eine große Rolle, was in der Investor-Relations-Arbeit entsprechend Berücksichtigung findet. So ist die EnBW derzeit mit mehreren Euro-Anleihen mit einem Volumen von insgesamt 3.650 Mio. € an den internationalen Kapitalmärkten vertreten. Darüber hinaus hat der EnBW-Konzern weitere Anleihen in Fremdwährungen mit einem Gesamtvolumen von knapp 500 Mio. € begeben.

WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com
› Investoren

WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht/
Finanzlage
› S. 60ff.

Werte schaffen und transparent kommunizieren

Das Vertrauen der Investoren in das Wertschöpfungspotenzial der EnBW sichert uns den Zugang zum Kapitalmarkt. Seit 2005 veröffentlicht die EnBW im Rahmen des Geschäftsberichts ihre wertorientierten Kennzahlen zur Unternehmenssteuerung. Der Wertbeitrag wird für den Konzern sowie die Segmente transparent dargestellt.

WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht/
Wertbeitrag 2008
› S. 66ff.

Strategische und operative Entscheidungen im Konzern werden anhand ihres Wertbeitrags getroffen. Die EnBW kommuniziert strategische Maßnahmen umfassend und zeitnah. Die operative Entwicklung wird im Rahmen der Regelpublizität in den Quartals- und Jahresfinanzberichten ausführlich erläutert.

EnBW-Aktie 2008

Das Börsenjahr 2008[1]

Nachdem der DAX mit rund 7.950 Punkten in das neue Börsenjahr ging, kam es bereits im Januar 2008 zu einem starken Rückgang von über 1.500 Punkten. Grund hierfür waren Rezessionsängste in den großen Volkswirtschaften der Welt. Schnelle Zinssenkungen der amerikanischen Notenbank Fed um insgesamt 225 Basispunkte im Frühjahr konnten die Märkte beruhigen, sodass der DAX seine Verluste zunächst weitgehend aufholte und im Mai bei circa 7.200 Punkten notierte.

Nachdem die Finanzkrise zunächst eingedämmt schien, vor allem aufgrund massiver Hilfsaktionen der USA für die US-Finanzindustrie, traf der Konkurs der US-Bank Lehman Brothers Mitte September die meisten Marktteilnehmer unvorbereitet.

Damit war das Vertrauen in die Stabilität des weltweiten Finanzsystems erschüttert. Rund um den Globus fielen die Aktienkurse dramatisch. Als der von der US-Regierung entwickelte Bankenrettungsplan im Kongress scheiterte, das Bruttoinlandsprodukt in den USA überraschend stark rückläufig war und immer mehr Banken in Liquiditätsengpässe gerieten, kam es an den Börsen zu panikartigen Reaktionen. Der DAX sank in der Folge auf 4.127 Punkte und notierte damit fast 50 % niedriger als zum Jahresbeginn.

[1] Alle Kursinformationen beziehen sich auf die Xetra-Schlusskurse.

Weltweit wurden allein im Monat Oktober über 10 Trillionen US-$ an Börsenwert vernichtet. Die Erkenntnis, dass die privaten Verbraucher die weltweite Konjunktur künftig nicht mehr mit kreditbasierten Käufen stützen können, und erste Anzeichen einer Kreditklemme bei den Unternehmen sorgten für ein erneutes Aufflammen der globalen Rezessionsängste.

Ein Verbot von Aktienleerverkäufen, staatliche Bankgarantien, Eigenkapitalhilfen und Konjunkturprogramme schafften bei den Anlegern wieder etwas Vertrauen, und der DAX konnte zum Jahresultimo 2008 mit 4.810 Punkten circa 16 % über seinem Jahrestief schließen. Parallel hierzu entwickelten sich auch die Rohstoffpreise rückläufig. Notierte das Barrel Rohöl am Spotmarkt im Juli noch über 145 US-$, sank der Preis zum Jahresende zeitweise unter 45 US-$. Diese Preistendenz gilt auch für nahezu alle anderen wichtigen Rohstoffe wie Industriemetalle, aber auch für Kohle, Gas und Strom. So ging beispielsweise die Notierung des Strom-Futures Baseload (Tagesgrundlast) für das Jahr 2009 von 90 € je Megawattstunde auf 59 € zurück.

Mit Kursrückgängen von über 60 % führten Bankaktien die Liste der Negativperformer im DAX an. Auch die Aktien der Autobauer/Zulieferer gaben durch die nun folgende Wirtschaftskrise deutlich nach. Die Aktien der europäischen Energieunternehmen mussten ebenfalls deutliche Kursrückgänge hinnehmen.

Der breiter gefasste General-Standard-Index der 200 am meisten gehandelten Werte entwickelte sich ähnlich wie der DAX. Vom Höchstkurs zu Jahresbeginn mit 2.367 Punkten ging der Index im Dezember auf ein Jahrestief von 1.867 Punkten zurück. Mit circa 23 % war der Rückgang jedoch weniger deutlich als beim DAX.

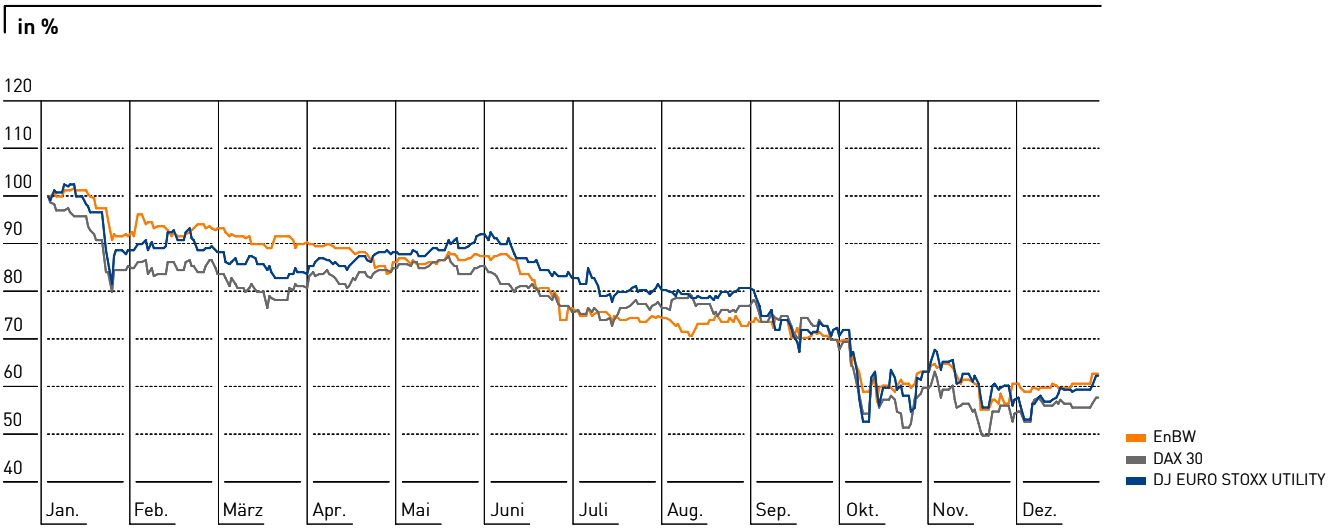
Auf europäischer Ebene konnte sich der Branchen-Index für Versorger des DJ Euro STOXX mit einem Minus von 38 % nur wenig vom Gesamtindex, der bei -46 % lag, absetzen.

Entwicklung der EnBW-Aktie

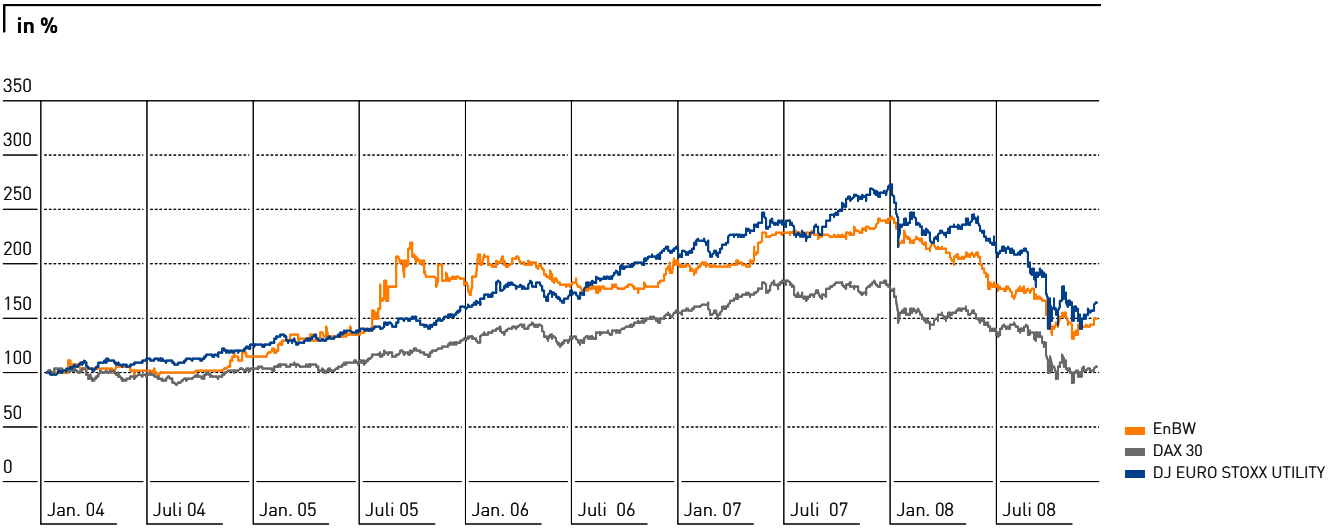
Die EnBW-Aktie hatte das Geschäftsjahr 2007 mit einem Schlusskurs von 60,16 € beendet, der damit nur unwesentlich unter dem Jahreshöchstkurs von 60,84 € lag.

Nachdem die EnBW-Aktie gleich zum Jahresbeginn 2008 mit 61,00 € ihren Jahreshöchstkurs erreicht hatte, fiel sie bis Mitte Juni zunächst auf 50,34 €. In den Folgemonaten gingen die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auch an der weiteren Kursentwicklung der EnBW-Aktie nicht spurlos vorbei, sodass die Aktie im November bei einem Jahrestiefstkurs von 33,02 € notierte. Zum Jahresende konnte sich der Aktienkurs analog der Entwicklung des DAX etwas erholen und schloss mit 37,70 €.

Performance der EnBW-Aktie 2008



Performance der EnBW-Aktie in den vergangenen fünf Jahren



Unabhängig von der Kursentwicklung ihrer Aktie hat die EnBW ihre Performance im operativen Geschäft weiter verbessert und wird der Hauptversammlung der EnBW für das Geschäftsjahr 2008 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 2,01 € vorschlagen. Das entspricht einer Steigerung von 33 % gegenüber dem Vorjahr (1,51 €). Zum 31. Dezember 2008 waren insgesamt 244.256.523 Aktien dividendenberechtigt, sodass die Ausschüttungssumme für das Geschäftsjahr 2008 bei entsprechendem Beschluss der Hauptversammlung 2009 491,0 Mio. € beträgt. Bezogen auf den Jahresendkurs (37,70 €) entspricht das einer Dividendenrendite von 5,3 % und einer Ausschüttungsquote bezogen auf den Adjusted Konzernüberschuss von 45 % (Vorjahr: 45 %).

Wertpapiertechnische Daten

ISIN/WKN	DE0005220008/522000
Börsenkürzel	Bloomberg EBK GY/ReutersEBK/EBKG.DE
Börsenplätze	Regulierter Markt: Frankfurt und Stuttgart; Freiverkehr: Berlin, München
Transparenzlevel	General Standard
Indizes	General All Share, DAXsector All Utilities, CDAX
Grundkapital in Stück	250.006.200
Aktiengattung	Nennwertlose Inhaberstammaktien

Kennzahlen zur EnBW-Aktie[1]		**2008**	**2007**	**2006**	**2005**	**2004**
Jahreshöchstkurs	€	61,00	60,84	52,66	55,88	30,00
Jahrestiefstkurs	€	33,02	48,01	43,80	29,11	24,20
Jahresschlusskurs	€	37,70	60,16	50,55	45,80	29,10
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum 31.12.[2]	Mio. Stück	244,257	244,257	244,257	243,957	231,974
Marktkapitalisierung zum 31.12.[6]	Mrd. €	9,2	14,7	12,3	11,2	6,8
Börsenumsatz (gesamt)	Stück	835.367	1.112.602	566.187	902.000	260.700
Börsenumsatz (Tagesdurchschnitt)	Stück	3.289	4.769	2.220	3.537	1.109
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss[4]	€	3,57	5,58	4,10	2,21	1,40
Operating Cashflow je Aktie	€	6,24	6,38	6,01	5,52	6,80
Ausschüttung	Mio. €	491,0[3,5]	368,8	278,5	214,9	170,8
Dividende je Aktie	€	2,01[3]	1,51	1,14	0,88	0,70
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	Mio. Stück	244,257	244,257	244,232	240,961	227,281

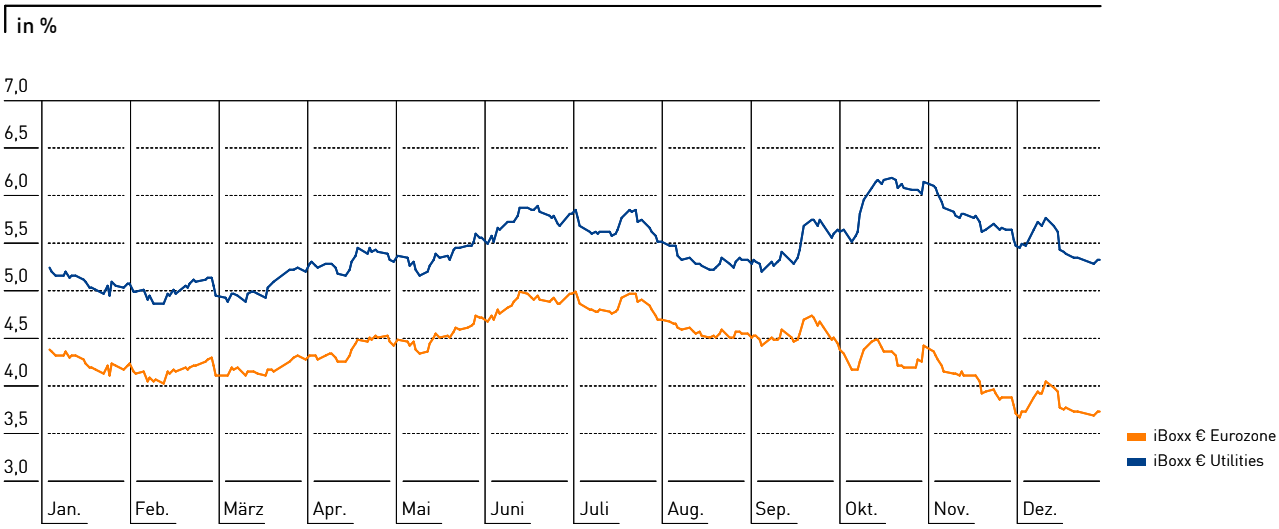
[1] Die Kursinformationen 2004 bis 2006 beziehen sich auf den Parketthandel an der Frankfurter Wertpapierbörse. Die Kursinformationen ab 2007 beziehen sich auf die XETRA-Kurse.
[2] Gesamtzahl der Aktien: 250,006 Mio. Stück.
[3] Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 2008, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung am 23. April 2009.
[4] Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.
[5] Ausschüttung bezogen auf die zum 31.12.2008 dividendenberechtigten Aktien.
[6] Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum Ende des Geschäftsjahres, multipliziert mit dem Jahresschlusskurs.

Auswirkungen der Finanzmarktkrise

Renditeentwicklung am Rentenmarkt

Zum Jahresbeginn 2008 zeigten sich die Rentenmärkte stabil. Im zweiten Quartal verzeichneten die europäischen Staatsanleihen eine Steigerung der Renditen um circa 5 %. Mit der Ausweitung der Finanzmarktkrise, vor allem der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers Mitte September 2008, stieg die Nachfrage nach risikoarmen Anlagewerten, sodass die Renditen der europäischen Staatsanleihen bis zum Jahresende deutlich nachgaben. Gleichzeitig erhöhte sich die Risikoprämie am Sekundärmarkt für die Energieversorgungsunternehmen – im Vergleich zu anderen Branchen allerdings deutlich geringer.

Renditeentwicklung am Rentenmarkt



Entwicklung der Risikoprämie für EnBW-Anleihen

Auch die EnBW konnte sich der schwierigen Marktlage nicht entziehen. Die Risikoprämien der EnBW-Anleihen haben sich deutlich ausgeweitet. Dennoch begaben wir im Januar 2008 eine Anleihe in Schweizer Franken mit einem Volumen von 300 Mio. CHF und im November 2008 zwei Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Mrd. €. Dies wurde durch eine Privatplatzierung im Gegenwert von rund 170 Mio. € im November 2008 ergänzt. Auf diese Weise konnten wir unsere Liquiditätsposition erhöhen und unsere finanzielle Flexibilität im Hinblick auf die 2009 anstehenden Projekte weiter ausbauen.

Dienstleistungsorientierte Investor Relations

Ziel unserer Kapitalmarktkommunikation ist es, einen kontinuierlichen Dialog mit Investoren, Analysten und Banken zu führen, Informationsbedürfnisse zu erfüllen und das Wertpotenzial der EnBW transparent zu machen. Aufgrund des geringen Streubesitzes konzentriert sich unsere Investor-Relations-Arbeit vor allem auf den Fremdkapitalmarkt (Fixed Income), also in erster Linie auf Anleihe-Investoren und Kreditanalysten auf der Buy- und Sell-Seite. Ein gutes Standing der EnBW vor allem bei Fixed-Income-Investoren gewährleistet den notwendigen Zugang zum Kapitalmarkt.

Anlässlich der Veröffentlichungen der Finanzberichte finden Telefonkonferenzen, die auch im Internet übertragen werden, mit direkter Beteiligung mindestens eines Vorstandsmitglieds statt. Im Geschäftsjahr 2008 war die EnBW im Rahmen ihrer siebentägigen Roadshow, die jedes Jahr transaktionsunabhängig im Frühjahr stattfindet, in London, Edinburgh, Frankfurt, Paris, Stuttgart, Den Haag, Amsterdam und Zürich. Insgesamt fanden 20 Einzelgespräche und 7 Gruppenpräsentationen statt. Dazu kamen weitere Einzelgespräche und Gruppenpräsentationen im Rahmen von Investorenkonferenzen in Deutschland und den USA. Dabei informierte das Management der EnBW aktiv über die Unternehmensentwicklung, die Wachstumsstrategie und die damit verbundenen Zukunftsperspektiven des Unternehmens.

Auf unseren Internetseiten bieten wir seit 2008 unsere Finanzberichte und Investorenpräsentationen sowie andere relevante Dokumente in einem Downloadcenter an. Der Geschäftsbericht ist darüber hinaus als Online-Version verfügbar.

Im Geschäftsjahr 2009 werden wir im Rahmen von Roadshows, Investorenkonferenzen und Investorengesprächen umfassend und intensiv über die weitere Umsetzung des Investitionsprogramms der EnBW informieren.

WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com
› Investoren

WEITERE INFORMATIONEN
Finanzkalender
im Umschlag

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT DES ENBW-KONZERNS UND DER ENBW AG

Überblick
30 Konzernziele erreicht
30 Vertriebsaktivitäten intensiviert
30 Geschäftsfelder gestärkt, erneuerbare Energien ausgebaut
31 Dividendenvorschlag in Höhe von 2,01 € je Aktie
31 Solide Finanz- und Vermögenslage
31 Nachhaltiger Wachstumskurs

Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit
32 Struktur
38 Produkte, Markt und Wettbewerb

Konzernstrategie und wertorientierte Steuerung
41 Ziele
41 Strategie
42 Wertorientierte Steuerung

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen
43 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
50 Politische und regulatorische Rahmenbedingungen

Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns
54 Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs
55 Ertragslage
60 Finanzlage
64 Vermögenslage

Unternehmenssituation der EnBW AG
69 Unternehmenssituation der EnBW AG
69 Vermögenslage der EnBW AG
70 Ergebnis der EnBW AG und Dividende
71 Anmerkungen zur Berichtsweise
71 Schlusserklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Mitarbeiter
72 Entwicklung der Mitarbeiterzahlen
72 Personalstruktur
73 Tarifverträge
74 Personalentwicklung durch Wissensmanagement
74 Internationalität der Mitarbeiter
74 Führungskräfte
75 Förderung von Studierenden
75 Bewertung des intellektuellen Kapitals

Forschung und Entwicklung
76 Ziele und Leitlinien der Forschung und Entwicklung
76 Effiziente Forschungs- und Entwicklungsstruktur
77 Aufwand, Personal, Resultate
78 Nutzung von externem Know-how
78 Ausgewählte Forschungs- und Entwicklungsergebnisse

Risikomanagement
81 Grundsätze
81 Struktur und Prozess
83 Strategische Risiken
83 Umfeld- und Branchenrisiken
86 Operative Risiken
88 IT-Risiken
88 Personalrisiken
89 Finanzrisiken
89 Sonstige Risiken
90 Gesamtbeurteilung
90 Risikomanagementsystem

91 Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns

92 Vergütungsbericht

92 Nachtragsbericht

93 Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Prognosebericht
95 Künftige gesamtwirtschaftliche Situation
95 Künftige Branchensituation
98 Künftige Unternehmensentwicklung
99 Erwartete Ergebnisentwicklung
101 Wesentliche Chancen und Risiken der nächsten zwei Jahre
101 Entwicklungen im Personal- und Sozialbereich
102 Entwicklung von Forschung und Innovation
102 Gesamtbeurteilung der voraussichtlichen Entwicklung
103 Zukunftsgerichtete Aussagen

66,8

Mio. MWh aus eigener Bereitstellung

KERNENERGIE
Mit einer Leistung von insgesamt 2.384 MW gehört das Kernkraftwerk Philippsburg (KKP) zu den größten Energiestandorten in Deutschland. Rund 800 EnBW-Mitarbeiter sind hier beschäftigt; damit ist das KKP ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Zusammen decken unsere Anlagen in Philippsburg und Neckarwestheim etwa die Hälfte des gesamten Strombedarfs in Baden-Württemberg. CO_2-frei.

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Investitionen in Kraftwerke und netztechnische Anlagen bedeuten Versorgungssicherheit. Die EnBW konzentriert sich in ihrer Wachstumsstrategie auf den Ausbau eigener Kapazitäten zur Stromerzeugung. Hochmoderne und effiziente Kraftwerke sichern unsere Energie.

Überblick

HINWEIS
Die Verweise am Seitenrand sind nicht Bestandteil des Lageberichts.

Die wirtschaftliche Lage des EnBW-Konzerns konnte im Geschäftsjahr 2008 weiter verbessert werden. Unsere Marktpositionen in den Geschäftsfeldern haben wir gefestigt. Damit können wir unsere wachstumsorientierte Unternehmensstrategie auf einer soliden Basis fortsetzen. Außerplanmäßige Abschreibungen der Strom- und Gasnetze und unserer Finanzanlagen belasteten das Konzernergebnis.

Konzernziele erreicht

Trotz eines immer schwieriger werdenden konjunkturellen Umfelds hat die EnBW ihre Ziele erreicht. Das Adjusted EBIT 2008 belief sich auf 1.793,9 Mio. € und lag damit 14,8 % über dem Vorjahresniveau. Der Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG erreichte 871,8 Mio. €. Der Rückgang gegenüber 2007 ist zum einen auf einen im Vorjahr verbuchten Sondereffekt im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform 2008, zum anderen auf die außerplanmäßige Abschreibung der Strom- und Gasnetze sowie unserer Finanzanlagen im Berichtsjahr zurückzuführen. Der Wertbeitrag des Unternehmens stieg um 16,4 % auf 964,0 Mio. €. Triebkraft der Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2008 war vor allem das Geschäftsfeld Strom. Es profitierte spürbar von einer verbesserten Marge bei der Stromerzeugung. Bei den Veränderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen belastete besonders die weitere Absenkung der Netznutzungserlöse durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) das Ergebnis. Zum Jahresende beschäftigte der EnBW-Konzern 20.501 Mitarbeiter. (Vorjahr: 20.265).

Vertriebsaktivitäten intensiviert

Der Konzern verbuchte 2008 mit 130,5 Mrd. kWh einen um 6,5 % niedrigeren Stromabsatz als im Vorjahr. Dieser Rückgang resultiert aus dem Bereich Stromhandel. Im Privatkundenbereich konnten wir den Absatz mit intensivierten Vertriebsaktivitäten steigern. Der Gasabsatz erreichte 69,8 Mrd. kWh; das entspricht einem Minus von 7,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Zwar legte der Gasabsatz im Business-to-Consumer-(B2C-)Bereich zu, gleichzeitig sank jedoch der Gasabsatz im Business-to-Business-(B2B-)Bereich durch Kundenverluste im Rahmen der fortschreitenden Liberalisierung. Nach Abzug von Strom- und Erdgassteuer stiegen die Außenumsatzerlöse im Geschäftsjahr 2008 um 10,8 % auf 16.305,4 Mio. €. In den Geschäftsfeldern Strom und Gas entwickelte sich der Umsatz positiv.

Geschäftsfelder gestärkt, erneuerbare Energien ausgebaut

Im Bereich Strom legten die Umsatzerlöse um 10,4 % zu und belaufen sich damit auf 12.736,4 Mio. €. Die Absatzrückgänge konnten vor allem durch höhere Preise im Bereich Handel überkompensiert werden. Zur Ausweitung seiner Erzeugungskapazitäten sicherte sich der Konzern unter anderem im Bereich der erneuerbaren Energien die Rechte an vier Offshore-Windparkprojekten. Geplant sind hier Anlagen mit einer Gesamtleistung von über 1.000 MW. Im Karlsruher Rheinhafen baut die EnBW derzeit ein Steinkohlekraftwerk mit einer installierten Leistung von rund 900 MW (RDK 8).

Trotz gesunkener Absatzmengen erhöhten sich die Umsatzerlöse im Bereich Gas um 16,2 % auf 2.881,2 Mio. €. Grund dafür ist die Weitergabe der infolge der Ölpreisentwicklung gestiegenen Gasbezugspreise an die Kunden. Der Ausbau der Gas-Midstream-Aktivitäten wurde weiter vorangetrieben.

Bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises stiegen die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen vor allem durch die positive Entwicklungen im Contractinggeschäft um 2,2 % auf 687,8 Mio. €.

Dividendenvorschlag in Höhe von 2,01 € je Aktie

Der Adjusted Konzernüberschuss des Geschäftsjahres 2008 bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG belief sich auf 1.091,3 Mio. €; das sind 32,9 % mehr als im Vorjahr. Der Anstieg des Adjusted Konzernüberschusses ist im Wesentlichen verursacht durch die positive Entwicklung des Geschäftsfelds Strom und das verbesserte Adjusted Finanzergebnis. Für die Berechnung der Dividende wurde wie im Vorjahr eine Ausschüttungsquote von 45 % zugrunde gelegt. Die Ausschüttungssumme stieg damit von 368,8 Mio. € auf 491,0 Mio. €.

Der Jahresüberschuss der EnBW AG beträgt 1.153,4 Mio. €. Die EnBW AG konnte aufgrund des guten Ergebnisses 576,4 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen einstellen. Der Vorstand wird in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung am 23. April 2009 vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine Dividende von 2,01 € je Aktie auszuschütten. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Dividendensteigerung von 33 %.

Solide Finanz- und Vermögenslage

Für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen hat die EnBW 2008 1.246,0 Mio. € aufgewandt. Das entspricht einem Zuwachs von 429,9 Mio. € oder 52,7 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Operating Cashflow im Geschäftsjahr 2008 ging vor allem aufgrund höherer Sicherheitsleistungen für Termingeschäfte mit Strom, Kohle und Emissionsrechten um 2,2 % auf 1.523,9 Mio. € zurück. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit stieg trotz höherer Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen um 25,8 Mio. € auf -355,8 Mio. €. Gründe hierfür sind im Wesentlichen der Erwerb von Konzernunternehmen im Geschäftsjahr 2007 und höhere Einzahlungen aus dem Verkauf von Wertpapieren im Geschäftsjahr 2008. Während im Geschäftsjahr 2007 der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit im Wesentlichen aufgrund der Tilgung von Finanzverbindlichkeiten -1.786,6 Mio. € betrug, waren im Geschäftsjahr 2008 Mittelzuflüsse von 588,0 Mio. € zu verzeichnen. Der Grund für die Veränderung liegt vor allem in der Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten im Geschäftsjahr 2008. Diese sind unter anderem zur Finanzierung des Erwerbs von Anteilen an der EWE AG, der noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bundeskartellamts steht, vorgesehen.

Die Bilanzsumme im Konzern erhöhte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2007 deutlich um 15,8 % auf 32.925,1 Mio. €. Die Eigenkapitalquote ging um 4,1 Prozentpunkte auf 17,0 % zurück. Der Rückgang der Eigenkapitalquote resultiert zum einen aus einer Verminderung des Eigenkapitals durch einen Rückgang der Kursreserven unserer Wertpapiere und zum anderen aus der Erhöhung der Bilanzsumme. Die Nettofinanzschulden im Geschäftsjahr 2008 konnten um 53,8 Mio. € auf 2.918,5 Mio. € gesenkt werden. Die Nettoschulden erhöhten sich dagegen im Geschäftsjahr 2008 um 889,0 Mio. € auf 6.833,5 Mio. €. Der Anstieg der Nettoschulden resultiert vor allem aus gesunkenen Bewertungsreserven unserer Wertpapiere aufgrund der Kursrückgänge an den Kapitalmärkten, aus gestiegenen Pensions- und Kernenergierückstellungen sowie aus einer Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Put-Optionen.

Nachhaltiger Wachstumskurs

Trotz unsicherer politischer Rahmenbedingungen und eingetrübter Konjunkturaussichten erwarten wir im Geschäftsjahr 2009 ein Adjusted EBIT auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2008. Mit unserer Wachstumsstrategie wollen wir das erwartete Ergebnis in Zukunft kontinuierlich steigern. Im Rahmen unseres Investitionsprogramms werden wir bis 2011 rund 7,7 Mrd. € in unsere Geschäftsfelder investieren. Einen Großteil dieser Summe finanzieren wir dabei aus dem Operating Cashflow des Unternehmens. Die Nettofinanzverschuldung wird voraussichtlich um rund 2 Mrd. € zunehmen. Damit ist eine solide Finanzsituation der EnBW weiterhin gewährleistet – ebenso wie ein Rating im A-Bereich.

Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

Die EnBW ist ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen. Im Bereich Strom decken wir die komplette Wertschöpfungskette ab, im Bereich Gas bauen wir unsere Aktivitäten aus. Das dritte Geschäftsfeld umfasst die Bereiche Energie- und Umweltdienstleistungen. Wir versorgen unsere Kunden bedarfsgerecht und zuverlässig. Im Geschäftsjahr 2008 konnten wir unsere Marktposition festigen.

Struktur

WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss/ Segmentberichterstattung
› S. 180

EnBW-Konzern

Mit rund sechs Millionen Kunden ist die EnBW das drittgrößte Energieversorgungsunternehmen in Deutschland. Die Kernaktivitäten der EnBW konzentrieren sich auf die drei Geschäftsfelder Strom, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen. Über 89 % des Konzernumsatzes erwirtschaftet das Unternehmen im Inland. Im Ausland sind wir vor allem in der Schweiz, in Tschechien, in Ungarn, in Österreich und in Polen über unsere Beteiligungen aktiv. In der Kooperation mit der Electricité de France (EDF) realisieren wir Synergien und entwickeln gemeinsame Wachstumsprojekte.

Im **Geschäftsfeld Strom** ist die EnBW in sämtlichen Stufen entlang der Wertschöpfungskette – Erzeugung, Handel, Transport und Verteilung sowie Vertrieb – tätig. Zum Kraftwerkspark der EnBW gehören Kernkraftwerke, Kohle-, Öl-, Gas- und Pumpspeicherkraftwerke sowie Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen. Dies sind Laufwasserkraftwerke, durch natürlichen Zufluss betriebene Speicherkraftwerke, Fotovoltaikanlagen, Windkrafträder und Biomasseanlagen. Unsere Kraftwerkskapazitäten beliefen sich 2008 auf 15.000 MW (2007: 14.963 MW). Das Erzeugungsportfolio des EnBW-Konzerns stellt sich wie folgt dar:

Erzeugungsportfolio des EnBW-Konzerns[1] Elektrische Leistung in MW	**2008**	**2007**
Kernkraftwerke (inkl. EDF-Verträge)	4.846	4.842
Konventionelle Kraftwerke	6.585	6.620
Laufwasser- und Speicherkraftwerke	3.472	3.415
Sonstige erneuerbare Energien	97	86
Gesamt	**15.000**	**14.963**

[1] Im Erzeugungsportfolio sind auch langfristige Bezugsverträge und teileigene Kraftwerke enthalten.

Der Anteil der Eigenerzeugung an der Strombereitstellung betrug im Jahr 2008 51 %; im Vorjahr waren es 53 % gewesen. Die restlichen 49 % wurden über den Stromhandel bezogen.

Strombereitstellung des EnBW-Konzerns[1] nach Primärenergieträgern in %	**2008**	**2007**
Fossile und sonstige Energien	14,2	16,1
Kernenergie	27,7	27,3
Erneuerbare Energien[2]	20,2	16,7
Primärenergie nicht bekannten Ursprungs	37,9	39,9

[1] In der Eigenerzeugung sind auch langfristige Bezugsverträge und teileigene Kraftwerke enthalten.
[2] Analog der Ausweisung nach § 42 EnWG.

Für die gesamte Wertschöpfungskette Energie ist der Handel von entscheidender Bedeutung. Im Zuge des Risikomanagements werden dazu der Handel mit Energie (Strom), Energieträgern (Gas, Kohle, Öl), Emissionszertifikaten und den darauf bezogenen Finanzprodukten (Derivaten) sowie die Kraftwerkeinsatzplanung und die Kraftwerkeinsatzsteuerung (Dispatching) in einen übergreifenden Prozess integriert.

Die von der EnBW betriebenen Übertragungs- und Verteilnetze haben eine Länge von insgesamt 160.000 km. Die EnBW ist einer von vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland. Die Betreiber tragen die Verantwortung für einen sicheren Betrieb und die Instandhaltung der Netze. Sie gewährleisten das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch. Von den Netznutzern erhalten die Betreiber ein Netzentgelt, das durch die Bundesnetzagentur behördlich festgesetzt wird.

Stromkreislängen des EnBW-Konzerns in km	2008	2007
Übertragungsnetz[1]		
Höchstspannung 380 kV	1.994	1.992
Höchstspannung 220 kV	2.055	1.787
Verteilnetz[2]		
Hochspannung 110 kV	9.801	9.796
Mittelspannung 30/20/10 kV	49.324	48.571
Niederspannung 0,4 kV	104.406	103.004

[1] Analog der Ausweisung nach § 42 EnWG.
[2] Einbezogene Gesellschaften: EnBW Regional AG, Energiedienst Holding AG, EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG, ZEAG Energie AG, Stadtwerke Düsseldorf AG, ENSO Strom Netz GmbH und Prazská energetika a.s.

Das Höchstspannungsnetz (380 oder 220 kV) gewährleistet den Transport ab Kraftwerk (Übertragungsnetz). Leitungen mit 110 kV dienen der Versorgung von Stadtwerken und Industriebetrieben, während 30-, 20- oder 10-kV-Leitungen im regionalen Verteilnetz für mittelgroße Abnehmer bestimmt sind. Haushalte, die Landwirtschaft und Gewerbebetriebe nutzen das 0,4-kV-Leitungsnetz mit den dazugehörenden Umspannstationen.

Die EnBW verfolgt eine synergetische Mehrmarkenstrategie: Jede Marke des Konzerns hat dabei eine klar definierte Rolle und spricht eine bestimmte Zielgruppe an. Die Strategien der Marken sind konsequent aufeinander abgestimmt. Kundenorientierung hat für die EnBW höchste Priorität. Im Industriekundenbereich verfügen wir über das bundesweit dichteste Niederlassungsnetz der Branche. Privatkunden finden bei uns zahlreiche Serviceangebote.

Die Aktivitäten im **Geschäftsfeld Gas** umfassen die Ferngasstufe (Midstream) mit Importverträgen und -infrastruktur, Speicherung, Handel/Portfoliosteuerung sowie die Verteilstufe (Downstream) mit Transport/Verteilung und Vertrieb. In Baden-Württemberg ist die EnBW auf der Ferngasstufe und der Verteilstufe tätig. Das Versorgungsgebiet der Gasendverteilgesellschaften umfasst große Teile Baden-Württembergs (unter anderem Großraum Stuttgart, Schwarzwald, Schwäbische Alb, Bodenseeregion, Nordbaden, Ostwürttemberg). In Sachsen und im Großraum Düsseldorf ist die EnBW ebenfalls auf der Verteilstufe aktiv.

Die EnBW verfolgt den im Vorjahr begonnenen Ausbau des Bereichs Gas-Midstream konsequent weiter. Mit der gezielten Prüfung und Durchführung von Projekten werden die langfristigen Ziele einer unabhängigen Beschaffung durch eigene Importverträge und eines sicheren Zugangs zur notwendigen Transport- und Speicherinfrastruktur angestrebt. Das Gasspeicherprojekt in Etzel macht weiter Fortschritte. Die EnBW hatte sich im Jahr 2007 langfristige Nutzungsrechte für Salzkavernen in der Region Etzel gesichert. Um Synergien zu nutzen, haben EnBW und EDF, die gleichfalls über Speicherkavernen in der Region Etzel verfügt, eine 50:50-Joint-Venture-Gesellschaft gegründet, die die Aufgaben der Errichtung und des Betriebs (ab 2011) der obertägigen Anlagen wahrnimmt. Die Anbindung an das Hochdrucknetz erfolgt über die 56 km lange Pipeline der Bunde-Etzel-Pipeline GmbH & Co. KG, an denen EnBW und EDF beteiligt sind. Auch das LNG-Terminalprojekt LionGas in Rotterdam wird weiter vorangetrieben. Außerdem werden weitere Standorte für LNG-Terminals in anderen europäischen Ländern geprüft.

Das **Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen** konzentriert sich auf die thermische und nicht thermische Entsorgung, die Wasserversorgung sowie energienahe und sonstige Dienstleistungen.

Die Contractingdienstleistungen der EnBW auf dem Gebiet der Energie- und Medienversorgung decken sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette ab: von der ersten Bedarfsanalyse über die Planung, Finanzierung und Realisation bis hin zur Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der Anlagen beim Kunden. Bei der thermischen Entsorgung verfügt die EnBW mit dem Müllheizkraftwerk Stuttgart-Münster und der Müllverbrennungsanlage der Stadtwerke Düsseldorf AG über eigene thermische Entsorgungskapazitäten in Höhe von insgesamt circa 870.000 t Abfall jährlich. Ergänzend bestehen Verträge zur Entsorgung vor allem von Hausmüll mit Betreibern anderer Müllverbrennungsanlagen. In Baden-Württemberg deckt die EnBW von der Gewinnung über die Aufbereitung und Speicherung bis hin zur Verteilung das gesamte Spektrum der Wasserversorgung ab.

WEITERE INFORMATIONEN
Standortkarte im Umschlag

Der Hauptsitz des EnBW-Konzerns ist in Karlsruhe. Die zentralen Verwaltungsgebäude befinden sich in Karlsruhe und Stuttgart. Die Kraftwerke, Verteilungsanlagen, Regional- und Betriebszentren sowie Vertriebsniederlassungen und -abwicklungszentren des Konzerns sind in ganz Baden-Württemberg verteilt, einige Vertriebsniederlassungen betreiben wir deutschlandweit. Neben den Beteiligungen in Deutschland hält die EnBW Beteiligungen in der Schweiz, Österreich, Ungarn, Tschechien und Polen. Die wesentlichen Beteiligungen der EnBW AG und ihre Standorte sind im Jahresabschluss dargestellt.

EnBW AG

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG) übt als operative Holding die zentralen Leitungsfunktionen im EnBW-Konzern aus. Diese umfassen sowohl die strategische als auch die operative Steuerung der wesentlichen Wertschöpfungsstufen. Mit wesentlichen Tochtergesellschaften der EnBW AG bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Da der Geschäftsverlauf, die wirtschaftliche Lage und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der EnBW AG nicht von dem Geschäftsverlauf, der wirtschaftlichen Lage und den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des EnBW-Konzerns abweichen, haben wir den Lagebericht des EnBW-Konzerns und der EnBW AG zusammengefasst.

WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com
› Investoren

Im Geschäftsjahr 2008 blieb die Aktionärsstruktur der EnBW AG im Wesentlichen unverändert. Mit je 45,01 % der EnBW-Aktien sind Electricité de France (EDF) und Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) die beiden Hauptanteilseigner. Der Anteilsbesitz besteht in dieser Höhe seit der letzten Anpassung am 8. April 2005.

WEITERE INFORMATIONEN
Die EnBW am Kapitalmarkt
› S. 20

Leitung und Kontrolle

Vorstand

WEITERE INFORMATIONEN
Mitglieder des Vorstands
› S. 8f.

Der Vorstand der EnBW AG leitet den Konzern gemeinschaftlich mit dem Ziel einer nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts. Neben dem Ressort des Vorstandsvorsitzenden sind die Aufgaben des Vorstands in die Ressorts „Operations“, „Personal, Recht und IT“, „Finanzen“ und „Technik“ aufgeteilt.

Nach dem altersbedingten Ausscheiden des Marketing- und Vertriebsvorstands, Dr. h. c. Detlef Schmidt, zum 30. Juni 2008 wurde der EnBW-Vorstand von sechs auf fünf Ressorts verkleinert. Finanzvorstand Dr. Christian Holzherr verließ das Unternehmen auf eigenen Wunsch zum 30. April 2008. Das Finanzressort wurde zwischenzeitlich vom Vorstandsvorsitzenden in Personalunion geführt. Seit 1. Januar 2009 wird das Finanzressort von Dr. Rudolf Schulten verantwortet. Zum 1. Februar 2009 übernahm Christian Buchel das Ressort Operations von Pierre Lederer, der das Unternehmen zum 31. Januar 2009 auf eigenen Wunsch verließ, um eine neue Aufgabe bei der EDF zu übernehmen.

Der Vorstandsvorsitzende nimmt in seinem Ressort insbesondere strategische, aktionärsbezogene, gesellschaftliche, politische und konzernübergreifende Aufgaben wahr. Ihm sind weiterhin Marketing und Vertrieb, Unternehmenskommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Mergers and Acquisitions, Revision sowie die Führung der EnBW-Auslandsbeteiligungen in Mittel- und Osteuropa zugeordnet. Marketing und Vertrieb umfassen die Entwicklung, Implementierung und Überprüfung der konzernweiten Marketingkonzeption für alle Geschäfts-

felder, Produkte, Konzernmarken, Vertriebskanäle, Tochtergesellschaften und Beteiligungen sowie den Vertrieb von Energie, Energiedienstleistungen und sonstigen Produkten und Dienstleistungen. Um eine bestmögliche Optimierung der Wertschöpfungskette (Erzeugung, Handel, Vertrieb) zu gewährleisten, ist der Bereich Marketing und Vertrieb zusätzlich fachlich dem Ressort Operations zugeordnet. Zum Verantwortungsbereich des Vorstandsvorsitzenden gehört außerdem die Entwicklung des Midstream-Gasgeschäfts.

Der Vorstand im Ressort Operations verantwortet die Steuerung und Optimierung der Aktivitäten und Beteiligungen entlang der Wertschöpfungsketten in den Geschäftsbereichen Strom und Gas sowie die Steuerung der energiewirtschaftlichen Aspekte der Regulierung. In Zusammenarbeit mit dem Ressort Technik erfolgt die Entwicklung von Kraftwerksneubauten. Die Contracting- und die damit verbundenen energienahen Dienstleistungsaktivitäten sind ebenfalls im Ressort Operations angesiedelt.

Das Ressort Personal, Recht und IT verantwortet die entsprechenden Querschnittsfunktionen. Dieser Vorstandsbereich übernimmt auch die Aufgaben der Bereiche Risikomanagement, Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit, Liegenschaften und Wissensmanagement. Rechtlich-regulatorische Fragen des Ordnungsrahmens, insbesondere Fragen bezüglich der Koordination von Regulierungsmanagement und Compliance Office, sind ebenfalls diesem Ressort zugeordnet. Darüber hinaus hat der Personalvorstand die Funktion des Arbeitsdirektors.

Die konzernweiten Finanzaktivitäten – Konzerncontrolling, Konzernrechnungswesen und Steuern – sowie die Themenfelder Konzernfinanzen und Investor Relations werden vom Finanzressort gesteuert und koordiniert.

Das Technikressort verantwortet im Konzern die technisch geprägten Geschäftsfelder und Aufgaben. Dazu gehören in erster Linie Energieerzeugung (nuklear, fossil) und erneuerbare Energien sowie Entsorgung. In der Zusammenarbeit mit dem Ressort Operations erfolgt die Umsetzung von Kraftwerksneubaumaßnahmen. Der Technikvorstand übernimmt die Führung der entsprechenden Konzerngesellschaften. Außerdem sind in diesem Ressort die Aufgabengebiete Forschung und Innovation, Innovationsmanagement, das zentrale Krisenmanagement, Materialwirtschaft, Technik im Netzbereich sowie der Umweltschutz angesiedelt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der EnBW AG besteht aus 20 Mitgliedern und überwacht und berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Gemeinsam mit dem Vorstand erörtert er regelmäßig die Geschäftsentwicklung, Planung und Strategie des Unternehmens. Der Aufsichtsrat der EnBW AG ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz paritätisch mit Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmer besetzt. Während die Hauptversammlung die Anteilseignervertreter bestimmt, werden die Arbeitnehmervertreter von den Mitarbeitern der EnBW-Gesellschaften gewählt. Die Gewerkschaft ver.di nominiert drei Arbeitnehmervertreter. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen ist der Aufsichtsrat stets eingebunden. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen, sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt. Der Aufsichtsrat ist insbesondere zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und die Feststellung des Jahresabschlusses. Zur optimalen Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten, einen Finanz- und Investitionsausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss sowie einen Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 des Mitbestimmungsgesetzes gebildet. Der zur Prüfung von Organhaftungsansprüchen gegen frühere Vorstandsmitglieder eingerichtete Ad-hoc-Ausschuss hat seine Arbeit beendet und wurde zum Ende des Geschäftsjahres 2008 aufgelöst. Das Kapitel Corporate Governance enthält Angaben zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse.

WEITERE INFORMATIONEN
Corporate Governance
› S. 194ff.

Wesentliche Gesellschaften der EnBW im Überblick

Die **EnBW Kraftwerke AG** verantwortet den Betrieb des Großteils des EnBW-Kraftwerksparks und gewährleistet damit die Erzeugungskapazitäten des Konzerns.

Die **EnBW Kernkraft GmbH** übernimmt die Betriebsführung der Kernkraftwerke an den Standorten Neckarwestheim, Philippsburg und Obrigheim.

Die **EnBW Renewables GmbH** wurde zum 1. Oktober 2008 gegründet mit dem Ziel, die Konzernaktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien zu bündeln und auszubauen.

Als Handelsgesellschaft verantwortet die **EnBW Trading GmbH** (ETG) den Verkauf des von der EnBW erzeugten Stroms und den Bezug von Strom auf dem Großhandelsmarkt sowie den Kauf der für die Stromerzeugung notwendigen Primärenergieträger Gas, Kohle und Öl über entsprechende Spot- oder Terminkontrakte. Darüber hinaus ist sie zuständig für die Ausstattung des Konzerns mit den notwendigen CO_2-Zertifikaten. Neben der Aufgabe des Risikomanagements entlang der Wertschöpfungskette ist die ETG für die Kraftwerkseinsatzplanung und das Dispatching zuständig. Die Gesellschaft betreibt neben dem Handel für das operative Geschäft auch einen Eigenhandel.

Die **EnBW Transportnetze AG** (TNG) betreibt das Übertragungsnetz in Baden-Württemberg (380 kV und 220 kV) und stellt den transparenten und diskriminierungsfreien Marktzugang aller Marktteilnehmer sicher.

Die **EnBW Regional AG** (REG) betreibt das Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetz (110 kV, 20 kV, 0,4 kV). Sie betreut auch das Gasrohrnetz der EnBW und verantwortet die Trinkwasserversorgung in Stuttgart. Es ist die Aufgabe der REG, Grundsätze für Netzzugang und Netznutzung zu erstellen und die Nutzungsentgelte zu ermitteln. In Baden-Württemberg übernimmt die REG die Kontaktpflege zu den Kommunen und intensiviert die Geschäftsbeziehungen zu den Stadtwerken. Außerdem erbringt sie netznahe und kommunale Dienst leistungen in den Bereichen Strom, Gas, Wasser, Wärme und Telekommunikation.

Die **EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH** vertreibt Energie (Strom, Gas und Fernwärme), Wasser sowie Energie- und Servicedienstleistungen an Industrie-, Gewerbe- und Privatkunden, Stadtwerke und Kommunen. Sie agiert außerdem als Dienstleister für die EnBW Gas GmbH und trägt wesentlich zu den Vertriebstätigkeiten für Privat-, Industrie- und Weiterverteilerkunden bei.

Die **Yello Strom GmbH** ist die Marketing- und Vertriebsgesellschaft für den bundesweiten Vertrieb von Strom und weiteren Produkten (Telefonieprodukt, Rabattkarte für Gewerbekunden) für Privat- und Gewerbekunden. Im Dezember startete Yello als erster nationaler Anbieter eines intelligenten Stromzählers: dem Yello Sparzähler^{online}. Yello vertreibt auch Strom in Schweden. Der Vertrieb von Gas erfolgt im Rahmen eines Pilotprojekts an Privatkunden in Essen und Nürnberg.

Die neu gegründete **EnBW Gas Midstream GmbH** erschließt der EnBW den mittel- und langfristigen Zugang zu Gas vor allem mittels eigener Importverträge und gesicherter Infrastruktur entlang der Gaswertschöpfungskette.

Die **EnBW Gas GmbH** ist im Segment der Gasendverteilung tätig und versorgt Endkunden in Baden-Württemberg. Die Gesellschaft betreibt eigene Erdgasspeicher. Das 100 %-Tochterunternehmen **EnBW Gasnetz GmbH** betreibt das Transport- und Verteilnetz und nimmt alle Aufgaben des Verteilnetzbetreibers Gas gemäß Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) wahr.

Die **GasVersorgung Süddeutschland GmbH** (GVS) beliefert Stadtwerke, regionale Gasversorger, Industriekunden und Kraftwerke im In- und Ausland mit Erdgas. Kernaufgaben sind der Einkauf, der Verkauf, die Speicherung und der Transport von Erdgas. Die **GVS Netz GmbH** übt seit Mitte 2007 die Netzbetreiberfunktion aus und bietet ihren Kunden im eigenen Marktgebiet alle Dienstleistungen rund um den Gastransport an. Gesellschafter der GVS sind die EnBW und der italienische Energiekonzern Eni.

Die **EnBW Energy Solutions GmbH** erbringt im Rahmen von Contractingmodellen energienahe Dienstleistungen für die Industrie. Diese umfassen die Planung, die Finanzierung und den Betrieb von Energieerzeugungsanlagen und Medieninfrastrukturen sowie die Versorgung der Kunden mit Nutzenergien wie Dampf, Kälte, Druckluft und eigenerzeugtem Strom.

Die **EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH** erbringt umfangreiche Beratungs- und Dienstleistungen innerhalb des EnBW-Konzerns.

Die Geschäftsfelder des EnBW-Konzerns[1] im Überblick

STROM

Erzeugung
EnBW Kraftwerke AG
EnBW Kernkraft GmbH
EnBW Renewables GmbH

Handel/Beschaffung
EnBW Trading GmbH

Transport und Verteilung[2]
EnBW Transportnetze AG
EnBW Regional AG

Vertrieb
EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
Yello Strom GmbH

GAS

FERNGASSTUFE

Importverträge und -infrastruktur
EnBW Gas Midstream GmbH

Speicher
EnBW Gas Midstream GmbH
GasVersorgung Süddeutschland GmbH
EnBW Gas GmbH

Handel/Portfoliosteuerung
EnBW Gas Midstream GmbH
EnBW Trading GmbH
GasVersorgung Süddeutschland GmbH
EnBW Gas GmbH

VERTEILSTUFE

Transport und Verteilung[2]
GVS Netz GmbH
EnBW Gasnetz GmbH

Vertrieb
GasVersorgung Süddeutschland GmbH
EnBW Gas GmbH
EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
Yello Strom GmbH[3]

ENERGIE - UND UMWELTDIENSTLEISTUNGEN

Gesellschaften mit Querschnittsfunktion
EnBW Energy Solutions GmbH
EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH

[1] Die Grafik zeigt die Kerngesellschaften der EnBW.
[2] Die netzbetreibenden Gesellschaften sind gemäß den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes als unabhängige Netzbetreiber aufgestellt.
[3] Projekt Gasvertrieb an Haushaltskunden.

Produkte, Markt und Wettbewerb

Im Rahmen der Mehrmarkenstrategie des Konzerns beliefert die EnBW in ihrem Heimatmarkt Baden-Württemberg private Endverbraucher, Gewerbe- und Industriekunden, Kommunen und Stadtwerke unter der Marke EnBW mit Strom, Gas, Energie- und Umweltdienstleistungen, Fern- und Nahwärme sowie Wasser. Für die Betreuung von Industriekunden außerhalb Baden-Württembergs sind unsere Mitarbeiter in den nationalen EnBW-Niederlassungen und unsere Key-Account-Manager zuständig. Die Marke NaturEnergie richtet sich an ökologisch orientierte Kunden. Auf nationaler Ebene richtet sich die Marke Yello an private Endkunden und Gewerbekunden. Mit der Marke Watt werden mittelständische Unternehmen sowie Filialkunden mit Energie versorgt.

Strom

Aufgrund des Wettbewerbs ist die Wechselbereitschaft bei Privat- und Gewerbekunden (Business-to-Consumer-(B2C-)Kunden) weiter gestiegen. Wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ermittelte, haben inzwischen zwei Drittel aller Haushalte entweder ein neues Produkt bei ihrem bisherigen Stromanbieter oder einen anderen Lieferanten gewählt. Dies entspricht einem Anstieg um zehn Prozentpunkte gegenüber 2007. Viele Wettbewerber und Dienstleister reagieren auf diesen Trend mit verstärkten Aktionen und Vertriebsaktivitäten. Die EnBW konnte sich durch hervorragende Servicestandards und ansprechende Kundenbindungsmaßnahmen positionieren. Unsere Marktposition in Baden-Württemberg ist daher unverändert stark. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leisteten die Aktivitäten während der Testphase und später der Markteinführung des „EnBW Intelligenten Stromzählers®“. Die Vorreiterrolle der EnBW und die Unterstützung der Kunden beim privaten Energiemanagement werden von Medien und Öffentlichkeit außerordentlich positiv bewertet.

Die Marke Yello, über die die EnBW seit 1999 deutschlandweit günstigen Strom mittels einer Multi-Channel-Strategie vertreibt, hat sich nach Kundenzahlen unter den Top Ten der Stromanbieter in Deutschland etabliert. Seit Dezember 2008 bietet Yello als erster Anbieter bundesweit einen intelligenten Stromzähler an, den Yello Sparzähler^{online}. Yello-Strom kann eine durchschnittliche gestützte Markenbekanntheit von 97 % aufweisen. Seit September 2007 ist Yello auch in Schweden aktiv.

Im Business-to-Business-(B2B-)Bereich besteht der intensive Wettbewerb weiter fort. Aufgrund der hohen Qualität von Beratung und Service sowie der häufig langjährigen Kundenbeziehungen konnte die EnBW ihre Position in Baden-Württemberg und im bundesweiten Rahmen behaupten. Dabei erweist sich die hohe Kompetenz der EnBW bei Energieeffizienzmaßnahmen als Wettbewerbsvorteil mit wachsender Bedeutung.

Gas

Die wesentlichen Herausforderungen im Jahr 2008 für die Gasgesellschaften der EnBW waren der zunehmende Wettbewerb, die regulatorischen Anforderungen und die Weiterentwicklung der Erdgasprodukte in Bezug auf das vom Bundeskabinett verabschiedete Energie- und Klimapaket in Deutschland.

Im Stammland Baden-Württemberg herrscht ein intensiver Wettbewerb, in dem die GVS erfolgreich agiert und die Chancen nutzt. Hier werden über zwei Drittel aller Städte und Gemeinden über das rund 1.900 km lange Hochdrucknetz mit Erdgas beliefert. Über Baden-Württemberg hinaus baute die GVS in ganz Deutschland ihre Position aus und gewann Weiterverteiler und Industriebetriebe für das Gaswirtschaftsjahr 2008/2009 als Kunden hinzu. Neben ihren traditionellen Stärken als zuverlässiger und leistungsstarker Erdgaslieferant setzt die GVS auch zunehmend auf moderne Dienstleistungen rund um Technik, Logistik und Vertrieb. Anfang 2008 überarbeitete und aktualisierte die GVS ihr Erscheinungsbild durch ein neues Logo und ein modifiziertes Corporate Design.

Die EnBW Gas GmbH konzentriert sich auf Vertriebstätigkeiten für Privat-, Industrie- und Weiterverteilerkunden im Großraum Stuttgart. Trotz zunehmenden Wettbewerbs um Industrie- und Haushaltskunden ist es der EnBW Gas GmbH durch den Ausbau von Kundenservice und Kundenbindungsmaßnahmen gelungen, ihre Marktposition in Baden-Württemberg zu behaupten. Um den erfolgreichen Wachstumspfad fortsetzen zu können und vor dem Hintergrund neuer gesetzlicher Anforderungen entwickelte die EnBW Gas GmbH im Jahr 2008 weitere marktorientierte innovative Produkte – zum Beispiel Produkte mit einem regenerativen Anteil von Bioerdgas, das in eigenen Anlagen produziert wird, oder ein Programm zur Förderung von Erdgas-Brennwerttechnik in Kombination mit Solarenergie. Wachstumsfelder wurden identifiziert und neue Techniken beleuchtet. Derzeit läuft beispielsweise ein Pilotprojekt zum Einsatz von Gaswärmepumpen. Über gezielte Kampagnen und zielgruppenorientierte Kommunikation hat sich die EnBW weiter systematisch als Erdgasmarke etabliert.

Die ENSO Erdgas GmbH wurde mit Wirkung zum 15. Mai 2008 auf die ENSO Energie Sachsen Ost AG (ENSO AG) verschmolzen. Nach der gelungenen Fusion bietet die Marke ENSO in Ostsachsen Strom, Erdgas, Wasser und Wärme aus einer Hand. Synergien werden genutzt, um Kostensenkungspotenziale zu erschließen und im Gas-zu-Gas-Wettbewerb einzusetzen. ENSO hat rund 100.000 Erdgaskunden. Im Rahmen eines Pilotprojekts wird die Eignung der Erdgaswärmepumpentechnik für eine effiziente Wärmeversorgung speziell von Sanierungsobjekten getestet.

Die Stadtwerke Düsseldorf AG versorgt rund 118.000 Privatkunden und über 600 Großkunden mit Erdgas. Die Geschäftstätigkeit der Stadtwerke Düsseldorf AG blieb im Vergleich zum Vorjahr trotz zunehmenden Wettbewerbs im Düsseldorfer Versorgungsgebiet (DVG) – vor allem im B2C-Segment – stabil. Kundenabwanderungen wurden durch einen erfolgreichen Vertriebsstart in der Region kompensiert. Insgesamt werden bislang rund 2.500 neue Privatkunden beliefert, die mithilfe der neuen Produktpalette Düsselgas über diverse Vertriebskanäle wie Internet- und Direktvertrieb akquiriert werden konnten. Im B2B-Bereich wurden durch eine aktive Kundenbindungsstrategie im Jahr 2008 Abwanderungen im DVG verhindert. Auch in diesem Kundensegment ist der Vertrieb in der Region erfolgreich gestartet. Rund zehn Kunden werden seit dem Gaswirtschaftsjahr 2008/2009 mit Erdgas beliefert.

Die Yello Strom GmbH bietet im Rahmen eines Pilotprojekts Haushaltskunden in Essen und Nürnberg das bisher einmalige Kombiprodukt „Erdgas in Verbindung mit dem Sparzähler[online]“ an.

Energie- und Umweltdienstleistungen

Die EnBW Energy Solutions GmbH (ESG) zählt im Bereich Industrie zu den führenden Contractinggesellschaften in Deutschland. Der Fokus der ESG liegt auf Dampf- und Kraft-Wärme-Kopplungs-(KWK-)Projekten wie der effizienten Strom- und Dampferzeugung in Industriekraftwerken. Ebenso realisiert die Gesellschaft individuelle Standortbetreibermodelle. In den Contractingmodellen der ESG kommen verschiedene Technologien, Brennstoffe und Anlagengrößen zum Einsatz. So betreibt die ESG neben einer Reihe von gasgefeuerten Anlagen auch Biomasseanlagen auf Basis von Holz und Rapsöl. Auch die Wärmeversorgung über Nahwärmenetze zur Versorgung komplexer Liegenschaften zählen zum Portfolio der ESG. Im Vordergrund stehen dabei stets der Bedarf des Kunden und die effiziente Sicherstellung einer langfristigen Versorgung im technisch-wirtschaftlichen Optimum. Die Politik unterstützt das Contracting als ein Modell, die vorgegebenen Klimaschutzziele in die Tat umzusetzen. Durch intensives Engagement des Contractors in neue Technologien am Standort der Kunden und durch ein hohes Maß an Fachwissen lässt sich ein maßgeblicher Beitrag zur geplanten CO_2-Einsparung erzielen.

Innerhalb des Entsorgungsbereichs konzentrieren wir uns auf die anlagenintensive Entsorgung von Abfall in thermischen Abfallbehandlungsanlagen und das zugehörige Stoffstrommanagement (waste to energy). Diese Behandlungsanlagen dienen einerseits der Entsorgung von Abfall vor allem kommunaler Kunden und andererseits der Strom- und Wärmeerzeugung. Es bestehen langfristige Verträge zur thermischen Abfallentsorgung mit Landkreisen und Städten in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die EnBW gewährleistet so zuverlässig die Entsorgungssicherheit für ihre kommunalen Partner.

Die AWISTA Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mbH (AWISTA), ein 51%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Düsseldorf AG, bündelt die abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen in der Landeshauptstadt und in der Region vorrangig für kommunale Kunden. Gemeinsam mit dem im Gewerbekundenbereich tätigen Schwesterunternehmen REMONDIS Rhein-Wupper GmbH & Co. KG, einer 49%igen Beteiligung der Stadtwerke Düsseldorf AG, ist die AWISTA Komplettanbieter im abfallwirtschaftlichen Bereich und nimmt eine marktführende Position in der Region Düsseldorf ein.

Mit einem Marktanteil von rund 11 % ist die EnBW – bezogen auf das Absatzvolumen einschließlich anteiliger Stadtwerksbeteiligungen – der größte Wasserversorger in Baden-Württemberg. Bei einer Verkaufsmenge von circa 38,45 Mio. m^3 lag der Umsatz aus der Wasserlieferung im Jahr 2008 bei 81,6 Mio. €. Auch 2008 investierte die EnBW in die sichere Trinkwasserversorgung der Landeshauptstadt Stuttgart. So konnte nach vierjährigem Um- und Neubau im Sommer der Hochbehälter Jahnstraße in Betrieb genommen werden. Fertiggestellt wurden 2008 die beiden Zubringerwasserleitungen Birkenwäldle und Wasserwerk Berg/Hochbehälter Kanonenweg. Das Projekt Schwerpunktspeicher Mühlbachhof im Stuttgarter Norden wird voraussichtlich 2010 abgeschlossen sein. Dienstleister der EnBW im Bereich Wasserversorgung ist die EnBW Regional AG. Sie baute ihre Aktivitäten bei Endkunden und Kommunen auch 2008 weiter aus und konnte mehrere Betriebsführungsaufträge abschließen. In diesem Zusammenhang sind besonders die Abwasserprojekte Bad Liebenzell und Unterreichenbach hervorzuheben. Die Projekte werden operativ von der RBS wave GmbH, einer Tochtergesellschaft der EnBW Regional AG, durchgeführt. Die Auftragslage der RBS wave GmbH, die als einer der größten Anbieter von Ingenieurdienstleistungen in Baden-Württemberg unter anderem das gesamte Spektrum der Wasserversorgung abdeckt, hat sich weiter gut entwickelt.

Konzernstrategie und wertorientierte Steuerung

Die EnBW ist ein führendes, vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen im Herzen Europas. Sie verfolgt das Ziel, nachhaltig profitabel zu wachsen und damit den Unternehmenswert langfristig zu steigern. Nach unserer Überzeugung können wirtschaftliche Ziele nur dann dauerhaft erreicht werden, wenn auf dem Weg dorthin den Belangen von Kunden, Mitarbeitern, Umwelt und Gesellschaft Rechnung getragen wird.

Ziele

In den einzelnen Kundensegmenten will die EnBW zu den führenden Unternehmen in Deutschland gehören, auch gemessen an der Kundenzufriedenheit. Im europäischen Ausland wollen wir fokussiert expandieren und einen weiteren Ländermarkt erschließen.

Die EnBW unterstützt die Klimaschutzziele Deutschlands. Bis 2020 wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien an unserer Eigenerzeugung auf 20 % erhöhen.

Strategie

Im Zentrum der Entwicklung unseres Konzerns stehen die Sicherung unseres Bestandsgeschäfts und die konsequente Nutzung von Wachstumschancen. Wir werden in den kommenden Jahren umfangreiche Investitionen durchführen. Unser zunächst bis 2011 ausgelegtes Investitionsprogramm umfasst 7,7 Mrd. €. Davon entfallen 5,5 Mrd. € auf Sachinvestitionen, darunter 4,1 Mrd. € für den Neubau von Anlagen. Für Finanzinvestitionen sind 2,2 Mrd. € vorgesehen.

Bei der Erneuerung unseres Kraftwerksparks setzen wir auf einen ausgewogenen Erzeugungsmix. Für die Sicherung der Grundlast benötigen wir zusätzliche Kohlekraftwerke in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung. Im Karlsruher Rheinhafen bauen wir derzeit eines der modernsten Steinkohlekraftwerke in Europa mit einer installierten Leistung von rund 900 MW. Weitere Anlagen sind in Planung.

Eine traditionelle Stärke der EnBW ist die ausgeprägte Nutzung der Wasserkraft. Unser Neubau eines Wasserkraftwerks in Rheinfelden mit einer Leistung von 100 MW stellt das derzeit größte Bauprojekt im Bereich der erneuerbaren Energien in Deutschland dar. An der Nord- und Ostseeküste haben wir uns den Zugang zu vier Offshore-Windparks gesichert und werden Anlagen mit einer Gesamtleistung von über 1.000 MW errichten. Wir bauen unsere Aktivitäten in den Bereichen Wasser, Wind, Geothermie, Fotovoltaik und Biomasse weiter aus. Damit erhöhen wir bis zum Jahr 2020 den Anteil erneuerbarer Energien an unserer Eigenerzeugung auf 20 %.

Im Geschäftsfeld Gas verstärkt die EnBW ihre Aktivitäten im Midstream-Bereich. Unser langfristiges Ziel ist eine unabhängige Beschaffung durch eigene Importverträge und ein sicherer Zugang zur notwendigen Transport- und Speicherinfrastruktur. Wir beabsichtigen, unser Beschaffungsportfolio weiter zu diversifizieren, die eigene Marktposition zu stärken und die Wertschöpfung im Gasgeschäft zu erhöhen.

Im Konsolidierungsprozess der deutschen Stadtwerke werden wir die Chancen für weitere Akquisitionen und Beteiligungen nutzen, wobei wir uns streng an wirtschaftlichen Kriterien orientieren. Beteiligungsunternehmen müssen das Kerngeschäft der EnBW sinnvoll ergänzen, von Anfang an einen positiven Ergebnisbeitrag liefern und mittelfristig die Rentabilitätsziele des Konzerns erreichen.

Entscheidend für ein strategisches Engagement im Ausland sind stabile wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen. Derzeit prüfen wir die Aussichten und Chancen in der Türkei, wo wir ein großes Potenzial für die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien sehen, einen angestammten Kompetenzschwerpunkt der EnBW. Besonders für die Energieerzeugung aus Windkraft bestehen gute Voraussetzungen. Wir rechnen langfristig mit einem günstigen Marktumfeld in der Türkei.

Parallel zu unserem Wachstumskurs wollen wir die Effizienz des Unternehmens laufend erhöhen. „!mpuls – gemeinsam besser", unser Programm zur Verbesserung der operativen Exzellenz, beispielsweise fordert und fördert eine Kultur des permanenten Strebens nach Verbesserung und verankert dieses Prinzip im Denken unserer Mitarbeiter.

Wertorientierte Steuerung

Zur langfristigen Steigerung des Unternehmenswerts verwendet die EnBW im Rahmen der wertorientierten Steuerung den Wertbeitrag. Der wirtschaftliche Erfolg der strategischen Entscheidungen und operativen Maßnahmen wird anhand dieser Kennzahl bemessen.

Wertbeitrag	=	ROCE – Kapitalkostensatz	x	Capital Employed

$$\text{Mit ROCE} = \frac{\text{Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis}}{\text{Capital Employed}}$$

WEITERE INFORMATIONEN
Wertbeitrag 2008
› S. 66ff.

Der Wertbeitrag ermittelt sich aus der Differenz zwischen dem erzielten Return on Capital Employed (ROCE) und den Kapitalkosten – bestimmt aus dem gewichteten Verhältnis der Kosten für Eigen- und Fremdkapital – in Bezug auf die eingesetzte Kapitalbasis (Capital Employed). Der ROCE gibt die Rentabilität des eingesetzten Kapitals wieder. Dabei wird als Ergebnisgröße das Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis ins Verhältnis zum Capital Employed gesetzt. Das Adjusted EBIT stellt die operative und nachhaltige Leistung der EnBW dar. Gehören Beteiligungen zum Kerngeschäft, werden sie als integraler Bestandteil unseres Geschäftsmodells in das Adjusted EBIT einbezogen. Analog zur Vorsteuergröße EBIT findet die Umrechnung des Beteiligungsergebnisses auf einen Vorsteuerwert statt. Neutrale Effekte werden bereinigt. Das Capital Employed umfasst sämtliche Vermögenswerte des operativen Geschäfts abzüglich des nicht zinstragenden Kapitals. Um die stichtagsbezogene Größe Capital Employed kongruent zum zeitraumbezogenen Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis darzustellen, wird der Durchschnitt von Jahresanfangs- und Jahresendwert sowie den drei dazwischenliegenden Quartalsendwerten gebildet.

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Energieversorgungsunternehmen wie die EnBW erfüllen wichtige gesamtwirtschaftliche Aufgaben und decken zentrale Grundbedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft ab. Der Einfluss von Konjunkturverlauf und Energiepolitik auf die Geschäftsentwicklung ist daher hoch. Im Rahmen des integrierten Risikomanagements steuert die EnBW Preis- und Mengenrisiken bei Strom und Brennstoffen aktiv und vorausschauend.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Situation

Das Wachstum der Weltwirtschaft schwächte sich im Jahr 2008 merklich ab. Im globalen konjunkturellen Abschwung machten sich zunehmend die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise bemerkbar. Im Euroraum wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt nur noch um 1,0 %, während das Wachstum 2007 noch 2,6 % betragen hatte. Die Inflationsrate der Verbraucherpreise stieg im Vergleich zum Vorjahr von 2,1 % deutlich auf 3,2 %.

Auch Deutschland wurde vom weltweiten Konjunkturabschwung erfasst. Im Jahr 2008 legte die deutsche Wirtschaft nur 1,6 % zu, im Vorjahr waren es noch 2,5 % gewesen. Die Inflationsrate der Verbraucherpreise ist mit 2,6 % höher als in den vergangenen Jahren und führte zu einer negativen Entwicklung bei den Realeinkommen der privaten Haushalte. Der private Konsum im zurückliegenden Geschäftsjahr war daher mit -0,1 % auch leicht rückläufig. Das gegenüber dem Vorjahr verlangsamte Wirtschaftswachstum ist außerdem auf einen Rückgang des Exportwachstums zurückzuführen, das in den vergangenen Jahren den konjunkturellen Aufschwung weitgehend getragen hatte. Im Rückgang der Exporte drückt sich sowohl die aufwertungsbedingte Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aus als auch die durch die Finanz- und Immobilienkrise ausgelöste konjunkturelle Schwächung der wichtigsten Handelspartner Deutschlands im Euroraum (Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht vom 7. Januar 2009).

Marktsituation Strom

Verbrauch

Beim Stromverbrauch in Deutschland machte sich in den ersten zehn Monaten des Jahres 2008 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum noch eine leichte Steigerung – bereinigt um Kalendereffekte – um circa 0,5 % auf etwa 432 TWh (allgemeine Versorgung einschließlich Netzverlusten) bemerkbar (vorläufige Daten; Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – BDEW). Laststeigernd wirkten die zum Jahresanfang noch gewachsene Industrieproduktion sowie die temperaturbedingte Verbrauchssteigerung gegenüber dem eher milden Vorjahr. Diese beiden Effekte überwogen bis Oktober die Auswirkungen der steigenden Energieeffizienz und des Konjunktureinbruchs in der zweiten Jahreshälfte.

Erzeugung

Die Nettostromerzeugung in Deutschland ohne Industrie, Bahn und Private lag mit 376 TWh in den ersten zehn Monaten des Jahres 2008 um Kalendereffekte bereinigt etwa 0,4 % über dem Niveau des Vergleichszeitraums des Vorjahres (vorläufige Daten; Quelle: BDEW). Wie bereits im Jahr 2007 waren Kernenergie und Braunkohle auch 2008 die wichtigsten Primärenergieträger in der Stromerzeugung. Die Einspeisung aus erneuerbaren Energien im Rahmen des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) stieg im Jahr 2008 gegenüber 2007 um 10,5 % (vorläufige Daten/Prognose; Quelle: BDEW).

Die deutsche Energieagentur (dena) hat eine Debatte um eine „Stromlücke" in Deutschland angestoßen. Insgesamt hat Deutschland auch aufgrund des Kernenergieausstiegs einen Ersatzbedarf von circa 40.000 MW bis 2020. Unter Berücksichtigung angekündigter Projekte prognostiziert die dena aufgrund der Rahmenbedingungen eine Lücke von 12.000 bis 16.000 MW, die nach Angaben der Agentur zu steigenden Strompreisen führen wird. Abhilfe würde hier laut dena eine Rücknahme der Laufzeitverkürzung schaffen.

Export

Deutschland exportierte 2008 mehr Strom ins angrenzende Ausland, als es von dort importierte. Der Exportüberschuss in den ersten zehn Monaten des Jahres war mit etwa 17 TWh circa 6 TWh höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (vorläufige Daten; Quelle: BDEW). Der Export erfolgte eher in Zeiten geringer Last, vor allem wenn in hohem Maß erneuerbare Energien eingespeist wurden. Ein vermehrter Import erfolgte demgegenüber, wenn die Erzeugungsleistung in Deutschland knapp war, also in Zeiten großer Nachfrage und geringer Erzeugung aus erneuerbaren Energien.

Preise für Privat- und Industriekunden

Infolge der gestiegenen Beschaffungskosten der Energieversorger für Brennstoffe und CO_2 sowie der wachsenden Umlagen aus dem EEG erhöhten sich die Strompreise für Privat- und Industriekunden im Jahr 2008: Ein 3-Personen-Musterhaushalt zahlte nach Berechnungen des BDEW im Herbst 2008 für Strom rund 63 € im Monat und damit circa 4,9 % mehr als im Vorjahr. Mit etwa 40 % liegt der Anteil der staatlich induzierten Kosten im Privatkundenbereich weiterhin auf hohem Niveau. Nach Berechnungen des BDEW betrugen die staatlichen Belastungen für alle Stromkunden 2008 insgesamt über 14 Mrd. €; das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um rund 4 %. Allein die Belastung durch das EEG stieg laut BDEW von rund 4,3 Mrd. € im Jahr 2007 auf 4,95 Mrd. € im Jahr 2008.

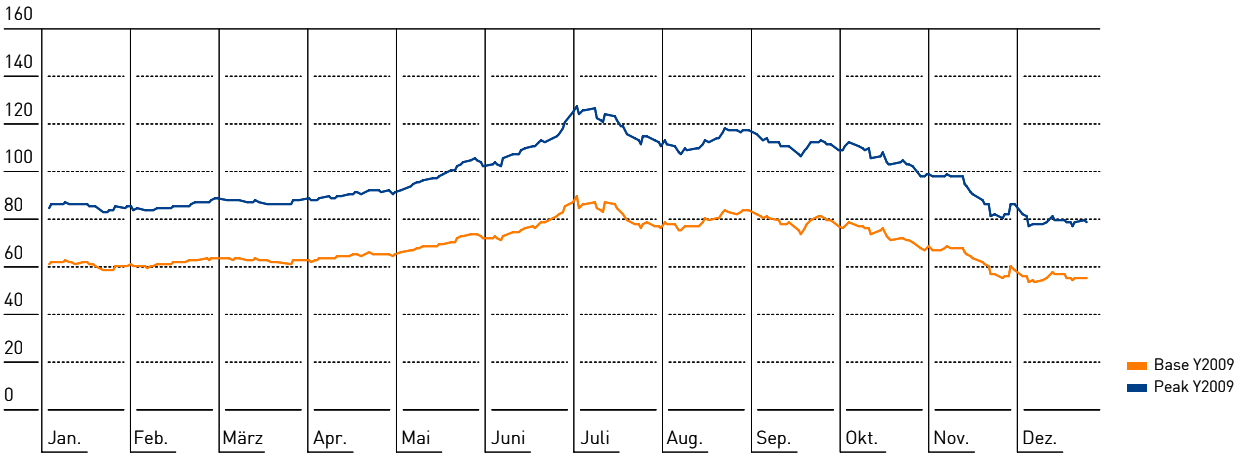
Die Strompreise für Industriekunden unterlagen im Jahr 2008 starken Schwankungen. Sie sind in der Regel stärker an das aktuelle Großhandelspreisniveau gekoppelt und reagieren daher sensibler auf Veränderungen der Großhandelspreise.

Großhandelsmarkt Strom

Der Spotmarktpreis für Strom in Deutschland wurde im Jahr 2008 in hohem Maße von den Bewegungen der Preise für Brennstoffe und CO_2-Zertifikate beeinflusst. Im Jahresmittel lagen Brennstoffpreise für Kohle und Erdgas über denen des Vorjahres. Zudem war für 2008 der CO_2-Preis für die zweite Handelsperiode relevant, der erheblich über dem für 2007 gültigen Preis der ersten Handelsperiode lag. All dies führte, auch im Jahresmittel, zu einer deutlichen Erhöhung der Grenzkosten der Stromerzeugung: Der Spotmarktpreis für Strom (Grundlastprodukt Base) lag im Jahresdurchschnitt bei 65,76 €/MWh. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg um rund 73 %. Der Jahresdurchschnittswert für Spitzenlastlieferungen (Peak) erhöhte sich um etwa 57 % auf 88,07 €/MWh. Der Preisverlauf wurde stark beeinflusst von dem extremen Preisanstieg bei den Brennstoffen bis zum Sommer und dem darauf folgenden Preisverfall.

Entwicklung der Terminmarktpreise für Strom (EEX)

Tagesquotes in €/MWh Quelle: EEX



Der Terminpreis für Stromlieferungen in den Folgejahren stieg in der ersten Jahreshälfte 2008 deutlich an; er reagierte damit auf die starke Erhöhung der Terminmarktpreise für Brennstoffe und CO_2. In der zweiten Jahreshälfte folgte er dem Einbruch der Brennstoff- und CO_2-Preise.

Im Rahmen des integrierten Risikomanagements steuert die EnBW Preis- und Mengenrisiken der Erzeugungs- und Vertriebsaktivitäten aktiv und vorausschauend, um die Auswirkungen der Volatilitäten der Märkte auf das Ergebnis zu dämpfen.

Bezug von Primärenergieträgern

Die EnBW setzt in ihren Kraftwerken in erheblichen Mengen Kohle und Ölprodukte sowie Erdgas ein, das aufgrund der Ölpreisbindung an den Preis für Ölprodukte gekoppelt ist. Die Beschaffungskosten sind ein für die EnBW relevanter Kostenbestandteil, der im Rahmen des integrierten Risikomanagementprozesses bei der EnBW Trading GmbH berücksichtigt wird. Neben ihrer Auswirkung auf die Beschaffungskosten haben die Preisentwicklungen der in den Kraftwerken eingesetzten Brennstoffe (Kohle, Öl, Gas) einen direkten Einfluss auf die Entwicklung der Strompreise.

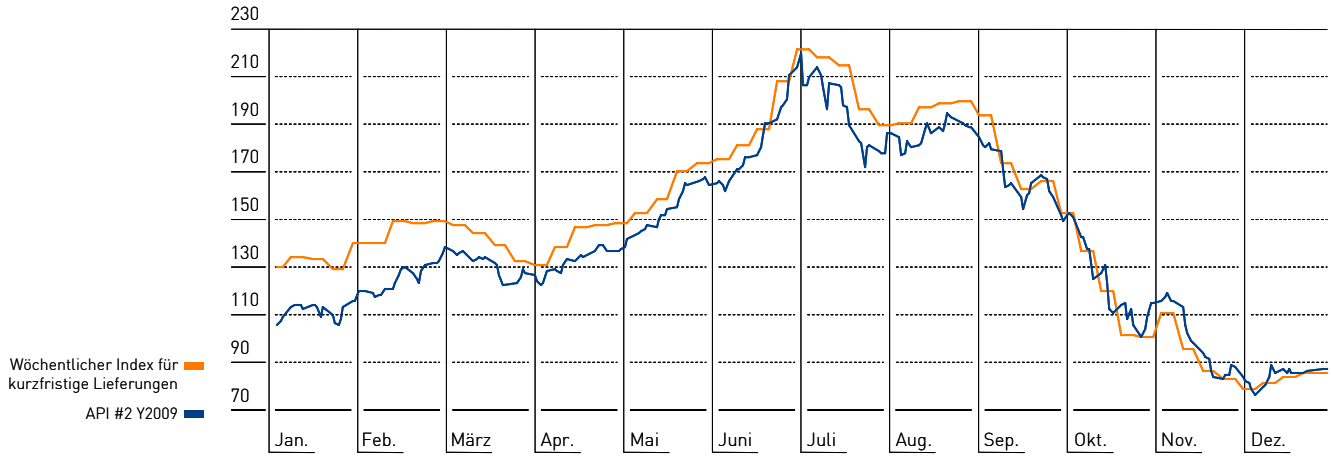
Kohlemarkt

Die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt für Steinkohle war von einem starken Preisanstieg während des ersten Halbjahres und einem deutlichen Preisrückgang während des zweiten Halbjahres gekennzeichnet. Da der US-Dollar relativ zum Euro in der ersten Jahreshälfte an Wert verlor und in der zweiten Jahreshälfte an Wert gewann, fielen die Preisbewegungen in Euro weniger stark aus. Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der Steinkohleimportpreise in Europa im ersten Halbjahr war eine Knappheit an freien Exportkapazitäten weltweit. Diese resultierte aus einer zunehmenden Kohleimportnachfrage – insbesondere in Asien – und Exporteinschränkungen in verschiedenen Ländern – zum Beispiel Südafrika und Australien. Nach dem Anstieg der Kohlepreisnotierungen in Europa auf ein Rekordniveau Anfang Juli kam es zu einer Preiskorrektur unter anderem aufgrund einer zurückgehenden Nachfrage vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Finanzkrise und eines sich verlangsamenden Weltwirtschaftswachstums. Relativ hohe Lagerbestände an vielen Kohleumschlagterminals weltweit, ein Rückgang der Ölnotierungen sowie rückläufige Frachtratennotierungen im Zeitraum August bis Oktober führten im zweiten Halbjahr zu einem starken Preisverfall.

Entwicklung der Kohlepreise (ARA-Raum)

Wöchentlicher Index und Tagesquotes in US-$/t

Quelle: verschiedene Broker



API – All Publication Index
ARA – Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen

Ölmarkt

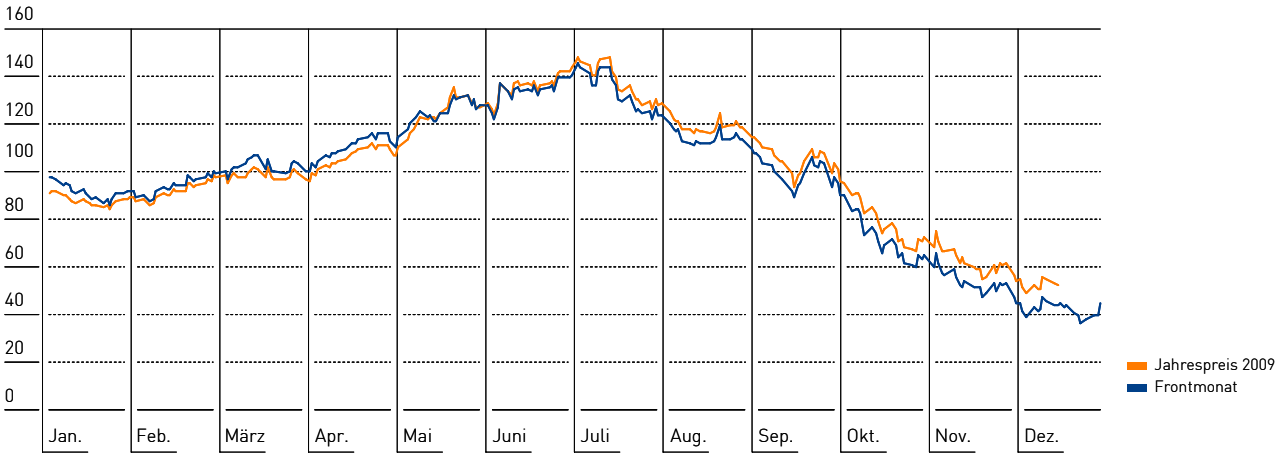
Die Preisentwicklung im Jahr 2008 lässt sich in zwei Abschnitte gliedern: Die erste Jahreshälfte war durch einen nahezu kontinuierlichen Anstieg der Ölpreise charakterisiert. Die Ölproduktion außerhalb der OPEC war deutlich geringer als erwartet. Hinzu kamen Produktionsausfälle in Nigeria und in der Nordsee. Zugleich nahm die Ölnachfrage – besonders im asiatischen Raum und im Mittleren Osten – deutlich zu. Hier spielten auch erhöhte chinesische Importe im Vorfeld der Olympischen Spiele eine Rolle. Die Folge waren Befürchtungen, dass es bei der Rohölbeschaffung zu Engpässen kommen könnte. Hinzu kam eine weltweite Knappheit an Mitteldestillaten (Diesel, Heizöl, Flugbenzin/Flugzeugtreibstoff) aufgrund von Raffinerieausfällen bei einer ebenfalls stark zunehmenden Nachfrage. Die Knappheit an Mitteldestillaten führte zu einem zusätzlichen Preisaufschlag für hochwertige Ölsorten wie Brent, aus denen sich besonders viele Mitteldestillate gewinnen lassen. Am 3. Juli erreichte die Preisentwicklung ihren Höhepunkt. Zu diesem Zeitpunkt kostete ein Barrel (159 l) des Nordseeöls Brent gut 146 US-$ – das sind 48 US-$ beziehungsweise 49 % mehr als zu Beginn des Jahres und mehr als doppelt so viel wie ein Jahr zuvor.

Nach einer kurzen Phase ausgeprägter Volatilität nahe dem Rekordniveau erfolgte in der zweiten Jahreshälfte eine grundlegende Neueinschätzung des Ölmarkts durch die Marktteilnehmer. Die infolge der Finanzkrise und hoher Preise deutlich zurückgegangene Ölnachfrage in den USA und anderen OECD-Staaten sowie zusätzliches Öl, das nach Produktionsausweitungen der OPEC und der Inbetriebnahme neuer Ölfelder außerhalb der OPEC nun physisch die Märkte erreichte, hatte ein Überangebot an Öl zur Folge. Dies führte in Verbindung mit einer für 2009 prognostizierten globalen Rezession zu einer ausgeprägten Preiskorrektur. Mehrere Produktionskürzungen der OPEC konnten den Preisrückgang nicht stoppen. Am 24. Dezember fiel der Brentpreis bis auf 37 US-$/bbl.

Da der US-Dollar relativ zum Euro in der ersten Jahreshälfte an Wert verlor und in der zweiten an Wert gewann, fielen die Preisbewegungen in Euro weniger stark aus.

Entwicklung der Preise für Rohöl (Brent)

Tagesquotes in US-$/bbl Quelle: ICE



Im Mittel befanden sich die Ölpreise des Jahres 2008 auf einem deutlich höheren Niveau als im Vorjahr. Während ein Barrel des Nordseeöls Brent 2007 durchschnittlich gut 72 US-$ kostete, lag der Jahresmittelpreis 2008 bei rund 99 US-$. Bis Mitte Oktober 2008 befanden sich die Ölpreise durchgehend auf einem deutlich höheren Niveau als 2007.

Marktsituation Gas

Verbrauch

Der Erdgasverbrauch in Deutschland nahm im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um knapp 3 % auf 109,5 Mio. t Steinkohleeinheiten (SKE) zu. Die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung im ersten Halbjahr steigerte die Nachfrage bei den privaten Haushalten. Der industrielle Erdgasverbrauch stagnierte vor dem Hintergrund der konjunkturellen Eintrübung. Dagegen erhöhte sich der Erdgaseinsatz zur Stromerzeugung um rund 8 % (Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V.).

Der Wettbewerb um die Weiterverteiler und Endkunden nahm weiter zu; mehrere Gasversorgungsunternehmen konnten ihre Vertriebsgebiete ausdehnen. Auch neue Anbieter stellen sich dem Gas-zu-Gas-Wettbewerb, um von den sich bietenden Chancen zu profitieren. Laut einer Umfrage im Auftrag des BDEW, die Ende Oktober 2008 veröffentlicht wurde, hat bereits rund ein Fünftel aller Haushalte beim Gas die Chancen des Wettbewerbs genutzt und ein neues Produkt oder einen anderen Lieferanten gewählt. Gut 6 % aller Haushaltskunden mit eigenem Vertragsverhältnis entscheiden sich für einen neuen Gasanbieter. Ende 2007 betrug dieser Anteil noch 1 %.

Beschaffung

Die in Deutschland an die Endkunden verkauften Erdgasmengen werden hauptsächlich über langfristige Bezugsverträge – direkt und indirekt – von überregional tätigen Ferngasgesellschaften bezogen. Dieses Gas stammt zum Großteil aus Quellen in Russland (37 %), Norwegen (26 %), den Niederlanden (18 %) und in gewissem Umfang auch aus inländischer Produktion (Quelle: BDEW). Die Versorgung erfolgt überwiegend über Pipelines. Die Importabhängigkeit von Deutschland und Europa wächst. Neben den genannten Produzentenländern können durch den Import von verflüssigtem Erdgas (Liquefied Natural Gas – LNG) auf dem Seeweg auch neue Förderländer des Nahen und Mittleren Ostens, Afrikas und Asiens erschlossen werden. Auf diese Weise kann eine Diversifizierung des Bezugsportfolios erreicht werden.

Preisentwicklung

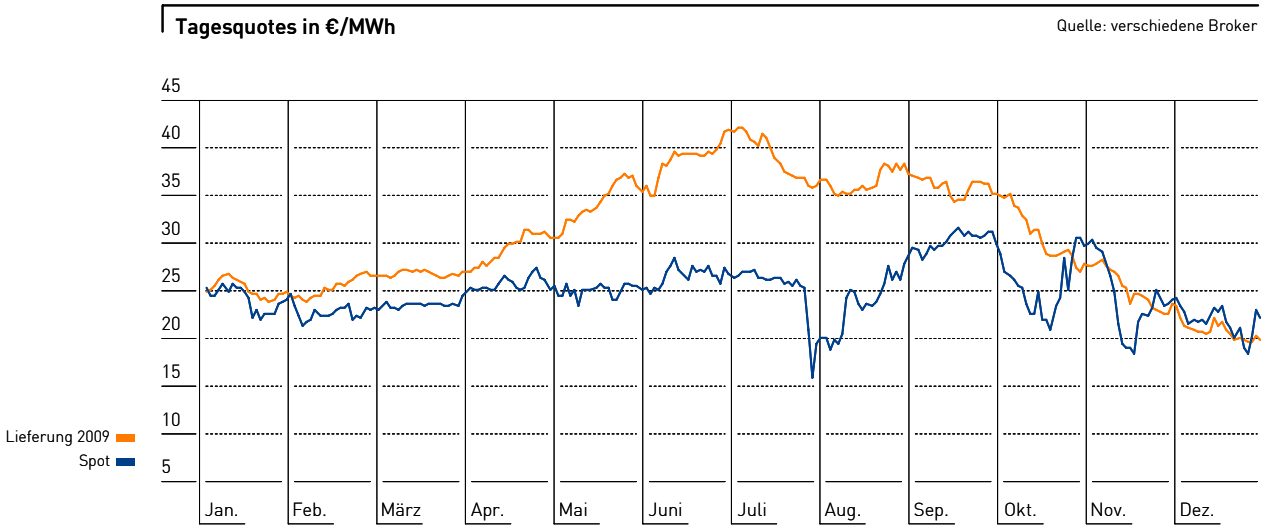
Die Preise der langfristigen Gasimportverträge folgen aufgrund der Ölpreisbindung zeitversetzt der Entwicklung der Ölpreise. Die für die Preisbildung der deutschen Gasimportverträge maßgeblichen Notierungen „Deutschland-Index schweres Heizöl“ und „Rheinschiene leichtes Heizöl“ richten sich nach den Rohölpreisen. Somit stiegen diese Notierungen im ersten Halbjahr, bevor sie dann dem Preisabfall des Rohöls folgten.

Der Grenzübergangspreisindex des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) für Erdgas kletterte im Verlauf des Jahres 2008 kontinuierlich. Er lag im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 2008 bei 26,02 €/MWh und damit 30 % über dem durchschnittlichen Importpreis im Jahr 2007 von 19,98 €/MWh.

Die Großhandelsmärkte in Nordwesteuropa sind nicht direkt an die Ölpreisentwicklung gekoppelt, orientieren sich jedoch aufgrund der Substituierbarkeit ebenfalls am Ölpreis. Der niederländische Großhandelsmarkt hat dabei eine Leitfunktion für den deutschen Markt. Der durchschnittliche Gaspreis am niederländischen Großhandelsmarkt für Lieferungen im Jahr 2009 lag im ersten Quartal 2008 bei 25,89 €/MWh, stieg im zweiten Quartal auf 34,05 €/MWh und im dritten Quartal auf 37,22 €/MWh. Anfang Juli kehrte sich der Trend jedoch um, und die Gaspreise fielen, sodass der durchschnittliche Preis im vierten Quartal mit 25,71 €/MWh wieder leicht unter dem Niveau des ersten Quartals lag.

Die Spotpreise lagen am niederländischen Großhandelsmarkt im ersten Quartal 2008 unter anderem witterungsbedingt mit durchschnittlich 23,56 €/MWh höher als im Jahr zuvor. Im Gegensatz zum Vorjahr war der Winter 2007/2008 nur etwas milder als im langjährigen Mittel. Im zweiten und dritten Quartal befanden sich die Preise mit durchschnittlich 25,85 €/MWh beziehungsweise 26,50 €/MWh auf einem für das Sommerhalbjahr ungewöhnlich hohen Niveau. Hier wirkte sich die Befüllung der Gasspeicher stützend auf die Spotpreise aus, die aufgrund des steigenden Marktpreisniveaus früher als üblich erfolgte. Im dritten Quartal wirkte sich der Produktionsausfall eines großen norwegischen Gasfelds preistreibend aus. Im vierten Quartal folgten die Spotpreise dem allgemeinen Trend und fielen auf ein Niveau von durchschnittlich 23,95 €/MWh.

Entwicklung der Preise für Erdgas (niederländischer Großhandelsmarkt)



CO_2-Markt

Der Kraftwerkspark der EnBW enthält fossil befeuerte, CO_2 emittierende Kraftwerke. Die EnBW benötigt somit Zertifikate, die zum Ausstoß von CO_2 berechtigen. Sie deckt ihren Bedarf im Wesentlichen durch die Zuteilung im Rahmen des nationalen Allokationsplans. Die zusätzlich benötigten Zertifikate werden auf dem CO_2-Markt erworben. Ebenso wie die Preise für Brennstoffe stellt der Preis für CO_2-Zertifikate eine wesentliche Einflussgröße auf den Strompreis dar.

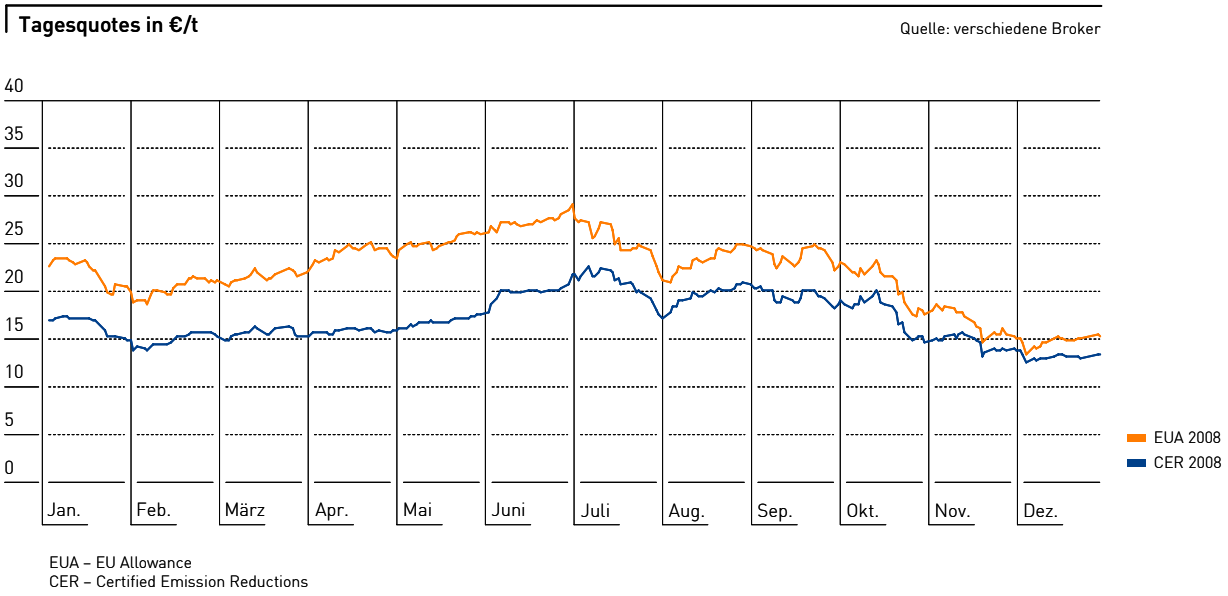
Der CO_2-Markt war 2008 von deutlichen Preisveränderungen gekennzeichnet. Der Preis für Emissionszertifikate (EU-Allowances – EUA) mit Lieferung im Jahr 2008 bewegte sich in einem Korridor zwischen 13,62 €/t CO_2 und 29,33 €/t CO_2. Der Preis für am Sekundärmarkt gehandelte zertifizierte Emissionsreduktionen (Certified Emission Reductions – CER) aus Projekten in Kyoto-Staaten mit Lieferung 2008 bewegte sich zwischen 12,76 €/t CO_2 und 22,83 €/t CO_2.

Für die Preisbewegungen des EUA08-Zertifikats waren im ersten Halbjahr 2008 vor allem die Fuelswitch-Kosten in Zusammenhang mit der Verdrängung von Kohlekraftwerken durch Gaskraftwerke maßgeblich. Zu Beginn des zweiten Quartals wirkte sich auch die Veröffentlichung der verifizierten Emissionswerte für das Jahr 2007 preissteigernd aus. Diese lagen deutlich über den Erwartungen. Im Vergleich zum ersten und vor allem zum zweiten Quartal konnte man im dritten Quartal eine hohe Preisvolatilität der EUA08 beobachten. Zunächst gab der EUA08-Preis unter anderem wegen der fallenden Fuelswitch-Kosten nach. Im vierten Quartal fiel er dann nochmals stark. Gründe waren die rapide Verschlechterung der Wirtschaftslage in der Europäischen Union und deutlich nach unten korrigierte Wachstumsprognosen für die Mitgliedsstaaten.

Ein weiterer wichtiger Faktor war die Preisentwicklung bei den CER. Diese werden nach dem Kyoto-Protokoll aus Clean-Development-Mechanism-(CDM-)Projekten generiert und stammen aus Emissionsminderungsmaßnahmen, die ein Investor aus einem Industrieland in einem Entwicklungsland durchführt. Grundgedanke des CDM ist, dass sich Emissionsminderungen in Entwicklungsländern gegebenenfalls kosteneffizienter durchführen lassen als in Industrieländern. Investoren aus Industrieländern können daher aus CDM-Projekten CER generieren, die im Rahmen eines Limits auf ihre Abgabeverpflichtung im Heimatland angerechnet werden.

Auf den CER08-Preis wirken ähnliche Bestimmungsfaktoren wie auf den EUA08-Preis. Im Wesentlichen folgte der CER08-Preis daher dem Preisverlauf des EUA08. Im ersten Quartal wirkte sich beim CER08-Preis jedoch die Unsicherheit in Bezug auf den Anschluss des europäischen Emissionshandelsregisters an das internationale Register preisdämpfend aus. Dieser Anschluss ist notwendig für die Übertragung der im Rahmen von CDM-Projekten generierten CER in das europäische Handelssystem. In der Folge stieg der EUA-CER-Spread an und erreichte dabei teilweise Werte von über 9 €/t CO_2. In der zweiten Jahreshälfte verlor der CER08-Preis weniger stark als der EUA08-Preis. Dies ist auf reduzierte CER-Angebotserwartungen und auf den im Oktober erfolgten Anschluss des europäischen Registers an das internationale Register zurückzuführen. Der EUA-CER-Spread sank in der Folge und erreichte einen historischen Tiefstand von unter 1 €/t CO_2.

Entwicklung der Preise für Emissionszertifikate (EUA und CER)



EUA – EU Allowance
CER – Certified Emission Reductions

Politische und regulatorische Rahmenbedingungen

Als Ergebnis politischer Willensbildung und aufgrund wirtschaftlicher Notwendigkeiten hielten in den letzten Jahrzehnten auf europäischer und auf nationaler Ebene zunehmend markt- und wettbewerbsorientierte Elemente Einzug. Zudem hat der Kampf gegen den Klimawandel eine enorme Dynamik entwickelt. Seit einiger Zeit ist deshalb die Dichte an gesetzgeberischem Handeln im Energiebereich sehr hoch. Der Einfluss der Energiepolitik auf die Geschäftsentwicklung und die Geschäftsstrukturen der hier tätigen Unternehmen ist erheblich. Auch die EnBW muss sich mit diesen schwierigen – und ständig wandelnden – Voraussetzungen auseinandersetzen und nach praktikablen und akzeptablen Lösungsmöglichkeiten suchen.

Europäische Energiepolitik

Die Aktivitäten der Europäischen Union im Bereich der Energiepolitik konzentrierten sich einerseits auf die Vollendung des 3. Binnenmarktpakets und andererseits auf eine möglichst schnelle Einigung zum Energie- und Klimapaket. Mit der Vorlage der Second Strategic Energy Review (SER II) rückte das Thema Energiesicherheit ebenfalls mehr in den Vordergrund.

Mit dem 3. Binnenmarktpaket hatte die Europäische Kommission im Herbst 2007 ein umfangreiches Gesetzespaket vorgelegt. Darin enthalten waren die Revision der Strom- und Gasbinnenmarktrichtlinien, die Überarbeitung der Verordnungen zum grenzüberschreitenden Strom- und Gashandel sowie eine Verordnung zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden.

Im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stehen die Vorschläge der Kommission zu einer eigentumsrechtlichen Entflechtung der Übertragungsnetze von den übrigen Bereichen der vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen beziehungsweise alternativ zur Schaffung eines unabhängigen Systembetreibers (Independent System Operator – ISO). Nach heftigen Diskussionen erfolgte am 10. Oktober die politische Einigung im Rat basierend auf einem Kompromiss der Energieminister vom Juni, der als „dritter Weg" bezeichnet wird. Demnach dürfen vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen auch in Zukunft ihre Übertragungsnetze behalten. Allerdings soll auch bei diesem Modell der Übertragungsnetzbetreiber unabhängiger werden. Die Mitgliedsstaaten konnten sich auch auf eine Vorgabe zum Level Playing Field und eine Drittstaatenklausel einigen, mit der Mitgliedsstaaten die Übernahme von Energieinfrastruktur durch Unternehmen aus Drittstaaten, die nicht den Entflechtungsregelungen der EU unterliegen, verhindern können. Der gemeinsame Standpunkt für die erste Lesung des Rats liegt seit Dezember 2008 vor. Das Europäische Parlament hat nun maximal vier Monate Zeit, sich dazu zu äußern. Es ist derzeit nicht klar, ob eine Verabschiedung des 3. Binnenmarktpakets noch in dieser Legislaturperiode zu erreichen ist, da hierfür die Einigung zwischen Europaparlament, Europäischer Kommission und den Mitgliedsstaaten in einem Trilogverfahren erforderlich ist.

Die Kommission legte am 23. Januar 2008 ihre Gesetzesvorschläge zum Energie- und Klimapaket (Green Package) vor. Ziel ist die Reduzierung von CO_2 innerhalb der EU um 20 % bis zum Jahr 2020. Sollte ein internationales Klimaabkommen für die Zeit nach 2012 zustande kommen, ist sogar eine Reduktion um 30 % vorstellbar. Neben der Revision der Emissionshandelsrichtlinie sollen auch eine Richtlinie zur geologischen Speicherung von CO_2, das in Kraftwerken mit der Carbon-Dioxide-Capture-and-Storage-(CCS-) Technologie abgespalten wird, und eine Richtlinie zur Förderung der erneuerbaren Energien zur Zielerreichung beitragen.

Bei der Emissionshandelsrichtlinie stand die Frage nach der Zuteilung der Zertifikate im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Für den größten Teil der europäischen Stromwirtschaft wurde nun eine vollständige Versteigerung aller Zertifikate beschlossen. Ausnahmen gibt es lediglich für einige neue Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Deutschland gehört nicht dazu. Allerdings wurde allen Staaten die Möglichkeit eingeräumt, den Bau von hocheffizienten, modernen Kraftwerken mit bis zu 15 % der Investitionskosten zu unterstützen. Strittig war auch die Vergabe an die energieintensive Industrie sowie an das produzierende Gewerbe. Die Gefahr des Carbon Leakage, also der Abwanderung von bestimmten Industrien aus der EU aufgrund einer höheren Belastung der Produktionskosten durch den möglichen Zukauf von Zertifikaten, wurde nun mithilfe einer kostenlosen Zuteilung für die energieintensive Industrie gebannt. Grundlage dafür soll ein Benchmark auf Basis der besten verfügbaren Technik sein.

Mit der Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien legt die EU erstmals rechtsverbindliche Ausbauziele fest. Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärverbrauch 20 % betragen. Die Aufteilung des Gesamtvolumens auf die einzelnen Mitgliedsstaaten erfolgt erstens nach einem Flat-Rate-Ansatz, das heißt, jeder Staat muss mindestens 5,5 % mehr produzieren. Hinzu kommt ein weiterer Anteil, der sich aus der wirtschaftlichen Stärke berechnet. Für Deutschland ergibt sich eine Zielgröße von 18 % im Jahr 2020. Eine erste Überprüfung dieser Zielvorgaben soll 2014 erfolgen. Die nationalen Fördersysteme sowie die Ausbauziele können dadurch aber nicht verändert werden und stellen somit einen stabilen rechtlichen Rahmen dar. Der Vorschlag der Kommission zur Einführung eines europaweiten Handels mit Ursprungszertifikaten konnte sich hingegen nicht durchsetzen. Ein Zertifikatehandel zur Kennzeichnung des Energiemixes ist weiterhin möglich, hat aber keine Auswirkung auf die Zielerreichung.

Der Richtlinienentwurf der Kommission zur Speicherung von CO_2, das bei der Verbrennung fossiler Energieträger zur Stromerzeugung abgespalten wird, schafft einen Rechtsrahmen für die CCS-Technologie. Danach sollen strikte Regeln für die Vergabe von Genehmigungen zur Erkundung sowie zum Betrieb von Speicherstätten gelten. Die Verantwortung dafür tragen die Behörden der Mitgliedsstaaten. Bei der Capture-Ready-Klausel, die festlegt, welche technischen Voraussetzungen neue Anlagen ab 2015 zur Nachrüstbarkeit von CCS erfüllen müssen, setzte sich die von Kommission und Rat präferierte Lösung durch, mehr Platz für die technischen Anlagen zur Abscheidung vorzuhalten. Das Parlament hatte die Einführung einer Benchmark mit Begrenzung des CO_2-Ausstoßes auf 500 g/kWh für alle Kraftwerke mit einer Leistung von mehr als 300 MW vorgeschlagen. Bei der umstrittenen Frage der Finanzierung von zwölf Demonstrationsanlagen konnte ebenfalls eine Lösung gefunden werden: Aus der Neuanlagenreserve des Emissionshandelssystems sollen 300 Millionen Zertifikate zu Verfügung stehen.

Energiepolitik in Deutschland

Die energiepolitische Diskussion war im Berichtszeitraum in Deutschland vor allem von den Themen Integriertes Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung, Emissionshandel, Deutsche Netz AG und Kohle versus Kernkraft geprägt.

Die Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaprogramms (IEKP) war beim Klimaschutz das herausragende Ereignis im Jahr 2008. Mit dem IEKP will Deutschland seine Klimaschutzbemühungen verdoppeln. Deutschland hat die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 bereits um 18 % reduziert; mit dem IEKP sollen nun insgesamt 36 % der Emissionen eingespart werden.

Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der EnBW sind hier unter anderem aus folgenden Gesetzen beziehungsweise Gesetzesentwürfen zu erwarten:

Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

Die physikalische Wälzung des EEG-Stroms soll abgeschafft und ein bundeseinheitliches EEG-Konto eingerichtet werden. Details werden auf dem Verordnungsweg geregelt, denen der Bundestag voraussichtlich im Frühjahr/Sommer 2009 zustimmen wird. Die Abschaffung der physikalischen Wälzung würde die EnBW von signifikanten Risiken und Verlusten entlasten. Allerdings können im Übergang zur rein finanziellen Wälzung abhängig von der konkreten Ausgestaltung der Verordnung erhöhte Beschaffungsrisiken für die Jahre 2009 und 2010 auftreten.

Messverordnung

Strom- und Gaskunden sollen in Zukunft zwischen verschiedenen Anbietern wählen können. Durch das am 9. September 2008 verabschiedete Gesetz zur Liberalisierung des Mess- und Zählwesens wird das Ablesen der Strom- und Gaszähler für den Wettbewerb geöffnet. Die entsprechende Messzugangsverordnung (MessZV) trat am 23. Oktober 2008 in Kraft. Gesetz und Verordnung waren vor allem für den Marktstart des EnBW Intelligenten Stromzählers® bei der Vertriebsgesellschaft beziehungsweise des Yello Sparzählers[online] bei Yello von Bedeutung.

Emissionshandel

Ab 2013 werden in Deutschland Emissionszertifikate nicht mehr kostenlos an Kraftwerksbetreiber vergeben. Energieintensive Unternehmen werden davon ausgenommen sein. Auf diese Weise will man verhindern, dass Unternehmen ihre Industriestandorte in Deutschland und Europa aufgeben und in andere Staaten verlegen (Carbon Leakage).

Kernenergie

Bei der Kernenergie gibt es auf politischer Ebene verstärkte Diskussionen. Nach derzeitigem Stand ist die Abschaltung von Block 1 in unserem Kernkraftwerk Neckarwestheim (GKN I) im Frühjahr 2010 geplant.

Kohlekraftwerke

Politische und gesellschaftliche Kreise fordern ebenfalls den Ausstieg aus der Kohle, was die Lage beim Kraftwerksneubau weiter verschlechtert. Die Kraftwerksprojekte anderer Energieversorgungsunternehmen in Bremen, Krefeld, Köln, Quierscheidt und Ensdorf wurden bereits zurückgezogen. Das Kraftwerk Moorburg darf nur unter strengen Auflagen gebaut werden. Zudem verschärft sich der öffentliche Widerstand gegen den Neubau von Kohlekraftwerken. RDK 8, das neue Steinkohlekraftwerk der EnBW, ist davon nicht betroffen und wird wie geplant gebaut. Die Inbetriebnahme des neuen Kraftwerks ist für Ende 2011 geplant.

Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze

Auf Basis des Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze (Energieleitungsausbaugesetz) soll künftig der vordringliche Bedarf an Übertragungsleitungen in einem gesetzlichen Bedarfsplan festgelegt werden. Für die aufgenommenen Vorhaben sollen die Planungs- und Genehmigungsverfahren gestrafft werden. Die EnBW setzt ebenfalls auf den Erfolg dieser Initiative, da es auch in ihrem Netzgebiet durch komplexe Genehmigungsverfahren immer wieder zu Verzögerungen im Leitungsbau kommt.

Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zu Anpassungen der Gaspreise

Auch 2008 befasste sich der Bundesgerichtshof (BGH) mit der Zulässigkeit von Preisanpassungen der Gasversorgungsunternehmen infolge von Bezugspreisänderungen. Am 29. April 2008 wies er die Revision der EnBW-Tochtergesellschaft ENSO Energie Sachsen Ost AG gegen die Entscheidung des Oberlandesgerichts Dresden zurück und entschied für eine bestimmte Klausel, dass die vorgenommenen Preiserhöhungen beim Gassondertarif unwirksam seien. Die Rechtslage hinsichtlich der Preisanpassungsklauseln (§ 307 BGB) ist damit allerdings noch nicht abschließend geklärt: Mit seiner Entscheidung vom 19. November 2008 erteilte der BGH einer umfassenden gerichtlichen Überprüfung von Gaspreisen im Grundversorgungsbereich ausdrücklich eine Absage. Der BGH bestätigte, dass nur die jeweilige Preiserhöhung und nicht der Gesamtpreis (Preissockel bei Vertragsschluss) Gegenstand der Billigkeitskontrolle gemäß § 315 BGB sei. Gleichzeitig wurde der vom Versorger zu erbringende Billigkeitsnachweis erheblich reduziert und dem Geheimhaltungsinteresse des Versorgers an der Preiskalkulation Rechnung getragen. Aus Sicht der Energiewirtschaft müssten die Unternehmen in der Lage sein, stark angestiegene Bezugskosten für Energie an die Verbraucher weiterzugeben. Andernfalls könnten sie in ihrer Existenz gefährdet sein. Dies wurde in der jüngeren Rechtsprechung immer wieder anerkannt.

Kartellverfahren wegen des Verdachts überhöhter Gaspreise

Das Bundeskartellamt (BKartA) hat nach eigenen Angaben die im März 2008 eingeleiteten Verfahren auf Basis des neu gefassten § 29 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) gegen 35 Gasversorger wegen des Verdachts missbräuchlich überhöhter Gaspreise für Haushalts- und Gewerbekunden abgeschlossen. In diesen Verfahren haben die Unternehmen zum Großteil monetäre Zusagen zugunsten der Kunden gegeben. Die Unternehmen und das Bundeskartellamt haben weiterhin unterschiedliche Auffassungen in der Sache; der Verfahrensabschluss im Zusagenweg erfolgte zur Vermeidung langwieriger Rechtsstreitigkeiten.

Etliche Landeskartellbehörden, so auch die Landeskartellbehörde in Baden-Württemberg, führen selbst Missbrauchsverfahren gegen Unternehmen durch, für die sie zuständig sind. Von den Verfahren sind auch Unternehmen des EnBW-Konzerns betroffen.

Verordnung zur Biogaseinspeisung

Das Bundeskabinett verabschiedete am 12. März 2008 die Verordnung zur Förderung der Biogaseinspeisung in das bestehende Erdgasnetz. Die Änderungen der Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV), der Gasnetzentgelt verordnung (GasNEV) und der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) sehen eine klare Kosten- und Zuständigkeitsregelung für die Biogaseinspeisung vor. Den Transportkunden von Biogas wird ein vorrangiger Netzzugang eingeräumt. Die Wirtschaftlichkeit der Biogaseinspeisung soll dadurch verbessert werden. Damit diese grundsätzlich wünschenswerten Bestrebungen ihre Wirkung voll entfalten können, sind auch auf Bundesebene konsistente gesetzliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von Biogas erforderlich, wie sie bereits im Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in Baden-Württemberg (Erneuerbare-Wärme-Gesetz – EWärmeG) auf

Landesebene bestehen. Auf der Absatzseite werden für den Einsatz von Bioerdgas durch gesetzliche Regelungen wie der Novellierung des EEG oder der Wärmegesetze auf Bundes- und Landesebene weitere Anreize geschaffen.

Kooperationsvereinbarung III – Neuregelung der Bilanzierung im Gasbereich

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) beschloss im Mai 2008 zur Bilanzierung im Gasbereich neue Marktregeln (Grundmodell der Ausgleichs- und Bilanzierungsregeln im Gassektor – GABi Gas) mit der Zielsetzung, den Gashandel im Wesentlichen durch die Umstellung von der bisherigen Stundenbilanzierung auf die Tagesbilanzierung weiter zu vereinfachen. Diese Vorgaben der BNetzA wurden von den Verbänden BDEW, VKU (Verband kommunaler Unternehmen e. V.) und GEODE (Europäischer Verband der unabhängigen Strom- und Gasverteilerunternehmen) in der zum 1. Oktober 2008 in Kraft getretenen Kooperationsvereinbarung (KOV) III umgesetzt. Der Vorteil für alle Marktteilnehmer besteht in der Vereinfachung des bisherigen komplizierten Ausgleichssystems. Es wurden Preise für die Ausgleichsenergie, die sich an den Preisen liquider Handelspunkte für den jeweiligen Handelsmarkt orientieren, und ein zentrales Regelenergiesystem für die physikalische Fahrweise des Netzes eingeführt. Die Kosten für die Regelenergie werden auf die Händler, die das Netz im Rahmen der Tagesbilanzierung nutzen, umgelegt. Derzeit wird eine Novellierung der Gasnetzzugangsverordnung in Zusammenarbeit zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und den an der KOV III beteiligten Verbänden vorbereitet. Dies dient einer Verrechtlichung von GeLi Gas (Geschäftsprozesse Lieferantenwechsel Gas) und GABi Gas. Die novellierte Verordnung soll im Sommer 2009 verabschiedet werden.

Regulierung der Strom- und Gasmärkte

Transportnetz/Deutsche Netz AG

Im Bereich der Netze gibt es eine Diskussion um die Effizienz des deutschen Transportnetzes. Vereinzelte Wirtschaftsverbände und die BNetzA kritisieren die vier deutschen Regelzonen. Diese seien dafür verantwortlich, dass zu viel teure Regelenergie vorgehalten würde. Um das Problem des Gegeneinanderregelns zu lösen, sollen nach dem Willen der Kritiker die vier Regelzonen zusammengelegt oder es soll eine Deutsche Netz AG gegründet werden. Aus Sicht der EnBW ist weder eine einheitliche Regelzone noch das Übertragen der Netze in eine Deutsche Netz AG notwendig, um den Bedarf an Regelenergie zu senken. Die gleiche Wirkung könnte durch eine intensivere Kooperation der Regelzonenbetreiber erzielt werden. Eine entsprechende Kooperation zur Optimierung des Regelenergieeinsatzes starteten die drei Übertragungsnetzbetreiber EnBW Transportnetze AG, E.ON Netz GmbH und Vattenfall Europe Transmission GmbH im Dezember 2008. Durch die Regelleistungsoptimierung wird jährlich ein hoher zweistelliger Millionenbetrag eingespart, ohne dass die bewährte Sicherheitsstruktur tangiert wird. Die Diskussion um die Deutsche Netz AG ist aber auch stark politisch geprägt. Die Bundesregierung hat einen Vermittler zur Diskussion des weiteren Verfahrens zwischen der Bundesregierung und den vier Energieversorgungsunternehmen bestellt.

Für die Regulierung der Netzentgelte markiert das Jahr 2008 das Ende der kostenbasierten Regulierung und den Übergang zur Anreizregulierung. Parallel zur Kostenprüfung im Rahmen der zweiten Netzentgeltgenehmigungsrunde bereitete die BNetzA die Umsetzung der im November 2007 verabschiedeten Anreizregulierungsverordnung vor. Ab 1. Januar 2009 gilt für jeden Strom- und Gasnetzbetreiber in Deutschland eine individuell festgelegte Obergrenze für die Erlöse aus Netzentgelten. Sie wird für Stromnetze auf fünf Jahre und für Gasnetze auf vier Jahre im Voraus festgelegt und nur an die Inflationsentwicklung beziehungsweise an exogene Kostenänderungen angepasst. Die jährlichen Kostenprüfungen entfallen in diesem Zeitraum. Für die Festlegung der unternehmensindividuellen Erlösobergrenzen führte die BNetzA einen Effizienzvergleich zwischen den Netzbetreibern durch. Die Netzbetreiber der EnBW AG haben in diesem Vergleich überdurchschnittlich gut abgeschnitten und waren oftmals Effizienzmaßstab für andere Netzbetreiber.

Anreizregulierung Ferngasnetze

Die BNetzA hat entschieden, dass überregionale Ferngasunternehmen, die ihre Entgelte bisher auf Basis des Vergleichsmarktprinzips gebildet haben, ebenfalls der Kostenprüfung unterliegen. Die betroffenen überregionalen Fernleitungsnetzbetreiber werden einem Effizienzvergleich unterzogen. Ab 1. Januar 2010 unterliegen die Unternehmen der Anreizregulierung. Sie haben die Möglichkeit, bereits Ende 2010, also zwei Jahre vor Beginn der nächsten Regulierungsperiode, einen neuen Antrag zu stellen, um aufgrund eines dann zu prüfenden und gegebenenfalls festzustellenden Leitungswettbewerbs von der Anreizregulierung befreit zu werden. Gegen diese Entscheidung der BNetzA haben einige der betroffenen Ferngasunternehmen Klage eingereicht.

Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns

Operativ entwickelte sich der EnBW-Konzern weiter positiv. Der Adjusted Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG stieg von 821,0 Mio. € auf 1.091,3 Mio. €. Außerplanmäßige Abschreibungen auf die Strom- und Gasnetze sowie die Finanzanlagen belasteten das Konzernergebnis.

Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs

In einem zunehmend schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld entwickelte sich der EnBW-Konzern im Geschäftsjahr 2008 insgesamt positiv. Unsere ambitionierten Ziele konnten wir erreichen. Der Wertbeitrag des Unternehmens – die komprimierte Kennzahl unseres wirtschaftlichen Erfolgs – überstieg den Vorjahreswert ebenfalls. Allerdings wirkten sich auch Ergebnisbelastungen durch die außerplanmäßigen Abschreibungen der Strom- und Gasnetze und unserer Finanzanlagen negativ auf das Konzernergebnis aus.

Der Geschäftsbereich Strom war Triebkraft der operativen Ergebnisverbesserung. Er profitierte spürbar von einer verbesserten Marge bei der Stromerzeugung. Dabei konnten gestiegene Großhandelsmarktpreise erhöhte Bezugskosten überkompensieren. Bei den Veränderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen belastete vor allem die weitere Absenkung der Netznutzungserlöse durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) das Ergebnis.

Ihre Position als drittgrößter Energieversorger in Deutschland konnte die EnBW 2008 festigen. Trotz intensiven Wettbewerbs erzielten wir im Bereich Strom bei den Privatkunden Absatzzuwächse. Der Bereich Gas musste aufgrund der fortschreitenden Liberalisierung Kundenverluste bei Industriekunden und Weiterverteilern hinnehmen.

Prognoseabweichungen

Absatz und Ergebnisentwicklung 2008	Prognose laut Geschäftsbericht 2007 für 2008	Entwicklung 2008
Absatz Strom (ohne Handel)	konstant	konstant
Absatz Gas (ohne Handel)	konstant	fallend
Adjusted EBIT Strom	steigend	steigend
Adjusted EBIT Gas	fallend	steigend
Adjusted EBIT Energie- und Umweltdienstleistungen	fallend	fallend
Adjusted EBIT Konsolidierung	–	–
Adjusted EBIT Konzern	moderat steigend	steigend

Während im Geschäftsfeld Strom die prognostizierte Absatzentwicklung erreicht werden konnte, lag der Absatz im Geschäftsfeld Gas witterungsbedingt unter der Prognose.

Die Prognose bezüglich des Adjusted EBIT auf Konzernebene konnten wir übertreffen. Gründe hierfür sind vor allem ein besseres operatives Ergebnis im Geschäftsfeld Gas sowie Erstattungsbeträge im Rahmen eines gerichtlichen Vergleichvorschlags für Ermäßigungen beim Wasserentnahmeentgelt. Das Ergebnis des

Geschäftsfelds Energie- und Umweltdienstleistungen lag wie erwartet unter dem Vorjahresniveau.

Ertragslage

Absatz und Umsatz

Stromabsatz des EnBW-Konzerns in Mrd. kWh	2008	2007	Veränderung in %
Privatkunden (B2C)	23,1	22,2	4,1
Industrie und Weiterverteiler (B2B)	61,2	62,1	-1,4
Handel	46,2	55,2	-16,3
Gesamt	**130,5**	**139,5**	**-6,5**

Der Stromabsatz ging im Geschäftsjahr um 6,5 % zurück. Der Rückgang resultiert vor allem aus dem Bereich Handel. Durch gestiegene CO_2-Kosten erhöhten sich die Kosten der Eigenerzeugung, wodurch sich der Handelsabsatz infolge der Kraftwerksoptimierung verringerte. Bei den Privatkunden konnten wir aufgrund erfolgreicher Vertriebsaktivitäten den Absatz leicht steigern.

Gasabsatz des EnBW-Konzerns in Mrd. kWh	2008	2007	Veränderung in %
Privatkunden (B2C)	12,5	12,2	2,5
Industrie und Weiterverteiler (B2B)	57,3	63,0	-9,0
Gesamt	**69,8**	**75,2**	**-7,2**

Der Gasabsatz im B2C-Segment stieg aufgrund des zwar milden, aber gegenüber dem Vorjahreszeitraum kälteren Winters. Im B2B-Segment – besonders bei den Weiterverteilern – sank der Gasabsatz trotz des positiven Witterungseffekts aufgrund von Kundenverlusten als Folge der fortschreitenden Liberalisierung am Gasmarkt.

Außenumsatz des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. €[1]	2008	2007	Veränderung in %
Strom	12.736,4	11.539,7	10,4
Gas	2.881,2	2.479,3	16,2
Energie- und Umweltdienstleistungen	687,8	693,2	-0,8
Gesamt	**16.305,4**	**14.712,2**	**10,8**

[1] Nach Abzug von Strom- und Erdgassteuer.

WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss/ Segmentbericht-erstattung
› S. 178f.

Der EnBW-Konzern erzielte im Geschäftsjahr 2008 einen Außenumsatz vor Abzug von Strom- und Erdgassteuer in Höhe von 17.367,5 Mio. €; das sind 10,3 % mehr als im Vorjahr. Nach Abzug von Strom- und Erdgassteuer stiegen die Außenumsatzerlöse um 10,8 % auf 16.305,4 Mio. €. In den Geschäftsfeldern Strom und Gas entwickelte sich der Umsatz positiv.

Strom

Die Umsatzerlöse legten um 10,4 % zu und belaufen sich damit auf 12.736,4 Mio. €. Bei den Privatkunden führten ein höherer Stromabsatz und höhere Preise zu steigenden Umsatzerlösen. Im Bereich Handel und Industriekunden konnten höhere Preise den Absatzrückgang überkompensieren. Im Geschäftsfeld Strom erwirtschaftete die EnBW im Berichtsjahr 78,1 % der Umsatzerlöse des Konzerns. Der Anteil am Konzernumsatz verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte.

Gas

Trotz gesunkener Absatzmengen erhöhten sich die Umsatzerlöse um 16,2 % auf 2.881,2 Mio. €. Grund dafür ist die Weitergabe der infolge der Ölpreisentwicklung gestiegenen Gasbezugspreise an die Kunden. Das Geschäftsfeld Gas steuerte im Geschäftsjahr 2008 einen Anteil von 17,7 % zu den Umsatzerlösen des EnBW-Konzerns bei. Der Anteil des Geschäftsfelds am Konzernumsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Prozentpunkte.

Energie- und Umweltdienstleistungen

Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen setzen sich aus den Umsatzerlösen der Bereiche Entsorgung, Wasserversorgung und Sonstige Energiedienstleistungen zusammen. Sie belaufen sich auf 687,8 Mio. €. Das entspricht einem Rückgang um 0,8 % gegenüber dem Geschäftsjahr 2007. Der Rückgang ist auf Änderungen des Konsolidierungskreises zurückzuführen. Bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises wäre der Umsatz vor allem durch höhere Contractingumsätze um 2,2 % gestiegen. Das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen trug damit einen Anteil von 4,2 % zu den Umsatzerlösen des EnBW-Konzerns bei; das sind 0,5 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr.

WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss/ Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz
› S. 126ff.

Entwicklung wesentlicher Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen um 17,4 % auf 815,8 Mio. € zurück. Ursache waren vor allem geringere Erträge aus Derivaten und aus der Auflösung von Rückstellungen. Der Materialaufwand stieg aufgrund höherer Bezugskosten um 10,6 % auf 12.099,1 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 7,5 % auf 1.071,4 Mio. €. Grund hierfür sind vor allem höhere Aufwendungen aus der Marktbewertung von Derivaten. Die Abschreibungen erhöhten sich um 37,9 % auf 1.071,9 Mio. €, insbesondere aufgrund außerplanmäßiger Abschreibungen auf das Strom- und Gasnetz des EnBW-Konzerns. Diese sind auf eine weitere Reduzierung der Netznutzungsentgelte durch die BNetzA zurückzuführen. Das Finanzergebnis verringerte sich um 5,5 % auf -483,7 Mio. € und ist vor allem bedingt durch die Wertberichtigung unserer Kapitalanlagen infolge der allgemeinen Finanzkrise an den Kapitalmärkten. Die Ertragsteuern betragen im Geschäftsjahr 2008 -335,2 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2007 lagen sie bei 43,2 Mio. €; hier konnten wir einen Sonderertrag infolge des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 in Höhe von 412,0 Mio. € verbuchen.

Ergebnis

Der Konzernüberschuss bezogen auf Anteile der Gesellschafter der EnBW AG im Geschäftsjahr 2008 belief sich auf 871,8 Mio. €. Das sind 492,3 Mio. € oder 36,1 % weniger als im Vorjahr.

Adjusted und neutrales Ergebnis

Eine wesentliche interne Steuerungsgröße des EnBW-Konzerns ist das Adjusted EBIT – Ergebnis vor Ertragsteuern, Finanzergebnis und Beteiligungsergebnis. Das Adjusted EBIT ist eine um neutrale Ergebniseffekte bereinigte Ergebnisgröße, die die Entwicklung der operativen Ertragslage zutreffend wiedergibt. Die Entwicklung der Geschäftsfelder wird daher erstmals ab dem Geschäftsjahr 2008 anhand des Adjusted EBIT kommentiert. Zur weiteren Verbesserung der Darstellung der Ertragslage werden auch die übrigen wesentlichen Ergebnisgrößen adjusted (bereinigt) dargestellt.

Das neutrale Ergebnis beinhaltet außerordentliche Effekte. Dazu gehören Ergebnisse aus Anlagenabgängen, außerordentliche Effekte bei den Kernenergierückstellungen, Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen, Aufwendungen aus der Restrukturierung, wesentliche Ergebniseffekte aufgrund von Gesetzesänderungen sowie außerplanmäßige Abschreibungen. Die wichtigsten Komponenten des neutralen Ergebnisses werden getrennt ausgewiesen.

Adjusted Ergebnis

WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss/ Segmentberichterstattung
› S. 178f.

Adjusted EBIT des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. €[1]	2008	2007	Veränderung in %
Strom	1.639,0	1.396,4	17,4
Gas	192,7	174,4	10,5
Energie- und Umweltdienstleistungen	100,1	130,3	-23,2
Holding/Konsolidierung	-137,9	-138,1	0,1
Gesamt	**1.793,9**	**1.563,0**	**14,8**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Das Adjusted EBIT im Geschäftsfeld Strom stieg im Vergleich zum Geschäftsjahr 2007 um 17,4 % auf 1.639,0 Mio. €. Im Bereich Erzeugung und Handel wirkten sich eine verbesserte Erzeugungsmarge sowie Erstattungsbeträge im Rahmen eines gerichtlichen Vergleichsvorschlags für Ermäßigungen beim Wasserentnahmeentgelt positiv auf das Ergebnis aus. Der Anstieg der Erzeugungsmarge resultiert aus höheren Großhandelsmarktpreisen. Gestiegene Kosten für Strombezug, Brennstoffe und CO_2-Zertifikate sowie gesunkene Ergebnisse aus der Marktbewertung von Derivaten beeinflussten die Erzeugungsmarge negativ. Im Vertrieb gingen die Margen aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs und gestiegener Belastungen auf der Kostenseite zurück. Im regulierten Bereich belastete die weitere Absenkung der Netznutzungserlöse durch die BNetzA das Ergebnis. Positive Auswirkungen hatten gesunkene Aufwendungen aus der Einspeisung von Windenergie.

Das Adjusted EBIT im Geschäftsfeld Gas stieg im Geschäftsjahr 2008 um 10,5 % auf 192,7 Mio. €. Günstig wirkte sich der im Vergleich zum Vorjahreszeitraum kältere Winter aus.

Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen sank das Adjusted EBIT im Geschäftsjahr 2008 um 23,2 % auf 100,1 Mio. €. Grund hierfür sind vor allem geringere periodenfremde Erträge und eine Ergebnisminderung bei den sonstigen Energiedienstleistungen.

Das Adjusted EBIT im Segment Holding/Konsolidierung verbesserte sich im Geschäftsjahr 2008 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,1 % auf -137,9 Mio. €.

Insgesamt stieg das Adjusted EBIT im Geschäftsjahr 2008 um 14,8 % auf 1.793,9 Mio. €.

Adjusted Ertragskennzahlen des EnBW-Konzerns in Mio. €	2008	2007	Veränderung in %
Adjusted EBITDA	2.595,6	2.328,3	11,5
Adjusted EBIT	1.793,9	1.563,0	14,8
Adjusted Beteiligungsergebnis	217,3	195,9	10,9
Adjusted Finanzergebnis	-405,3	-475,5	14,8
Adjusted Ertragsteuern	-417,6	-383,6	8,9
Adjusted Konzernüberschuss	1.188,3	899,8	32,1
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(97,0)	(78,8)	23,1
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(1.091,3)	(821,0)	32,9

Das Adjusted Beteiligungsergebnis stieg um 10,9 % auf 217,3 Mio. €. Der Anstieg ist auf die höhere operative Leistungsfähigkeit der Beteiligungen und auf periodenfremde Ergebnisse zurückzuführen.

Das Adjusted Finanzergebnis betrug -405,3 Mio. € (Vorjahr: -475,5 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2008 konnten die Finanzierungszinsen wegen der niedrigeren durchschnittlichen Finanzverbindlichkeiten um 33,9 Mio. € reduziert werden. Aufgrund geringerer durchschnittlicher kurzfristiger Finanzmittel sanken die vereinnahmten Zinsen und ähnliche Erträge um 26,8 Mio. €. Die anderen Finanzerträge stiegen infolge höherer Gewinne aus der Bewertung und dem Verkauf von Finanzanlagen deutlich um 92,7 Mio. €. Der Zinsanteil der Zuführung zu den Rückstellungen stieg bedingt durch höhere Zinsen für die Personalrückstellung und höhere Rückstellungen um 22,6 Mio. €.

Die Adjusted Ertragsteuern beliefen sich im Geschäftsjahr 2008 auf -417,6 Mio. €. Die Steuerquote betrug damit 26,0 % (Vorjahr: 29,9 %). Der Rückgang der Steuerquote im Vergleich zum Geschäftsjahr 2007 resultiert vor allem aus dem Unternehmenssteuerreformgesetz 2008. Der Adjusted Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG stieg im Geschäftsjahr 2008 um 32,9 % auf 1.091,3 Mio. €.

Neutrales Ergebnis

Neutrales Ergebnis des EnBW-Konzerns in Mio. €	2008	2007
Erträge/Aufwendungen aus der Veränderung der Kernenergierückstellungen	-24,1	43,3
Sonstige Effekte Kernenergie	-28,5	-10,8
Aufwendungen aus der Restrukturierung	-11,8	-62,2
Sonstiges neutrales Ergebnis	8,9	37,8
Neutrales EBITDA	**-55,5**	**8,1**
Außerplanmäßige Abschreibungen	-270,2	-11,9
Neutrales EBIT	**-325,7**	**-3,8**
Neutrales Beteiligungsergebnis	34,0	76,3
Neutrales Finanzergebnis	-78,4	17,0
Neutrale Ertragsteuern	82,4	426,8
Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten	0,0	97,9
Neutraler Konzernüberschuss	**-287,7**	**614,2**
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(-68,2)	(71,1)
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(-219,5)	(543,1)

Das neutrale EBIT ging im Vergleich zum Geschäftsjahr 2007 um 321,9 Mio. € zurück. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Erträge/Aufwendungen aus der Veränderung der Kernenergierückstellungen sowie die außerplanmäßigen Abschreibungen auf die Strom- und Gasnetze im Jahr 2008 zurückzuführen. Grund für die außerplanmäßigen Abschreibungen auf die Strom- und Gasnetze ist die weitere Reduzierung der Netznutzungsentgelte durch die BNetzA.

Das neutrale Beteiligungsergebnis von 34,0 Mio. € im Geschäftsjahr 2008 beinhaltet Buchgewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen. Im Geschäftsjahr 2007 hatte die Auflösung einer Drohverlustrückstellung für den potenziellen Erwerb einer Beteiligung zu einem außerordentlichen Ertrag geführt.

Das neutrale Finanzergebnis beinhaltet Aufwendungen aus der Wertberichtigung unserer Kapitalanlagen infolge der allgemeinen Finanzkrise an den Kapitalmärkten in Höhe von 89,1 Mio. €.

Die neutralen Ertragsteuern des Vorjahres sind vor allem durch einen steuerlichen Sonderertrag aufgrund des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 beeinflusst.

Im aktuellen Geschäftsjahr gibt es keine Ergebniseffekte aus nicht fortzuführenden Aktivitäten. Im Vorjahr waren hier ein Veräußerungsgewinn sowie die Auflösung von Rückstellungen enthalten.

Der neutrale Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG ging um 762,6 Mio. € auf -219,5 Mio. € zurück.

Überleitung Ergebnis

Nicht bereinigt um neutrale Ergebniseffekte ging der Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG um 492,3 Mio. € auf 871,8 Mio. € zurück.

Ergebnisdarstellung des EnBW-Konzerns zum 31. Dezember 2008

in Mio. €

	2008	2007	Veränderung in %
Adjusted EBITDA	2.595,6	2.328,3	+11,5%
Neutrales EBITDA	-55,5	8,1	
EBITDA	2.540,1	2.336,4	+8,7%
Adjusted EBIT	1.793,9	1.563,0	+14,8%
Neutrales EBIT	-325,7	-3,8	
EBIT	1.468,2	1.559,2	-5,8%
Adjusted Konzernüberschuss[1]	1.091,3	821,0	+32,9%
Neutraler Konzernüberschuss[1]	-219,5	543,1	
Konzernüberschuss[1]	871,8	1.364,1	-36,1%

[1] Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.

Finanzlage

Finanzmanagement der EnBW

Grundlagen und Ziele

Ziel des Finanzmanagements der EnBW ist eine optimale Kapitalstruktur des Unternehmens. Dessen Grundlage bildet eine kapitalmarkttheoretische Analyse zur Minimierung der Kapitalkosten. Für die EnBW impliziert die optimale Kapitalstruktur ein Ratingziel im A-Bereich.

Die bewusste Steuerung der Finanzaktiva (Asset-Management) ist ebenfalls Bestandteil des Kapitalmanagements. In einem cashfloworientierten Modell ermittelt die EnBW die sich in den nächsten 30 Jahren ergebenden Effekte in der Gewinn- und Verlust- und in der Cashflow-Rechnung. Dieses Modell fußt auf den aktuarischen Gutachten zu Pensionsrückstellungen sowie externen Gutachten zu Nuklearrückstellungen und ist Grundlage für die Steuerung der Finanzanlagen. Es ermöglicht die Simulation verschiedener Rendite- und Zuführungsalternativen.

Hauptaufgabe des Finanzmanagements der EnBW ist neben der Minimierung der Finanzaufwendungen die gleichzeitige Sicherung des finanziellen Vermögens des EnBW-Konzerns in seinem Bestand und seiner Fungibilität sowie die Gewährleistung ausreichender Liquiditätsreserven, sodass der Konzern seine Zahlungsverpflichtungen jederzeit uneingeschränkt erfüllen kann.

Treasury

Die Treasury-Grundsätze im EnBW-Konzern regeln die Bankpolitik, die Finanzierungsvereinbarungen, das Liquiditäts-/Anlagemanagement sowie den Umgang mit den Zins- und Währungsrisiken und das Management des konzerninternen Cashpoolings. Der Einsatz von Devisenderivaten ist nur für den Zweck der Absicherung und nur in Verbindung mit einem existierenden Grundgeschäft zulässig.

Der Treasury-Bereich des Konzerns steuert sämtliche Treasury-Prozesse der im Cashpooling eingebundenen Tochtergesellschaften. Einen hohen Stellenwert hat hierbei ein effizientes Liquiditätsmanagement innerhalb des Konzerns. Die Liquiditätsprognose erfolgt systemunterstützt im Rahmen eines mehrjährigen Finanz- und Liquiditätsplans monatlich rollierend. Neben der zentralen Verwaltung der Kredit- und Avallinien der Holding sowie der Tochtergesellschaften stehen das Währungsmanagement, das Kontrahentenmanagement und die Zinssatzoptimierung im Fokus der Treasury-Aktivitäten.

Asset-Management

Eine weitere Aufgabe des Kapitalmanagements bei der EnBW ist die Steuerung der Finanzaktiva. Um unsere langfristigen Pensions- und Kernenergierückstellungen innerhalb eines ökonomisch sinnvollen Zeitraums durch entsprechende Finanzanlagen zu decken, verfolgen wir den Ansatz, die vorgegebenen Anlageziele bei minimalem Risiko zu erreichen. Die in den Vorjahren begonnene Optimierung des Risiko-/Ertragsprofils unserer Finanzanlagen führten wir auch 2008 erfolgreich fort. Ende 2008 steuerten wir, auf insgesamt zehn Asset-Klassen verteilt, ein Anlagevolumen von über 5 Mrd. €.

Unsere Finanzanlagen haben wir im Wesentlichen in vier Masterfonds gebündelt, um die folgenden Anlageziele konsequent zu verfolgen:

- Langfristige Zielrendite der Finanzanlagen bei 5,5 %
- Risikominimierung
- Minimierung der Auswirkungen auf Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- Breite Diversifizierung der Asset-Klassen
- Kostenreduktion und Verwaltungsvereinfachung

Finanzierungsfazilitäten

Im EnBW-Konzern stehen neben der Innenfinanzierungskraft mit einem Free Cashflow von 415,1 Mio. € im Jahr 2008 und vorhandenen eigenen Mitteln folgende fünf Instrumente für die Deckung des Gesamtfinanzierungsbedarfs zur Verfügung:

- Euro-Medium-Term-Note-(EMTN-)Programm
- Syndizierte Kreditlinie
- Bilaterale kurzfristige Kreditlinien
- Commercial-Paper-(CP-)Programm
- Emission von Sonderprodukten und Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung

Am 25. Februar 2008 wurde die 2003 von der EnBW begebene CHF-Anleihe in Höhe von 400 Mio. CHF zur Rückzahlung fällig. Die EnBW finanzierte die Rückzahlung durch eine am selben Tag ausgezahlte neue EnBW-Anleihe mit einem Volumen von 300 Mio. CHF sowie durch eigene Mittel. Des Weiteren begab das Unternehmen am 13. November 2008 zwei Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Mrd. €. Die Anleihen haben Laufzeiten von fünf und zehn Jahren und dienen der Finanzierung des Investitionsprogramms der EnBW. Darüber hinaus wurde die Liquiditätsposition durch die Emission einer Fremdwährungsanleihe entsprechend eines Volumens von rund 170 Mio. € gestärkt.

Trotz des schwierigen Marktumfelds konnte sich die EnBW im Jahr 2008 jederzeit kurzfristig über das etablierte CP-Programm refinanzieren.

Im Mai 2008 machte die EnBW erneut von den vereinbarten Verlängerungsoptionen für die erste Tranche des syndizierten Kredits Gebrauch. Diese Tranche wurde mit einem Volumen von 1 Mrd. € um ein weiteres Jahr bis Mai 2009 verlängert. Die zweite Tranche läuft mit einem Teilbetrag von 1,442 Mrd. € bis Mai 2012; der restliche Teilbetrag in Höhe von 58 Mio. € steht bis Mai 2010 zur Verfügung. Die gesamte syndizierte Kreditlinie war im Berichtszeitraum vollständig ungenutzt.

Die Dokumentationen für unsere kurz- und langfristigen Kapitalmarktaufnahmen unter dem etablierten EMTN- und dem CP-Programm sowie alle weiteren Kreditdokumentationen mit Banken (zum Beispiel syndizierte Kreditlinien) beinhalten international anerkannte übliche Standardklauseln. Ein wesentlicher Bestandteil der Finanzierungspolitik der EnBW ist die Abgabe einer Negativerklärung sowie eine Pari-passu-Klausel gegenüber den Gläubigern.

Rating und Ratingentwicklung

Seit die beiden Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's erstmals 2000 beziehungsweise 2002 die Bonität der EnBW bewerteten, hat die EnBW das Ziel ihrer Finanzstrategie, die mittelfristige Sicherstellung eines Ratings im A-Bereich, immer erfüllt.

Im April 2008 bestätigte die Ratingagentur Standard & Poor's das Langfristrating „A-" und das Kurzfristrating „A-2" der EnBW. Auch der Ausblick für die EnBW lautet weiterhin „stabil". Das Rating von Standard & Poor's berücksichtigt die starke Marktstellung in Baden-Württemberg mit wettbewerbsfähigen Erzeugungskapazitäten und einem weiterhin relevanten Anteil an reguliertem Geschäft mit stabilen Cashflows. Das Finanzprofil der EnBW stuft Standard & Poor's dagegen als moderat ein. Zudem wird der zunehmende Einfluss der Regulierung in Deutschland kritisch gesehen. Das große Investitionsprogramm der EnBW wird als anspruchsvoll bewertet. Durch die Beurteilung des Ausblicks mit „stabil" unterstellt die Ratingagentur, dass die EnBW die Herausforderungen der in Deutschland herrschenden Rahmenbedingungen meistern wird. Eine Verschlechterung des Umfelds könnte angesichts des großen Investitionsprogramms der EnBW nach Ansicht der Agentur negativen Einfluss auf das Rating haben.

Im Mai 2008 bestätigte die Ratingagentur Moody's das Langfristrating „A2" und das Kurzfristrating „Prime-1" der EnBW. Auch hier lautet der Ausblick weiterhin „stabil". Das Rating von Moody's berücksichtigt ebenfalls die erfolgreiche Fokussierung auf die Kernaktivitäten Strom und Gas. Das aktuelle Finanzprofil der EnBW wird von Moody's positiv bewertet. Die zunehmende Regulierung, der Kernenergieausstieg sowie der Emissionshandel in Deutschland werden kritisch gewertet, da sie negative Auswirkungen auf die künftige Ergebnisentwicklung haben können. Die Bestätigung des Ratings sowie die Bewertung des Ausblicks mit „stabil" reflektieren die

positive Erwartung der Agentur, dass die EnBW die künftigen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen bewältigen wird. Insbesondere geht die Agentur davon aus, dass die EnBW trotz des ambitionierten Investitionsprogramms weiterhin ein solides Finanzprofil aufweisen wird.

Beide Agenturen hielten ihr positives Rating aufrecht, als die EnBW im Juli 2008 bekannt gab, 26 % an der EWE AG zu einem Kaufpreis von rund 2 Mrd. € erwerben zu wollen.

Ratingüberblick Rating/Ausblick	2004	2005	2006	2007	2008
Standard & Poor's	A-/stabil	A-/stabil	A-/positiv	A-/stabil	A-/stabil
Moody's	A3/negativ	A3/stabil	A2/stabil	A2/stabil	A2/stabil

Zins- und Währungsmanagement

Die Zinssätze bei den Finanzverbindlichkeiten sind zum großen Teil vertraglich fixiert, sodass sich eine Änderung des Zinsniveaus nur bei Neuaufnahmen und anstehenden Refinanzierungen (zum Beispiel bei Commercial-Paper-Emissionen) auf das Zinsergebnis der EnBW auswirkt.

Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Währungspositionen werden grundsätzlich durch entsprechende Devisentermingeschäfte geschlossen. Insgesamt haben Währungsschwankungen aus operativer Tätigkeit keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis der EnBW. Eventuelle Translationsrisiken werden im Zug des Währungsmanagements einzelfallabhängig einem Monitoring unterzogen.

Investitionsanalyse

Investitionen des EnBW-Konzerns in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen nach Geschäftsfeldern in Mio. €[1]	2008	2007	Veränderung in %
Strom	927,6	568,9	63,1
Gas	65,3	71,7	-8,9
Energie- und Umweltdienstleistungen	253,1	175,5	44,2
Gesamt	**1.246,0**	**816,1**	**52,7**

[1] Aus fortzuführenden Aktivitäten.

Im Geschäftsjahr 2008 wendete die EnBW 1.246,0 Mio. € für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen bei den fortzuführenden Aktivitäten auf. Das entspricht einem Zuwachs von 429,9 Mio. € oder 52,7 % im Vergleich zum Vorjahr. Immaterielle Vermögenswerte erreichten einen Anteil von 10,0 % (124,4 Mio. €) an den Gesamtinvestitionen und lagen damit über dem Vorjahresniveau (44,9 Mio. €).

Rund 75 % der Investitionen wurden im Geschäftsfeld Strom getätigt. Die Investitionsschwerpunkte lagen hier im Ausbau der Kraftwerke und der Verteilungsanlagen. Die verbleibenden Investitionen verteilen sich mit rund 20 % auf das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen und mit rund 5 % auf das Geschäftsfeld Gas. Im Einzelnen entfielen auf die Großprojekte Neubau Steinkohlekraftwerk RDK 8 in Karlsruhe 239,3 Mio. €, Offshore-Windkraftprojekte 97,1 Mio. €, Neubau Laufwasserkraftwerk in Rheinfelden 35,0 Mio. €, Restrukturierung der Höchstspannungsnetze 44,4 Mio. €, Neubau EnBW City in Stuttgart 93,0 Mio. €, Neubau Verwaltungsgebäude ZEAG in Heilbronn 22,1 Mio. € und Neubau Office Center in Biberach 11,7 Mio. €.

Liquiditätsanalyse

Free Cashflow in Mio. €	2008	2007	Veränderung in %
FFO Strom	1.930,7	1.671,3	15,5
FFO Gas	278,0	277,9	0,0
FFO Energie- und Umweltdienstleistungen	208,3	223,2	-6,7
FFO Holding/Konsolidierung	-91,4	-112,5	18,8
FFO nicht fortzuführende Aktivitäten	-	99,5	-
FFO (Funds from Operations) vor Steuern und Finanzierung gesamt[1]	**2.325,6**	**2.159,4**	**7,7**
Veränderung der Vermögenswerte und Schulden aus operativer Geschäftstätigkeit[1]	-536,1	90,8	-
Gezahlte Ertragsteuern	-265,6	-691,5	-61,6
Operating Cashflow	1.523,9	1.558,7	-2,2
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-1.246,0	-816,9	52,5
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	58,2	30,2	92,7
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	79,0	81,2	-2,7
Free Cashflow	**415,1**	**853,2**	**-51,3**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Funds from Operations (FFO) vor Steuern und Finanzierung um 7,7 % auf 2.325,6 Mio. €. Verantwortlich für den Anstieg war vor allem das Geschäftsfeld Strom. Hier wirkte sich die Verbesserung des EBITDA positiv auf den FFO aus.

Während im Vorjahr die Vermögenswerte und Schulden aus operativer Tätigkeit um 90,8 Mio. € reduziert werden konnten, stiegen sie im Geschäftsjahr 2008 um 536,1 Mio. €. Der Anstieg im Berichtsjahr resultiert vor allem aus höheren Sicherungsleistungen für Termingeschäfte mit Strom, Kohle und Emissionsrechten in Höhe von 293,1 Mio. € sowie aus einem Anstieg der Vorräte in Höhe von 164,4 Mio. €. Die Ertragsteuerzahlungen hingegen gingen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2007 deutlich um 425,9 Mio. € zurück. Grund hierfür ist vor allem, dass in den Steuerzahlungen des Vorjahres sowohl Zahlungen infolge von Betriebsprüfungen als auch höhere Quellensteuerzahlungen enthalten waren. Aufgrund der genannten Entwicklungen sank der Operating Cashflow im Geschäftsjahr 2008 um 2,2 % auf 1.523,9 Mio. €.

Der Free Cashflow sank wegen deutlich erhöhter Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen, die auf das Investitionsprogramm zurückzuführen sind, um 51,3 % auf 415,1 Mio. €.

Mit dem positiven Free Cashflow und den freien Kreditlinien in Höhe von 3,253 Mrd. € ist die künftige Zahlungsfähigkeit der EnBW gesichert.

Cashflow-Rechnung in Mio. €	2008	2007	Veränderung in %
Operating Cashflow	1.523,9	1.558,7	-2,2
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-355,8	-381,6	6,8
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	588,0	-1.786,6	-
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	**1.756,1**	**-609,5**	**-**
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	10,6	-5,0	-
Veränderung der flüssigen Mittel	**1.766,7**	**-614,5**	**-**

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit stieg trotz höherer Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen um 25,8 Mio. € auf -355,8 Mio. €. Gründe hierfür sind im Wesentlichen höhere Einzahlungen aus dem Verkauf von Wertpapieren im Geschäftsjahr 2008 sowie höhere Auszahlungen aus dem Erwerb von Konzernunternehmen im Geschäftsjahr 2007.

Während im Geschäftsjahr 2007 der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit im Wesentlichen aufgrund der Tilgung von Finanzverbindlichkeiten -1.786,6 Mio. € betrug, waren im Geschäftsjahr 2008 Mittelzuflüsse von 588,0 Mio. € zu verzeichnen. Der Grund für die Veränderung liegt vor allem in der Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten im Geschäftsjahr 2008. Diese dienen unter anderem der Finanzierung des Anteilserwerbs der EWE AG, der noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bundeskartellamts steht.

Daraus ergibt sich – unter Berücksichtigung von Währungskursveränderungen – ein Anstieg der flüssigen Mittel des EnBW-Konzerns um 1.766,7 Mio. € auf 3.084,5 Mio. €.

Vermögenslage

WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss/ Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz
› S. 131ff.

Kurzfassung der Bilanz des EnBW-Konzerns in Mio. €[1]	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Aktiva			
Langfristige Vermögenswerte	21.102,3	21.564,9	-2,1
Sachanlagen	(11.573,7)	(11.416,2)	(1,4)
Übrige finanzielle Vermögenswerte	(4.960,3)	(5.734,4)	(-13,5)
Latente Steuern	(28,7)	(6,0)	-
Kurzfristige Vermögenswerte	11.818,8	6.867,5	72,1
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	4,0	3,4	17,6
	32.925,1	**28.435,8**	**15,8**
Passiva			
Eigenkapital	5.583,3	6.001,7	-7,0
Langfristige Schulden	17.956,2	16.097,1	11,5
Rückstellungen	(9.307,8)	(8.989,1)	(3,5)
Latente Steuern	(1.631,4)	(1.616,8)	(0,9)
Finanzverbindlichkeiten	(4.925,1)	(3.364,2)	(46,4)
Kurzfristige Schulden	9.385,6	6.329,1	48,3
Rückstellungen	(1.109,1)	(1.131,3)	(-2,0)
Finanzverbindlichkeiten	(394,7)	(588,3)	(-32,9)
Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten	0,0	7,9	-
	32.925,1	**28.435,8**	**15,8**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die Bilanzsumme im Konzern erhöhte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2007 deutlich um 15,8 % auf 32.925,1 Mio. €. Grund hierfür waren gestiegene Marktwerte der derivativen Finanzinstrumente sowie gestiegene Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Darüber hinaus führte die Aufnahme von zwei Anleihen und eine Privatplatzierung in Höhe von rund 1,7 Mrd. € zu einem Anstieg der flüssigen Mittel. Die Anleihen dienen unter anderem der Finanzierung des Anteilserwerbs der EWE AG, der noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bundeskartellamts steht.

Die Verminderung des Eigenkapitals durch einen Rückgang der Kursreserven unserer Wertpapiere und die Erhöhung der Bilanzsumme führten zu einem Rückgang der Eigenkapitalquote um 4,1 Prozentpunkte auf 17,0 %.

Die Sachanlagen erhöhten sich aufgrund der gestiegenen Investitionen um 1,4 % auf 11.573,7 Mio. €.

Kennzahlen zur Vermögensstrukturanalyse	2008	2007	Veränderung in %
Eigenkapitalquote in %	17,0	21,1	-19,4
Durchschnittliches Capital Employed in Mio. €[1]	12.245,8	11.471,5	6,7
Nettoschulden/Eigenkapital[1]	1,2	1,0	20,0
Deckungsgrad für langfristige Vermögenswerte (langfristige Vermögenswerte/Eigenkapital)	3,8	3,6	5,6
Deckungsgrad für Pensions- und Kernenergierückstellungen (Deckungsvermögen/Pensions- und Kernenergierückstellungen)	0,59	0,66	-10,6

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Der Anstieg des Capital Employed ist verursacht durch gestiegene Investitionen, höhere Marktwerte unserer Beteiligungen sowie niedrigere passive latente Steuern aufgrund des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008.

Die Verschlechterung der übrigen Kennzahlen zur Vermögensstrukturanalyse ist im Wesentlichen auf die Reduzierung des Eigenkapitals und der Finanzanlagen zurückzuführen. Ursächlich hierfür sind die Kursrückgänge an den Kapitalmärkten. Dennoch verfügt der EnBW-Konzern nach wie vor über eine solide Vermögens- und Kapitalstruktur.

Nettoschulden

Der Anstieg der Finanzverbindlichkeiten um 1.314,2 Mio. € auf 5.287,2 Mio. € resultiert aus der Aufnahme von Anleihen. Diese sind unter anderem für den Anteilserwerb der EWE AG vorgesehen, der noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bundeskartellamts steht, da die Zahlung des Kaufpreises erst im Geschäftsjahr 2009 erfolgt. Somit hat diese Akquisition keinen Einfluss auf die Nettoschulden oder Nettofinanzschulden zum Bilanzstichtag.

Die Nettofinanzschulden im Geschäftsjahr 2008 konnten um 53,8 Mio. € auf 2.918,5 Mio. € gesenkt werden. Die Nettoschulden erhöhten sich dagegen im Geschäftsjahr 2008 um 889,0 Mio. € auf 6.833,5 Mio. €. Der Anstieg der Nettoschulden resultiert vor allem aus gesunkenen Bewertungsreserven unserer Wertpapiere aufgrund der Kursrückgänge an den Kapitalmärkten, aus gestiegenen Pensions- und Kernenergierückstellungen sowie aus einer Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Put-Optionen.

Nettoschulden in Mio. €[1]	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Flüssige Mittel[2]	-2.216,3	-829,2	-
Kurzfristige Wertpapiere[2]	-152,4	-171,5	-11,1
Kurzfristige Finanzmittel[2]	**-2.368,7**	**-1.000,7**	**136,7**
Anleihen[3]	4.110,3	2.698,2	52,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	556,4	546,9	1,7
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	620,5	727,9	-14,8
Finanzverbindlichkeiten[3]	**5.287,2**	**3.973,0**	**33,1**
Nettofinanzschulden[2, 3]	**2.918,5**	**2.972,3**	**-1,8**
Pensions- und Kernenergierückstellungen	9.013,1	8.681,8	3,8
Langfristige Wertpapiere und Ausleihungen	-4.231,4	-5.017,0	-15,7
Kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen	-1.218,7	-832,4	46,4
Verbindlichkeiten aus Put-Optionen	514,4	428,9	19,9
Sonstiges	-162,4	-289,1	-43,8
Nettoschulden[3]	**6.833,5**	**5.944,5**	**15,0**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Ohne kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen.
[3] Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

Der dynamische Verschuldungsgrad setzt die Nettoschulden ins Verhältnis zum Adjusted EBITDA.

Dynamischer Verschuldungsgrad in Mio. €	2008	2007	Veränderung in %
Nettoschulden[1]	6.833,5	5.944,5	15,0
Adjusted EBITDA	2.595,6	2.328,3	11,5
Dynamischer Verschuldungsgrad[1]	2,63	2,55	3,1

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Zum 31. Dezember 2008 ist der dynamische Verschuldungsgrad minimal auf 2,63 angestiegen. Die Verbesserung des Adjusted EBITDA konnte in Bezug auf die Berechnung des dynamischen Verschuldungsgrads den Anstieg der Nettoschulden kompensieren.

Nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte

Zu den nicht bilanzierten immateriellen Vermögenswerten zählen Humankapital, Strukturkapital und Beziehungskapital. Dieses „intellektuelle Kapital" erfassen wir seit 2005 in der Wissensbilanz. Mehr Informationen zum Thema Wissensmanagement und Wissensbilanzierung finden Sie im Kapitel Mitarbeiter.

Wertbeitrag 2008

Wertbeitrag nach Geschäftsfeldern[1]	Strom		Gas		Energie- und Umweltdienstleistungen		Holding/ Konsolidierung		Gesamt	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis (Mio. €)	1.911,5	1.677,1	203,1	179,2	113,9	142,5	-137,9	-138,1	2.090,6	1.860,7
Durchschnittliches Capital Employed (Mio. €)	8.895,4	8.464,7	1.860,7	1.738,5	1.347,9	1.203,3	141,8	65,0	12.245,8	11.471,5
ROCE (%)	**21,5**	**19,8**	**10,9**	**10,3**	**8,5**	**11,8**	**-**	**-**	**17,1**	**16,2**
Kapitalkostensatz (%)	9,2	9,0	8,8	8,5	9,6	9,5	-	-	9,2	9,0
Wertbeitrag (Mio. €)	**1.093,1**	**915,3**	**39,4**	**31,4**	**-15,5**	**28,2**	**-**	**-**	**964,0**	**828,3**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Im Geschäftsjahr 2008 setzte sich die positive Entwicklung des wertsteigernden Wachstums weiter fort. Der Anstieg des Capital Employed ging einher mit einer deutlichen Steigerung des Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis. Hierdurch wurde ein positiver Wertbeitrag von 964,0 Mio. € erzielt. Dies entspricht gegenüber 2007 einem Zuwachs von 135,7 Mio. € oder 16,4 %.

Zur Wertbeitragsentwicklung der Geschäftsfelder

Der maßgebliche Anteil der Wertschaffung stammt wie im letzten Jahr aus dem Geschäftsfeld Strom. Dort konnte der Wertbeitrag um 177,8 Mio. € oder 19,4 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Steigerung des Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis resultiert vor allem aus höheren Margen in der Stromerzeugung. Gegenläufig wirkten die Belastungen aus der Senkung der Netzentgelte durch die BNetzA. Die höhere Kapitalbasis ist vor allem auf gestiegene Sachinvestitionen, höhere Marktwerte unserer Beteiligungen und niedrigere passive latente Steuern aufgrund des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 zurückzuführen.

Der Wertbeitrag im Geschäftsfeld Gas ist im Vergleich zum Vorjahr um 8,0 Mio. € oder 25,5 % gestiegen. Der Anstieg des Wertbeitrags ist durch die verbesserte operative Ergebnissituation im Geschäftsfeld verursacht. Positiv beeinflusst war das Adjusted EBIT im Geschäftsfeld durch den im Vergleich zum Vorjahr kälteren

Winter. Die Erhöhung der Kapitalbasis ist im Wesentlichen bedingt durch niedrigere Steuerrückstellungen sowie niedrigere passive latente Steuern aufgrund des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008.

Der Wertbeitrag im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 43,7 Mio. €. Diese Entwicklung resultiert zum einen aus dem Ergebnisrückgang des Geschäftsfelds, zum anderen aus der Erhöhung der Kapitalbasis. Der Ergebnisrückgang ist vor allem durch geringere periodenfremde Erträge und gesunkene Ergebnisse im Bereich sonstige Dienstleistungen verursacht. Die Erhöhung der Kapitalbasis resultiert vor allem aus gestiegenen Sachinvestitionen.

Zur Ermittlung des Wertbeitrags

Die Kapitalkosten vor Steuern stellen eine Mindestverzinsung auf das eingesetzte Kapital dar. Erst wenn die erzielte Verzinsung (ROCE) über den Kapitalkosten liegt, entsteht ein positiver Wertbeitrag. Zur Ermittlung der Kapitalkosten wird der gewichtete Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten zugrunde gelegt. Der gewichtete Durchschnitt ist der jeweilige Anteil von Eigen- und Fremdkapital am Gesamtkapital. Der Wert des Eigenkapitals entspricht dabei der Marktbewertung und nicht dem bilanziellen Wert. Die Eigenkapitalkosten basieren auf der Rendite einer risikofreien Anlage sowie einem unternehmensspezifischen Risikoaufschlag (Marktrisikoprämie). Dieser bestimmt sich aus der Differenz der risikofreien Anlage und der Rendite des Gesamtmarkts in Abhängigkeit vom Betafaktor. In den Kapitalkosten werden die Eigenkapitalkosten auf Vorsteuerbasis berücksichtigt. Die langfristigen Konditionen, zu denen der EnBW-Konzern Fremdkapital aufnehmen kann, dienen zur Festlegung der Fremdkapitalkosten auf Vorsteuerbasis.

Ableitung des Kapitalkostensatzes (WACC)	2008	2007
Risikofreier Zinssatz (r_F)	4,7 %	5,1 %
Marktrisikoprämie (MRP)	5,0 %	5,0 %
Betafaktor (β)	1,1	0,8
Eigenkapitalkostensatz nach Steuern	**10,0 %**	**9,1 %**
Fremdkapitalkostensatz vor Steuern (r_{FK})	5,7 %	5,7 %
Tax Shield der Fremdkapitalzinsen	-1,5 %	-2,0 %
Fremdkapitalkostensatz nach Steuern	**4,2 %**	**3,7 %**
Anteil Eigenkapital (EK)	40,0 %	40,0 %
Anteil Fremdkapital (FK)	60,0 %	60,0 %
Kapitalkostensatz nach Steuern	**6,5 %**	**5,8 %**
Steuersatz (s)	29,0 %	35,0 %
Kapitalkostensatz vor Steuern (Konzern)	**9,2 %**	**9,0 %**

$$\text{WACC} = (r_F + \beta \times MRP) \times \frac{EK}{EK + FK} \times \frac{1}{(1 - s)} + r_{FK} \times \frac{FK}{EK + FK}$$

Um den unterschiedlichen Risiken unserer Geschäftsaktivitäten entlang der Wertschöpfungskette gerecht zu werden, ermitteln wir die Kapitalkosten separat für die einzelnen Geschäftsfelder.

Zur Bestimmung des ROCE wird zunächst das Adjusted EBIT bestimmt. Das im Konzern erzielte EBIT wird um neutrale Ergebnisbeiträge bereinigt. Ergebnisbeiträge aus Beteiligungen werden zum Adjusted EBIT addiert, sofern die Beteiligungen dauerhafter Bestandteil des Geschäftsmodells der EnBW sind. Eine Vorsteuerbetrachtung findet statt, um die Vergleichbarkeit mit dem Adjusted EBIT zu gewährleisten.

Das Capital Employed beinhaltet sämtliche Vermögenswerte des operativen Geschäfts. Unverzinsliches Fremdkapital – zum Beispiel Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – werden hiervon abgezogen. Das Capital Employed errechnet sich aus dem Durchschnitt des Jahresanfangs- und Jahresendwerts sowie den drei Quartalswerten.

Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis in Mio. €[1]	2008	2007
EBIT	1.468,2	1.559,2
Neutrales EBIT	325,7	3,8
Beteiligungsergebnis[2]	244,7	269,8
Neutrales Beteiligungsergebnis	-34,0	-76,3
Steueranpassung Beteiligungsergebnis[3]	86,0	104,2
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis	**2.090,6**	**1.860,7**

Durchschnittliches Capital Employed in Mio. €[1]	2008	2007
Immaterielle Vermögenswerte	1.687,8	1.657,9
Sachanlagen	11.573,7	11.416,2
Investment Properties	86,6	87,7
Beteiligungen[4]	2.661,1	2.573,9
Vorratsvermögen	862,9	732,7
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen[5]	3.159,6	2.097,4
Übrige Vermögenswerte	4.837,9	2.716,6
Nicht zinstragende Rückstellungen	-1.403,8	-1.438,6
Nicht zinstragende Verbindlichkeiten[6]	-7.728,7	-4.545,6
Zuschüsse	-1.717,6	-1.733,3
Latente Steuern[7]	-1.602,7	-1.610,8
Capital Employed zum 31.12.	**12.416,8**	**11.954,1**
Durchschnittliches Capital Employed[8]	**12.245,8**	**11.471,5**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Ohne Erträge aus Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.
[3] Adjusted Beteiligungsergebnis/0,71 – Adjusted Beteiligungsergebnis (mit 0,71 = 1 - Steuersatz 29 %).
Vorjahr: Adjusted Beteiligungsergebnis/0,65 – Adjusted Beteiligungsergebnis (mit 0,65 = 1 - Steuersatz 35 %).
[4] Beinhaltet at equity bewertete Unternehmen, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind.
[5] Ohne verbundene Unternehmen.
[6] Ohne verbundene Unternehmen, ohne potenzielle Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Optionen.
[7] Aktive und passive latente Steuern saldiert.
[8] Durchschnittliche Berechnung auf Basis der jeweiligen Quartalswerte des Berichtjahres und des Vorjahresendwerts.

Unternehmenssituation der EnBW AG

Der Jahresüberschuss der EnBW AG erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 547,9 Mio. € auf 1.153,4 Mio. €. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 38,1 Mio. € und nach Einstellung von 576,4 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 615,1 Mio. €. Der Hauptversammlung wird eine Dividende von 2,01 € je Aktie vorgeschlagen. Dies entspricht einer Steigerung der Dividendenzahlung je Aktie von 33 % gegenüber dem Vorjahr.

Unternehmenssituation der EnBW AG

WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com
› Investoren/ Downloadcenter

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG) hat als operative Holding die Leitungsfunktion im EnBW-Konzern. Die wirtschaftliche Lage der EnBW AG hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Lage des Konzerns ab. Der Jahresabschluss der EnBW AG wird gemäß Handelsgesetzbuch und Aktiengesetz aufgestellt. Der von der Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, geprüfte ausführliche Jahresabschluss der EnBW AG wird zusammen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Der vollständige Jahresabschluss der EnBW AG steht unter www.enbw.com als Download zur Verfügung.

Vermögenslage der EnBW AG

Die Vermögenslage der EnBW AG wird maßgeblich von ihren Beteiligungen sowie der zentralen Finanz- und Liquiditätssteuerung bestimmt. Die zentrale Finanz- und Liquiditätssteuerung wirkt sich sowohl auf die Finanzanlagen als auch auf die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus. Bei der EnBW AG werden die Pensionsverpflichtungen der wesentlichen Tochtergesellschaften gebündelt. Die jährlichen Aufwendungen für die Altersversorgung werden von den jeweiligen Tochtergesellschaften vergütet.

Kurzfassung der Bilanz der EnBW AG in Mio. €[1]	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Aktiva			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögenswerte	11,1	9,3	19,4
Sachanlagen	10,1	7,8	29,5
Finanzanlagen	12.165,0	11.547,9	5,3
	12.186,2	**11.565,0**	**5,4**
Umlaufvermögen			
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.377,3	2.091,9	13,6
Übrige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	606,1	533,0	13,7
Wertpapiere und flüssige Mittel	2.061,3	518,6	-
	5.044,7	**3.143,5**	**60,5**
Rechnungsabgrenzungsposten	55,3	53,8	2,8
	17.286,2	**14.762,3**	**17,1**
Passiva			
Eigenkapital	2.610,9	1.826,3	43,0
Rückstellungen	3.383,1	3.229,1	4,8
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	11.225,8	9.593,9	17,0
Übrige Verbindlichkeiten	48,7	93,9	-48,1
Rechnungsabgrenzungsposten	17,7	19,1	-7,3
	17.286,2	**14.762,3**	**17,1**

[1] Nach deutschem Handelsrecht.

Die Wertpapiere und flüssigen Mittel erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.542,7 Mio. €. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen erhöhten sich um 1.631,9 Mio. €. Ursächlich für beide Veränderungen war im Wesentlichen die im November 2008 über eine Tochtergesellschaft ausgegebenen Anleihen in Höhe von insgesamt 1.500,0 Mio. €, deren Liquidität der EnBW AG in Form von Darlehen zur Verfügung gestellt wurden.

Die Eigenkapitalquote der EnBW AG stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozentpunkte auf 15,1 %. Diese Veränderung resultiert unter anderem aus dem Anstieg der Bilanzsumme um 2.523,9 Mio. € im Wesentlichen infolge der Beschaffung der Finanzmittel für geplante Investitionen. Darüber hinaus erhöhte sich das Eigenkapital um 784,6 Mio. € aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung und der damit verbundenen Einstellung in die Gewinnrücklagen.

Ergebnis der EnBW AG und Dividende

Kurzfassung der Gewinn- und Verlustrechnung der EnBW AG in Mio. €[1]	2008	2007	Veränderung in %
Finanzergebnis	1.609,9	953,2	68,9
Personalaufwand	-175,7	-110,2	59,4
Sonstige Aufwendungen und Erträge	-165,9	-172,2	-3,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.268,3**	**670,8**	**89,1**
Steuern	-114,9	-65,3	76,0
Jahresüberschuss	**1.153,4**	**605,5**	**90,5**

[1] Nach deutschem Handelsrecht.

Der Jahresüberschuss der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2008 beträgt 1.153,4 Mio. € und liegt damit um 547,9 Mio. € über dem Vorjahreswert. Der Bilanzgewinn beläuft sich auf 615,1 Mio. € und berücksichtigt einen Gewinnvortrag von 38,1 Mio. € sowie die Zuführung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 576,4 Mio. €. Das Finanzergebnis verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 656,7 Mio. €. Grund hierfür sind im Wesentlichen gestiegene Beteiligungserträge und der Rückgang des negativen Zinsergebnisses um 434,1 Mio. €. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die im Vorjahr einmalig angefallenen Zinsausgleichszahlungen in Höhe von 385,7 Mio. €, die im Rahmen von Pensionsgeschäften über festverzinsliche Anleihen an den Pensionsgeber zu leisten waren.

Der negative Saldo aus sonstigen Aufwendungen und Erträgen verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 6,3 Mio. €. Er enthält im Wesentlichen Konzernverrechnungen sowie Werbe- und Beratungsaufwendungen. Der Steueraufwand ist um 49,6 Mio. € höher als im Vorjahr. Die Veränderung ist auf höhere Ertragsteuern einschließlich Aufwendungen zu Vorsorgen für steuerliche Betriebsprüfungen und gegenläufig Steuererstattungen für frühere Geschäftsjahre zurückzuführen.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung am 23. April 2009 vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine Dividende von 2,01 € je Aktie auszuschütten. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Steigerung der Dividendenzahlung um 33 %. Zum 31. Dezember 2008 waren insgesamt 244.256.523 Aktien dividendenberechtigt. Die Ausschüttungssumme der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2008 wird bei entsprechendem Beschluss durch die Hauptversammlung 491,0 Mio. € betragen.

Anmerkungen zur Berichtsweise

Der Konzernabschluss der EnBW wird entsprechend § 315a Abs. 1 HGB zu den am Bilanzstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt.

Schlusserklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand der EnBW AG erstellte für das Geschäftsjahr 2008 gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, der mit folgender Erklärung schließt: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist nicht benachteiligt worden. Berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der herrschenden Unternehmen lagen nicht vor."

Mitarbeiter

Über 20.000 Menschen sind für den EnBW-Konzern tätig. Sie tragen entscheidend zur Wertschöpfung des Unternehmens bei. Daher engagieren wir uns für die Belange unserer Mitarbeiter in besonderem Maße.

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen

Zum Jahresende beschäftigte der EnBW-Konzern – insgesamt weitgehend unverändert gegenüber dem Vorjahresultimo – 20.501 Mitarbeiter. Über die Hälfte unserer Mitarbeiter ist im Geschäftsfeld Strom tätig, gut 35 % im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen und circa 5 % im Geschäftsfeld Gas. Die Zahl der Beschäftigten in der Holding stieg um 65 auf 620. Gründe hierfür sind im Wesentlichen die Entwicklung unserer strategischen Wachstumsinitiativen und der Start eines neuerlichen Konzerntraineeprogramms mit 17 Teilnehmern.

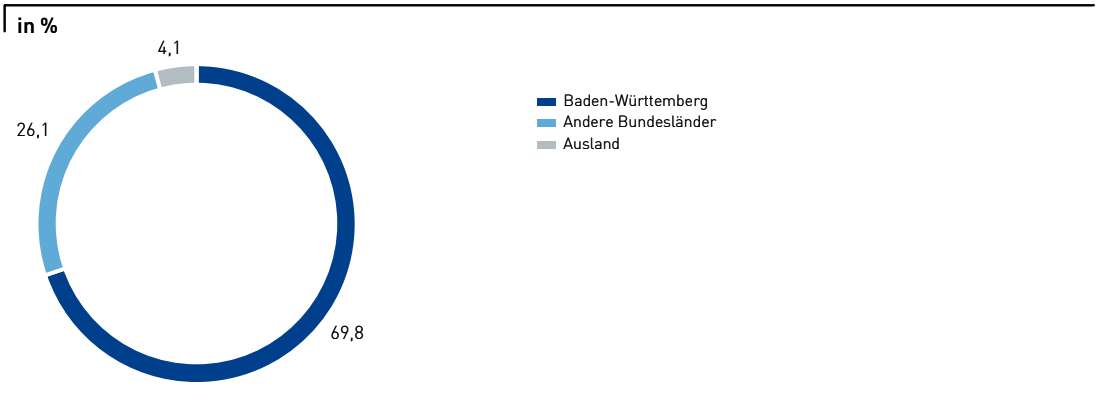
Mitarbeiter des EnBW-Konzerns[1]	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Strom	11.676	11.632	0,4
Gas	923	891	3,6
Energie- und Umweltdienstleistungen	7.282	7.187	1,3
Holding	620	555	11,7
Fortzuführende Aktivitäten	**20.501**	**20.265**	**1,2**
Gesamt	**20.501**	**20.265**	**1,2**
In Mitarbeiteräquivalenten[2]	19.610	19.424	1,0

[1] Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse. Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.
[2] Umgerechnet in Vollzeitbeschäftigungen.

Personalstruktur

69,8 % der Mitarbeiter waren in unserem Stammland Baden-Württemberg beschäftigt, 26,1 % in anderen Bundesländern und 4,1 % im Ausland. Diese Verteilung hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert.

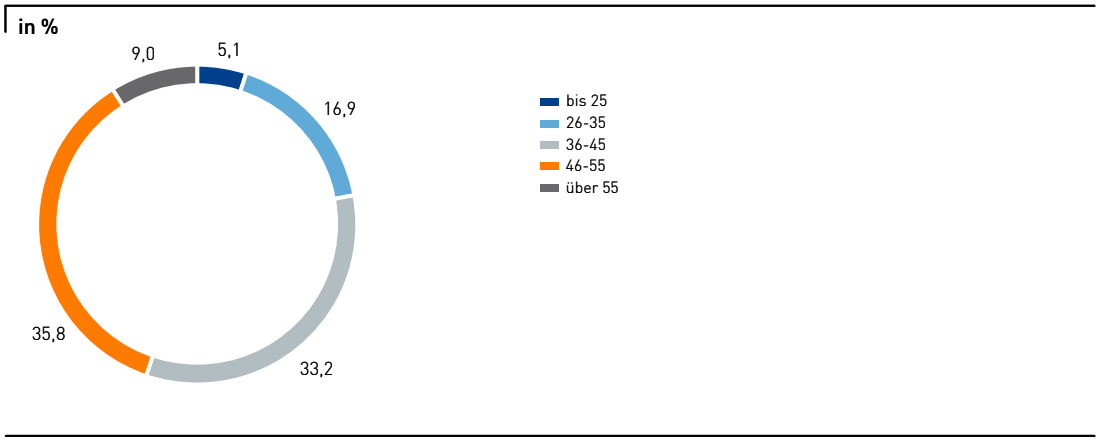
Mitarbeiter innerhalb und außerhalb Deutschlands



Der Frauenanteil an der Gesamtbelegschaft betrug zum Jahresende 24,8 % (Vorjahr: 24,1 %). Die Teilzeitquote, inklusive der Mitarbeiter in Altersteilzeit, stieg geringfügig um 0,9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 10,8 % (2.208 Beschäftigte). 59,8 % aller Teilzeitbeschäftigten waren weiblich (1.321 Beschäftigte). Das Durchschnittsalter der Belegschaft lag bei 43,4 Jahren (Vorjahr: 43,1 Jahre). Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit stieg geringfügig auf 16,7 Jahre (Vorjahr: 16,1 Jahre).

Die Mitarbeiterstruktur nach Altersgruppen blieb gegenüber dem Jahr 2007 im Wesentlichen unverändert.

Mitarbeiter nach Altersgruppen



21,4 % der Beschäftigten im EnBW-Konzern haben ein Hochschul-, Fachhochschul- oder BA-Studium absolviert (Vorjahr: 20,2 %), 72,8 % eine Fachschulausbildung oder Lehre (Vorjahr: 72,7 %); 5,8 % der Belegschaft besaßen einen Schulabschluss ohne eine weitere nachgewiesene Ausbildung (Vorjahr: 7,1 %).

Die Ausbildungsquote in den Kerngesellschaften der EnBW in Baden-Württemberg ist traditionell sehr hoch. Zum Jahresende 2008 betrug sie 7,9 %.

Tarifverträge

Mit dem im April 2008 geschlossenen Vergütungstarifvertrag wurden die Vergütungen für Mitarbeiter und Auszubildende, die dem Manteltarifvertrag zwischen Arbeitgeberverband der Elektrizitätswerke Baden-Württemberg e. V. und ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e. V. Landesbezirk Baden-Württemberg unterliegen, mit Wirkung zum 1. März 2008 um 4,35 % bei einer Laufzeit von 13 Monaten angehoben. Außerdem einigten sich die Tarifparteien auf eine Einmalzahlung von 120 € im September 2008.

Neben den Tariferhöhungen wurde eine Verlängerung des Tarifvertrags zur Übernahme von Auszubildenden vereinbart. Die Sicherung einer Anschlussbeschäftigung nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung sehen die Tarifpartner als wichtigen Beitrag zur Gewinnung und Bindung von Nachwuchsfachkräften.

Mit Wirkung zum 30. November 2008 kündigte der Arbeitgeberverband Elektrizitätswerke Baden-Württemberg den Manteltarifvertrag, der in wesentlichen Teilen seit 1973 unverändert bestand. Ziel der laufenden Verhandlungen ist die Schaffung zukunftsweisender markt- und wettbewerbsorientierter Rahmenbedingungen für die baden-württembergischen Energieversorgungsunternehmen.

Auf betrieblicher Ebene wird das Engagement der Mitarbeiter zusätzlich mit einer jährlich gewährten Erfolgsbeteiligung honoriert. Im Geschäftsjahr 2008 haben Unternehmen und Betriebsräte das bestehende Modell weiterentwickelt und dabei durchgängig mit dem Erreichen bestimmter Konzernzielgrößen verknüpft.

Personalentwicklung durch Wissensmanagement

Im Mittelpunkt unserer Wissensmanagement-Aktivitäten stehen die Mitarbeiter der EnBW. Die systematische Weiterentwicklung ihrer Potenziale ist Ziel des operativen Wissensmanagements. Wir bieten unseren Mitarbeitern Möglichkeiten, ihr Wissen und ihre Erfahrungen effektiv miteinander zu teilen und den Austausch mit Experten zu pflegen. Um vorhandene fachliche, methodische und soziale Kompetenzen zu erheben sowie den Entwicklungsbedarf unserer Mitarbeiter zu ermitteln, verwenden wir das „Kompetenzrad". Mit Erfolg setzen wir dieses bei uns etablierte Instrument auf verschiedenen Ebenen des Konzerns im Zuge der Personal- und Teamentwicklung ein.

2008 führten wir konzernweit mit großem Erfolg die „Wissensstafette" ein. Dieses Instrument hilft uns, bei einem Personalwechsel das Wissen und den Erfahrungsschatz des bisherigen Stelleninhabers systematisch für seinen Nachfolger verfügbar zu machen. Auch aufgrund der Altersstruktur unserer Belegschaft erwarten wir für die Zukunft weiterhin einen starken Bedarf an professioneller Unterstützung beim Wissenstransfer.

Den konzernweiten Know-how-Transfer treiben wir durch die Verbreitung von „Communities of Practice" kontinuierlich voran. Dabei handelt es sich um ein auf ein Leitthema fokussiertes Netzwerk, in dem sich Personen mit gleichen Aufgaben oder ähnlichen Interessen regelmäßig zusammenfinden. Durch die Vernetzung der Mitarbeiter können wir die im EnBW-Konzern vorhandenen Potenziale besser aktivieren. Wissenstransfer realisieren wir auch durch unsere Mitarbeit in Arbeitskreisen von Fachverbänden und durch die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Internationalität der Mitarbeiter

Die EnBW fördert das Denken und Handeln ihrer Mitarbeiter auf internationaler Ebene. So besteht beispielsweise eine Zusammenarbeit von EnBW und EDF, in deren Rahmen die Mitarbeiter beider Unternehmen oft mehrere Jahre im jeweiligen Partnerunternehmen oder in einer Auslandsbeteiligung arbeiten.

Das erfolgreiche Modell des Co-Recruitments (gemeinsame Einstellung von Personal) mit der EDF im Nuklearbereich haben EnBW und EDF auch auf andere Bereiche übertragen: So starteten 2008 zwei weitere Co-Recruitment-Programme innerhalb der EDF-Gruppe, „connExion" im konventionellen Kraftwerksbereich und „Top Finance" in den Finanzbereichen. Auch hier verfolgen EnBW und EDF das Ziel, Know-how weiterzugeben und Synergien zu nutzen.

Anfang 2008 starteten EnBW und EDF mit dem Network-Twinning-Programm, bei dem sich Führungskräfte der unteren und mittleren Ebene innerhalb der EDF-Gruppe zu Themen der Netztechnik austauschen. Das Network-Twinning-Programm entspricht in seinem Konzept dem bereits 2004 eingeführten Leadership-Twinning-Programm im Vertrieb und in vertriebsnahen Bereichen.

Führungskräfte

Im Rahmen der Wachstumsstrategie überprüft die EnBW die bestehenden Instrumente und Prozesse der Führungskräfteentwicklung auf ihre Wirksamkeit und richtet sie neu aus. Ziel aller Aktivitäten ist ein durchgängiges und konsequent an der Unternehmensstrategie ausgerichtetes Talentmanagement. Es reicht von der Identifikation, Entwicklung und Förderung von Führungskräften bis hin zur Besetzung von Positionen im Topmanagement. So erlauben direkt aus der Wertschöpfungskette abgeleitete Jobfamilien eine konzernweite Steuerung der Managementressourcen und unterstützen eine enge Verzahnung mit der Unternehmensstrategie. Bewährte Instrumente wie die jährlichen Führungskonferenzen zur Potenzialbewertung und Talentidentifikation ergänzten wir in den vergangenen zwei Jahren um eine konzernweite Nachfolgeplanung und ein systematisches Performance-Management. Zusammen mit der EDF bauten wir einen internationalen Talentpool auf.

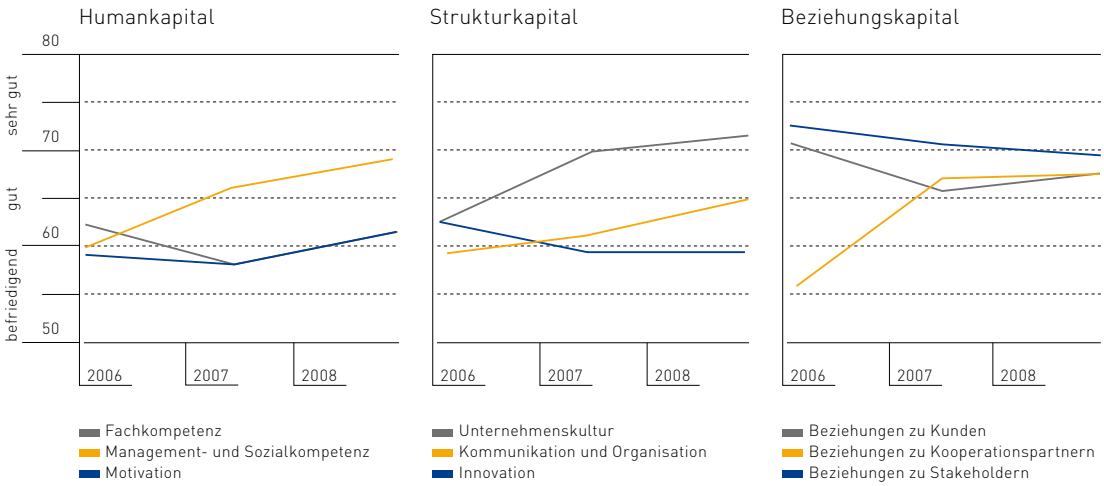
Förderung von Studierenden

Ergänzend zu den vielfältigen Aktivitäten zur Unterstützung von Studierenden starteten wir 2008 das Programm „KompetenzKompass – Finde Deinen Weg". Gemeinsam mit dem Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale der Universität Karlsruhe sowie der Linde Material Handling GmbH bereitet die EnBW im Rahmen dieses Programms 20 angehende Ingenieure, Wirtschaftsingenieure, (Wirtschafts-)Informatiker und Wirtschaftswissenschaftler auf ihren Einstieg ins Berufsleben vor.

Bewertung des intellektuellen Kapitals

Entwicklung der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals der EnBW

in %



Das professionelle Management des Human-, Struktur- und Beziehungskapitals, des intellektuellen Kapitals, ist eine strategisch bedeutsame Herausforderung. Seit 2005 nutzt die EnBW hierfür die Wissensbilanzierung nach dem Ansatz der „Wissensbilanz – Made in Germany". Fachlich und hierarchisch repräsentativ zusammengesetzte Mitarbeitergruppen beurteilen dabei im Rahmen einer systematischen Selbsteinschätzung die Einflussfaktoren unseres intellektuellen Kapitals. Bewertungsmaßstäbe sind Qualität und Quantität der einzelnen Faktoren sowie die Systematik, mit der diese entwickelt werden. Mithilfe dieser Vorgehensweise gewinnen wir im rollierenden Verfahren[1] jährlich einen umfassenden Überblick über die Entwicklung unseres intellektuellen Kapitals und können so bei Bedarf gezielt Optimierungsmaßnahmen einleiten, überwachen und steuern.

Die Bewertungen für Human-, Struktur- und Beziehungskapital liegen mittlerweile klar im Bereich über 60 %, den wir für uns als strategisch günstigen definiert haben. Insgesamt bewegen sich die Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals auf Konzernebene ausschließlich in den Bewertungskorridoren von „sehr gut" (70–80 %), „gut" (60–70 %) und „befriedigend" (50–60 %).

Die Ergebnisse der Wissensbilanzierung 2008 machen deutlich, dass die in den vergangenen beiden Jahren eingeleiteten Maßnahmen positive Wirkung auf die Entwicklung unseres intellektuellen Kapitals zeigen.

[1] In den Gesellschaften des Geschäftsfelds Strom erfolgt die Wissensbilanzierung immer in den ungeraden Jahren, in den Gesellschaften des Geschäftsfelds Gas sowie den Servicegesellschaften in den geraden Jahren. Die Ergebnisse des aktuellen und des Vorjahres werden zu einem konzernweiten Überblick konsolidiert (bestehend aus den Ergebnissen der Wissensbilanzierung in 13 Konzerngesellschaften). Dieser auf der Ebene der Geschäftsfelder praktizierte Zweijahresrhythmus hat seine Ursache vor allem in der Veränderungsgeschwindigkeit bei der Verbesserung des intellektuellen Kapitals.

Forschung und Entwicklung

Forschung, Entwicklung und Innovation sind für die Zukunft der Energieversorgung und damit für den Erfolg der EnBW von großer Bedeutung. Sie schaffen die technologischen Voraussetzungen, um auch in Zukunft ausreichend Energie umweltschonend, bezahlbar, zuverlässig und sicher bereitzustellen. Die Steigerung der Effizienz der Energiegewinnung und die Reduzierung der Emissionen stehen im Zentrum der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der EnBW.

Ziele und Leitlinien der Forschung und Entwicklung

Zur Steigerung der Energieeffizienz führt die EnBW Forschungs- und Entwicklungsarbeiten innerhalb eines breiten Spektrums fortschrittlicher Technologien durch:

- Effizientere und CO_2-arme klassische[1] Kraftwerke
- Internationale Klimaschutzprojekte – Clean Development Mechanism (CDM)
- Erschließung neuer Energiequellen: Bioenergie, Erdwärmestrom
- Effizientere Stromnetze
- Energieeffizienz in der Anwendung: Erdwärmeheizung, Brennstoffzellen

Der aus den Bereichen Forschung und Entwicklung (F&E) und Innovation hervorgegangene Bereich Forschung und Innovation der EnBW erschließt neue Technologien und Verfahren entlang der gesamten Wertschöpfungskette einschließlich der Anwendungen beim Kunden. Ein ganzheitlicher Ansatz, der alle Möglichkeiten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung abdecken soll.

Da die klassischen Energiequellen auch mittelfristig den größten Anteil der Strom- und Wärmeversorgung bestreiten werden, ist unser Augenmerk vor allem auf Verbesserungen der Energiebereitstellung aus diesen Ressourcen gerichtet, verbunden mit den Fortschritten in der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen. Der Schwerpunkt unserer Aktivitäten ist es, mit neuen Komponenten und Verfahren höhere Wirkungsgrade zu erzielen und die Wirtschaftlichkeit der neuen Technologien zu steigern.

Effiziente Forschungs- und Entwicklungsstruktur

Jede EnBW-Gesellschaft initiiert und realisiert in ihrem jeweiligen Bereich der Energiewandlung eigene F&E-Aktivitäten. Ein kleineres, zentrales Forschungsteam der Holding unterstützt sie dabei, Ideen zu generieren, den Entwicklungsbedarf zu identifizieren und – wo sinnvoll – zügig Demonstrationsprojekte zu entwickeln. Die EnBW verzichtet auch weiterhin auf eigene Labors und konzentriert sich auf den letzten F&E-Schritt, die eigentliche Innovation: aus der Entwicklung in die Anwendung. Renommierte Forschungspartner unterstützen uns bei der Grundlagenforschung und der Entwicklung mit ihrem Fachwissen. Gemeinsam mit Technologiepartnern in der Industrie und Lieferanten setzen wir die Neuentwicklungen im eigenen Haus beziehungsweise bei Kunden und Partnern der EnBW um.

[1] Klassisch = konventionell/thermisch und kerntechnisch.

Aufwand, Personal, Resultate

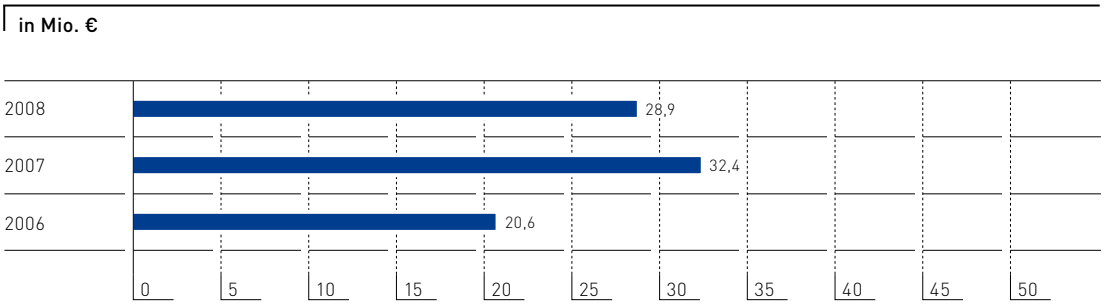
Im Jahr 2008 betrug der F&E-Aufwand 28,9 Mio. €; 2007 waren es bedingt durch periodenfremde Abrechnung und Anlaufkosten im Bereich neuer Produkte 32,4 Mio. €.

Im EnBW-Konzern waren 2008 insgesamt rund 150 Mitarbeiter mit Forschung, Entwicklung und Innovation befasst. Die in der Holding angesiedelten strategischen Kernbereiche F&E und Innovation wurden zusammengeführt und personell gestrafft. Ende 2008 waren diesen Bereichen 19 Mitarbeiter und zahlreiche Studenten zugeordnet, vorwiegend Ingenieure sowie Natur- und Wirtschaftswissenschaftler. Unterstützung erhalten sie von rund 130 Mitarbeitern in den Gesellschaften, die im Rahmen ihrer operativen Arbeit auch F&E-Projekte durchführen.

Im Berichtsjahr wurden vier Forschungsprojekte der EnBW ausgezeichnet: Im Wettbewerb „E-Energy“ des Bundeswirtschaftsministeriums gewann unser MEREGIO-Ansatz zur Entwicklung von Modellregionen mit hoher Energieeffizienz und minimalen CO_2-Emissionen neben fünf weiteren nationalen Einreichungen eine Zusage zur Forschungsförderung des Bundes. Im Spitzencluster-Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung arbeiten wir in einem der fünf ausgezeichneten Cluster mit der BASF SE an einem Projekt, um aus der chemischen Reduktion von CO_2 den klimaneutralen Kraftstoff Methanol sowie weitere Grundprodukte herzustellen. Unsere Bioerdgas-Pilotanlage in Burgrieden bei Laupheim wurde zu einem „Ausgewählten Ort“ im Wettbewerb „Deutschland – Land der Ideen 2008“ gekürt. Technische und konzeptionelle Weiterentwicklungen erhöhen bei dieser Anlage die Nachhaltigkeit und Kosteneffizienz der Bioenergie deutlich. „Land der Ideen“ hat für 2009 bereits die CO_2-Bindung mit Mikroalgen ausgezeichnet, die wir seit Frühsommer 2008 mit unserem Partner Subitec GmbH im Landkreis Freudenstadt erforschen.

Erfindungen in den Bereichen erneuerbare Energien und intelligente Stromnetze (Smart Systems) führten in Zusammenhang mit unseren Forschungsprojekten im Jahr 2008 zu mehr als zehn Patentanmeldungen.

Forschungsaufwand EnBW-Konzern



Nutzung von externem Know-how

Die wichtigsten externen Forschungs- und Innovationspartner sind die Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg, vor allem in Hohenheim, Karlsruhe und Stuttgart. Darüber hinaus bestehen in Deutschland enge Verbindungen zu Universitäten und Forschungseinrichtungen in Aachen, Berlin, Cottbus, Darmstadt, Düsseldorf, Köln und München.

Die EnBW hat ihre Zusammenarbeit mit dem 2001 von der Electricité de France (EDF) und der Universität Karlsruhe gegründeten European Institute for Energy Research (EIfER) im Jahr 2008 auf 29 gemeinsame Vorhaben ausgedehnt. Themen sind dezentrale Energieversorgung, Energietechnologie für städtische Ballungsräume und Klimawandel. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit schätzen wir beispielsweise die Auswirkungen des Klimawandels auf Wasserführung und Temperatur des Rheins ab und haben die seit 2007 in Triberg im Schwarzwald erfolgreich erprobte Erdwärmeheizung mit selbstzirkulierender CO_2-Sonde im Jahr 2008 zur Eisfreihaltung von Fahrwegen ohne jeglichen Energieeinsatz weiterentwickelt.

Ausgewählte Forschungs- und Entwicklungsergebnisse

Effizienzsteigerung in der klassischen Erzeugung

Voraussetzung für eine weitere Verbesserung der Brennstoffausnutzung ist die Erhöhung der Dampfparameter Druck und Temperatur. Die EnBW beteiligt sich seit Jahren an technologisch führenden Projekten zur Qualifizierung und Erprobung neuer Werkstoffe für Kohlekraftwerke mit mehr als 700 °C Dampftemperatur, zum Beispiel an Testanlagen in Esbjerg/Dänemark und im Kraftwerk Scholven in Gelsenkirchen. 2008 lief mit EnBW-Beteiligung ein weiteres Pilotprojekt im Großkraftwerk Mannheim an, um die Langzeitentwicklung der Werkstoffeigenschaften auch im Hinblick auf eine künftige Zulassung entsprechender Bauteile zu ermitteln.

Im Rahmen der spezifischen F&E-Aktivitäten der EDF-Gruppe, die auf eine technische CO_2-Abscheidung abzielen, arbeitet die EnBW an den Verfahren, die nach dem Verbrennungsprozess der Kohle ansetzen (Post-Combustion). Der Schwerpunkt unserer Aktivitäten liegt darauf, den hohen Energiebedarf der Abscheidung zu senken. Gemeinsam mit der Universität Stuttgart wollen wir bis 2011 eine Versuchsanlage im Technikumsmaßstab an der Universität Stuttgart errichten und betreiben, die als CO_2-Trägermaterial einfachen Kalk verwendet. Mit diesem Verfahren sollen die durch die Abscheidung verursachten Wirkungsgradeinbußen des Kraftwerks von derzeit bis zu 12 % auf circa 5 % reduziert werden. Mit der Entwicklung des Carbonate-Looping-Prozesses nimmt die EnBW eine Vorreiterrolle bei dieser Technologie zur energieeffizienten CO_2-Abscheidung ein. Darüber hinaus sind wir, auch außerhalb Deutschlands, an weiteren Entwicklungen zur Rauchgasreinigung beteiligt. Zusammen mit dem Forschungszentrum Jülich haben wir bei der Entwicklung gasselektiver Membranen Neuland betreten. Die Membranen wurden im August 2008 erstmals im Rauchgas des Rheinhafendampfkraftwerks in Karlsruhe getestet. Im Erfolgsfall verspricht dieses Verfahren eine weitere einfache und verlustarme Methode zur CO_2-Abtrennung.

Baden-Württemberg und Bayern hatten 2004 zusammen mit Wissenschaft und Industrie die Initiative „Kraftwerke des 21. Jahrhunderts“ gegründet, um Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken zu verbessern. 2008 wurde die erste Phase mit einem Volumen von 12,7 Mio. € für insgesamt 37 Projekte erfolgreich beendet. Beispielsweise konnten an unseren Anlagen in Karlsruhe und Altbach sowohl Brennstoffe als auch Betriebsmittel für die Rauchgasreinigung eingespart werden, nachdem im engen Austausch mit der Universität Stuttgart die Verbrennungsprozesse mittels innovativer Computertechnologie optimiert worden waren.

Kernenergie

Die EnBW engagiert sich seit vielen Jahren in der deutschen Kernenergieforschung in mehreren vom Fachverband VGB PowerTech koordinierten Gemeinschaftsvorhaben. 2008 unterstützten wir 150 größtenteils mehrjährige Projekte führender nationaler und internationaler Institute und Einrichtungen. Rund 30 Projekte wurden in der ersten Jahreshälfte 2008 erfolgreich abgeschlossen. Um die 40 neue Projekte wurden in der gleichen Zeit gestartet. Die Mehrzahl dieser Projekte befasst sich mit aktuellen Fragestellungen der Optimierung des Kraftwerksbetriebs. Zum Erhalt und Ausbau des Know-hows im Bereich Kernenergie unterstützte die EnBW 2008 zwölf Promotionsstipendiaten.

Erschließung neuer Energiequellen

Unserem Ziel, aus Erdwärme Strom zu erzeugen, sind wir im Jahr 2008 ein gutes Stück nähergekommen: Die Stromproduktion in Soultz-sous-Forêts befindet sich im Probebetrieb. In Bruchsal wird die Stromproduktion in Kürze aufgenommen. Die Grundsteinlegung erfolgte im Januar 2008, im Herbst konnte das oberirdische Kraftwerk fertiggestellt werden. Lieferschwierigkeiten im Bereich des Thermalwassersystems sorgten dann jedoch für Verzögerungen. In Basel dauert die Ursachenklärung nach den seismischen Ereignissen in Zusammenhang mit dem Einpressen von Wasser in das erste Bohrloch Ende 2006 an.

Planmäßig fließt in Burgrieden bei Laupheim seit Inbetriebnahme der Aufbereitungsanlage unserer Tochtergesellschaft Erdgas Südwest im Mai 2008 erstmals aufbereitetes Biogas über das Erdgasnetz zu deren Kunden. Hinter dem Pilotprojekt steht ein langfristig angelegtes Partnerschaftskonzept zur Lieferung von Biogas: Es bietet der Landwirtschaft Grundsicherung für einen Teil ihrer Produktion und der Energiewirtschaft Versorgungssicherheit zu berechenbaren Kosten. Modernste Technik soll in Laupheim helfen, noch mehr Biogas zu Erdgas zu veredeln und so die Kosten für Gewinnung und Einspeisung von Bioerdgas zu senken. Erforscht wird auch, wie sich aus dem Restgas aus der Gasreinigung mit zwei Mikrogasturbinen zusätzlich Strom und Wärme zur Fermenterbeheizung erzeugen lassen.

Die Untersuchungen für eine mögliche Realisierung eines Meeresenergiekraftwerks an der deutschen Nordseeküste wurden abgeschlossen. Die Bedingungen für einen wirtschaftlichen Betrieb, vor allem die notwendige Wellenhöhe, konnten an keinem der potenziellen Standorte gefunden werden. Die Planung eines adiabaten Druckluftspeicherkraftwerks, mit dem sich Windenergiestrom mit hoher Effizienz in norddeutschen Salzstöcken speichern lässt, wird vorerst zurückgestellt. Trotz großer Anstrengung konnten wir bisher noch keine Hersteller für die Entwicklung von Sonderkomponenten wie Luftturbinen oder Hochleistungskompressoren gewinnen. Die EnBW verfolgt das Thema aber in Kooperation mit anderen Betreibern weiter, um die technische und wirtschaftliche Realisierbarkeit dieser Stromspeicheroption zu analysieren. Derzeit laufen unabhängig voneinander Machbarkeitsstudien zweier großer Anlagenbauer, mit deren Ergebnissen in der ersten Jahreshälfte 2009 zu rechnen ist.

Das erste oberflächennahe Geothermienetz in Deutschland hat die EnBW im November 2008 in March/Kaiserstuhl feierlich in Betrieb genommen. Diese innovative Versorgungslösung für Neubaugebiete nutzt zum Heizen und Kühlen Erdwärme auf Basis zentraler Grundwasserbrunnen und dezentraler Wärmepumpen.

Dezentrale Energieerzeugung

Im Dezember 2008 haben wir mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Stuttgart eine Forschungsplattform für dezentrale Energien gegründet. Ab 2009 sollen in mehreren Projekten neue Konzepte und Komponenten zur dezentralen Strom- und Wärmeerzeugung auf Basis konventioneller und alternativer Brennstoffe, zum Beispiel auch aus Biomasse, entwickelt werden.

Internationale Klimaschutzprojekte/CDM

Der Anbau von Jatropha-Pflanzen in Madagaskar zur möglichen Gewinnung von CO_2-Zertifikaten und zur Produktion von Biokraftstoff im Rahmen eines Clean-Development-Mechanism-(CDM-)Projekts hat Fortschritte gemacht. Bis Ende 2008 konnte eine Anbaufläche von rund 500 ha realisiert werden.

Netze

Seit 2002 untersucht die EnBW gemeinsam mit internationalen Partnern an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich die Entstehungsmechanismen nässebedingter Leitungsgeräusche und Maßnahmen zur Geräuschminderung. Der Entstehungsvorgang ist jetzt wissenschaftlich analysiert, und man hat Möglichkeiten zur Reduktion von Leitungsgeräuschen entwickelt. Im August wurde an einer 380-kV-Leitung der EnBW eine hydrophile Leiterseilbeschichtung aufgebracht, die das Anhaften von Regentropfen verringert und die Geräuschentwicklung bei Nässe deutlich reduziert. Der Feldversuch soll Auskunft darüber geben, ob dieses Verfahren künftig als kostensparende Alternative zu genehmigungsrechtlich schwierigen baulichen Änderungen an Höchstspannungsleitungen eingesetzt werden kann. Die EnBW ist mit diesen Forschungsarbeiten und den 380-kV-Feldversuchen Vorreiter beim Thema Lärmminderung an Hochspannungsleitungen.

Energieeffizienz in der Anwendung

Im Oktober 2008 startete die EnBW mit ABB, IBM, SAP, der Universität Karlsruhe (KIT) und anderen Partnern das Projekt MEREGIO (Aufbruch zu Minimum Emission Regions). Dieses Projekt verfolgt im Rahmen des E-Energy-Förderprogramms des Bundeswirtschaftsministeriums in den kommenden vier Jahren das Ziel, eine Modellregion aufzubauen, in der dezentrale Energieerzeuger, intelligente Endgeräte sowie stationäre und mobile Energiespeicher elektrisch und datentechnisch zu einem intelligenten Energieversorgungsnetz (Smart Grid) verbunden sind. Dazu wird der intelligente Zähler der EnBW funktional weiterentwickelt und ab Mitte 2009 bei 1.000 Endkunden in der Modellregion installiert. Zusammen mit einer ebenfalls neu implementierten Marktplattform bildet der intelligente Zähler die Basis für die Entwicklung, Simulation und Erprobung neuer Energieeffizienzprodukte und -dienstleistungen. Im Projekt MEREGIO werden dazu auch dynamische Tarife nach unserem Konzept „Preissignal an der Steckdose“ zum Einsatz kommen. Dabei verfolgt die EnBW das Ziel, CO_2-Emissionen durch interaktive Beteiligung des Endkunden nachhaltig zu senken und neue Geschäftsmodelle zu identifizieren. Eine im Projekt zu entwickelnde Zertifizierung wird den Erfolg der Optimierungsmaßnahmen belegen.

Unser landesweites Förderprogramm zur Erprobung von Brennstoffzellen in der Hausenergie verstärken wir mit Nachdruck: Im Rahmen des Leuchtturmprojekts CALLUX der Bundesregierung sollen bis 2012 weitere 222 Brennstoffzellenheizgeräte in Baden-Württemberg installiert werden. Die EnBW investiert dafür rund 10,5 Mio. €. Seit Beginn des Förderprogramms im Dezember 2001 haben wir bereits 28 Brennstoffzellen unterschiedlicher Technologien, Hersteller und Leistungsklassen bei Kunden und Partnern eingebaut. Dazu gehören auch die ersten Anlagen im Rahmen des CALLUX-Programms, die im August und September 2008 in Walzbachtal bei Karlsruhe und in Dettingen im Landkreis Reutlingen installiert wurden. Ziel ist es, die künftige serienmäßige Nutzung dieser umweltschonenden Energieversorgung aktiv voranzutreiben und neue Geschäftsmodelle im Bereich der dezentralen Energieerzeugung zu entwickeln.

Risikomanagement

Im Jahr 2008 entwickelten wir das EnBW-Risikomanagementsystem durch ein Konzept zur Risikoaggregation und durch die Einführung einer konzernweiten Methodik zum Kreditrisikomanagement weiter. Wettbewerbs- und Marktrisiken nahmen 2008 zu. Bestandsgefährdende Risiken für den Konzern bestehen nicht.

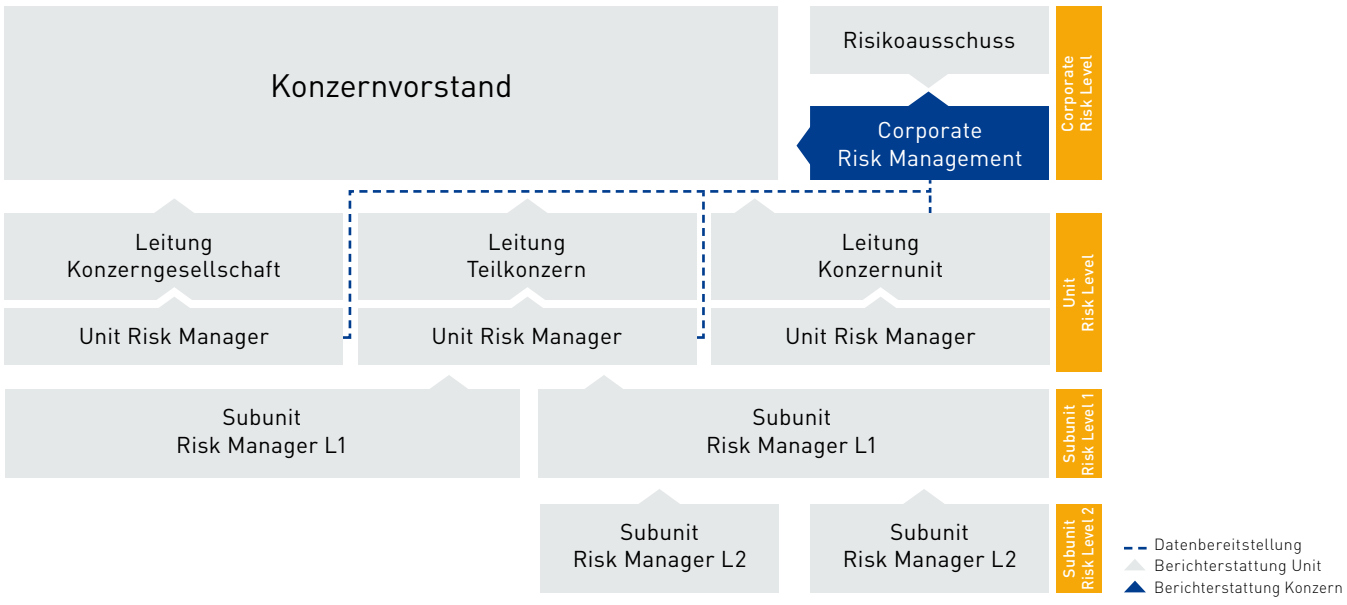
Grundsätze

Im EnBW-Konzern wird ein Risiko als potenzieller Ertrags- oder Vermögensverlust definiert, der sich aus möglichen Gefährdungen ergibt. Mögliche Gefährdungen sind entweder grundsätzlich planbare, aber dennoch der Zufälligkeit unterliegende oder nicht prognostizierbare Ereignisse. In Übereinstimmung mit der gewählten Risikodefinition und der Zielsetzung definieren wir für den EnBW-Konzern Risikomanagement als den proaktiven und präventiven Prozess zur Steuerung von Risiken. Hierzu gehören die Risikoidentifikation, die Risikoanalyse und -bewertung, die Risikofrühwarnung, die Risikosteuerung sowie die Risikodokumentation und -berichterstattung. Maßnahmen zur Risikosteuerung werden in Form von Risikovermeidung, Risikominderung, Risikoüberwälzung, bilanzieller Risikovorsorge oder Risikotoleranz ergriffen. Generell umfasst der Betrachtungshorizont des Risikomanagements den mittelfristigen Planungszeitraum. Falls notwendig, stellen wir allerdings auch Risiken darüber hinaus dar. Chancen für den EnBW-Konzern werden im Prognosebericht erläutert.

Struktur und Prozess

Unser Risikomanagementsystem ist in zentrale und dezentrale Einheiten gegliedert. Auf Holdingebene übernimmt das Konzernrisikomanagement die konzernweite Vorgabe von Methoden und Prozessen. Darüber hinaus ist es für die Risikoberichterstattung an den Konzernvorstand verantwortlich.

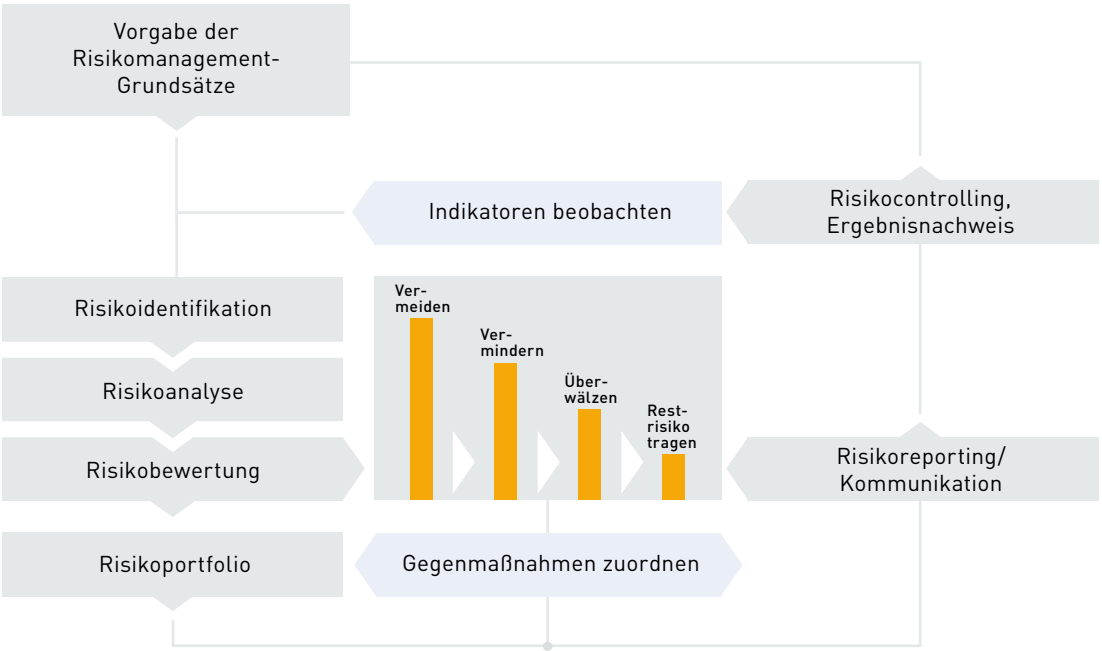
Struktur



Die Struktur auf Konzernebene wird komplettiert durch einen interdisziplinär besetzten Konzernrisikoausschuss, der Fragen und Sachverhalte des Risikomanagements aus verschiedenen Perspektiven des Konzerns behandelt und die Qualität des Konzernrisikoberichts gewährleistet.

Unser Risikomanagementprozess ist als kontinuierlicher Vorgang in die betrieblichen Abläufe unserer Gesellschaften sowie auf Holdingebene integriert. Der Prozess umfasst die Risikoidentifikation, die Risikoanalyse und -bewertung, die Beobachtung von Frühwarnindikatoren sowie die Risikosteuerung in ihren verschiedenen Ausprägungen und die kontinuierliche Berichterstattung.

Prozess



Die Risikoberichterstattung erfolgt monatlich in standardisierter Form. Im Jahr 2008 haben wir das Kreditrisikomanagement auf Konzernebene vorangetrieben. Eine Methodik zur konzernweit einheitlichen Kreditrisikobewertung wurde verbindlich eingeführt und auf erste Konzerngesellschaften ausgerollt. Zur Überwachung und Steuerung der Kreditrisiken auf Konzernebene haben wir außerdem eine Monitoringgruppe eingesetzt, die aus Vertretern der Konzerngesellschaften und der Holding besteht. Der Reportingprozess wurde um monatliche Kreditrisikoberichte an den Vorstand erweitert. Dies stellt die Informationstiefe über Risiken in den fachlichen Verantwortungsbereichen sowie die Informationsbreite auf Konzernvorstands- und Aufsichtsratsebene sicher.

Zielsetzung des Konzepts der Risikoaggregation ist es, durch Simulationen die risikobasierten Schwankungen der Konzernergebnisgrößen abschätzen zu können. Detailanalysen lassen wesentliche Auswirkungen auf die Ergebnisgrößen erkennen und liefern Informationen zur Unternehmenssteuerung. Das in diesem Jahr eingeführte und kontinuierlich weiterzuentwickelnde Konzept ergänzt die bisherige Risikobewertung, die im Wesentlichen auf Risikobewertungen und -berichterstattungen bezogen auf Einzelrisiken basiert. Die Risikobetrachtung auf Konzernebene wird durch die Berücksichtigung von Portfolio- und Korrelationseffekten verfeinert. Das neue Konzept ermöglicht die kontinuierliche Validierung der Konzernplanungsergebnisse aus Risikogesichtspunkten.

Im Geschäftsjahr 2008 intensivierte das Konzernrisikomanagement seine Zusammenarbeit und enge Vernetzung mit anderen Konzernmanagementsystemen, vor allem mit der Planung und der Rechnungslegung, dem Krisenmanagement, der Konzernsicherheit und der Konzernrevision, und ist somit wesentlicher Bestandteil des internen Kontrollsystems. Neu in den Fokus gerückt ist in diesem Zusammenhang auch das Fraud Risk Management, mit dem geschäftsschädigende Handlungen frühzeitig identifiziert und effektiv verhindert werden können. Analog zur Erweiterung unserer Aufgabenfelder entwickeln wir die fachliche Expertise unserer Mitarbeiter stetig in turnusmäßigen Workshops und Informationsveranstaltungen weiter.

Strategische Risiken

Im Rahmen unserer Konzernstrategie wollen wir unser Bestandsgeschäft sichern und Wachstumschancen nutzen. Dazu sind in den kommenden Jahren umfangreiche Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden Euro vorgesehen.

Wie jede Unternehmung ist auch der Wachstumskurs der EnBW mit Risiken verbunden. Entwicklungsmöglichkeiten stehen potenzielle Ergebniseinbußen gegenüber. Generell entstehen diese unter anderem aus der Fehleinschätzung von Kundenanforderungen und Umfeldbedingungen sowie technologischen Fehlentscheidungen. Im Rahmen der Umsetzung der strategischen Projekte besteht darüber hinaus das Risiko, dass die Phase der Wirtschaftlichkeit nicht oder verspätet erreicht wird.

Die EnBW plant den Bau von Offshore-Windparks und hat zu diesem Zweck zwei Gesellschaften erworben, die die Rechte an vier Offshore-Windparkprojekten mit unterschiedlichen Entwicklungsständen besitzen. Bei den vorgesehenen Investitionen können im Rahmen der weiteren Projektentwicklung und -realisierung unter anderem genehmigungsrechtliche, bautechnische, beschaffungsmarktbezogene und technologische Risiken eintreten. Diese können, zum Beispiel durch zeitliche Verzögerungen, zu Beeinträchtigungen der Wirtschaftlichkeit führen. Die hieraus resultierenden Risiken werden kontinuierlich überwacht und im Entscheidungsprozess berücksichtigt.

Umfeld- und Branchenrisiken

Gesamtwirtschaftliche Risiken

CO_2-Zertifikatezuteilung

Im August 2007 traten das Zuteilungsgesetz 2008–2012 (ZuG 2012) und die dazugehörige Zuteilungsverordnung (ZuV 2012) in Kraft. Diese regeln die Verteilung der im Nationalen Allokationsplan NAP II festgelegten CO_2-Mengen. Hier besteht für die EnBW kein Risiko, da eine planerische Verarbeitung von zugeteilten und zu beschaffenden Zertifikaten erfolgt ist. Unsicherheiten bestehen allerdings über die Art des Vergabeprozesses der Zertifikate für die dritte Zuteilungsperiode ab 2013. Die bislang diskutierte Vollauktionierung der Zertifikate steht derzeit in der Kritik. Wir beobachten die weitere Entwicklung, können aber die wirtschaftlichen Folgen noch nicht abschätzen.

Das CO_2-Marktrisiko bei Beschaffung und Einsatz der Zertifikate wird im Rahmen des integrierten Risikomanagementprozesses konzernweit einheitlich gesteuert. Neben europäischen Zertifikaten werden hierbei internationale Zertifikate aus den im Kyoto-Protokoll definierten projektbasierten Mechanismen (Clean Development Mechanism und Joint Implementation) genutzt. Diese Zertifikate werden überwiegend auf dem Sekundärmarkt, zum Teil aber auch direkt vom Projekteigentümer auf dem Primärmarkt erworben. Zur Optimierung der Beschaffung im Sinne einer verlängerten Wertschöpfungskette hat die EnBW 2008 die Ausweitung der Beschaffungsaktivitäten und den vertieften Einstieg in den Primärmarkt beschlossen. Es ist vorgesehen, durch den Einsatz erneuerbarer Energien und durch Energieeffizienzmaßnahmen künftig bis zu 2,5 Millionen Zertifikate pro Jahr aus eigenen Projekten auf dem Primärmarkt zu generieren.

Entwicklung der Konjunktur

Bundesregierung und Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für das kommende Jahr eine rezessive Wirtschaftsentwicklung. Über die bereits im Jahr 2008 angekündigten Produktionseinschränkungen verschiedener Branchen kann hieraus ein Rückgang der Nachfrage nach Strom und Gas entstehen. In Verbindung mit einem

möglichen nachfragebedingten Preisrückgang für Energie ergibt sich auf Endkundenseite das Risiko rückläufiger Deckungsbeiträge.

Eine verschlechterte wirtschaftliche Situation bei Kunden und Handelspartnern erhöht darüber hinaus das Risiko von Zahlungsausfällen. Verstärkend wirkt hierbei eine mögliche Kreditverknappung als unmittelbare Folge der Finanzkrise.

Marktentwicklung

Nahezu alle Assets und Geschäfte unserer Konzerngesellschaften in den Bereichen Erzeugung, Handel und Vertrieb sind Marktpreisänderungsrisiken ausgesetzt. Die Bewertung und Steuerung des aus Marktpreisänderungen entstehenden Gewinn- oder Verlustpotenzials zählen zu den Hauptaufgaben unseres Risikomanagements. Unser Risikomanagement und Risikocontrolling basieren auf Best-Practice-Verfahren und werden kontinuierlich den Marktentwicklungen angepasst. Die EnBW Trading GmbH (ETG) hat sich dabei freiwillig den für Finanzdienstleister vorgeschriebenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verpflichtet. Das Risikocontrolling der ETG erfasst täglich die Marktpreisänderungs- und Kreditrisiken, die Einhaltung der Limite und das an den aktuellen Marktpreisen gemessene Ergebnis. Durch das frühzeitige Absichern von Energiepreisrisiken an den Terminmärkten sichert die ETG das Konzernergebnis. Grundlage der Absicherungsstrategie ist ein Hedgekonzept, das auch die Wahrung von Chancen beinhaltet. Zentrales Organ der Risikosteuerung ist ein Risikomanagementkomitee, in das verschiedene Konzerngesellschaften entlang der Wertschöpfungskette sowie die Konzernholding eingebunden sind. Das Kerngeschäft der ETG ist die Vermarktung unserer Eigenerzeugung vorrangig über den Großhandelsmarkt. Im Rahmen der Risikosteuerung für den Vertrieb sichert die EnBW die Bereitstellung erwarteter Absatzmengen. Die Risikosteuerung für unsere Stromerzeugung sieht insbesondere die finanzielle Absicherung gegen fallende Strompreise und steigende Brennstoff- und Emissionszertifikatepreise vor. Währungsrisiken aus dem Bezug von Brennstoffen, die in Fremdwährungen gehandelt werden, sichert die ETG grundsätzlich ab. Chancen, die sich aus der Flexibilität unserer Kraftwerke ergeben, werden durch eine kontinuierliche Optimierung entsprechend aktueller Marktpreise genutzt. Um zusätzliche Erträge zu erwirtschaften, nutzt die ETG ihr Know-how an den Energiemärkten über die Risikosteuerung hinaus auch für unseren Eigenhandel.

Aus der Marktentwicklung lassen sich folgende wesentliche Marktpreisrisiken ableiten:

Im Rahmen unserer Energiehandelstätigkeit werden im EnBW-Konzern Energiehandelskontrakte für Zwecke des Preisrisikomanagements, der Kraftwerksoptimierung, der Lastglättung und der Margenoptimierung abgeschlossen. Darüber hinaus ist der Eigenhandel nur innerhalb enger, klar definierter Limite erlaubt. Die Preisänderungsrisiken entstehen im Wesentlichen durch die Beschaffung und Veräußerung von Strom, durch die Beschaffung der Brennstoffe Kohle, Gas und Öl sowie die Beschaffung von Emissionsrechten. Darüber hinaus entstehen Preisrisiken für den EnBW-Konzern durch das Eingehen von spekulativen Positionen im Eigenhandel. Die Preisrisiken werden anhand fortlaufend überprüfter Marktpreiserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert. Im Berichtsjahr wurden als Sicherungsinstrumente Forwards, Futures, Swaps und Optionen eingesetzt. Zum 31. Dezember 2008 betrugen die Nominalwerte aller Energiederivate insgesamt 34.759,6 Mio. €. Der Marktwert aller Energiederivate belief sich zum selben Zeitpunkt auf -142,4 Mio. €.

Der EnBW-Konzern ist durch die Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs sowie durch Gas- und Ölhandelsgeschäfte Risiken aus Fremdwährung ausgesetzt. Darüber hinaus bestehen für den EnBW-Konzern Währungsrisiken aus in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten. Das Währungsrisiko wird anhand fortlaufend überprüfter Devisenkurserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten, im Berichtsjahr vor allem über Devisentermingeschäfte, abgesichert. Währungsrisiken bestehen für den EnBW-Konzern im Wesentlichen in US-Dollar und in Schweizer Franken. Das bei ausländischen Konzerngesellschaften außerhalb der Eurozone gebundene Nettovermögen sowie die Umrechnungsrisiken (Translationsrisiken) werden nur in Einzelfällen gegen Wechselkursschwankungen gesichert. Die EnBW AG ist im Wesentlichen Währungsrisiken aus in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten in japanischen Yen und Schweizer Franken ausgesetzt. Im Wesentlichen erfolgt eine Absicherung über geeignete Finanzinstrumente, wie Swapgeschäfte.

Sowohl der EnBW-Konzern als auch die EnBW AG benutzen zinssensitive Finanzinstrumente, um den Erfordernissen der operativen und strategischen Liquiditätssteuerung gerecht zu werden. Zinsrisiken ergeben sich hieraus nur aus variabel verzinslichen Instrumenten. Zinsrisiken bestehen auf der Aktivseite aus Bankguthaben

sowie auf der Passivseite aus variabel verzinslichen Bankverbindlichkeiten. Daneben bestehen Zinsrisiken aus Derivaten in Form von Swapgeschäften. Für den EnBW-Konzern und die EnBW AG bestehen diese Risiken hauptsächlich in der Eurozone.

Das Nominalvolumen der Zins- und Währungsderivate zum 31. Dezember 2008 betrug 2.828,9 Mio. €. Die Marktwerte dieser Derivate beliefen sich auf 33,0 Mio. €.

Verlustenergie

Unsere Netzgesellschaften müssen beim Transport durch die Netze verlorene Energie am Markt nachbeschaffen. Zwar kann die Menge der verlorenen Energie durch Erfahrungswerte gut abgeschätzt werden, die Marktpreise für die Nachbeschaffung gestalten sich allerdings sehr volatil. Unser Risiko liegt darin, dass die Nachbeschaffungspreise unsere Planpreise übersteigen können. Beispielsweise konnte die EnBW Transportnetze AG (TNG) im Jahr 2008 aufgrund des Preisniveaus zum Beschaffungszeitpunkt nur noch Verlustenergie über Planpreisen einkaufen.

Politische und regulatorische Risiken

Regulierung der Netznutzungsentgelte

Im Jahr 2008 genehmigte die Bundesnetzagentur (BNetzA) sowohl im Bereich Strom als auch im Bereich Gas nur etwa 75 % der von unseren Netzgesellschaften beantragten Netznutzungsentgelte. Somit hat sich das Risiko einer Absenkung der Netzentgelte im abgelaufenen Geschäftsjahr realisiert. Die für 2008 genehmigten Entgelte bilden die Grundlage für die Netznutzungsentgelte der Jahre 2009 bis 2013. Eine weitere Einflussgröße ist die Effizienzeinstufung der Netzgesellschaften. Ineffiziente Gesellschaften erhalten einen Abschlag auf die genehmigten Netzentgelte. Unsere Stromnetzgesellschaften wurden von der BNetzA als höchst effizient eingestuft und liegen deutlich über der durchschnittlichen Effizienz von 93,6 % auf Bundesebene. Unseren Gasnetzgesellschaften wurde ebenso eine Effizienz über dem Bundesdurchschnitt bescheinigt.

Im Kontext der Regulierung der Netznutzungsentgelte hat der Bundesgerichtshof (BGH) zu einem bereits bestehenden Risiko ein Urteil gefällt. Im November 2005 war die Netzentgeltverordnung in Kraft getreten. Die erstmalige Genehmigung der Entgelte im Jahr 2006 hatte bereits zu einer Senkung gegenüber den damals erhobenen Entgelten geführt. Es blieb offen, ob für den Zwischenzeitraum eine rückwirkende Abschöpfung der Mehrerlöse erfolgen kann. Am 14. August 2008 entschied der Kartellsenat des BGH, dass die Mehrerlösabschöpfung prinzipiell rechtmäßig sei. Daher wird eine Belastung in Höhe der erzielten Mehrerlöse auch auf die EnBW zukommen. Vermutlich erfolgt eine Verrechnung mit künftigen Netzentgelten.

Missbrauchsverfahren Regelenergie

Die BNetzA hat ein Missbrauchsverfahren gegen die deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) eingeleitet. Gegenstand des Verfahrens ist die von den ÜNB ausgeschriebene Regelleistung. Die vier deutschen Regelzonen werden im Wesentlichen getrennt gesteuert, sodass es zu einem Gegeneinanderregeln der Zonen kommt. Aus Sicht der Beschwerdeführer müsse dieses Gegeneinanderregeln vermieden werden. Für die ÜNB ist das bisherige Vorgehen konform mit den gesetzlichen Regelungen und den technischen Notwendigkeiten zur Gewährleistung der Netzstabilität. Sollte die BNetzA hierin einen Missbrauch erkennen, besteht das Risiko, dass ein Teil der seit 2006 von unserem ÜNB, der TNG, getätigten Regelleistungsausgaben nicht anerkannt und in künftigen Entgeltperioden berücksichtigt wird.

Erneuerbare-Energien-Gesetz

Das Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) regelt die Abnahme und Vergütung von Strom, der aus regenerativer beziehungsweise aus Sicht des Gesetzgebers aus förderungswürdiger Erzeugung stammt. Die Vergütung dieser EEG-Energie liegt in der Regel über den Marktpreisen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten werden dem Grundsatz nach in einem mehrstufigen Wälzungsverfahren über die Netzebenen und Vertriebsgesellschaften an den Endverbraucher weitergegeben. Dennoch bestehen hier für verschiedene Konzerngesellschaften Ertragsrisiken.

Als ÜNB muss die TNG den Endkundenversorgern „veredelte“ EEG-Energie in Form von im Voraus definierten Bandlieferungen zur Verfügung stellen und im Gegenzug einen Anteil an der fluktuierenden, tatsächlich erzeugten EEG-Energie aufnehmen. Die gesamte von der TNG als Band zur Verfügung gestellte Energiemenge bestimmt sich aus der prognostizierten Einspeisung von EEG-Energie. Weicht die tatsächlich anfallende EEG-

Energie von der prognostizierten Einspeisung ab, müssen überschüssige Mengen verkauft beziehungsweise fehlende Mengen beschafft werden. Problematisch ist hierbei vor allem die Windenergieeinspeisung. Durch Abweichungen der tatsächlichen Einspeisung von der Prognose und aufgrund von Marktpreisänderungen besteht hier für das Geschäftsjahr 2009 ein Ertragsrisiko.

Endkundenversorger müssen einen von ihrer Absatzmenge abhängenden Anteil der EEG-Energie beziehen. Liegen die aufzunehmenden Mengen oder deren Preise über Plan, verteuert sich die Energiebeschaffung. Die gestiegenen Beschaffungspreise können nicht an alle Kundengruppen zeitnah weitergegeben werden, sodass sich hier ein Risiko ergibt. Im Rahmen der Energiebereitstellung für die Vertriebe können unterjährige Anpassungen der aufzunehmenden EEG-Mengen ebenfalls Risiken bergen. Die nach der Anpassung überschüssigen Mengen müssen gegebenenfalls zu Marktpreisen verkauft werden, die unter den geplanten Preisen liegen.

EEG-Novelle
Der Bundestag hatte am 6. Juni 2008 eine Novellierung des EEG verabschiedet, die zum 1. Januar 2009 in Kraft trat. Die wesentlichen Änderungen aus Risikosicht sind die neu eingeführte Direktvermarktungsmöglichkeit sowie die Ermächtigung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, die bisherige physikalische Wälzung des aus geförderter Erzeugung stammenden Stroms durch eine Kostenwälzung abzulösen. Durch die Direktvermarktung ist es grundsätzlich noch schwieriger, die von den Vertriebseinheiten zu übernehmenden EEG-Lieferungen zu prognostizieren. Vor allem bei hohen Marktpreisen ist mit einer geringeren EEG-Menge zu rechnen. So entsteht bei Lieferungen, bei denen bei Vertragsabschluss die zu erwartende EEG-Lieferung mit einbezogen wurde (Nettobeschaffung), ein Nachbeschaffungsbedarf. Der hierfür zu zahlende Marktpreis liegt unter Umständen über den ursprünglichen Beschaffungspreisen für Lieferungen im Jahr 2009. Bei Verträgen mit fester Laufzeit, die eine unmittelbare EEG-Kostenwälzung an den Endverbraucher vorsehen, können diese Kosten nicht weitergegeben werden. Bei Verträgen ohne unmittelbare EEG-Kostenwälzung ist eine Weitergabe der Nachbeschaffungskosten aus wettbewerblichen Gründen unter Umständen nicht möglich. Bei einem Übergang zur finanziellen Wälzung würden EEG-Lieferungen an die Vertriebe entfallen und die EEG-Förderung würde durch eine allgemeine und fixe EEG-Umlage auf den Stromverbrauch vereinnahmt werden. Dieses Vorgehen wirkt im eingeschwungenen Zustand grundsätzlich risikodämpfend. Im Übergang können durch die beschriebene Nachbeschaffung jedoch vertriebsseitig Risiken entstehen, vor allem bei einem vollständigen Wegfall der EEG-Lieferungen zu einem Stichtag. Für die TNG können durch eine Übergangsregelung, die zum Beispiel feste Bandlieferungen beinhaltet, neue Risiken entstehen. Weiterhin besteht für den ÜNB während und nach der Umstellung auf die finanzielle Wälzung das regulatorische Risiko, dass nicht alle entstehenden Kosten aus der EEG-Umlage bedient werden

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Nach Verabschiedung der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) wurde die Überprüfung des Wettbewerbs im Gas- und Strommarkt durch die Kartellbehörden auf Basis des neuen § 29 GWB verschärft. Von Ermittlungen zu missbräuchlich überhöhten Gaspreisen durch die Kartellbehörden sind auch Unternehmen des EnBW-Konzerns betroffen.

3. europäisches Binnenmarktpaket
Die Europäische Kommission hatte am 19. September 2007 den Entwurf des 3. Binnenmarktpakets präsentiert. Mit diesem Paket will die Kommission den Wettbewerb auf dem europäischen Strom- und Gasmarkt fördern. Als Alternative zu den bisherigen Entflechtungsszenarien wurde im Normsetzungsverfahren der „dritte Weg" zur Diskussion gestellt. Er sieht vor, dass die Netze Eigentum der Energieversorgungsunternehmen bleiben, fordert aber für den Netzbetreiber größere Unabhängigkeit. Die verschiedenen Alternativen werden nun vom Rat diskutiert. Die konkreten Folgen für den EnBW-Konzern lassen sich zu diesem Zeitpunkt des Verfahrens nicht abschätzen.

Operative Risiken

Die Produktionsprozesse entlang unserer Wertschöpfungskette erfordern komplexe und hoch spezialisierte technische Anlagen. Wir sind bestrebt, Schäden an Anlagen zu vermeiden, und versuchen, Ausfälle zu minimieren. Um endogene Risiken zu managen, setzen wir moderne Technik ein, halten unsere Anlagen angemessen instand und schulen unsere Mitarbeiter. Risiken können wir trotz der hohen Standards nicht gänzlich vermeiden.

Risiken aufgrund exogener Faktoren sind schwieriger bestimmbar, da sich externe Einflüsse meist sehr schnell und unvorhergesehen auf unsere Prozesse auswirken. Mit operativen Maßnahmen treten wir solchen Risiken entgegen.

Wirtschaftliche Auswirkungen aus operativen Risiken minimieren wir unter anderem durch den Abschluss von Versicherungen. Hierzu analysieren wir jährlich Bedarf und Wirtschaftlichkeit unseres Versicherungsschutzes, um gegen eintretende Sachschäden in ausreichendem Umfang versichert zu sein. Die Höhe des zu tragenden Selbstbehalts wählen wir nach ökonomisch sinnvollen Maßstäben. Betriebsunterbrechungen können je nach Dauer besonders im Kraftwerksbereich die Ertragslage des Konzerns deutlich belasten.

Kraftwerksrückbau

Langlaufende und komplexe Großprojekte wie der Kraftwerksrückbau in Obrigheim sind grundsätzlich risikobehaftet. Besonders im Fokus stehen dabei technische und regulative Risiken sowie Marktrisiken. Diese können zur Überschreitung von Kosten- und Zeitplänen führen. Die Planung des Projekts wird derzeit auch auf Basis der am 28. August 2008 ergangenen 1. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung (1. SAG) hinsichtlich der Termine und Kosten überprüft. Für künftige Rückbauprojekte sichern wir unser aktuell erworbenes Wissen, indem wir es in Wissensmanagementsysteme einfließen lassen.

Kraftwerksneubau

Zurzeit realisiert die EnBW das Kraftwerksneubauprojekt RDK 8. Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung erging durch das Regierungspräsidium Karlsruhe am 9. Mai 2008. Die wasserrechtliche Genehmigung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe liegt seit 29. Oktober 2008 vor und ist zwischenzeitlich rechtskräftig.

Darüber hinaus sind Investitionsprojekte dieser Größenordnung und Komplexität grundsätzlich Qualitäts-, Kosten- und Terminrisiken ausgesetzt.

Wiederabschluss von Konzessionsverträgen

Ein Konzessionsvertrag ist eine Übereinkunft zwischen einer Gemeinde und einem Energieversorgungsunternehmen (EVU). Er räumt dem EVU das Recht ein, auf öffentlichen Wegen Leitungen zu verlegen und zu betreiben, mit denen Endverbraucher im Gemeindegebiet unmittelbar versorgt werden. Im Gegenzug erhält die Gemeinde eine Konzessionsabgabe. Nach Ablauf eines Konzessionsvertrags hat die Gemeinde das Recht, den Betrieb des Leitungsnetzes an andere EVU zu vergeben, die das Leitungsnetz vom bisherigen Netzbetreiber erwerben. Im Versorgungsgebiet der EnBW und ihrer wesentlichen Beteiligungen werden in den kommenden Jahren zahlreiche Strom- und Gaskonzessionsverträge neu verhandelt. Bis 2012 laufen etwa 740 Konzessionen aus. Der Verlust eines Konzessionsgebiets würde einen Ertragsverlust zur Folge haben. EnBW-Gesellschaften haben sich unter anderem mit einem aktiven Konzessionsmanagement auf die Neuverhandlungen vorbereitet. Im Jahr 2008 wurden etwa 220 Konzessionsverträge neu verhandelt und abgeschlossen. Der EnBW-Konzern konnte trotz des verstärkten Wettbewerbs durch Stadtwerke nahezu alle Konzessionen sichern. Inwiefern sich die Regulierung der Netzentgelte auf die kommenden Konzessionsverhandlungen auswirkt, lässt sich nicht prognostizieren.

Status Konzessionsverhandlungen im EnBW-Konzern

2008 abgeschlossene Konzessionsverträge		
Strom	Bestand	159
	Neu	0
Gas	Bestand	62
	Neu	2
2009–2012 auslaufende Konzessionsverträge		
Strom		580
Gas		165

Neue Eislastkarte

Die Deutsche Kommission für Elektrotechnik (DKE) plant die Einführung einer Eislastkarte für Hoch- und Höchstspannungsnetze. Unabhängig vom tatsächlichen Zustand der Netze werden an der geografischen Höhenlage orientierte technische Anforderungen an Masten und Freileitungen zur Eislasttragfähigkeit definiert. Die DKE hatte am 28. Januar 2008 einen entsprechenden Normentwurf veröffentlicht; REG und TNG legten hierzu fristgerecht Einspruch ein. Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Umsetzung der Eislastkarte können wir zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Technische und wirtschaftliche Risiken aus mechanisch-biologischen Abfallentsorgungsanlagen (MBA)

Bei der Umsetzung des vom Regierungspräsidium Karlsruhe beschiedenen Stilllegungskonzepts für die mechanisch-biologische Abfallentsorgungsanlage (MBA) Buchen wurden im Rahmen einer Überprüfung des Betriebs im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf die Umwelt nach Wasserhaushaltsgesetz Undichtigkeiten der Anlage festgestellt. Die im Rahmen der hydrogeologischen Untersuchungen gemessenen Schadstoffkonzentrationen im Untergrund der Anlage liegen jedoch unter den gemäß Bundesbodenschutzverordnung zulässigen Werten. Es scheint inzwischen auch erwiesen, dass der Austritt auf bauliche Fehler beim Bau der Anlage zurückzuführen ist. Damit können das beim Landratsamt anhängige Verfahren abgeschlossen und der Stilllegungsprozess fortgesetzt werden.

IT-Risiken

Die Kommunikations- und Informationssysteme sind für die Geschäftsprozesse von zentraler Bedeutung. Insofern besteht hohe Priorität, die IT-Netzwerke und -Applikationen ohne Störungen bereitzustellen und die Durchführung der Prozesse optimal zu unterstützen.

Unsere IT-Risiken minimieren wir durch hohe Sicherheitsstandards. Ein fester Bestandteil dieser Standards sind die EnBW-Konzerngrundsätze zur Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnologie (EKSIT@). Diese stellen ein konzernweites, verbindliches Regelwerk zur Nutzung unserer Informations- und Kommunikationssysteme dar. Dabei wird besonderer Wert auf die Aspekte IT-Security, Datenschutz und Datensicherheit gelegt.

Applikationen im IT-Netzwerk werden entsprechend ihrer Bedeutung gemäß dem identifizierten Schutzbedarf gesichert. Service Level Agreements verpflichten den IT-Dienstleister, die gewünschten Anforderungen zu gewährleisten. Die Bewertung des IT-Risikos ermöglicht es, eine Gegenüberstellung mit dem eingerichteten Schutzbedarf vorzunehmen und bei Bedarf Maßnahmen für die Weiterentwicklung der IT-Systeme abzuleiten, um die gewünschte Sicherheit herzustellen. Der Analyse- und Bewertungsprozess erfolgt in Zusammenarbeit von IT- und Risikomanagern und wird sukzessive vorangetrieben.

Personalrisiken

Im Rahmen von Tarifverhandlungen besteht ein Vergütungsrisiko gegenüber der in der Planung eingestellten Entwicklung des Personalaufwands. Der Tarifabschluss 2008 sieht eine Fixierung der Personalvergütung bis März 2009 vor. Für den sich anschließenden Zeitraum sind neue Tarifabschlüsse zu erwarten. Die Unsicherheit besteht in Höhe und Dauer der ausstehenden Tarifabschlüsse im Planungszeitraum.

Darüber hinaus besteht das Risiko, nicht über die für die Geschäftsentwicklung notwendigen Personalkapazitäten zu vorgesehenen Konditionen verfügen zu können. Durch interne Personalentwicklungen und die Positionierung der EnBW als attraktiver Arbeitgeber wird diesem Risiko entgegengewirkt.

Finanzrisiken

Kontrahentenausfallrisiko

Kontrahentenausfallrisiken entstehen vor allem aus unbesicherten Forderungen gegenüber Handelspartnern und Kunden. Für Geschäfte an Energiebörsen wie EEX oder ICE schließen Clearing und Margining ein Kontrahentenausfallrisiko aus. Bei Margining-Vereinbarungen mit unseren Handelspartnern werden gegen bestehende Forderungen Sicherheiten gestellt, womit das Kontrahentenausfallrisiko aus der gegebenen Geschäftsbeziehung aktiv begrenzt und innerhalb der akzeptierten Grenzen gehalten wird. Für Handelspartner legen wir einen Kreditrahmen in Abhängigkeit von deren Bonität fest. Regelmäßig ermitteln wir Kontrahentenausfallrisiken und überwachen die Einhaltung der Kreditrahmen. Handelsgeschäfte am Over-the-Counter-Markt schließt die ETG grundsätzlich auf Basis von Rahmenverträgen ab, wie sie zum Beispiel von der European Federation of Energy Traders (EFET), der International Swaps and Derivatives Association (ISDA) oder der International Emissions Trading Association (IETA) veröffentlicht werden. Ein handelsseitiges Kontrahentenausfallereignis war die Insolvenz von Lehman Brothers Inc., deren Exposure aber durch ein Margining-Agreement und damit bestehende Barsicherheiten verhältnismäßig gering war.

Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken

Liquidität/Finanzierung

Aufgrund unserer stabilen Innenfinanzierung und den fest zugesagten Kreditlinien konnte die EnBW im Geschäftsjahr 2008 trotz der schwierigen Kapitalmarktbedingungen jederzeit ihren Mittelbedarf decken. Bei anstehenden Refinanzierungen und Neuaufnahmen hat sich die schwierige Kapitalmarktsituation vor allem in gestiegenen Fremdkapitalkosten niedergeschlagen. Wir gehen aus heutiger Sicht davon aus, dass dies auch 2009 der Fall sein wird.

Asset-Management

Bei der Allokation unserer Finanzmittel haben wir unverändert auf eine gute Bonität und hohe Marktgängigkeit unserer Anlagen sowie auf eine breite Diversifikation geachtet. Diese konservative Strategie wird auch 2009 konsequent weiterverfolgt. Der auf Einzeltitelbasis ermittelte Value at Risk betrug zum Bilanzstichtag 107 Mio. € (95 %/10 Tage).

Sonstige Risiken

Rechtliche Risiken

Unsere unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl rechtlicher Risiken aus vertraglichen Beziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern sowie aus der rechtspolitischen Entwicklung mit sich. Im operativen Geschäft bestehen Risiken vor allem im Bereich der Preisgestaltung für Energielieferungen (im Besonderen §§ 315, 307 BGB), bei den Netznutzungsentgelten (§ 315 BGB) und im Rahmen der Bedingungen der Netznutzung und des Kraftwerksbetriebs.

Zum Themenkomplex Preisanpassungsklauseln sind 2008 Urteile des BGH ergangen, die mittelbar und unmittelbar EnBW-Gesellschaften betreffen. In einigen Punkten sind die Urteile allerdings noch auslegungsfähig beziehungsweise sind andere Verfahren anhängig. Die Auswirkungen auf den Konzern sind derzeit noch nicht bestimmbar. Neben zivilrechtlichen Auseinandersetzungen mit Geschäftspartnern spielen auch kartell- und regulierungsrechtliche Maßnahmen eine Rolle. Hervorzuheben sind besonders die kartellrechtlichen Preisüberprüfungen nach § 29 GWB, wobei der Fokus der Kartellbehörden auf den Gasbereich gerichtet ist. Risiken aus dem rechtspolitischen Umfeld nahmen 2007 und 2008 deutlich zu. Gerichtsprozesse und sonstige rechtliche Auseinandersetzungen haben ihren Schwerpunkt im zivilrechtlichen Bereich. Allerdings werden auch im öffentlich-rechtlichen Bereich (zum Beispiel in Zusammenhang mit der Strommengenübertragung) Gerichtsverfahren mit hoher wirtschaftlicher Bedeutung geführt.

In Abstimmung mit den Fachbereichen sowie dem Rechtsbereich wurden bilanzielle Risikovorsorgen in angemessenem Umfang gebildet.

Gesamtbeurteilung

Durch die Weiterentwicklung von Methoden und Werkzeugen ist es uns gelungen, die Risiken des Konzerns und deren wirtschaftliche Auswirkungen detaillierter darzustellen und so den Risikomanagementprozess weiter zu verbessern. Insgesamt nahmen die politischen und rechtlichen Risiken im Geschäftsjahr 2008 deutlich zu. Die regulatorischen Risiken im Rahmen der Anreizregulierung haben sich weitestgehend realisiert. Die Gefahr nachhaltiger Ergebniseinbußen aufgrund von Wettbewerbs- und Marktrisiken wird deutlich größer.

2008 spielten durch die Bankenkrise in den USA und Europa ausgelöste Kreditrisiken eine wesentlich größere Rolle. Kreditrisiken, die im dritten und vierten Quartal im Zuge der anhaltenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten evident wurden, hatten dank eines effektiven Risikomanagements für die EnBW nur begrenzte negative Auswirkungen.

Durch operative und bilanzielle Maßnahmen versuchen wir, die Risikopotenziale für den Konzern zu vermindern. Mit bilanzieller Vorsorge in Form von Rückstellungen und Wertberichtigungen tragen wir Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit Rechnung. Aktuelle Vorschauen reflektieren die Risikolage im laufenden Geschäftsjahr.

Bestandsgefährdende Risiken konnten 2008 weder aus Einzelrisiken noch aus der Gesamtrisikoposition des EnBW-Konzerns festgestellt werden.

Risikomanagementsystem

Auch 2008 informierte das Konzernrisikomanagement in Quartalsberichten sowie monatlichen Risikoveränderungsreports den EnBW-Vorstand, die Geschäftsleitungen der Konzerngesellschaften und die Leiter der einbezogenen Konzerneinheiten über die aktuelle Risikolage. Mittels Eilmitteilung unterrichteten wir die Entscheidungsträger bei unvorhersehbar aufgetretenen und realisierten Risiken. Der EnBW-Vorstand informierte seinerseits den EnBW-Aufsichtsrat mit detaillierten Quartalsberichten über die aktuelle Risikolage des Konzerns. Gemäß dem Deutschen Corporate-Governance-Kodex beschäftigte sich der Prüfungsausschuss in seinen Sitzungen mit Risiken, die die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Konzerns wesentlich beeinflussen können.

Das Risikomanagementsystem im Konzern und in den einzelnen Gesellschaften wird regelmäßig durch Konzernrevision und Wirtschaftsprüfer geprüft – sowohl hinsichtlich der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen als auch hinsichtlich seiner Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit. Konzernrevision und Wirtschaftsprüfer bestätigten die Eignung unseres Risikofrüherkennungs- und Risikomanagementsystems, wesentliche Risiken zu erkennen, und attestierten einen hohen Qualitätsstandard.

Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns

Die wirtschaftliche Lage des EnBW-Konzerns hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr verbessert. Sie bildet eine solide Basis für die konsequente Fortsetzung der wachstumsorientierten Unternehmensstrategie.

Der Geschäftsverlauf 2008 hat zu deutlichen operativen Ertragssteigerungen im Konzern geführt, maßgeblich gestützt durch den größten Geschäftsbereich Strom. Die EnBW festigte ihre Position als drittgrößtes Energieversorgungsunternehmen in Deutschland. Dabei ist die EnBW mit einem sich intensivierenden Wettbewerbsumfeld sowie regulatorischen Unsicherheiten konfrontiert. Unser Investitionsprogramm begegnet diesen Herausforderungen und trägt zum nachhaltigen Wachstum des Konzerns bei. Unser !mpuls-Programm soll die Effizienz des EnBW-Konzerns in der Zukunft nachhaltig steigern.

Das verfolgte Investitionsprogramm wird einerseits aus dem laufenden Cashflow sowie andererseits durch den Einsatz langfristiger Finanzinstrumente bestritten, wie die selbst angesichts eines schwierigen Marktumfelds erfolgreich begebenen Anleihen der EnBW unterstreichen. Der finanzielle Spielraum des Konzerns umfasst zudem bisher ungenutzte weitere Finanzierungsinstrumente in Höhe von 3 Mrd. €. Die aktuellen Ratings des Unternehmens bewegen sich weiterhin im angestrebten A-Bereich und weisen einen stabilen Ausblick auf. Die finanzielle Lage des Konzerns ist solide. Die starke operative Ertragskraft des EnBW-Konzerns erlaubt es, auch in Zukunft eine Dividende auf hohem Niveau an unsere Aktionäre auszuschütten, ohne die Substanz des Unternehmens zu beanspruchen.

In Anbetracht der erwarteten Rezession kann es in Zukunft allerdings auch für die EnBW zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage kommen. Diese kann vor allem durch konjunkturbedingte Absatzrückgänge im Strom- und Gasbereich verursacht werden. Eine weitere Abschreibung unserer Finanzanlagen oder Zahlungsausfälle von Geschäftspartnern könnten ebenfalls die wirtschaftliche Lage der EnBW negativ beeinflussen.

Vergütungsbericht

Der im Corporate-Governance-Bericht auf den Seiten 202 bis 208 enthaltene Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts. Der Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die für die Festlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder maßgeblich sind, und erläutert die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung sowie die Vergütung des Aufsichtsrats.

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der EnBW von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem 31. Dezember 2008 nicht eingetreten.

Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Der Vorstand macht nachfolgend die nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB vorgeschriebenen Angaben und erläutert diese zugleich gemäß den §§ 120 Abs. 3 Satz 2, 175 Abs. 2 Satz 1 AktG.

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das Grundkapital der EnBW beträgt 640.015.872,00 € und ist in 250.006.200 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von jeweils 2,56 € eingeteilt.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Unter dem Datum vom 14. April 2008 veröffentlichte die Electricité de France (EDF) das Referenzdokument 2007 für die französische Finanzmarktaufsicht, mit dem sie die Finanzmärkte über zwischen der EDF und dem Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) getroffene Vereinbarungen informierte. Danach verständigten sich die beiden EnBW-Hauptaktionäre EDF und OEW in einer Aktionärsvereinbarung vom 26. Juli 2000 über die Innehabung und Koordinierung der Ausübung der Rechte und der Einflussmöglichkeiten als Aktionäre. Demnach werden EDF und OEW ihre Stimmrechte aus ihren Aktien einheitlich nach vorausgehender Beratung in einem von ihnen eingerichteten Aktionärsausschuss ausüben. Insbesondere werden EDF und OEW Kandidaten für die Wahl von Aktionärsvertretern in den Aufsichtsrat vorschlagen und versuchen, mit ihren Stimmen vier von der EDF und drei – darunter den Aufsichtsratsvorsitzenden – vom OEW benannte Aufsichtsratsmitglieder zu wählen. Außerdem wollen die Parteien der Aktionärsvereinbarung ihren Einfluss dahingehend geltend machen, dass ein von der EDF empfohlenes Mitglied des Vorstands bestellt wird.

EDF und OEW haben sich in der Aktionärsvereinbarung außerdem Beschränkungen für die Übertragung von EnBW-Aktien auferlegt. Der OEW kann gebundene Aktien (25,005 % der EnBW-Aktien) nur mit Zustimmung der EDF an Dritte veräußern, während die EDF gebundene EnBW-Aktien (25,005 %) nur mit Zustimmung des OEW an Dritte veräußern kann, wenn diese nicht bereit sind, EnBW-Aktien des OEW zum gleichen Preis zu erwerben. Der OEW hat darüber hinaus ein Vorkaufsrecht auf die von der EDF gehaltenen gebundenen EnBW-Aktien (25,005 %). In Bezug auf die von EDF und OEW über die gebundenen Aktien (jeweils 25,005 %) hinaus gehaltenen EnBW-Aktien haben sich EDF und OEW für jeden Fall einer beabsichtigten Veräußerung wechselseitig Vorkaufsrechte eingeräumt.

Diese Beschränkungen dauern für die Laufzeit der Aktionärsvereinbarung zunächst bis 31. Dezember 2011 und darüber hinaus, solange EDF und OEW gemeinsam eine Mehrheitsbeteiligung halten und jede Partei wenigstens 17 % der EnBW-Aktien hält.

Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 % überschreiten

Die EDF International SA mit Sitz in Paris (Frankreich) und der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke mit Sitz in Biberach an der Riß halten zum 31. Dezember 2008 jeweils direkt 45,01 % des Grundkapitals der EnBW.

Alleinige Anteilsinhaberin der EDF International SA ist die börsennotierte Electricité de France SA mit Sitz in Paris (Frankreich), die wiederum von der Republik Frankreich kontrolliert wird. Die Electricité de France SA und die Republik Frankreich sind daher jeweils indirekt über die EDF International SA mit 45,01 % am Grundkapital der EnBW beteiligt.

Der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke hält seine Beteiligung an der EnBW treuhänderisch für die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit Sitz in Ravensburg, die wirtschaftlicher Eigentümer der vom Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke gehaltenen EnBW-Aktien ist. Die OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist daher indirekt über den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke mit 45,01 % am Grundkapital

der EnBW beteiligt. Alleiniger Anteilsinhaber der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke. Dieser ist daher nicht nur direkt, sondern auch indirekt über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit 45,01 % am Grundkapital der EnBW beteiligt.

Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung

Die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands obliegt dem Aufsichtsrat gemäß § 84 AktG in Verbindung mit § 31 MitbestG. Diese Kompetenz wird in § 7 Abs. 1 Satz 2 der EnBW-Satzung abgebildet. Sollte ausnahmsweise ein erforderliches Vorstandsmitglied fehlen, hat nach § 85 AktG die Bestellung eines Vorstandsmitglieds durch das Gericht zu erfolgen, wenn ein dringender Fall vorliegt.

Das Recht zu Satzungsänderungen liegt gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 5 AktG bei der Hauptversammlung. Die entsprechenden konkretisierenden Verfahrensregeln sind in den §§ 179, 181 AktG enthalten. Aus Praktikabilitätsgesichtspunkten wurde die Kompetenz für Satzungsänderungen, die lediglich die Fassung betreffen, dem Aufsichtsrat übertragen. Diese durch § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG gesetzlich eröffnete Möglichkeit wurde in § 18 Abs. 3 der Satzung verankert.

Beschlüsse der Hauptversammlung zur Änderung der Satzung bedürfen nach § 179 Abs. 2 AktG einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, sofern die Satzung nicht eine andere – für die Änderung des Unternehmensgegenstands jedoch nur eine höhere – Kapitalmehrheit bestimmt. Nach § 18 Abs. 1 der Satzung bedürfen die Beschlüsse der Hauptversammlung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen (einfache Stimmenmehrheit), soweit nicht Gesetz oder Satzung eine größere Mehrheit oder weitere Erfordernisse bestimmen. Schreibt das Gesetz eine größere Mehrheit der abgegebenen Stimmen beziehungsweise des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals vor, so genügt in den Fällen die einfache Mehrheit, in denen das Gesetz es der Satzung überlässt, dies zu bestimmen.

Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Seit 29. April 2004 existiert bei der EnBW keine Ermächtigung der Hauptversammlung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zum Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft mehr. Die Gesellschaft kann eigene Aktien daher nur aufgrund und nach Maßgabe der übrigen Erwerbstatbestände des § 71 Abs. 1 AktG erwerben. Die Gesellschaft verfügt zum 31. Dezember 2008 über 5.749.677 eigene Aktien, die aufgrund früherer Ermächtigungen nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben wurden. Die Veräußerung eigener Aktien der Gesellschaft kann über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre der Gesellschaft erfolgen. Eine Verwendung – insbesondere Veräußerung – eigener Aktien in anderer Weise kann nur im Rahmen des Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2004 erfolgen. Aus den von der EnBW gehaltenen eigenen Aktien stehen der Gesellschaft nach §71b AktG keine Rechte zu.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, und die hieraus folgenden Wirkungen

WEITERE INFORMATIONEN
Finanzlage
› S. 61

Zwei Vereinbarungen der EnBW stehen unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots im Sinne von § 289 Abs. 4 Nr. 8 HGB: Der syndizierte Darlehensvertrag über eine bis zum 31. Dezember 2008 noch nicht in Anspruch genommene Kreditlinie in Höhe von 2,5 Mrd. € kann von den Darlehensgebern beim Kontrollerwerb eines Dritten gekündigt und zur Zahlung fällig gestellt werden. Dies gilt nicht, wenn es sich bei dem Dritten um die EDF oder den OEW oder eine andere deutsche öffentlich-rechtliche Körperschaft handelt.

Im Rahmen des Shareholder Agreements zwischen der EnBW und Eni S.p.A. hat Eni S.p.A. im Fall eines Kontrollwechsels bei der EnBW das Recht, die 50%ige Beteiligung der EnBW an der EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH zu erwerben. Die EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH hält 100 % der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland GmbH. Der Kaufpreis, den die Eni S.p.A. für den Anteil der EnBW an der EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH bezahlen müsste, bemisst sich nach einem gutachterlich ermittelten Marktwert.

Die Ziffern 4, 5 und 9 der §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB waren bei der EnBW im Geschäftsjahr 2008 nicht einschlägig.

Prognosebericht

Die EnBW strebt durch organisches, aber auch externes Wachstum eine Verbesserung der wesentlichen operativen Finanzkennzahlen an. Trotz der Risiken aus dem volatilen politischen, wirtschaftlichen und regulatorischen Umfeld erwartet die EnBW für das Jahr 2009 ein Ergebnis (Adjusted EBIT) auf Vorjahresniveau.

In unserem Prognosebericht gehen wir, soweit möglich, auf die erwartete künftige Entwicklung der EnBW und des unternehmerischen Umfelds in den nächsten zwei Geschäftsjahren ein.

Künftige gesamtwirtschaftliche Situation

Aufgrund der weiterhin ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwarten wir für das Jahr 2009 eine weitere konjunkturelle Abschwächung. Vor allem der Außenhandel wird das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr negativ beeinträchtigen. Konjunkturelle Impulse werden dagegen von fallenden Rohstoffpreisen und der dadurch induzierten zusätzlichen Konsumnachfrage der Privathaushalte ausgehen. Die von der Bundesregierung verabschiedeten Konjunkturpakete 1 und 2 werden sich ebenfalls konjunkturstützend auswirken. Falls es jedoch nicht gelingt, den Bankensektor zu stabilisieren, ist mit einer länger andauernden Rezession zu rechnen.

Künftige Branchensituation

Künftige Auswirkungen der Energiepolitik

Die Energiepolitik wird in den kommenden beiden Jahren unvermindert großen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der EnBW haben.

Im Bereich der Netze steht in Europa eine Einigung zum 3. Binnenmarktpaket mit der Perspektive der eigentumsrechtlichen Entflechtung integrierter Energieversorgungsunternehmen an. In Deutschland scheint die Möglichkeit eines „dritten Wegs“ offenzustehen. Dies bedeutet für die EnBW im Gegensatz zur erzwungenen Trennung von den Netzen ein noch stärker reguliertes Verhältnis zwischen den Vertriebs- und Netzgesellschaften.

Parallel zum 3. Binnenmarktpaket auf EU-Ebene wird in Deutschland über eine Deutsche Netz AG und die Zusammenlegung der vier deutschen Regelzonen diskutiert. Beides lehnt die EnBW ab. Während die Gründung einer Deutschen Netz AG dabei auch unter eigentumsrechtlichen Gesichtspunkten in den nächsten Jahren eher unwahrscheinlich ist, kann man die Gefahr einer Zusammenlegung der deutschen Regelzonen in den kommenden beiden Jahren nicht ausschließen. Die wesentlichen Marktteilnehmer in Deutschland vertreten in diesem Punkt keine einheitliche Meinung. Die EnBW setzt sich für eine engere Kooperation unter Beibehaltung der vier Regelzonen als Sicherheitszellen ein.

Beim Klimaschutz wird es in den kommenden beiden Jahren vermutlich anspruchsvollere Vorgaben in puncto Energieeffizienz geben. Alle bislang vorliegenden wissenschaftlichen Studien zeigen, dass die von der Bundesregierung geplante Verdopplung der Energieproduktivität bis 2020 nur erreichbar scheint, wenn neue Maßnahmenpakete in den nächsten zwei Jahren in Kraft treten. Die EnBW sieht eine Chance, an diesem wachsenden Markt zu partizipieren.

Beim Erneuerbare-Energien-Gesetz steht noch eine Verordnung zur Änderung des Wälzungsverfahrens des EEG-Stroms und zur Direktvermarktung aus. Hier besteht die Gefahr, dass sich die Beschaffungsrisiken für die EnBW durch diese Verordnung erhöhen.

Der im Emissionshandel getroffene Beschluss zur vollständigen Versteigerung der Emissionszertifikate für den größten Teil der europäischen Stromwirtschaft wird ab 2013 wirksam. Für die EnBW – wie für alle Energieversorgungsunternehmen in Deutschland – müssen dann 100 % der benötigten Emissionszertifikate am Markt beschafft werden. Damit verschlechtern sich zum Beispiel die Ertragsbedingungen für neue fossile Kraftwerke, was die möglicherweise drohende Stromlücke verschärfen kann.

Strommarkt und Stromgeschäft

Die Preise der Primärenergieträger und der CO_2-Zertifikate bestimmen die Grenzkosten der Stromproduktion und sind somit entscheidend für die Höhe des Strompreises an einem wettbewerblichen Markt. Dies wird unter anderem dadurch deutlich, dass der Anstieg der Terminpreise für Strom in der ersten Jahreshälfte 2008 und deren Rückgang in der zweiten Jahreshälfte parallel zur Preisentwicklung bei Kohle, Öl, Gas und CO_2 erfolgte. Entsprechend wird die Preisentwicklung für Strom weiterhin stark von der weiteren Entwicklung der Brennstoff- und CO_2-Preise abhängig sein. Schwer einschätzbar sind die künftigen witterungsbedingten und anlagenseitigen Einflüsse sowie die Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen.

Der prognostizierte wachsende Anteil regenerativer Energiequellen an der Stromerzeugung wird einen senkenden Einfluss auf den Großhandelsmarktpreis ausüben. Die vermehrte Windenergieeinspeisung steigert außerdem die Preisvolatilität im Spotmarkt. Dem preissenkenden Einfluss auf der Großhandelsseite stehen allerdings auf der Endkundenseite höhere Kosten infolge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gegenüber.

Erhebliche Unsicherheit für den Strompreis liegt in der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung: Im Falle eines nachhaltigen Rückgangs der Industrieproduktion ist ein Rückgang der Stromnachfrage und damit des Strompreises zu erwarten.

Die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die weiterhin lebhafte Diskussion in der Öffentlichkeit lassen auch in Zukunft eine hohe Sensibilität der Endkunden in Bezug auf die Energiepreise erwarten. Der Wettbewerb zwischen etablierten und neuen Marktteilnehmern wird sich daher weiter verschärfen. Diese Einschätzung gilt für den Privat- wie für den Industriekundenmarkt gleichermaßen. In den nächsten Jahren wird aufgrund gesetzlicher Vorgaben ein verstärkter Einbau von intelligenten Zählern im Kleinkundensegment mit dem Angebot entsprechender Stromprodukte erwartet.

Kohlemarkt

Die Entwicklung des Preisniveaus im Jahr 2009 wird wesentlich von der weiteren weltwirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Nachfrageseitig hat die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise tendenziell einen dämpfenden Einfluss auf die weltweite Kohleimportnachfrage, was den Markt grundsätzlich entlastet. Auf der Angebotsseite werden jedoch Investitionen in den Ausbau der Förder- und Infrastrukturkapazität teilweise zurückgestellt, was mittelfristig zu einer Angebotsverknappung führen könnte. Bezüglich des Marktpreises überwog der Nachfrageeffekt den Angebotseffekt in der aktuellen Krise bisher, sodass die Preise seit Sommer deutlich fielen. Aktuell liegen die Preise noch deutlich über den kurzfristigen Grenzkosten der meisten Förderländer, wodurch es kurzfristig noch zu weiteren Preiskorrekturen kommen könnte. Laut Terminpreiskurve Ende 2008 rechnen die Marktteilnehmer mittelfristig mit einer leichten Preissteigerung im Zeitraum 2009 – 2011.

Ölmarkt

Die Entwicklung der Ölpreise im Jahr 2009 wird nachfrageseitig maßgeblich von der Weltwirtschaftsentwicklung sowie Nachfragereaktionen auf das niedrige Preisniveau bestimmt werden. Angebotsseitig wird es sich als entscheidend erweisen, in welchem Maße es der OPEC gelingen wird, ihre Produktion an die jeweilige Nachfrage anzupassen, und ob es aufgrund des derzeit niedrigen Ölpreisniveaus und der Kreditklemme zu verzögerten Investitionen in neue Ölfelder kommen wird. Erste Projektverzögerungen sind bereits zu beobachten. Verzögerte Investitionen bergen vor dem Hintergrund deutlich abnehmender Förderraten älterer Ölfelder das Risiko einer erneuten Angebotsknappheit, sobald sich die Weltwirtschaft wieder erholt hat. Wie die Terminkurve für Brent zeigt, rechnen die Marktteilnehmer für die Zukunft mit deutlich höheren Ölpreisen als Ende 2008.

Gasmarkt und Gasgeschäft

Die Preisbildung beim Erdgas basiert auf dem Wettbewerb des Erdgases mit kundenspezifischen Substitutionsenergien. Im Wärmemarkt steht Erdgas hauptsächlich in Konkurrenz zu Erdölprodukten. Die Endkundenpreise und auch die Beschaffungsverträge sind deshalb in der Regel ölpreisindiziert. Der Ölpreis wird daher auch weiterhin der dominierende Einflussfaktor auf den Gaspreis bleiben. Aufgrund des zeitverzögerten Eingangs in die Preisformeln werden sich die hohen Ölpreise des ersten Halbjahres 2008 noch bis Anfang 2009 auf die Importpreise für Erdgas auswirken. Dann wird der Grenzübergangspreis für Erdgas aufgrund der auf dem Rohölmarkt seit Anfang Juli 2008 rückläufigen Preise fallen. Die Gasvertriebe geben Veränderungen der Bezugspreise für Erdgas aufgrund der Ölpreisentwicklung an ihre Kunden weiter. Die Weitergabe der erforderlichen Preisanpassungen – vor allem Preiserhöhungen – an die Kunden wird weiter im Fokus der Kartellbehörden (§ 29 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB), der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (§§ 307, 315 Bürgerliches Gesetzbuch – BGB) und der Öffentlichkeit stehen.

Die Liquidität auf dem Gasmarkt erhöhte sich im letzten Jahr aufgrund verbesserter Bedingungen für den Netzzugang Dritter. Der Handelspunkt E.ON Gastransport (EGT), an dem am 1. Oktober 2007 der Gashandel gestartet war, hat sich im deutschen Gashandel etabliert. 2009 ist hier mit wachsender Liquidität zu rechnen. Die Anzahl der Marktgebiete in Deutschland verringerte sich am 1. Oktober 2008 von 14 auf 12. Die Bundesnetzagentur (BNetzA) drängt auf eine weitere Reduzierung der Marktgebiete, um die Durchleitung zu vereinfachen und Hürden für den Handel abzubauen. Zum 1. Oktober 2008 starteten auch die neuen Bilanzierungsregeln für den deutschen Gasmarkt. Der Übergang zur Tagesbilanzierung, kombiniert mit einem stündlichen Anreizsystem für Netzstabilitätspunkte und Großverbraucher, soll für Vereinfachungen und steigenden Wettbewerb im Gasgeschäft sorgen, sodass wir davon ausgehen, dass der Wettbewerb im Gasmarkt auch in allen Kundengruppen im Downstream-Geschäft weiter zunehmen wird.

Um die EnBW-Position im Wettbewerbsmarkt Gas weiter zu stärken, wird das Gasgeschäft strategisch in Richtung Midstream, das heißt hin zu einem direkten Zugang zum Beschaffungsmarkt, zur Speicherung und zum Handel von Gas erweitert.

CO_2-Markt

Bei der Preisentwicklung der CO_2-Zertifikate ist für die Restlaufzeit der zweiten Handelsperiode, also bis 2012, weiterhin mit einer relativ hohen Volatilität zu rechnen. Grund hierfür sind unter anderem Unsicherheiten über die Menge der künftigen projektbasierten Emissionsreduktionen (Certified Emission Reductions – CER – und Emissionsreduktionseinheiten – ERU), die von den im Rahmen des Kyoto-Protokolls etablierten flexiblen Mechanismen Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) generiert werden und innerhalb des europäischen Emissionshandelssystems zum Einsatz kommen. Diese Reduktionen sind zahlreichen, vor allem auch politischen Unsicherheiten unterworfen.

Im Dezember 2008 wurde das Klimapaket der EU vom Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat verabschiedet. Bis 2020 sollen demnach die Treibhausgase um 20 % unter das Niveau von 1990 gesenkt werden. Dieses Ziel erhöht sich auf 30 %, sofern sich andere Industrieländer und wirtschaftlich weiter fortgeschrittene Entwicklungsländer zu Reduktionszielen verpflichten, die ihren jeweiligen Fähigkeiten entsprechen. Die im Emissionshandel verfügbare Menge an Zertifikaten wird entsprechend den ambitionierten europäischen Klimazielen im dritten Handelszeitraum 2013–2020 deutlich unter der in der zweiten Handelsperiode 2008–2012 verfügbaren Menge liegen. Für die Unternehmen im europäischen Emissionshandel besteht jedoch die Möglichkeit, nicht genutzte Zertifikate aus der zweiten Handelsperiode in die dritte zu übertragen. Durch dieses sogenannte Banking stehen im jetzigen Handelszeitraum weniger Zertifikate zur Verfügung. Daher ist bereits in der zweiten Handelsperiode mit einer Zunahme der Zertifikatepreise infolge der verschärften Minderungsziele des dritten Handelszeitraums zu rechnen.

Netznutzungsentgelte

Ab 1. Januar 2009 werden die Netznutzungsentgelte im Wege der Anreizregulierung bestimmt. Damit ist die Umsatzentwicklung im Netzbereich im Wesentlichen für die nächsten vier bis fünf Jahre determiniert.

Energie- und Umweltdienstleistungen

Durch die Klima- und Energieeffizienzdiskussion gehen wir weiterhin von Wachstumspotenzialen im Contractingmarkt aus, besonders im Bereich der dezentralen Erzeugung. Die kombinierte Erzeugung von Wärme und Strom sowie die Einsatzmöglichkeit von biogenen Brennstoffen machen dezentrale Erzeugungslösungen besonders attraktiv.

Die Nachfrage vor allem nach gesamthaften und komplexen Contractingmodellen steigt. Immer mehr Energieverbraucher konzentrieren ihre Managementressourcen und ihre Finanzkraft auf ihr eigentliches Kerngeschäft und lagern zunehmend konsequent Bereiche aus, die nicht zu ihrem Kerngeschäft gehören. Generell wird ein wachsendes Interesse von Unternehmen über alle Branchen hinweg am Markt wahrgenommen, auch von Unternehmen, die nicht dem produzierenden Gewerbe angehören. Die EnBW zählt im Segment Industrie zu den führenden Contractinggesellschaften in Deutschland.

Zu den Energie- und Umweltdienstleistungen der EnBW gehört auch das entsprechende Geschäftsfeld der EnBW Kraftwerke AG. Mit dem verstärkten Einsatz von Ersatzbrennstoffen – wie Klärschlamm zur Mitverbrennung in Kraftwerken, Altholz zur Verbrennung in Biomasseheizkraftwerken oder der Einsatz von Abfall zur Fernwärmeerzeugung zum Beispiel in Stuttgart – wird ein signifikanter Anteil an CO_2-Emissionen vermieden. Diese Dienstleistungen bleiben auch künftig neben der CO_2-Vermeidung ein Zeichen für die enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden in Baden-Württemberg über die reine Stromerzeugung hinaus.

Künftige Unternehmensentwicklung

Unternehmensstrategie und Wachstumsinvestitionen

Die Sicherung des Bestandsgeschäfts und die Nutzung von sich bietenden Wachstumschancen sind zentrale Ziele unserer Unternehmensstrategie. Die Fortführung des begonnenen Investitionsprogramms steht dabei im Mittelpunkt. So sind für den Zeitraum von 2009–2011 Investitionen in Höhe von 7,7 Mrd. € vorgesehen. Davon entfallen auf Finanzinvestitionen 2,2 Mrd. € und auf Sachinvestitionen 5,5 Mrd. €. 82 % der Investitionssumme von insgesamt 7,7 Mrd. € sind für Wachstumsprojekte (inklusive Kraftwerksneubauten) vorgesehen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Finanzinvestitionen ist die angestrebte Beteiligung der EnBW an der EWE AG. Mit dieser Beteiligung würde unsere Position in Deutschland gestärkt. Die kartellrechtliche Genehmigung erwarten wir im ersten Quartal 2009. Darüber hinaus sehen wir Chancen im Bereich erneuerbarer Energien in Mittel- und Osteuropa (inklusive Türkei) sowie im Erwerb bestehender Erzeugungsanlagen in Deutschland.

Bei den geplanten Sachinvestitionen in Höhe von insgesamt 5,5 Mrd. € liegen die Schwerpunkte mit 4,1 Mrd. € in den Bereichen konventioneller Kraftwerksneubau, Wärmecontracting, Gas Midstream und erneuerbare Energien (mit dem Schwerpunkt Offshore-Winderzeugung).

Von den gesamten Sachinvestitionen entfallen rund 79 %, dies entspricht 4,3 Mrd. €, auf das Geschäftsfeld Strom. Die Schwerpunkte liegen hierbei mit 3,2 Mrd. € im Bereich Strom Upstream (im Wesentlichen Erzeugung). Davon entfallen 2,1 Mrd. € auf neue thermische Kraftwerke und 1,1 Mrd. € auf erneuerbare Energien wie Wind (offshore und onshore) und Wasserkraft.

Rund 8 % beziehungsweise rund 0,5 Mrd. € der gesamten Sachinvestitionen entfallen auf das Geschäftsfeld Gas. Ein wesentlicher Teil davon ist für den Bau von Gasspeichern vorgesehen, durch den wir unsere Position im Midstream-Bereich werden ausbauen können.

Der verbleibende Anteil bei den Sachinvestitionen von rund 0,7 Mrd. € ist für das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen vorgesehen. Schwerpunkte dabei sind Kraftwerke zur thermischen Verwertung von Ersatzbrennstoffen und Contracting- sowie Immobilieninvestitionen (Eigennutzung).

Finanzierung

Die Wachstumsstrategie der EnBW zieht weiteren externen Finanzierungsbedarf nach sich. Die Nettofinanzverschuldung wird sich voraussichtlich bis zum Jahresende 2011 trotz des geplanten Investitionsprogramms von circa 7,7 Mrd. € jedoch um circa 2 Mrd. € erhöhen. Um diesen Bedarf zu decken, bedient sich die EnBW verschiedener Finanzierungsquellen. Die Nutzung der Produkte wird unter Abwägung von finanzstrategischen Anforderungen einer kostengünstigen Finanzierung und jederzeitigen Sicherstellung von Liquidität entschieden. Die Differenz von rund 5,7 Mrd. € wird voraussichtlich aus dem laufenden Cashflow finanziert.

WEITERE INFORMATIONEN
Die EnBW am Kapitalmarkt
› S. 21

Erwartete Ergebnisentwicklung

Akquisitionen in Deutschland beziehungsweise in Mittel- und Osteuropa, die zu weiteren Steigerungen wesentlicher Finanzkennzahlen des EnBW-Konzerns führen können, sind mit hoher Unsicherheit behaftet. Deshalb beschränkt sich die Prognose im Folgenden auf die operative organische Ertragskraftentwicklung (Absatzentwicklung, Adjusted EBIT und Adjusted Konzernüberschuss) des bestehenden EnBW-Konzerns. Der noch unter kartellrechtlichem Vorbehalt stehende Erwerb eines Minderheitenanteils an der EWE würde sich unterhalb des Adjusted EBIT im Beteiligungsergebnis auswirken. Ebenfalls aufgrund der hohen Unsicherheit nicht in der erwarteten Ergebnisentwicklung enthalten sind die außerordentlichen künftigen Effekte, die bei der EnBW im neutralen Ergebnis ausgewiesen werden (zum Beispiel eventuelle Wertberichtigungen auf Wertpapiere aufgrund der Finanzmarktkrise, technische Risiken in Zusammenhang mit dem Rückbau nuklearer Anlagen). Einzelheiten hierzu werden im Kapitel Risikomanagement aufgezeigt.

Erwartete Absatz- und Umsatzentwicklung[1]

Die geschätzte Umsatzentwicklung im Geschäftsfeld Strom ist stark von den Handelsaktivitäten unserer Tradinggesellschaft abhängig. Darüber hinaus ist auch der Stromabsatz an Kunden für die Umsatzentwicklung von Bedeutung. Die hieraus resultierenden Umsätze sind jedoch abhängig von der künftigen, auch unterjährigen Marktentwicklung und daher mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Für das Ergebnis ist die Umsatzentwicklung von untergeordneter Bedeutung.

Im Geschäftsfeld Gas sorgt zusätzlich die Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis für Planungsunsicherheit in Bezug auf die Umsatzerlöse, jedoch nur in geringem Ausmaß in Bezug auf die Rohmarge im Segment Gas.

Das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen ist geprägt durch einen hohen Anteil an Innenumsätzen (für Shared Services). Die Außenumsätze (bei den Aktivitäten Wasser, thermische Entsorgung und Contracting) werden voraussichtlich moderat steigen.

Für die künftige Ergebnisentwicklung ist deshalb weniger der Umsatz als der Absatz im B2C- und B2B-Bereich der Geschäftsfelder Strom und Gas relevant.

Im Geschäftsfeld Strom gehen wir im Segment B2C für 2009 und die Folgejahre von einem weiter zunehmenden Wettbewerb sowie ersten absatzreduzierenden Auswirkungen durch energieeffizienteres Verhalten aus. Vor diesem Hintergrund erwarten wir leicht rückläufige Absatzmengen in diesem Segment. Im Segment B2B gehen wir bei gleichen Rahmenbedingungen, verstärkten Energieeffizienzanstrengungen und weiterhin konsequenter Margenorientierung von sinkenden Absatzmengen aus.

Im Geschäftsfeld Gas erwarten wir künftig trotz des einsetzenden Wettbewerbs auf Basis unserer Verdichtungsstrategie und eines durchschnittlich kalten Winters einen Gasabsatz im B2C-Segment auf Vorjahresniveau. Im B2B-Segment sind wir zuversichtlich, nach den Verlusten aufgrund der fortschreitenden Liberalisierung im Gasmarkt im Vorjahr künftig erfolgreich neue Kunden akquirieren zu können.

(Außen-)Absatz der Geschäftsfelder 2009 gegenüber dem Vorjahr

Geschäftsfeld Strom ohne Handel	sinkend
Geschäftsfeld Gas ohne Handel	steigend

[1] Bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises.

Erwartete Ergebnisentwicklung (Adjusted EBIT)[1]

Die Bereiche des Geschäftsfelds Strom werden sich weiterhin sehr unterschiedlich entwickeln:

Im regulierten Bereich liegen die finalen Bescheide für die erste Periode der Anreizregulierung noch nicht vor. Basis hierfür werden die Kosten des Jahres 2006 sein. Dem stehen allerdings deutlich gestiegene Kosten der Netzgesellschaften und der Übertragungsnetzbetreiber gegenüber. Deutlich steigende Preise im Jahr 2008 für Verlust- und Regelenergie sowie für die Veredelung der eingespeisten Windenergie werden voraussichtlich nicht über die genehmigten Netznutzungsentgelte weitergegeben werden können. In Ergänzung zu den positiven Effizienzwerten unserer Verteilunternehmen durch die BNetzA streben wir deshalb weiterhin an, durch das Aufsetzen von weiteren Effizienzprogrammen (fortlaufende Optimierung der operativen Prozesse) in den Konzernnetzgesellschaften den Ergebnisrückgang möglichst moderat zu gestalten. Für 2009 wird sich voraussichtlich das Ergebnis des Vorjahres nicht halten lassen. Allerdings gehen wir für die Folgejahre wieder von steigenden Ergebnissen aus.

Der Vertrieb ist 2009 weiterhin gekennzeichnet von steigenden Preisen auf dem Terminmarkt. Die Übergangsregelung für die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) liegt noch nicht vor. Die Auswirkungen des neu gefassten § 29 GWB sind noch nicht abzusehen. Trotz des erwarteten Absatzrückgangs sind wir zuversichtlich, das Ergebnisniveau des Vorjahres aufgrund der Fortsetzung der konsequenten Margenorientierung und Effizienzverbesserungen steigern zu können.

In der Erzeugung (inklusive Handel) sind wir zuversichtlich, auf Basis unserer Erzeugungs- und Handelsposition ein besseres Ergebnis als im Vorjahr erzielen zu können. Mit dem integrierten Risikomanagement im Segment Erzeugung (inklusive Handel) steuern und begrenzen wir die Risiken, die sich aus den Preisbewegungen bei Brennstoffen, CO_2-Zertifikaten und Strom auf das Ergebnis ergeben.

Im Geschäftsfeld Gas erwarten wir trotz steigender Absatzmengen ein gegenüber dem Vorjahr niedrigeres Ergebnisniveau. Gründe hierfür sind der verschärfte Wettbewerb und voraussichtlich anfallende Vorlaufkosten für die Umsetzung der Gas-Midstream-Strategie.

Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen gehen wir von einem Ergebnis auf Vorjahresniveau aus.

Insgesamt erwarten wir für 2009 trotz des Regulierungs- und des Wettbewerbsumfelds ein Ergebnis auf dem Niveau des Vorjahres. Mit unserer Wachstumsstrategie wollen wir das erwartete Ergebnis kontinuierlich steigern.

Ergebnisentwicklung 2009 (Adjusted EBIT) gegenüber dem Vorjahr

Geschäftsfeld Strom	steigend (3 bis 6 %)
Geschäftsfeld Gas	fallend (-5 bis -10 %)
Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen	konstant
Konsolidierung (derzeit keine Ergebnisaussage möglich)	
Adjusted EBIT Konzern	**konstant**

Erwartete Entwicklung des Adjusted Konzernüberschusses und der Dividende

Ausgehend von einem für 2009 angestrebten Adjusted EBIT auf dem Niveau des Vorjahres streben wir auch trotz der mit dem Investitionsprogramm einhergehenden zusätzlichen Zinsbelastungen einen konstanten Adjusted Jahresüberschuss für 2009 und positive Wachstumsraten für die Zeit danach an, da ein Großteil der Investitionen aus dem laufenden Cashflow finanziert werden kann und weitere Beteiligungserträge angestrebt werden. Allerdings sind insbesondere die Zinsbelastungen aus Akquisitionen als auch die hiermit einhergehenden positiven Konsolidierungseffekte mit großer Unsicherheit behaftet. Vor dem Hintergrund unseres

[1] Bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises.

Investitionsprogramms und des damit einhergehenden moderaten Anstiegs der Nettofinanzschulden streben wir eine Ausschüttungsquote – bezogen auf den Adjusted Konzernüberschuss – von bis zu 50 % an.

Wesentliche Chancen und Risiken der nächsten zwei Jahre

In Anbetracht der finanziellen Flexibilität des Konzerns sind wir zuversichtlich, sich kurz- und mittelfristig ergebende Chancen für externes Wachstum wahrnehmen zu können.

Das künftige Ergebnis ist wesentlich von der Entwicklung der Rohstoff- und Strompreise abhängig. Durch unsere Sicherungsstrategie sind die wesentlichen Volumina für das Jahr 2009 gesichert; für die folgenden Jahre steigen naturgemäß die offenen Mengen und somit sowohl die Chancen als auch die Risiken.

Risikobehaftet ist naturgemäß auch immer die Kraftwerksverfügbarkeit, wobei unsere Kraftwerke hier in der Vergangenheit auf nationaler Ebene stets überdurchschnittlich gut abgeschnitten haben.

Eher Risiko als Chance ist die weiterhin offene Übergangslösung für die neue EEG-Novelle, die durch Änderungen des Wälzungsverfahrens für erneuerbare Energien sowie die Möglichkeit der Direktvermarktung zu einem eventuellen Nachbeschaffen von Strommengen führen kann. Ähnliches, das heißt eher Risiko als Chance, gilt auch für die Realisierung der von uns angestrebten Vertriebsmargen und die Entwicklung des Kundenbestands im Strom- und Gasbereich, die abhängig sind von der noch nicht absehbaren Wettbewerbsentwicklung und dem politischen und rechtlichen Rahmen für Preismaßnahmen.

Generell bestehen beim Gasabsatz große Abhängigkeiten von Temperaturschwankungen. Darüber hinaus wird der Strom- und Gasabsatz von möglichen Änderungen des Verbraucherverhaltens (Förderprogramme zur Energieeffizienz) und der konjunkturellen Entwicklung des Verbrauchs von Industrie und Gewerbe, ausgelöst durch die derzeitige Finanzmarktkrise, beeinflusst. Die Risiken sind hierbei tendenziell höher einzustufen als die Chancen.

Im regulierten Bereich liegen in der vorgesehenen Anreizregulierung durch die BNetzA Risiken vor allem in der Umsetzung der Gerichtsentscheidungen zur Mehrerlösabschöpfung und zu der noch ausstehenden Entscheidung zum Missbrauchsverfahren in Zusammenhang mit der Regelenergie. Chancen bietet die Berücksichtigung der Kosten für Verlustenergie. Der Zwang zum Ownership Unbundling in Bezug auf das 3. Binnenmarktpaket der EU scheint prinzipiell gebannt. Ein Eingreifen durch den Staat (zum Beispiel durch Bildung einer Deutschen Netz AG) ist weiterhin möglich, jedoch ist eine solche Einflussnahme in den nächsten zwei Jahren eher unwahrscheinlich.

Entwicklungen im Personal- und Sozialbereich

Die anspruchsvollen Wachstumsziele der EnBW sind nur mit kompetenten und engagierten Mitarbeitern zu verwirklichen. Gleichzeitig wird der Arbeitsmarkt für bestimmte Berufsgruppen spürbar enger. Vor diesem Hintergrund wird es immer wichtiger, qualifizierte Mitarbeiter zu finden und zu binden. Wir werden uns deshalb auch in den nächsten Jahren sehr intensiv darum bemühen, unsere Attraktivität als Arbeitgeber weiter zu steigern und unsere personalwirtschaftlichen Instrumente regelmäßig an die aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen anzupassen.

Kompetenzmanagement: Besonders im Hinblick auf den enger werdenden Arbeitsmarkt ist es wichtig, die im Konzern vorhandenen Kompetenzen optimal einzusetzen. Mithilfe des Kompetenzmanagements sind wir in der Lage, Risiken infolge potenzieller Kompetenzlücken in bestimmten Arbeitsbereichen frühzeitig zu erkennen. Wir werden uns in den nächsten Jahren verstärkt mit diesem Thema beschäftigen.

Talentmanagement: Um unsere Talente – vom Auszubildenden bis zur Führungskraft – noch besser fördern zu können, werden wir unsere Einstiegs- und Entwicklungsprogramme sowie unsere Personalentwicklungsinstrumente stetig ausbauen. Ziel ist es, unseren Leistungsträgern frühzeitig Perspektiven innerhalb des Konzerns aufzuzeigen und sie dadurch langfristig an unser Unternehmen zu binden.

Unternehmens- und Führungskultur: Auch in den nächsten Jahren werden wir versuchen, unsere Unternehmensund Führungskultur weiter positiv zu beeinflussen: Neben der Mitarbeiterbefragung stehen dabei außer der weiteren Etablierung des Unternehmensleitbilds die Weiterentwicklung der Führungsinstrumente, das Rollenverständnis der Führungskräfte und die Stärkung der Feedback-Kultur im Vordergrund.

Beruf und Privatleben: Im Jahr 2007 hatte uns die Hertie-Stiftung das Zertifikat „audit berufundfamilie" verliehen. Ende 2009 startet der Reauditierungsprozess für die Erlangung dieses Zertifikats. Eine unserer familienfreundlichen Maßnahmen im Rahmen dieses Prozesses wird sein, dass wir in den nächsten Jahren an unseren Hauptstandorten Karlsruhe und Stuttgart die Anzahl unserer Kinderbetreuungsplätze deutlich erhöhen werden.

Ausbildung und Hochschulpräsenz: Zu unserer sozialen Verantwortung gehört es, über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Deshalb werden wir auch im Jahr 2009 in unseren Kerngesellschaften in Baden-Württemberg 334 Plätze für Auszubildende und Studenten der Berufsakademien und Fachhochschulen anbieten. Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und ihren Studierenden weiter intensivieren und ausbauen. Die Palette reicht dabei von Dozententätigkeiten, Seminaren, Events und Gremienarbeit über Stipendien bis hin zu Stiftungsprofessuren.

Analyse Arbeitgeberattraktivität: Auch 2009 werden wir unsere Arbeitgeberattraktivität wieder im Rahmen der externen Studie „Top Arbeitgeber Deutschland" auf den Prüfstand stellen. Die Verbundenheit unserer Mitarbeiter mit der EnBW werden wir erneut 2010/2011 abfragen.

Unsere anspruchsvollen Wachstumsprojekte, aber auch neue Anforderungen der Regulierung sowie Anforderungen an die Informationstechnologie werden in den kommenden Jahren eine personelle Verstärkung notwendig machen. Parallel dazu arbeiten wir an der Steigerung unserer Effizienz. Insgesamt gehen wir davon aus, dass es im Konzern über die nächsten zwei Jahre einen Personalaufbau geben wird (bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises).

Entwicklung von Forschung und Innovation

Im Bereich Forschung und Innovation halten wir auch im Geschäftsjahr 2009 weiter an unseren strategischen Zielen und Schwerpunkten fest. Um die Energieversorgung künftig noch effizienter und umweltverträglicher zu gestalten, werden wir im Rahmen unserer innovationsorientierten Strategie die technologische Basis für die Bereitstellung vor allem des Produkts Strom kontinuierlich ergänzen und verbessern. In den Jahren 2009 und 2010 sollen die Aufwendungen und die Anzahl der im Bereich Forschung und Innovation tätigen Mitarbeiter deshalb leicht steigen.

Über unser Brennstoffzellenengagement hinaus planen wir, die Forschung im Bereich dezentraler Energieerzeugung zu verstärken. Planmäßig wird der Anbau der Jatropha-Pflanze in Madagaskar bis 2010 auf 3.000 ha ausgeweitet. Mit der Inbetriebnahme des Geothermiekraftwerks in Bruchsal erwarten wir neue Erkenntnisse für diese Technologie und werden darauf aufbauend unsere Aktivitäten für die geothermische Stromerzeugung noch verstärken. Im Bereich der intelligenten Netze wollen wir unser Engagement verstärken. Dabei denken wir auch an Infrastruktur, die elektrische Mobilität ermöglicht.

Gesamtbeurteilung der voraussichtlichen Entwicklung

Trotz unsicherer politischer Rahmenbedingungen und eingetrübter Konjunkturaussichten gehen wir weiterhin von einem nachhaltigen profitablen Wachstum der EnBW aus. Für das Jahr 2009 streben wir das Ergebnis des Vorjahres an. Im Rahmen unseres Investitionsprogramms werden wir bis 2011 rund 7,7 Mrd. € in unsere Geschäftsfelder investieren. Einen Großteil dieser Summe finanzieren wir dabei über den Operating Cashflow des Unternehmens; die Nettofinanzverschuldung wird voraussichtlich nur um circa 2 Mrd. € zunehmen. Damit wird die EnBW ihre solide Finanzsituation behaupten. Ein Rating im A-Bereich bleibt weiterhin unser Ziel.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der EnBW beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen. Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklungen oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier abgegebenen Einschätzungen abweichen. Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

JAHRESABSCHLUSS DES ENBW-KONZERNS

108 Gewinn- und Verlustrechnung
109 Bilanz
110 Cashflow-Rechnung
112 Eigenkapitalspiegel
114 Anhang
184 Bestätigungsvermerk
185 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
186 Wesentliche Beteiligungen

+330
Mio. m³ Speicherkapazitäten

UNABHÄNGIGKEIT

Die EnBW erweitert konsequent ihre Wertschöpfungskette im Bereich Gas. Wir konzentrieren uns auf die unabhängige Beschaffung und den sicheren Zugang zu der notwendigen Transport- und Speicherinfrastruktur. 2008 sicherten wir zum Beispiel neue Speicherkapazitäten mit einem Volumen von bis zu 330 Mio. m^3.

GASSPEICHER
Der Gaskessel der EnBW in Stuttgart-Gaisburg ist mit einem Fassungsvermögen von 300.000 Kubikmetern und einer Höhe von 100 Metern der größte noch in Betrieb befindliche Scheibengasbehälter in Europa.

Gewinn- und Verlustrechnung des EnBW-Konzerns

Mio. €	Anhang	2008	2007
Umsatzerlöse inklusive Strom- und Erdgassteuer		17.367,5	15.740,7
Strom- und Erdgassteuer		-1.062,1	-1.028,5
Umsatzerlöse	(1)	**16.305,4**	**14.712,2**
Bestandsveränderung		16,2	1,5
Andere aktivierte Eigenleistungen		53,6	51,9
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	815,8	987,9
Materialaufwand	(3)	-12.099,1	-10.943,9
Personalaufwand	(4)	-1.480,4	-1.476,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(5)	-1.071,4	-997,0
EBITDA		**2.540,1**	**2.336,4**
Abschreibungen	(6)	-1.071,9	-777,2
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)		**1.468,2**	**1.559,2**
Beteiligungsergebnis	(7)	251,3	272,2
davon Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen		(142,8)	(158,9)
davon übriges Beteiligungsergebnis		(108,5)	(113,3)
Finanzergebnis	(8)	-483,7	-458,5
davon Finanzerträge		(457,8)	(397,9)
davon Finanzaufwendungen		(-941,5)	(-856,4)
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)		**1.235,8**	**1.372,9**
Ertragsteuern	(9)	-335,2	43,2
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten[1]		**900,6**	**1.416,1**
Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten	(25)	0,0	97,9
Konzernüberschuss		**900,6**	**1.514,0**
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter		(28,8)	(149,9)
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG		(871,8)	(1.364,1)
Aktien im Umlauf (Mio. Stück), gewichtet		**244,257**	**244,257**
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten (€)[2]		**3,57**	**5,18**
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss (€)[2]		**3,57**	**5,58**

[1] Davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG: 871,8 Mio. € (Vorjahr: 1.266,2 Mio. €).
[2] Verwässert und unverwässert; bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.

Bilanz des EnBW-Konzerns

Mio. €[1]	Anhang	31.12.2008	31.12.2007
Aktiva			
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	(10)	1.687,8	1.657,9
Sachanlagen	(11)	11.573,7	11.416,2
Investment Properties	(12)	86,6	87,7
At equity bewertete Unternehmen	(13)	1.932,2	1.856,5
Übrige finanzielle Vermögenswerte	(14)	4.960,3	5.734,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	400,7	372,6
Ertragsteuererstattungsansprüche	(16)	228,2	253,8
Sonstige langfristige Vermögenswerte	(17)	204,1	179,8
Latente Steuern	(23)	28,7	6,0
		21.102,3	**21.564,9**
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorratsvermögen	(18)	862,9	732,7
Finanzielle Vermögenswerte	(19)	584,7	727,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	3.181,5	2.108,7
Ertragsteuererstattungsansprüche	(16)	305,0	255,1
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	(17)	3.800,2	1.725,6
Flüssige Mittel	(20)	3.084,5	1.317,8
		11.818,8	**6.867,5**
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	(25)	4,0	3,4
		11.822,8	**6.870,9**
		32.925,1	**28.435,8**
Passiva			
Eigenkapital	(21)		
Anteile des Konzerns			
Gezeichnetes Kapital		640,0	640,0
Kapitalrücklage		22,2	22,2
Gewinnrücklagen		4.311,5	3.787,7
Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3		49,6	49,6
Eigene Aktien		-204,1	-204,1
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen		-39,3	756,0
		4.779,9	**5.051,4**
Anteile anderer Gesellschafter		803,4	950,3
		5.583,3	**6.001,7**
Langfristige Schulden			
Rückstellungen[2]	(22)	9.307,8	8.989,1
Latente Steuern	(23)	1.631,4	1.616,8
Finanzverbindlichkeiten	(24)	4.925,1	3.364,2
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	(24)	2.091,9	2.127,0
		17.956,2	**16.097,1**
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen[2]	(22)	1.109,1	1.131,3
Finanzverbindlichkeiten	(24)	394,7	588,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(24)	3.400,5	2.323,3
Ertragsteuerverbindlichkeiten	(24)	12,3	6,3
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	(24)	4.469,0	2.279,9
		9.385,6	**6.329,1**
Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten	(25)	0,0	7,9
		9.385,6	**6.337,0**
		32.925,1	**28.435,8**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Davon lang- und kurzfristige Ertragsteuerrückstellungen insgesamt: 267,0 Mio. € (Vorjahr: 229,9 Mio. €).

Cashflow-Rechnung des EnBW-Konzerns

Mio. €[1]	2008	2007
1. Operativer Bereich		
EBITDA	2.540,1	2.336,4
EBITDA der nicht fortzuführenden Aktivitäten	0,0	131,5
Veränderung der langfristigen Rückstellungen	-228,9	-256,1
Ergebnis aus Anlagenabgängen	-3,2	-24,0
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge[2]	17,6	-28,4
Funds from Operations (FFO) vor Steuern und Finanzierung[2]	**2.325,6**	**2.159,4**
Veränderung der Vermögenswerte und Schulden aus operativer Geschäftstätigkeit[2]	-536,1	90,8
Vorräte	(-164,4)	(-128,3)
Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(-55,9)	(229,9)
Saldo aus sonstigen Vermögenswerten und Schulden	(-309,5)	(-3,1)
Kurzfristige Rückstellungen	(-6,3)	(-7,7)
Gezahlte Ertragsteuern	-265,6	-691,5
Operating Cashflow	**1.523,9**	**1.558,7**
davon nicht fortzuführende Aktivitäten	(0,0)	(-33,8)
2. Investitionsbereich		
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-1.246,0	-816,9
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	58,2	30,2
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	79,0	81,2
Auszahlungen aus dem Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	-104,0	-190,5
Einzahlungen aus dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	60,2	74,1
Investitionen in sonstige finanzielle Vermögenswerte	-616,4	-588,1
Einzahlungen aus dem Verkauf sonstiger finanzieller Vermögenswerte	973,5	551,4
Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	26,5	27,9
Erhaltene Zinsen	265,7	311,6
Erhaltene Dividenden	147,5	137,5
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**-355,8**	**-381,6**
davon nicht fortzuführende Aktivitäten	(0,0)	(72,4)

[1] Weitere Angaben im Anhang unter Sonstige Angaben.
[2] Vorjahreszahlen angepasst.

Mio. €[1]	2008	2007
3. Finanzierungsbereich		
Gezahlte Zinsen	-256,6	-403,2
Gezahlte Dividenden	-436,5	-359,0
Einzahlungen aus dem Verkauf eigener Anteile	0,0	0,0
Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten	1.956,7	303,6
Tilgung von Finanzverbindlichkeiten	-667,8	-1.322,9
Kapitalherabsetzung für Anteile anderer Gesellschafter	-7,8	-5,1
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**588,0**	**-1.786,6**
davon nicht fortzuführende Aktivitäten	(0,0)	(2,6)
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	**1.756,1**	**-609,5**
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	10,6	-5,0
Veränderung der flüssigen Mittel	**1.766,7**	**-614,5**
Flüssige Mittel am Anfang der Periode	1.317,8	1.932,3
Flüssige Mittel am Ende der Periode	**3.084,5**	**1.317,8**

[1] Weitere Angaben im Anhang unter Sonstige Angaben.

Eigenkapitalspiegel des EnBW-Konzerns

Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3	Eigene Aktien	
Stand: 31.12.2006	**640,0**	**22,2**	**2.702,1**	**7,3**	**-204,1**	
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen				42,3		
Konzernüberschuss			1.364,1			
davon Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten			(97,9)			
Summe aus kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen und Konzernüberschuss	**0,0**	**0,0**	**1.364,1**	**42,3**	**0,0**	
Gezahlte Dividenden			-278,5			
Übrige Veränderungen						
Stand: 31.12.2007	**640,0**	**22,2**	**3.787,7**	**49,6**	**-204,1**	
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen						
Konzernüberschuss			871,8			
Summe aus kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen und Konzernüberschuss	**0,0**	**0,0**	**871,8**	**0,0**	**0,0**	
Gezahlte Dividenden			-368,8			
Übrige Veränderungen			20,8			
Stand: 31.12.2008	**640,0**	**22,2**	**4.311,5**	**49,6**	**-204,1**	

	Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen						
	Unterschiedsbetrag aus der Währungsumrechnung	Cashflow Hedge	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	At equity bewertete Unternehmen	Anteile des Konzerns	Anteile anderer Gesellschafter	Summe
01.01.2015	**19,6**	**-83,6**	**383,8**	**75,6**	**3.562,9**	**929,5**	**4.492,4**
Gesamtergebnis	2,3	159,2	165,2	33,9	402,9	-1,2	401,7
Ergebnis					1.364,1	149,9	1.514,0
Sonstiges Ergebnis					(97,9)	(0,0)	(97,9)
Gesamtergebnis	**2,3**	**159,2**	**165,2**	**33,9**	**1.767,0**	**148,7**	**1.915,7**
Ausschüttungen					-278,5	-80,5	-359,0
Veränderungen Konsolidierungskreis						-47,4	-47,4
31.12.2015	**21,9**	**75,6**	**549,0**	**109,5**	**5.051,4**	**950,3**	**6.001,7**
Gesamtergebnis	-25,1	-260,3	-532,2	22,3	-795,3	-5,0	-800,3
Ergebnis					871,8	28,8	900,6
Sonstiges Ergebnis							
Gesamtergebnis	-25,1	-260,3	-532,2	22,3	76,5	23,8	100,3
Ausschüttungen					-368,8	-67,7	-436,5
Veränderungen Konsolidierungskreis					20,8	-103,0	-82,2
31.12.2016	**-3,2**	**-184,7**	**16,8**	**131,8**	**4.779,9**	**803,4**	**5.583,3**

Anhang des EnBW-Konzerns zum Jahresabschluss 2008

Allgemeine Grundlagen

Der Konzernabschluss der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) wird entsprechend § 315a Abs. 1 HGB zu den am Bilanzstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Zusätzlich werden die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) beachtet. Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS und IFRIC werden nicht angewendet. Der Konzernabschluss der EnBW entspricht in allen Punkten den IFRS sowie den Interpretationen des IFRIC.

Der Konzernabschluss wird in Millionen Euro (Mio. €) ausgewiesen. Neben der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz werden die Cashflow-Rechnung sowie die Eigenkapitalentwicklung des EnBW-Konzerns gesondert dargestellt.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Konzernabschluss wird auf den Stichtag des Jahresabschlusses des Mutterunternehmens aufgestellt. Das Geschäftsjahr des Mutterunternehmens ist das Kalenderjahr.

Der Sitz der Gesellschaft ist Karlsruhe, Deutschland. Die Anschrift lautet EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe.

Konsolidierungsgrundsätze

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der in- und ausländischen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen wurden einheitlich nach den bei der EnBW geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Erwerbsmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem anteiligen, neu bewerteten Eigenkapital der Tochterunternehmen zum Zeitpunkt ihres Erwerbs. Dabei werden Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Danach noch verbleibende positive Unterschiedsbeträge werden als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Negative Unterschiedsbeträge werden nach nochmaliger Überprüfung ihrer Berechnung sofort erfolgswirksam erfasst.

Bei der Konsolidierung erworbener Anteile anderer Gesellschafter von Unternehmen, die bereits vollkonsolidiert sind, wird keine Neubewertung des Nettovermögens durchgeführt. Ein positiver Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten des zusätzlichen Anteils und dem korrespondierenden Buchwert des Nettovermögens wird als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen. Ein negativer Unterschiedsbetrag wird erfolgswirksam vereinnahmt.

Forderungen, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten zwischen konsolidierten Unternehmen werden aufgerechnet. Konzerninterne Erträge werden mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet. Zwischenergebnisse werden eliminiert, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Steuerabgrenzungen werden vorgenommen.

Die Konsolidierung der Gemeinschaftsunternehmen erfolgt nach den gleichen Grundsätzen wie bei den Tochterunternehmen.

Die gleichen Bilanzierungsgrundsätze gelten auch für die nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen. Ein Geschäfts- oder Firmenwert ist im Beteiligungsansatz enthalten. Negative Unterschiedsbeträge werden im Beteiligungsergebnis erfolgswirksam erfasst.

Konsolidierungskreis

Nach der Vollkonsolidierungsmethode werden alle Tochterunternehmen einbezogen, auf deren Finanz- und Geschäftspolitik nach dem sogenannten Control Concept ein beherrschender Einfluss ausgeübt werden kann. Bei der Vollkonsolidierung werden die Vermögenswerte und Schulden einer Tochtergesellschaft vollständig in den Konzernabschluss übernommen.

Gemeinschaftlich geführte Unternehmen werden anhand der Quotenkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Bei der Quotenkonsolidierung werden die Vermögenswerte und Schulden des Tochterunternehmens entsprechend der Höhe der Beteiligung des Mutterunternehmens im Konzernabschluss berücksichtigt.

Die Equity-Bewertung kommt zur Anwendung, wenn die Möglichkeit eines maßgeblichen Einflusses auf die Geschäftspolitik des assoziierten Unternehmens besteht, aber weder die Voraussetzungen eines Tochter- noch die eines Gemeinschaftsunternehmens vorliegen. Bei der Bewertung von Anteilen bedeutet dies, dass nicht die Vermögenswerte und Schulden des Unternehmens im Konzernabschluss dargestellt werden, sondern nur sein anteiliges Eigenkapital.

Der Anteilsbesitz des EnBW-Konzerns wird entsprechend § 313 Abs. 4 HGB in einer gesonderten Aufstellung angegeben, die zusammen mit dem Jahresabschluss im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Die Liste der wesentlichen Beteiligungen ist Bestandteil des Anhangs.

Wechselseitige Beteiligungen nach § 19 Abs. 1 AktG liegen im EnBW-Konzern nicht vor.

Der Konsolidierungskreis setzt sich wie folgt zusammen:

Art der Konsolidierung und Anzahl	31.12.2008	31.12.2007
Vollkonsolidierung	90	95
Quotenkonsolidierung (Gemeinschaftsunternehmen)	10	10
At equity bewertete Unternehmen	17	17

Änderungen des Konsolidierungskreises

Von den im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden im Berichtsjahr 3 (Vorjahr: 13) inländische und 2 (Vorjahr: 1) ausländische Gesellschaften erstmals konsolidiert. 7 (Vorjahr: 18) Gesellschaften wurden entkonsolidiert, 3 (Vorjahr: 2) Gesellschaften wurden verschmolzen. Von den entkonsolidierten Gesellschaften waren 7 (Vorjahr: 18) Unternehmen aus dem Inland und 0 (Vorjahr: 0) Unternehmen aus dem Ausland. Von den entkonsolidierten Gesellschaften wurden 6 aufgrund untergeordneter Bedeutung entkonsolidiert.

Von den Gemeinschaftsunternehmen, die entsprechend unserer Anteilshöhe in den Konzernabschluss einbezogen werden, wurden im Berichtsjahr 0 (Vorjahr: 1) inländische Gesellschaften erstmals vollkonsolidiert und 0 (Vorjahr: 1) inländische Gesellschaften erstkonsolidiert.

Im Bereich der at equity bewerteten Unternehmen wurden im Berichtsjahr 0 (Vorjahr: 0) ausländische Gesellschaften und 1 (Vorjahr: 0) inländische Gesellschaft erstmals konsolidiert. Es wurden 1 (Vorjahr: 2) inländische und 0 (Vorjahr: 9) ausländische Gesellschaften entkonsolidiert.

Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das International Accounting Standards Board (IASB) und das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) haben folgende Standards und Interpretation neu verabschiedet, die ab dem Geschäftsjahr 2008 verpflichtend anzuwenden sind:

- **Umgliederung finanzieller Vermögenswerte (Änderungen an IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ und IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“):** Die Änderungen des IAS 39 erlauben unter bestimmten Voraussetzungen die Umklassifizierung einzelner Finanzinstrumente zwischen den Bewertungskategorien. Die Änderungen des IFRS 7 sehen zusätzliche Anhangangaben bei vorgenommener Umklassifizierung vor. Die Änderungen des IAS 39 und IFRS 7 treten rückwirkend zum 1. Juli 2008 in Kraft. Aus den Änderungen ergaben sich keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.

- **IFRIC 11 „IFRS 2 – Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen“:** Die Interpretation befasst sich mit der Frage, wie IFRS 2 „Aktienbasierte Vergütung“ auf Vereinbarungen über aktienbasierte Vergütungen anzuwenden ist, die eigene Eigenkapitalinstrumente sowie Eigenkapitalinstrumente eines Unternehmens innerhalb des Konzerns beinhalten. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 11 hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.

Auswirkungen neuer, noch nicht anzuwendender Rechnungslegungsstandards

IASB und IFRIC veröffentlichten bereits folgende Standards und Interpretationen, deren Anwendung für das Geschäftsjahr 2008 jedoch noch nicht verpflichtend ist. Die künftige Anwendung setzt die Übernahme durch die EU in europäisches Recht voraus.

- **Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS „Improvements to IFRS“:** Die Änderungen sind das Ergebnis des ersten jährlichen Verbesserungsprozesses („Annual Improvement Process“) des IASB und betreffen eine Vielzahl einzelner IFRS. Die Änderungen sollen den Inhalt der Vorschriften konkretisieren und unbeabsichtigte Inkonsistenzen zwischen den Standards beseitigen. Sofern im jeweiligen Standard nichts anderes geregelt ist, sind die Änderungen erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Änderungen sind noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.
- **IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“:** Die Änderungen des IFRS 1 betreffen ausschließlich den formalen Aufbau des Standards. Der überarbeitete IFRS 1 ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Der Standard wurde noch nicht in EU-Recht übernommen. Die Änderung des IFRS 1 wird keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **IFRS 1 und IAS 27 „Kosten der Investition in ein Tochterunternehmen, ein gemeinsam kontrolliertes oder ein assoziiertes Unternehmen“:** Die Änderungen führen zu Erleichterungen in der Bewertung von Beteiligungen in den Einzelabschlüssen von IFRS-Erstanwendern. Die Änderungen sind erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine Übernahme in europäisches Recht steht noch aus. Die Änderungen werden keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung“:** Die Änderung des IFRS 2 stellt die Definition von „Ausübungsverbindlichkeiten“ bei aktienbasierten Vergütungen klar. Des Weiteren erfolgt eine Klärung, dass alle Annullierungen von aktienbasierten Vergütungsplänen identisch zu bilanzieren sind, unabhängig von der kündigenden Partei. Die Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die erstmalige Anwendung der Änderung wird keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.
- **IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“:** Die wesentlichen Änderungen betreffen den Anwendungsbereich und die Bilanzierung sukzessiver Anteilserwerbe sowie die Einführung eines Wahlrechts: Minderheitenanteile können entweder zum beizulegenden Zeitwert oder mit dem anteiligen Nettovermögen bewertet werden. Je nach Ausübung des Wahlrechts wird ein im Rahmen des Unternehmenserwerbs eventuell entstehender Geschäfts- oder Firmenwert vollständig oder nur anteilig ausgewiesen. Darüber hinaus enthält der überarbeitete Standard Neuerungen zum Ansatz und zur Bewertung übernommener Vermögenswerte und Schulden. Die Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Übernahme in europäisches Recht durch die EU steht noch aus. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.
- **IFRS 8 „Segmentberichterstattung“:** IFRS 8 ersetzt den bisherigen IAS 14 „Segmentberichterstattung“ und passt den Standard mit geringfügigen Unterschieden an die US-GAAP-Regelungen des Statement of Financial Accounting Standards (SFAS) 131 an. IFRS 8 schreibt die Identifizierung operativer Segmente basierend auf der internen Steuerung (Management Approach) vor. Der Standard ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Durch die erstmalige Anwendung des IFRS 8 erfolgt eine Aufteilung des Geschäftsfelds Strom in die Bereiche Strom Upstream und Strom Downstream. Weitere Auswirkungen in der Abgrenzung der Segmente werden sich durch die Anwendung des IFRS 8 nicht ergeben.

- **IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“:** Der Standard verlangt separate Darstellungen für Eigenkapitalveränderungen, die aus Transaktionen mit den Anteilseignern in ihrer Eigenschaft als Eigenkapitalgeber entstehen, und sonstige Eigenkapitalveränderungen. Die Eigenkapitalveränderungsrechnung umfasst folglich lediglich Details zu Geschäftsvorfällen mit Anteilseignern, während sämtliche übrigen Eigenkapitalveränderungen in einer einzigen Zeile dargestellt werden. Zudem führt der Standard eine Darstellung des Gesamtperiodenerfolgs ein, in der sämtliche in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Ertrags- und Aufwandsposten sowie alle ergebnisneutral im Eigenkapital erfassten Erfolgsbestandteile entweder in einer einzigen Aufstellung oder aber in zwei miteinander verbundenen Aufstellungen dargestellt werden. Die überarbeitete Fassung des IAS 1 ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Änderungen wirken sich auf die künftige Darstellung des EnBW-Konzernabschlusses aus und führen zu erweiterten Anhangsangaben.
- **IAS 23 „Fremdkapitalkosten“:** Durch die Änderung des IAS 23 wird das bisherige Wahlrecht der sofortigen aufwandswirksamen Erfassung von Fremdkapitalkosten, die unmittelbar in Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte anfallen, abgeschafft. Diese Fremdkapitalkosten sind künftig verpflichtend als Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu aktivieren. Die Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Aus der erstmaligen Anwendung des überarbeiteten Standards ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **IAS 27 „Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS“:** Die Neufassung des IAS 27 enthält insbesondere geänderte Regelungen hinsichtlich der Bilanzierung von Änderungen der Beteiligungsquoten. Künftig ist eine erfolgsneutrale Erfassung für Transaktionen vorgesehen, durch die ein Mutterunternehmen seine Beteiligungsquote an einem Tochterunternehmen verändert, ohne dabei die Beherrschung über das Tochterunternehmen zu verlieren. Die Neufassung des Standards ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Änderung wurde noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.
- **IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“:** Die wesentlichen Änderungen betreffen den Ausweis bestimmter kündbarer Finanzinstrumente und von Verpflichtungen, die lediglich im Liquidationsfall entstehen. Demzufolge werden einige Finanzinstrumente, die derzeit die Definition einer finanziellen Verbindlichkeit erfüllen, als Eigenkapital klassifiziert. Die Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Übernahme in europäisches Recht steht noch aus. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.
- **IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“:** Durch die Änderung des IAS 39 werden die Anwendungsgrundsätze des Hedge Accounting in den Bereichen Designation von Inflationsrisiken als Grundgeschäft sowie Designation eines einseitigen Risikos in einem Grundgeschäft ergänzt. Die Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Änderungen wurden noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.
- **Überarbeitete Fassung zur Umgliederung finanzieller Vermögenswerte (Änderungen an IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ und IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“):** Das IASB hat eine aktualisierte Fassung der am 13. Oktober veröffentlichten Änderungen des IAS 39 und IFRS 7 herausgegeben. Durch die Aktualisierung erfolgt eine Klarstellung des Anwendungszeitpunkts der am 13. Oktober veröffentlichten Änderungen. Die Übernahme in europäisches Recht ist noch nicht erfolgt. Die überarbeiteten Fassungen von IAS 39 und IFRS 7 haben keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **IFRIC 12 „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“:** IFRIC 12 regelt die Bilanzierung von Vereinbarungen, bei denen die öffentliche Hand als Konzessionsgeber Aufträge an private Betreiber als Konzessionsnehmer vergibt und die der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen dienen, zum Beispiel von Flughäfen, Gefängnissen, Energie- und Wasserversorgungseinrichtungen etc. Zur Erfüllung dieser Aufgaben nutzt der Betreiber eine Infrastruktur, die in der Verfügungsmacht der öffentlichen Hand bleibt. Für Bau, Betrieb und Instandhaltung jedoch ist der Betreiber zuständig. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen. IFRIC 12 wurde noch nicht von der EU in europäisches Recht übernommen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **IFRIC 13 „Kundenbindungsprogramme“:** Die Interpretation befasst sich mit der Bilanzierung und Bewertung von Umsatzerlösen aus Verkaufsprozessen und damit in Zusammenhang stehende Aufwendungen für Verpflichtungen, die aus Kundenbindungsprogrammen, zum Beispiel Prämien- oder Bonus- beziehungsweise Treueprogrammen, resultieren, die von den Herstellern beziehungsweise Dienstleistungsanbietern selbst oder von Dritten betrieben werden. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2008 beginnen. Die Interpretation wird keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.

- **IFRIC 14 „Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswerts, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung“:** Die Interpretation gibt Hinweise, wie die Begrenzung nach IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ für einen Überschuss festzulegen ist, der als Vermögenswert angesetzt werden kann. Zudem wird erklärt, welche Auswirkungen sich auf die Bewertung von Vermögenswerten und Rückstellungen aus leistungsorientierten Plänen aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung zu einer Mindestbeitragszahlung ergeben, beispielsweise durch Gesetz oder durch die Regelungen des Plans. Dadurch wird sichergestellt, dass Unternehmen einen Planvermögensüberschuss als Vermögenswert konsistent bilanzieren. Keine weitere Verpflichtung ist jedoch nach IFRIC 14 durch den Arbeitgeber anzusetzen, solange die Mindestbeitragszahlung an das Unternehmen zurückgezahlt wird. Die Interpretation ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2008 beginnen. IFRIC 14 wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **IFRIC 15 „Vereinbarungen zum Bau von Immobilien“**: Die Interpretation IFRIC 15 befasst sich mit der Bilanzierung von Immobilienverkäufen, bei denen der Vertragsabschluss mit einem Dritten bereits vor Fertigstellung der Immobilie erfolgt. IFRIC 15 stellt hierzu klar, unter welchen Bedingungen IAS 11 „Fertigungsaufträge“ oder IAS 18 „Erträge“ zur Anwendung kommt. Des Weiteren wird durch die Interpretation der Zeitpunkt der Umsatzrealisierung festgelegt. Die Interpretation ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. IFRIC 15 wurde noch nicht durch die EU in europäisches Recht übernommen. Die Interpretation wird keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **IFRIC 16 „Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“:** IFRIC 16 regelt die Fragen, was als Risiko bei der Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb anzusehen ist und wo innerhalb des Konzerns das Sicherungsinstrument zur Minderung dieses Risikos gehalten werden darf. Die Interpretation ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Oktober 2008 beginnen. IFRIC 16 wurde noch nicht durch die EU in europäisches Recht übernommen. Die Interpretation wird keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **IFRIC 17 „Sachdividenden an Eigentümer“:** Die Interpretation regelt die bilanzielle Behandlung von Sachdividenden im IFRS-Abschluss des zu leistenden Unternehmens. Die Verpflichtung aus einer Sachdividendenausschüttung ist in Übereinstimmung mit den Vorschriften des IAS 37 zu bewerten. Der bilanzielle Ansatz erfolgt zu dem Zeitpunkt, ab dem die Ausschüttung ordnungsgemäß genehmigt wurde und nicht mehr im Ermessen des zu leistenden Unternehmens liegt. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. IFRIC 17 wurde noch nicht durch die EU in europäisches Recht übernommen. Die Interpretation wird keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.

Ausweisänderungen

Zur besseren Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben wir im Geschäftsjahr 2008 folgende Ausweisänderungen vorgenommen. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

- Die Rückstellungen für Energiepreisermäßigungen werden nicht mehr in den Personalrückstellungen, sondern entsprechend ihrem Versorgungscharakter in den Pensionsrückstellungen ausgewiesen.

- In der Cashflow-Rechnung enthalten die sonstigen zahlungsunwirksamen Aufwendungen/Erträge erstmals auch Bewertungsergebnisse aus Derivaten, denen keine Ein- oder Auszahlungen aus Variation Margins gegenüberstehen. Diese wurden bisher unter der Veränderung der Vermögenswerte und Schulden aus operativer Geschäftstätigkeit ausgewiesen. Die Ausweisänderung hat auch Auswirkungen auf den Funds from Operations (FFO) vor und nach Steuern und Finanzierung.

- Im Geschäftsjahr 2008 wurde zur Erhöhung der Transparenz die Gemeinkostenverrechnung der Holding auf die Geschäftsfeldbereiche Stromerzeugung und Stromhandel ausgeweitet.

- Zur besseren Beurteilung des Capital Employed und der Nettoschulden haben wir unsere sonstigen Beteiligungen in Beteiligungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind, und Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden, aufgeteilt. Die Beteiligungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind, sowie daraus resultierende Erträge gehen als Bestandteil des Capital Employed und des Beteiligungsergebnisses in die Berechnung des ROCE ein. Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden, sind hingegen als Abzugsposten in den Nettoschulden enthalten.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bilanziert und mit Ausnahme des Geschäfts- oder Firmenwerts linear entsprechend ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer der immateriellen Vermögenswerte – ohne Geschäfts- oder Firmenwerte – beträgt 3 bis 20 Jahre. Die Nutzungsdauern sowie die Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft.

Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung werden entsprechend den Regelungen des IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ nicht planmäßig abgeschrieben, sondern einmal jährlich sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten, die darauf hindeuten, dass der erzielbare Betrag geringer als der Buchwert sein könnte, auf Wertminderung getestet.

Sachanlagen

Abnutzbare Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet und linear abgeschrieben. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten aktiviert. Die Abschreibung im Zugangsjahr erfolgt zeitanteilig.

Wartungs- und Reparaturkosten werden als Aufwand erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, die zu einem künftigen Nutzenzufluss eines Vermögenswerts führen, werden aktiviert.

Investitionszulagen oder -zuschüsse mindern die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten der entsprechenden Vermögenswerte nicht, sondern werden passivisch abgegrenzt.

Unter den nuklearen Erzeugungsanlagen wird auch der um Abschreibungen verminderte Barwert der geschätzten Kosten für die Stilllegung und den Abbau der kontaminierten Anlagen ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen für unsere wesentlichen Sachanlagen werden nach folgenden konzerneinheitlichen Nutzungsdauern bemessen:

	Jahre
Gebäude	25–50
Kraftwerke	15–50
Stromverteilungsanlagen	25–45
Gasverteilungsanlagen	15–55
Wasserverteilungsanlagen	20–40
Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–14

Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft.

Leasingverhältnisse

Im Wege eines Finanzierungsleasings genutzte Sachanlagen, bei denen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken auf den EnBW-Konzern übertragen werden, werden zu Beginn des Leasingvertrags zu Marktwerten bilanziert. Ist der Barwert der Leasingraten geringer als der Marktwert, wird dieser angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen planmäßig über die wirtschaftliche Nutzungsdauer.

Finanzierungsleasingverhältnisse, bei denen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übergehen, bilanzieren wir als Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts.

Bei Operating-Leasingverhältnissen werden die Leasingraten beziehungsweise Mietzahlungen direkt als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Investment Properties

Investment Properties, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, umfassen Grundstücke und Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten und von der EnBW nicht selbst genutzt werden. Abnutzbare Investment Properties werden zu fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet und nach der linearen Methode über eine Laufzeit von 25 bis 50 Jahren planmäßig abgeschrieben. Der Marktwert wird nach international anerkannten Methoden, zum Beispiel nach der Discounted-Cashflow-Methode oder durch Ableitung aus aktuellen Marktpreisen, ermittelt und ist im Anhang angegeben.

Wertminderungen
Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties auf Werthaltigkeit überprüft. Bei Hinweisen auf eine mögliche Wertminderung wird im Rahmen des Wertminderungstests der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswerts ermittelt. Dieser entspricht dem höheren der Beträge aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert.

Der beizulegende Zeitwert wird auf Grundlage eines Unternehmensbewertungsmodells ermittelt und spiegelt als bestmögliche Schätzung den Betrag wider, zu dem ein unabhängiger Dritter den betreffenden Vermögenswert erwerben würde. Der Nutzungswert entspricht dem Barwert der künftigen Cashflows, die voraussichtlich aus einem Vermögenswert oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit erzielt werden können. Eine zahlungsmittelgenerierende Einheit stellt dabei die kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten dar, deren Mittelzuflüsse weitgehend unabhängig von den Mittelzuflüssen anderer Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten sind.

Sofern kein erzielbarer Betrag für einen einzelnen Vermögenswert ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag für die zahlungsmittelgenerierende Einheit bestimmt, der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann.

Aus Unternehmenserwerben resultierende Geschäfts- oder Firmenwerte werden den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet, die erwartungsgemäß aus den Synergien des Unternehmenszusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Der erzielbare Betrag dieser zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten wird mindestens einmal jährlich auf Werthaltigkeit überprüft. Eine zusätzliche Überprüfung findet statt, wenn zu anderen Zeitpunkten Hinweise auf eine mögliche Wertminderung vorliegen. Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf die Ausführungen unter der Anhangsangabe (10) „Immaterielle Vermögenswerte".

Ist der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts niedriger als der Buchwert, erfolgt eine sofortige ergebniswirksame Wertberichtigung des Vermögenswerts. Im Fall von Wertberichtigungen in Zusammenhang mit zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde, wird zunächst der zugeordnete Geschäfts- oder Firmenwert reduziert. Übersteigt der Wertberichtigungsbedarf den Buchwert des Geschäfts- oder Firmenwerts, wird der Differenzbetrag proportional auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheit verteilt.

Entfällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund für eine früher vorgenommene Wertminderung, erfolgt eine ergebniswirksame Zuschreibung. Die Wertobergrenze bildet hierbei der Buchwert, der sich ohne Wertberichtigung in der Vergangenheit ergeben hätte (fortgeführte Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten). Ein in früheren Berichtsperioden erfasster Wertminderungsaufwand für Geschäfts- oder Firmenwerte darf nicht wieder rückgängig gemacht werden. Zuschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte werden daher nicht vorgenommen.

At equity bewertete Unternehmen
Die nach der Equity-Methode bilanzierten Anteile an assoziierten Unternehmen werden zunächst mit den Anschaffungskosten und in den Folgeperioden entsprechend dem fortgeschriebenen anteiligen Nettovermögen angesetzt. Die Buchwerte werden jährlich um die anteiligen Ergebnisse, die ausgeschütteten Dividenden und die sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht oder vermindert. Ein Geschäfts- oder Firmenwert ist im Beteiligungsansatz enthalten.

Finanzielle Vermögenswerte
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, an nicht nach der Equity-Methode bilanzierten assoziierten Unternehmen und an übrigen Beteiligungen sowie Teile der Wertpapiere des Anlagevermögens sind der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar" zugeordnet. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, sofern dieser verlässlich ermittelt werden kann. Unrealisierte Gewinne und Verluste werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Sofern am Bilanzstichtag eine dauerhafte oder signifikante Wertminderung vorliegt, werden Anpassungen an den negativen Marktwert ergebniswirksam erfasst. Bei Veräußerung wird der bisher im Eigenkapital erfolgsneutral erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust ergebniswirksam ausgewiesen. Wertminderungen werden über ein Wertberichtigungskonto abgebildet.

Wertpapiere, die der Kategorie „bis zur Endfälligkeit gehalten" zugeordnet sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Ausleihungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Marktüblich verzinste Ausleihungen werden mit dem Nominalwert bilanziert, gering oder unverzinsliche Ausleihungen mit dem Barwert.

Die unter den kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesenen und zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des Marktwerts werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten (Fair Value Option), macht die EnBW keinen Gebrauch.

Vorräte
Die Vorräte werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu Durchschnittswerten. Die Herstellungskosten enthalten gemäß IAS 2 die direkt zurechenbaren Einzelkosten und angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich Abschreibungen. Die Herstellungskosten werden auf Basis der Normalbeschäftigung ermittelt. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Herstellungskosten aktiviert. Risiken aus einer geminderten Verwertbarkeit wird durch angemessene Abschläge Rechnung getragen. Soweit erforderlich, wird der im Vergleich zum Buchwert niedrigere realisierbare Nettoveräußerungswert angesetzt. Wertaufholungen bei früher abgewerteten Vorräten werden als Minderung des Materialaufwands erfasst.

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Kernbrennelemente werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die Abschreibungen werden nach Maßgabe des Verbrauchs ermittelt.

Emissionsrechte
Unentgeltlich erworbene Emissionsrechte des laufenden Geschäftsjahres werden mit dem Nominalwert, die zur Deckung des erwarteten Verbrauchs entgeltlich erworbenen Emissionsrechte mit den Anschaffungskosten unter den Vorräten bilanziert. Zu Handelszwecken erworbene Emissionsrechte werden dagegen erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert unter den sonstigen Vermögenswerten bilanziert, wobei die Zeitwertschwankungen unmittelbar ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden.

Für die Verpflichtung zur Rückgabe von CO_2-Emissionsrechten wird eine sonstige Rückstellung gebildet. Der Wertansatz der Rückstellung ergibt sich aus dem Buchwert der dafür unentgeltlich zur Verfügung gestellten Emissionsrechte sowie bei einer bestehenden Deckungslücke aus dem Buchwert der im Bestand befindlichen Emissionsrechte. Werden darüber hinaus weitere Emissionsrechte benötigt, sind diese mit dem beizulegenden Zeitwert am Stichtag berücksichtigt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden mit den Anschaffungskosten nach Abzug erforderlicher Wertberichtigungen bilanziert, die sich am tatsächlichen Ausfallrisiko orientieren. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt. Wertberichtigungen werden teilweise unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos vorgenommen. Die Entscheidung, ob die Wertberichtigung über ein Wertberichtigungskonto erfolgt oder direkt den Buchwert mindert, hängt von der Wahrscheinlichkeit des erwarteten Forderungsausfalls ab.

Eigene Anteile
Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, der Verkauf, die Ausgabe oder die Einziehung eigener Anteile wird nicht erfolgswirksam erfasst.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
Bei leistungsorientierten Versorgungsplänen werden die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemäß IAS 19 nach der Methode der laufenden Einmalprämie (Projected-Unit-Credit-Methode) berechnet. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die außerhalb einer Bandbreite von 10 % des Verpflichtungsumfangs liegen, werden auf die durchschnittliche Restlebensarbeitszeit linear verteilt. Die Rückstellung wird in Höhe des Vermögens der zur Deckung der Pensionsverpflichtung gebildeten Fonds gekürzt. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand ausgewiesen, der Zinsanteil der Rückstellungszuführung und die erwarteten Erträge aus Planvermögen hingegen im Finanzergebnis.

Bei beitragsorientierten Versorgungsplänen werden die Zahlungen bei Fälligkeit als Aufwand erfasst und im Personalaufwand ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gegenüber einer anderen Partei aufgrund von Ereignissen der Vergangenheit, die der Höhe und/oder dem Eintrittszeitpunkt nach unsicher sind. Die Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Bewertung erfolgt mit dem Erwartungswert beziehungsweise mit dem Betrag, der über die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit verfügt.

Die langfristigen Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt. Davon ausgenommen sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Für diese gelten gemäß IAS 19 besondere Regelungen.

Latente Steuern

Latente Steuern wurden gemäß Temporary Concept (IAS 12) auf sämtliche zeitliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz der Einzelgesellschaften gebildet. Latente Steuern aus Konsolidierungsvorgängen werden gesondert angesetzt. Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden bilanziert, sofern deren Realisierung mit ausreichender Sicherheit gewährleistet ist. Die latenten Steuern werden auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den jeweiligen Ländern zum Zeitpunkt der Realisierung gelten oder erwartet werden. Für inländische Konzerngesellschaften wurde ein Steuersatz von 29,0 % angewandt. Steueransprüche und Steuerschulden werden saldiert, sofern die Voraussetzungen hierfür bestehen.

Finanzverbindlichkeiten

Finanzverbindlichkeiten werden bei erstmaligem Ansatz zu ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert. Bei der Folgebewertung werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing werden zum niedrigeren Wert aus beizulegendem Zeitwert und Barwert der Mindestleasingraten zum Zeitpunkt der Aktivierung des Leasinggegenstands bewertet.

Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung sowie übrige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die als Schulden passivierten Baukostenzuschüsse werden entsprechend der Nutzung der Sachanlagen ergebniswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst. Der Auflösungszeitraum bei den Baukostenzuschüssen beträgt in der Regel 40 bis 45 Jahre. Investitionszuschüsse und -zulagen werden entsprechend dem Abschreibungsverlauf der zugehörigen Anlagegüter aufgelöst. Die Auflösung wird offen mit den Abschreibungen verrechnet.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten

Als „zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten“ werden einzelne langfristige Vermögenswerte, Gruppen von Vermögenswerten oder Unternehmensbereiche ausgewiesen, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können, deren Veräußerung sehr wahrscheinlich ist und die insgesamt die in IFRS 5 definierten Kriterien erfüllen. Unter der Position „Schulden der nicht fortzuführenden Aktivitäten“ werden Schulden ausgewiesen, die Bestandteile einer nicht fortzuführenden Aktivität darstellen.

Vermögenswerte, die erstmalig als „zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ klassifiziert werden, dürfen nicht mehr planmäßig abgeschrieben werden, sondern sind mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen.

Gewinne oder Verluste aus der Bewertung einzelner zur Veräußerung gehaltener Vermögenswerte und von Gruppen von Vermögenswerten werden bis zu ihrer endgültigen Veräußerung im Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten ausgewiesen.

Aufwendungen und Erträge aus der Geschäftstätigkeit nicht fortzuführender Aktivitäten werden ebenso wie Gewinne und Verluste aus deren Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten als Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus der Veräußerung der nicht fortzuführenden Aktivitäten sind ebenfalls unter dieser Position auszuweisen.

Derivate

Derivate nach IAS 39 werden zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert) bewertet. Ihr Ausweis erfolgt unter den sonstigen Vermögenswerten und übrigen Verbindlichkeiten und Zuschüssen. Die Marktwerte werden aus Börsenkursen oder anhand anerkannter Bewertungsmethoden abgeleitet.

Handelt es sich um Verträge, die zum Zweck des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß des erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarfs abgeschlossen wurden und weiterhin diesem Zweck dienen (Own Use), werden diese nicht als Derivate nach IAS 39, sondern als schwebende Geschäfte gemäß IAS 37 bilanziert.

Derivate sind der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten" zugeordnet, sofern kein Hedge Accounting angewendet wird. Änderungen des Marktwerts werden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bei Derivaten, die in einem Sicherungszusammenhang stehen, bestimmt sich die Bilanzierung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts nach Art des Sicherungsgeschäfts.

Bei Marktwertveränderungen von Cashflow Hedges, die zum Ausgleich künftiger Cashflow-Risiken aus bereits bestehenden Grundgeschäften oder geplanten, mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden Transaktionen eingesetzt werden, werden die unrealisierten Gewinne und Verluste in Höhe des eingedeckten Grundgeschäfts zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital (kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen) ausgewiesen. Eine Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt zeitgleich mit der Ergebniswirkung des abgesicherten Grundgeschäfts.

Bei einem Fair Value Hedge, der zur Absicherung von beizulegenden Zeitwerten von bilanzierten Vermögenswerten oder Schulden eingesetzt wird, werden die Ergebnisse aus der Marktbewertung von Derivaten und der dazugehörigen Grundgeschäfte ergebniswirksam gebucht.

Fremdwährungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung werden durch Hedges einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb abgesichert. Unrealisierte Wechselkursdifferenzen werden zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst und zum Zeitpunkt der Veräußerung des ausländischen Geschäftsbetriebs erfolgswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Eventualverbindlichkeiten

Bei Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder um gegenwärtige Verpflichtungen, bei denen ein Ressourcenabfluss unwahrscheinlich ist oder deren Höhe nicht verlässlich bestimmt werden kann. Eventualverbindlichkeiten werden nicht bilanziert.

Ertragsrealisierung

Umsatzerlöse werden grundsätzlich bei Risikoübergang auf den Kunden realisiert. Die maßgeblichen Risiken und Chancen gehen grundsätzlich beim Eigentumsübergang oder bei Besitzübergang auf den Kunden über. Die Bewertung der Umsatzerlöse bemessen sich für Güter beziehungsweise Dienstleistungen nach dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder zu erhaltenden Gegenleistung. Umsatzerlöse werden um Erlösschmälerungen, zum Beispiel Preisnachlässe oder Skonti, gekürzt und ohne Umsatzsteuer sowie nach Eliminierung konzerninterner Verkäufe ausgewiesen. Umsatzerlöse resultieren zum größten Teil aus Strom- und Gasverkäufen, aus der Verteilung von Strom und Gas sowie aus der Abfallentsorgung, energienahen Dienstleistungen und aus der Wasserversorgung.

Zinserträge werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode zeitanteilig erfasst. Dividendenerträge werden zu dem Zeitpunkt erfasst, wo das Recht auf den Empfang der Zahlung entsteht.

Ermessensentscheidungen und Schätzungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses sind bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Ermessensentscheidungen und Schätzungen vorzunehmen, die sich auf den Ausweis und die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden, der Aufwendungen und Erträge sowie der Eventualverbindlichkeiten auswirken können.

Bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind insbesondere folgende Ermessensentscheidungen zu treffen:

- Bei bestimmten Warentermingeschäften ist zu entscheiden, ob diese als Derivat nach IAS 39 oder als schwebende Geschäfte entsprechend den Vorschriften des IAS 37 zu bilanzieren sind.
- Finanzielle Vermögenswerte sind den Bewertungskategorien des IAS 39 „zu Handelszwecken gehalten", „zur Veräußerung verfügbar", „bis zur Endfälligkeit gehalten" und „Kredite und Forderungen" zuzuordnen.
- Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen sieht IAS 19 unterschiedliche Möglichkeiten zur Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste vor. Im EnBW-Konzern wird das Korridorverfahren angewendet.

Die Schätzungen beruhen auf Annahmen und Prognosen, die von Natur aus ungewiss sind und Veränderungen unterliegen können. Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein beträchtliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden im Folgenden erläutert:

Geschäfts- oder Firmenwerte: Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird jährlich im Rahmen eines Impairment-Tests geprüft. Im Zuge dieses Tests müssen vor allem in Bezug auf künftige Zahlungsmittelüberschüsse Schätzungen vorgenommen werden. Zur Ermittlung des erzielbaren Betrags ist ein angemessener Diskontierungszinssatz zu wählen. Eine Änderung der gesamtwirtschaftlichen, der Branchen- oder der Unternehmenssituation in der Zukunft kann zu einer Reduzierung der Zahlungsmittelüberschüsse beziehungsweise des Diskontierungszinssatzes und somit gegebenenfalls zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Geschäfts- oder Firmenwerte führen.

Sachanlagen: Technischer Fortschritt, eine Verschlechterung der Marktsituation oder Schäden können zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Sachanlagen führen.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten: Wertänderungen finanzieller Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar" werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Nachhaltige Wertminderungen werden erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst. Indikatoren für das Vorliegen einer nachhaltigen Wertminderung bei Eigenkapitalinstrumenten ergeben sich, wenn der beizulegende Zeitwert signifikant oder länger anhaltend unter dem Wert der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Im Geschäftsjahr 2008 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen in Höhe von 89,1 Mio. € ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 0,0 Mio. €).

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten: Der beizulegende Zeitwert finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten wird anhand von Börsenkursen oder auf Grundlage anerkannter Bewertungsverfahren einschließlich der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Sofern die in das Bewertungsverfahren eingehenden Parameter sich nicht auf beobachtbare Marktdaten stützen, sind entsprechende Annahmen zu treffen, die sich auf die Höhe des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten auswirken können.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte: Um dem Kreditrisiko Rechnung zu tragen, werden Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen gebildet. Die Höhe der Wertberichtigung umfasst hierbei Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen, die auf den Fälligkeitsstrukturen der Forderungssalden, der Bonität der Kunden, den Erfahrungen in Bezug auf Ausbuchungen von Forderungen der Vergangenheit und Veränderungen von Zahlungsbedingungen basieren. Zum 31. Dezember 2008 betragen die Wertberichtigungen bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie den sonstigen Vermögenswerten insgesamt 82,8 Mio. € (Vorjahr: 84,8 Mio. €).

Pensionsrückstellungen: Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen kommt es durch die Wahl der Prämissen wie Rechnungszins oder Trendannahmen, durch den Ansatz biometrischer Wahrscheinlichkeiten mit den Heubeck-Richttafeln 2005 G sowie durch anerkannte Näherungsverfahren bei der Ermittlung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung gegebenenfalls zu Abweichungen im Vergleich zu den tatsächlichen im Zeitablauf entstehenden Verpflichtungen.

Kernenergierückstellungen: Die Rückstellungen für Stilllegung und Entsorgung im Kernenergiebereich basieren auf externen Gutachten, die jährlich aktualisiert werden. Diesen Gutachten liegen Kostenschätzungen

der Erfüllungsbeträge für die jeweilige Verpflichtung zugrunde. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere aus Änderungen des Verpflichtungsumfangs und aus Abweichungen von den angenommenen Kostenentwicklungen sowie bei Änderungen der Zahlungszeitpunkte. Weiterhin kann eine Änderung des Diskontierungszinses zu einer Anpassung der Kernenergierückstellungen führen.

Drohverlustrückstellungen: Drohverlustrückstellungen werden in der Regel für nachteilige Bezugs- und Absatzverträge gebildet. Eine künftige Änderung der Marktpreise auf der Bezugs- oder Absatzseite kann zu einer Anpassung der Drohverlustrückstellungen führen.

Bilanzierung von Erwerben: Im Rahmen eines Anteilserwerbs werden sämtliche identifizierten Vermögenswerte und Schulden sowie Eventualverbindlichkeiten für Zwecke der Erstkonsolidierung zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbsstichtag angesetzt. Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte dieser Vermögenswerte und Schulden zum Erwerbsstichtag werden Schätzungen herangezogen. Die Bewertung von Grundstücken und Gebäuden sowie von Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt in der Regel durch unabhängige Gutachter. Der Ansatz börsengehandelter Wertpapiere erfolgt zum Börsenpreis. Die Bewertung immaterieller Vermögenswerte richtet sich zum einen nach der Art des immateriellen Vermögenswerts und zum anderen nach der Komplexität der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts. Der beizulegende Zeitwert wird demnach auf Basis eines unabhängigen externen Bewertungsgutachtens bestimmt.

Ertragsteuern: Für die Bildung von Steuerrückstellungen sowie bei der Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge sind gleichermaßen Schätzungen vorzunehmen. Bei der Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern bestehen Unsicherheiten in Bezug auf die Auslegung komplexer Steuervorschriften sowie auf die Höhe und den Zeitpunkt künftiger zu versteuernder Einkünfte.

Equity-Bewertung: Bei einigen Gesellschaften lagen uns keine IFRS-Abschlüsse vor. Aus diesem Grund wurde die Equity-Bewertung auf Grundlage einer Schätzung der HGB-IFRS-Unterschiede durchgeführt.

Gemeinschaftsunternehmen

Der Anteil der Gemeinschaftsunternehmen an der Konzernbilanz sowie an der Gewinn- und Verlustrechnung gliedert sich wie folgt:

Bilanz in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Langfristige Vermögenswerte	338,4	303,5
Kurzfristige Vermögenswerte	140,2	116,8
Langfristige Schulden	97,6	79,2
Kurzfristige Schulden	80,9	59,6

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2008	2007
Umsatzerlöse	369,7	284,4
Materialaufwand	-257,2	-187,9
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	57,1	46,7
Finanzergebnis	8,0	7,8
Ergebnis vor Ertragsteuern	65,1	54,5
Ertragsteuern	-11,9	-7,4
Ergebnis nach Ertragsteuern	53,2	47,1

Währungsumrechnung

In den Einzelabschlüssen rechnen die Gesellschaften die Transaktionen in fremder Währung mit dem Wechselkurs zum Zeitpunkt des Zugangs um. Nicht monetäre Posten werden zum Bilanzstichtag mit dem Kurs bewertet, der zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes galt. Monetäre Posten werden mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus monetären Posten werden ergebniswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Berichtswährung der EnBW, die auch der funktionalen Währung entspricht, ist der Euro (€). Die Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften werden in Euro umgerechnet. Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß

IAS 21 „Auswirkungen von Wechselkursveränderungen“ nach der Methode der funktionalen Währung. Gemäß dieser Methode werden bei den Gesellschaften, die nicht in Euro berichten, die Vermögenswerte und Schulden mit dem Mittelkurs zum Bilanzstichtag, die Aufwendungen und Erträge mit dem Jahresdurchschnittskurs umgerechnet. Bei den entsprechenden Gesellschaften handelt es sich um wirtschaftlich selbstständige ausländische Teileinheiten, bei denen grundsätzlich die funktionale Währung identisch mit der jeweiligen Landeswährung ist. Unterschiedsbeträge aus der Währungsumrechnung der Vermögenswerte und Schulden gegenüber der Umrechnung des Vorjahres sowie Umrechnungsdifferenzen zwischen der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz werden erfolgsneutral im Eigenkapital innerhalb der kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen erfasst. Bei den ausländischen Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, wird entsprechend vorgegangen.

Die Gesellschaften des EnBW-Konzerns entfalten ihre Geschäftstätigkeit im Wesentlichen im Euroraum. Im Geschäftsjahr und im Vorjahr war eine Anwendung der Regelungen des IAS 29 zu der Rechnungslegung in Hochinflationsländern nicht notwendig. Keine wesentliche Konzerngesellschaft hatte ihren Sitz in einem Hochinflationsland.

Für die Währungsumrechnung wurden unter anderem folgende Wechselkurse zugrunde gelegt:

1 €	Stichtagskurs		Durchschnittskurs	
	2008	2007	2008	2007
Schweizer Franken	1,49	1,65	1,59	1,64
Pfund Sterling	0,95	0,73	0,80	0,68
US-Dollar	1,39	1,47	1,47	1,37
Ungarische Forint	266,70	253,73	251,78	251,31
Tschechische Kronen	26,88	26,63	24,96	27,76
Japanische Yen	126,14	164,93	152,45	161,25

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz

(1) Umsatzerlöse

Umsatzerlöse werden erfasst, wenn der Risikoübergang auf den Kunden erfolgt ist. Die von den Gesellschaften gezahlte Strom- und Erdgassteuer wird offen von den Umsatzerlösen abgesetzt.

Um die Geschäftsentwicklung zutreffender darzustellen, werden Aufwendungen und Erträge aus Energiehandelsgeschäften netto ausgewiesen. Der Nettoausweis führt zu einer Saldierung von Umsatzerlösen und Materialaufwand aus Energiehandelsgeschäften. Für das Geschäftsjahr 2008 betrugen die netto ausgewiesenen Energiehandelsumsätze 7.810,1 Mio. € (Vorjahr: 2.247,9 Mio. €).

Die Segmentberichterstattung enthält eine Gliederung der Umsätze nach Geschäftsfeldern und Regionen.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

Mio. €	2008	2007
Pacht- und Mieterträge	35,1	31,5
Erträge aus der Auflösung und Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	7,3	13,1
Anlagenabgänge	27,7	18,8
Währungskursgewinne	20,9	15,1
Auflösung von Rückstellungen	166,1	293,4
Auflösung von Baukostenzuschüssen	90,3	88,1
Erträge aus Derivaten	99,1	213,7
Übrige	369,3	314,2
Gesamt	**815,8**	**987,9**

In den Anlagenabgängen sind Erträge aus dem Abgang von zur Veräußerung gehaltenen Immobilien in Höhe von 5,8 Mio. € (Vorjahr: 5,7 Mio. €) enthalten.

Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten außerordentliche Erträge in Höhe von 1,9 Mio. € (Vorjahr: 21,1 Mio. €).

Die Zuschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties betrugen im Berichtsjahr 1,8 Mio. € (Vorjahr: 7,7 Mio. €).

In den übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen sind darüber hinaus unter anderem Erträge aus der Auflösung von Accruals sowie Erträge aus Versicherungsleistungen enthalten.

(3) Materialaufwand

Mio. €	2008	2007
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	9.818,2	8.759,5
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.280,9	2.184,4
Gesamt	**12.099,1**	**10.943,9**

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren umfassen insbesondere die Strom- und Gasbezugskosten sowie die erforderlichen Zuführungen – mit Ausnahme der Aufzinsung – zu Rückstellungen für die Stilllegung der Kernkraftwerke. Darüber hinaus sind Kosten für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle sowie Kosten für den Verbrauch von Kernbrennelementen, Kernbrennstoffen und Brennstoffen für konventionelle Kraftwerke enthalten.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten überwiegend Aufwendungen für Netznutzung, Fremdleistungen für Betrieb und Instandhaltung der Anlagen sowie Konzessionsabgaben. Des Weiteren sind hier die sonstigen direkt der Leistungserstellung zurechenbaren Aufwendungen ausgewiesen.

(4) Personalaufwand

Mio. €	2008	2007
Vergütungen	1.183,9	1.125,9
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	296,5	350,3
davon für Altersversorgung	(100,0)	(157,5)
Gesamt	**1.480,4**	**1.476,2**

Mitarbeiter im Bereich der fortzuführenden Aktivitäten im Jahresdurchschnitt	2008	2007
Strom	11.719	11.592
Gas	914	881
Energie- und Umweltdienstleistungen	7.130	7.149
Holding/Konsolidierung	594	555
Mitarbeiter im Bereich der fortzuführenden Aktivitäten	**20.357**	**20.177**
Auszubildende im Konzern	1.247	1.225

Die Aufwendungen für die Altersversorgung aus der Zuführung zur Pensionsverpflichtung betragen 56,2 Mio. € (Vorjahr angepasst: 92,5 Mio. €). Die übrigen Aufwendungen für die Altersversorgung beinhalten im Wesentlichen sonstige rückstellungsfähige Sozialleistungen sowie Beiträge an den Pensionssicherungsverein.

In der Gesamtzahl sind die Mitarbeiter der quotal einbezogenen Unternehmen mit 678 Mitarbeitern (Vorjahr: 678) entsprechend ihrem EnBW-Anteil erfasst. Die Anzahl der Mitarbeiter im Bereich der nicht fortzuführenden Aktivitäten betrug 2008 im Jahresdurchschnitt 0 (Vorjahr: 322).

(5) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio. €	2008	2007
Mieten, Pachten, Leasing	74,7	73,0
Aufwand aus Einzelwertberichtigungen zu Forderungen	40,3	40,5
Anlagenabgänge	24,5	27,7
Währungskursverluste	15,8	27,1
Sonstige Personalkosten	71,9	85,7
Werbeaufwand	125,5	137,8
Verwaltungs- und Vertriebskosten	127,3	136,7
Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten	161,8	134,7
Aufwand aus Derivaten	138,2	26,7
Versicherungen	41,8	40,3
Abgaben	7,0	8,1
Sonstige Steuern	13,4	15,3
Übrige	229,2	243,4
Gesamt	**1.071,4**	**997,0**

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 27,7 Mio. € (Vorjahr: 17,8 Mio. €).

(6) Abschreibungen

Mio. €	2008	2007
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	97,1	92,0
Abschreibungen auf Sachanlagevermögen	973,9	689,1
Abschreibungen auf Investment Properties	7,2	2,0
Auflösung der Investitionskostenzuschüsse	-6,3	-5,9
Gesamt	**1.071,9**	**777,2**

Im Berichtsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung vorgenommen (Vorjahr: 0,0 Mio. €). Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagevermögen und Investment Properties betragen 270,2 Mio. € (Vorjahr: 11,9 Mio. €) und sind im Wesentlichen durch Abschreibungen auf die Strom- und Gasnetze aufgrund einer weiteren Reduzierung der Netznutzungsentgelte durch die Bundesnetzagentur bedingt.

(7) Beteiligungsergebnis

Mio. €	2008	2007
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	**142,8**	**158,9**
Erträge aus Beteiligungen[1]	58,8	48,5
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(8,2)	(3,9)
Abschreibungen auf Beteiligungen	-4,4	-8,6
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(-2,5)	(0,0)
Ergebnis aus dem Verkauf von Beteiligungen	54,1	17,3
Sonstiges	0,0	56,1
Übriges Beteiligungsergebnis	**108,5**	**113,3**
Beteiligungsergebnis	**251,3**	**272,2**

[1] Davon 6,6 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) Erträge aus Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

Die Abschreibungen enthalten außerplanmäßige Abschreibungen auf sonstige Beteiligungen in Höhe von 1,9 Mio. € (Vorjahr: 8,6 Mio. €) und außerplanmäßige Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €). Das sonstige Beteiligungsergebnis des Vorjahres enthält Erträge aus der Auflösung von Drohverlustrückstellungen aus Stillhalteverpflichtungen für den potenziellen Erwerb von Beteiligungen in Höhe von 54,3 Mio. €.

(8) Finanzergebnis

Mio. €	2008	2007
Zinsen und ähnliche Erträge	302,6	327,1
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(0,5)	(0,4)
Andere Finanzerträge	155,2	70,8
Finanzerträge	**457,8**	**397,9**
Finanzierungszinsen	-243,0	-276,9
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-32,7	-27,6
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(-0,3)	(-0,3)
Zinsanteil der Zuführungen zu den Rückstellungen	-488,7	-466,1
Personalrückstellungen	(-218,8)	(-208,6)
Kerntechnische Rückstellungen	(-254,8)	(-246,2)
Sonstige langfristige Rückstellungen	(-15,1)	(-11,3)
Andere Finanzaufwendungen	-177,1	-85,8
Finanzaufwendungen	**-941,5**	**-856,4**
Finanzergebnis	**-483,7**	**-458,5**

Die Zinsen und ähnlichen Erträge enthalten Zinserträge aus verzinslichen Wertpapieren und Ausleihungen, Dividenden und sonstige Gewinnanteile.

Im Geschäftsjahr wurden Zinserträge in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 385,7 Mio. €) mit diesen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Zinsaufwendungen verrechnet.

Finanzierungszinsen, sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthalten insbesondere Aufwendungen für Bankzinsen und Anleihen in Höhe von 168,8 Mio. € (Vorjahr: 190,5 Mio. €) sowie den Zinsanteil für die Kosten von Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 42,2 Mio. € (Vorjahr: 45,9 Mio. €), sonstige Finanzierungszinsen in Höhe von 32,0 Mio. € (Vorjahr: 40,5 Mio. €) sowie Zinsen auf Put-Optionen von Minderheitsgesellschaftern bereits vollkonsolidierter Unternehmen in Höhe von 23,8 Mio. € (Vorjahr: 22,5 Mio. €). Die Zinsanteile aus der Zuführung von Rückstellungen betreffen die jährliche Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen.

In den anderen Finanzaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2008 Aufwendungen aus Wertberichtigungen unserer Kapitalanlagen infolge der allgemeinen Finanzkrise an den Kapitalmärkten in Höhe von 89,1 Mio. € enthalten. Darüber hinaus beinhalten die anderen Finanzerträge/Finanzaufwendungen im Geschäftsjahr 2008 Zuschreibungen/Abschreibungen auf Wertpapiere und realisierte Kursgewinne/Kursverluste aus dem Verkauf von Wertpapieren.

Realisierte Erträge und Aufwendungen aus Zinsswaps werden saldiert ausgewiesen.

(9) Ertragsteuern

Mio. €	2008	2007
Tatsächliche Ertragsteuern		
Inländische Körperschaftsteuer	187,4	201,1
Inländische Gewerbesteuer	71,3	168,2
Ausländische Ertragsteuern	29,1	36,9
Summe	**287,8**	**406,2**
Latente Steuern		
Inland	54,2	-429,1
Ausland	-6,8	-20,3
Summe	**47,4**	**-449,4**
Ertragsteuern (-Ertrag/+Aufwand)	**335,2**	**-43,2**

In den tatsächlichen Ertragsteuern sind im Saldo Aufwendungen in Höhe von 32,8 Mio. € enthalten (Vorjahr: 84,1 Mio. €), die vorangegangene Perioden betreffen. In den latenten Steuern sind im Saldo Erträge von 46,3 Mio. € enthalten (Vorjahr: 81,6 Mio. €), die vorangegangene Perioden betreffen. Der Saldo der Steuererträge im Vorjahr

resultiert im Wesentlichen aus der Anwendung des aufgrund des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 reduzierten Steuersatzes zur Berechnung der latenten Steuern von 29,0% (vorher 38,0%).

Für die Berechnung der latenten Steuern wird ein Steuersatz von 29,0% (Vorjahr: 29,0%) angewandt. Dieser beinhaltet die Körperschaftsteuer, den Solidaritätszuschlag sowie die durchschnittliche Gewerbesteuer mit den seit 2008 geltenden Steuersätzen.

Der latente Steueraufwand wurde im Jahr 2008 durch den Ansatz bisher nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge um 6,7 Mio. € (Vorjahr: 35,3 Mio. €) gemindert und durch die Abwertung eines latenten Steueranspruchs um 0,0 Mio. € (Vorjahr: 12,0 Mio. €) erhöht. Ferner wurde der latente Steueraufwand durch die Erhöhung von steuerlichen Verlustvorträgen um 0,4 Mio. € (Vorjahr: 186,8 Mio. €) reduziert.

Die Überleitung vom theoretischen Ertragsteueraufwand zum effektiven Ertragsteueraufwand stellt sich wie folgt dar:

Mio. €	2008	%	2007	%
Ergebnis vor Ertragsteuern	**1.235,8**		**1.372,9**	
Theoretischer Steuersatz		29,0		38,0
Theoretischer Ertragsteueraufwand	**358,4**		**521,7**	
Steuereffekte durch				
Unterschiede ausländischer Steuersätze und Steuersatzabweichungen	0,3	0,0	-19,5	-1,4
Steuerfreie Erträge	-56,6	-4,6	-92,8	-6,8
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	63,7	5,2	29,3	2,1
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen und Kürzungen	21,8	1,8	12,9	0,9
Equity-Bewertung assoziierter Unternehmen	-41,6	-3,4	-54,9	-4,0
Veränderung nicht bewerteter Verlustvorträge	-3,3	-0,3	-22,9	-1,7
Steuerfreie Veräußerungen von Beteiligungen	-2,1	-0,2	-0,1	0,0
Periodenfremde Steuern	-13,5	-1,1	2,5	0,2
Einmaleffekt Steuersatzsenkung Unternehmenssteuerreform 2008	0,0	0,0	-412,0	-30,0
Sonstiges	8,1	0,7	-7,4	-0,4
Effektive Ertragsteuern (-Ertrag/+Aufwand)	**335,2**		**-43,2**	
Effektive Steuerquote		**27,1**		**-3,1**

(10) Immaterielle Vermögenswerte

Mio. €[1]	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen u. ä. Rechte	Selbst erstellte immaterielle Wirtschafts-güter	Geschäfts- oder Firmen-werte	Sonstige	Summe
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					
Stand: 01.01.2008	1.474,8	68,8	676,0	17,1	2.236,7
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises[2]	0,3	0,0	10,1	0,1	10,5
Zugänge	124,5	0,4	0,0	7,2	132,1
Umbuchungen	3,2	0,1	0,0	-4,2	-0,9
Währungsanpassungen	21,1	0,0	1,2	0,0	22,3
Abgänge	-44,8	0,0	0,0	0,0	-44,8
Stand: 31.12.2008	1.579,1	69,3	687,3	20,2	2.355,9
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2008	544,0	20,8	14,0	0,0	578,8
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	-0,2	0,0	0,0	0,0	-0,2
Zugänge	86,1	10,0	0,0	0,0	96,1
Umbuchungen	-1,4	0,0	0,0	0,0	-1,4
Währungsanpassungen	3,5	0,0	0,0	0,0	3,5
Abgänge	-9,7	0,0	0,0	0,0	-9,7
Wertminderungen	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0
Stand: 31.12.2008	623,3	30,8	14,0	0,0	668,1
Buchwerte					
Stand: 31.12.2008	955,8	38,5	673,3	20,2	1.687,8
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					
Stand: 01.01.2007	1.491,1	47,6	627,6	17,3	2.183,6
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises[2]	15,5	0,0	57,5	0,0	73,0
Zugänge	25,1	7,3	0,0	12,5	44,9
Umbuchungen	-0,1	13,9	0,0	-12,7	1,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-2,7	0,0	-8,9	0,0	-11,6
Währungsanpassungen	-10,2	0,0	-0,2	0,0	-10,4
Abgänge	-43,9	0,0	0,0	0,0	-43,9
Stand: 31.12.2007	1.474,8	68,8	676,0	17,1	2.236,7
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2007	474,9	12,0	14,0	0,0	500,9
Zugänge	77,4	8,5	0,0	0,0	85,9
Umbuchungen	-0,3	0,3	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-2,3	0,0	0,0	0,0	-2,3
Währungsanpassungen	-0,9	0,0	0,0	0,0	-0,9
Abgänge	-10,9	0,0	0,0	0,0	-10,9
Wertminderungen	6,1	0,0	0,0	0,0	6,1
Stand: 31.12.2007	544,0	20,8	14,0	0,0	578,8
Buchwerte					
Stand: 31.12.2007	930,8	48,0	662,0	17,1	1.657,9

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Beinhaltet auch Anteilsaufstockungen.

Vom Buchwert der immateriellen Vermögenswerte entfallen 223,8 Mio. € (Vorjahr: 249,7 Mio. €) auf Finanzierungsleasingverträge. Diese betreffen im Wesentlichen ein Strombezugsrecht in Höhe von 217,5 Mio. € (Vorjahr: 249,7 Mio. €). Die Laufzeit des Vertrags endet im Jahr 2015. Außerdem sind im Buchwert der immateriellen Vermögenswerte Konzessionen zum Betreiben von Kraftwerken in Höhe von 393,1 Mio. € (Vorjahr: 311,2 Mio. €) und Kundenbeziehungen in Höhe von 139,7 Mio. € (Vorjahr: 159,6 Mio. €) enthalten.

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 28,9 Mio. € (Vorjahr: 32,4 Mio. €) für Forschung und Entwicklung aufgewendet. Die nach IFRS geforderten Aktivierungskriterien wurden nicht erfüllt.

Im Rahmen des Wertminderungstests wurden die Geschäfts- oder Firmenwerte den jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Im Jahr 2008 wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte vorgenommen.

Zum 31. Dezember 2008 betrug der gesamte Geschäfts- oder Firmenwert 673,3 Mio. € (Vorjahr angepasst: 662,0 Mio. €). Von diesem Betrag entfallen 85,7 % (Vorjahr angepasst: 85,6 %) auf die in der folgenden Tabelle dargestellten zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen zahlungsmittelgenerierender Einheiten:

Zahlungsmittelgenerierende Einheit/ Gruppe von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten[1]	Buchwert des der zahlungsmittelgenerierenden Einheit/ der Gruppe von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerts in Mio. €	
	2008	2007
Stromverteilung/Stromvertrieb	196,6	183,9
Gasverteilung/Gasvertrieb	97,2	99,5
Teilkonzern Stadtwerke Düsseldorf AG	165,3	165,3
Teilkonzern Energiedienst Holding AG (ohne EnAlpin AG)	117,8	117,8

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die den anderen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen zahlungsmittelgenerierender Einheiten zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte betrugen jeweils weniger als 10% des gesamten Geschäfts- oder Firmenwerts. Ihre Summe belief sich insgesamt auf 96,4 Mio. € (Vorjahr: 95,5 Mio. €).

Die Bestimmung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten erfolgt auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten. Der beizulegende Zeitwert wird anhand eines Unternehmensbewertungsmodells unter Zugrundelegung von Cashflow-Planungen ermittelt, die auf den vom Vorstand für einen Zeitraum von drei Jahren genehmigten und zum Zeitpunkt der Durchführung des Wertminderungstests gültigen Mittelfristplanungen basieren. Die Planungen beruhen auf Erfahrungen der Vergangenheit sowie auf Einschätzungen über die künftige Marktentwicklung.

Die zur Diskontierung der Cashflows verwendeten Zinssätze werden auf Basis von Marktdaten ermittelt und liegen zwischen 4,9 % und 7,8 % nach Steuern beziehungsweise 7,0 % und 10,9 % vor Steuern (Vorjahr: 5,1 % bis 7,8 % nach Steuern, 7,0 % und 10,9 % vor Steuern).

Für die Extrapolation der Cashflows jenseits des Detailplanungszeitraums werden zur Berücksichtigung des erwarteten preis- und mengenbedingten Wachstums konstante Wachstumsraten von 1 % und 1,5 % (Vorjahr: 1,5 %) zugrunde gelegt.

Die Wertänderung einer Put-Option eines Minderheitsgesellschafters eines bereits vollkonsolidierten Unternehmens sowie eine nachträgliche Kaufpreisanpassung wurden rückwirkend für das Geschäftsjahr 2007 mit dem entsprechenden Firmenwert verrechnet. Die Verrechnung führte zu einem Anstieg des Firmenwerts um 21,5 Mio. €.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte entwickelten sich in den einzelnen Geschäftsfeldern wie folgt:

Mio. €[1]	Strom	Gas	Energie- und Umweltdienst-leistungen	Summe
Buchwerte Stand: 01.01.2008	466,3	138,3	57,4	662,0
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises[2]	13,0	-2,5	-0,4	10,1
Sonstige Veränderungen	2,0	0,0	-0,8	1,2
Buchwerte Stand: 31.12.2008	481,3	135,8	56,2	673,3
Buchwerte Stand: 01.01.2007	451,0	96,6	66,0	613,6
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises[2]	15,5	41,7	0,3	57,5
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,0	0,0	-8,9	-8,9
Sonstige Veränderungen	-0,2	0,0	0,0	-0,2
Buchwerte Stand: 31.12.2007	466,3	138,3	57,4	662,0

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Beinhaltet auch Anteilsaufstockungen.

(11) Sachanlagen

Mio. €	Grundstücke und Bauten	Kraftwerksanlagen	Verteilungsanlagen	Andere Anlagen	Anlagen im Bau	Summe
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten						
Stand: 01.01.2008	3.558,7	11.602,5	14.414,3	1.506,1	481,1	31.562,7
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	2,0	-12,6	14,3	-1,0	1,8	4,5
Zugänge	131,0	109,8	308,7	110,9	532,9	1.193,3
Umbuchungen	21,1	69,9	94,0	-17,1	-216,3	-48,4
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-1,9	0,0	-7,1	-0,3	0,0	-9,3
Währungsanpassungen	-0,4	13,9	3,4	1,0	0,2	18,1
Abgänge	-36,0	-51,8	-62,7	-83,3	-9,2	-243,0
Stand: 31.12.2008	3.674,5	11.731,7	14.764,9	1.516,3	790,5	32.477,9
Kumulierte Abschreibungen						
Stand: 01.01.2008	1.351,8	9.564,7	8.261,5	961,5	7,0	20.146,5
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	-6,4	0,0	-1,6	0,0	-8,0
Zugänge	59,9	242,7	316,1	91,6	0,0	710,3
Umbuchungen	-39,4	18,5	13,4	-19,4	0,0	-26,9
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-1,6	0,0	-6,8	-0,3	0,0	-8,7
Währungsanpassungen	-0,2	8,3	2,1	0,8	0,0	11,0
Abgänge	-14,2	-34,2	-51,4	-75,7	-7,0	-182,5
Wertminderungen	5,1	1,1	251,8	0,2	5,4	263,6
Zuschreibung	0,0	-0,3	-0,8	0,0	0,0	-1,1
Stand: 31.12.2008	1.361,4	9.794,4	8.785,9	957,1	5,4	20.904,2
Buchwerte						
Stand: 31.12.2008	2.313,1	1.937,3	5.979,0	559,2	785,1	11.573,7
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten						
Stand: 01.01.2007	3.578,0	11.481,8	14.082,2	1.549,2	391,0	31.082,2
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	1,0	14,3	129,3	0,6	0,2	145,4
Zugänge	33,9	134,4	247,3	91,2	347,7	854,5
Umbuchungen	41,6	100,2	47,2	84,3	-253,7	19,6
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-88,2	0,0	0,0	-179,7	-1,9	-269,8
Währungsanpassungen	1,6	-8,9	3,0	-0,3	0,1	-4,5
Abgänge	-9,2	-119,3	-94,7	-39,2	-2,3	-264,7
Stand: 31.12.2007	3.558,7	11.602,5	14.414,3	1.506,1	481,1	31.562,7
Kumulierte Abschreibungen						
Stand: 01.01.2007	1.313,3	9.365,1	8.028,4	1.032,3	7,0	19.746,1
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	-0,1
Zugänge	58,0	231,2	304,3	90,3	0,0	683,8
Umbuchungen	14,4	-3,2	0,2	0,8	0,0	12,2
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-30,5	0,0	0,0	-125,7	0,0	-156,2
Währungsanpassungen	0,0	-5,4	0,9	-0,2	0,0	-4,7
Abgänge	-3,7	-25,5	-72,3	-36,0	0,0	-137,5
Wertminderungen	0,3	4,9	0,0	0,1	0,0	5,3
Zuschreibung	0,0	-2,4	0,0	0,0	0,0	-2,4
Stand: 31.12.2007	1.351,8	9.564,7	8.261,5	961,5	7,0	20.146,5
Buchwerte						
Stand: 31.12.2007	2.206,9	2.037,8	6.152,8	544,6	474,1	11.416,2

Gegenstände des Sachanlagevermögens unterliegen im Umfang von 19,5 Mio. € (Vorjahr: 19,7 Mio. €) Verfügungsbeschränkungen in Form von Grundpfandrechten.

Die Grundstücke und Bauten umfassen unter anderem auch grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken. Bei den anderen Anlagen werden Abfallentsorgungsanlagen, sonstige technische Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mitberücksichtigt.

Vom Buchwert der Sachanlagen entfallen 15,7 Mio. € (Vorjahr: 11,0 Mio. €) auf Finanzierungsleasingverträge. Diese betreffen im Wesentlichen das Maschinengebäude des Rheinhafen-Dampfkraftwerks Karlsruhe. Die EnBW wird ihre Option, das Maschinengebäude 2015 nach Ende der Vertragslaufzeit zu erwerben, mit hoher Wahrscheinlichkeit ausüben.

Die Buchwerte der in den langfristigen Vermögenswerten aktivierten Finanzierungsleasingverträge sind nachfolgend zusammengefasst dargestellt:

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	223,8	249,7
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	15,7	11,0
Gesamt	**239,5**	**260,7**

Die Konzerninvestitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen in Höhe von 1.246,0 Mio. € (Vorjahr: 816,1 Mio. €) lassen sich wie folgt aus dem Anlagespiegel ableiten:

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Zugänge zu den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen laut Anlagespiegel	1.325,4	899,4
Zugänge zu aktivierten Vermögenswerten aus Finanzierungsleasingverträgen	-13,8	0,0
Zugänge zur aktivierten Rückstellung für Stilllegung und Abbau der nuklearen Erzeugungsanlagen	-65,6	-83,3
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen[1]	**1.246,0**	**816,1**

[1] Aus fortzuführenden Aktivitäten.

(12) Investment Properties

Mio. €	
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten	
Stand: 01.01.2008	150,1
Zugänge	0,1
Umbuchungen	14,3
Abgänge	-14,0
Stand: 31.12.2008	150,5
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2008	62,4
Zugänge	1,6
Umbuchungen	4,3
Abgänge	-9,3
Wertminderungen	5,6
Zuschreibungen	-0,7
Stand: 31.12.2008	63,9
Buchwert	
Stand: 31.12.2008	86,6

Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten	
Stand: 01.01.2007	200,4
Zugänge	0,6
Umbuchungen	-22,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-26,5
Abgänge	-2,3
Stand: 31.12.2007	150,1
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2007	85,3
Zugänge	1,5
Umbuchungen	-11,9
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-6,5
Abgänge	-1,2
Wertminderungen	0,5
Zuschreibungen	-5,3
Stand: 31.12.2007	62,4
Buchwert	
Stand: 31.12.2007	87,7

Der Marktwert der Immobilien, die als Investment Properties zu klassifizieren sind, betrug zum Bilanzstichtag 103,2 Mio. € (Vorjahr: 96,3 Mio. €). Der Marktwert wurde entweder durch ein Discounted-Cashflow-Verfahren ermittelt oder aus aktuellen Marktpreisen abgeleitet. Rund die Hälfte der Investment Properties wurde von externen Gutachtern bewertet. Die Mieterträge betrugen 10,9 Mio. € (Vorjahr: 10,7 Mio. €). Die direkt zurechenbaren betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 1,4 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €). Die betrieblichen Aufwendungen, denen keine Mieterträge gegenüberstehen, betrugen 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €).

Es bestehen wie im Vorjahr keine Verpflichtungen zum Erwerb von Investment Properties.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden durch den Verkauf von Investment Properties Veräußerungserlöse in Höhe von 7,8 Mio. € (Vorjahr: 21,8 Mio. €) erzielt.

(13) At equity bewertete Unternehmen

Mio. €	
Anschaffungskosten	
Stand: 01.01.2008	1.863,3
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	53,6
Zu-/Abgänge aufgrund von Ergebnissen	142,8
Zu-/Abgänge aufgrund direkt im Eigenkapital erfasster Beträge	22,3
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-43,6
Währungsanpassungen	-20,0
Abgänge aufgrund von Dividendenausschüttungen	-88,6
Sonstige Zu-/Abgänge	9,2
Stand: 31.12.2008	1.939,0
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2008	6,8
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0
Stand: 31.12.2008	6,8
Buchwerte	
Stand: 31.12.2008	1.932,2

Anschaffungskosten	
Stand: 01.01.2007	1.765,4
Zu-/Abgänge aufgrund von Ergebnissen	158,9
Zu-/Abgänge aufgrund direkt im Eigenkapital erfasster Beträge	33,9
Umbuchungen	-7,5
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-0,8
Währungsanpassungen	0,5
Abgänge aufgrund von Dividendenausschüttungen	-87,1
Stand: 31.12.2007	1.863,3
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2007	6,8
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0
Stand: 31.12.2007	6,8
Buchwert	
Stand: 31.12.2007	1.856,5

Die folgenden Darstellungen zeigen die wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz der at equity bewerteten Unternehmen:

Ergebnisdaten at equity bewerteter Unternehmen in Mio. €	2008	2007
Umsatzerlöse	8.163,8	6.653,5
Jahresüberschuss	490,1	477,9
Anpassung an EnBW-Anteil und Equity-Bewertung	-347,3	-319,0
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	142,8	158,9

Bilanzdaten at equity bewerteter Unternehmen in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Vermögenswerte	11.925,0	11.063,3
Schulden	6.548,0	5.898,7
Eigenkapital	5.377,0	5.164,6
Anpassung an EnBW-Anteil und Equity-Bewertung	-3.444,8	-3.308,1
Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	1.932,2	1.856,5

Unser Anteil an den Eventualverbindlichkeiten at equity bewerteter Unternehmen zum 31. Dezember 2008 beträgt 609,3 Mio. € (Vorjahr: 423,8 Mio. €).

Der Börsenwert der Anteile, für die öffentliche Marktpreise existieren, liegt bei 851,9 Mio. € (Vorjahr: 1.571,4 Mio. €). Die entsprechenden Buchwerte dieser Anteile betragen 1.236,8 Mio. € (Vorjahr: 1.155,4 Mio. €).

Folgende at equity bewertete Unternehmen haben einen abweichenden Abschlussstichtag und werden mit ihren Jahresabschlusszahlen zum Stichtag 30. September 2008 einbezogen:

- Elektrizitätswerk Rheinau AG, Rheinau/Schweiz
- EVN AG, Maria Enzersdorf/Österreich

(14) Übrige finanzielle Vermögenswerte

Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen	Sonstige Beteiligungen[1,2]	Langfristige Wertpapiere[3]	Ausleihungen	Summe
Anschaffungskosten					
Stand: 01.01.2008	63,6	912,9	4.831,6	145,7	5.953,8
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0
Zugänge	14,0	161,8	2.654,5	32,1	2.862,4
Umbuchungen	1,6	-2,1	-304,6	-3,1	-308,2
Währungsanpassungen	0,0	4,5	0,0	1,3	5,8
Abgänge	-0,8	-135,9	-3.151,0	-56,7	-3.344,4
Stand: 31.12.2008	79,4	941,2	4.030,5	119,3	5.170,4
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2008	8,1	140,4	16,8	54,1	219,4
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3
Wertminderungen	2,5	1,9	89,1	0,0	93,5
Umbuchungen	0,0	-0,3	0,3	-0,1	-0,1
Währungsanpassungen	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,0
Abgänge	0,0	-56,6	0,0	-45,1	-101,7
Zuschreibungen	0,0	0,0	-1,3	0,0	-1,3
Stand: 31.12.2008	10,9	85,5	104,8	8,9	210,1
Buchwerte					
Stand: 31.12.2008	68,5	855,7	3.925,7	110,4	4.960,3
Anschaffungskosten					
Stand: 01.01.2007	64,1	774,7	5.229,7	187,9	6.256,4
Zugänge	6,5	168,5	2.919,3	9,1	3.103,4
Umbuchungen	0,3	6,9	-445,8	-26,8	-465,4
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-2,1	-9,4	0,0	-0,1	-11,6
Währungsanpassungen	0,0	-1,2	-0,1	-1,3	-2,6
Abgänge	-5,2	-26,6	-2.871,5	-23,1	-2.926,4
Stand: 31.12.2007	63,6	912,9	4.831,6	145,7	5.953,8
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2007	15,3	139,2	16,8	53,4	224,7
Wertminderungen	0,0	8,6	0,0	0,9	9,5
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-2,6	-7,2	0,0	0,0	-9,8
Währungsanpassungen	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1
Abgänge	-4,6	-0,2	0,0	-0,1	-4,9
Stand: 31.12.2007	8,1	140,4	16,8	54,1	219,4
Buchwerte					
Stand: 31.12.2007	55,5	772,5	4.814,8	91,6	5.734,4

[1] Von den Zugängen stammen 1,2 Mio. € (Vorjahr: 67,5 Mio. €), von den Abgängen 3,1 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) aus der Marktbewertung.
[2] Von den Buchwerten entfallen 195,3 Mio. € (Vorjahr: 110,6 Mio. €) auf Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.
[3] Von den Zugängen stammen 103,2 Mio. € (Vorjahr: 96,8 Mio. €), von den Abgängen 642,2 Mio. € (Vorjahr: 8,5 Mio. €) aus der Marktbewertung.

Bei den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich um aus Wesentlichkeitsgründen nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen.

Bei den langfristigen Wertpapieren handelt es sich vor allem um festverzinsliche Wertpapiere sowie um börsennotierte Aktien. Ein Großteil der langfristigen Wertpapiere wird in Spezialfonds gehalten. Im Rahmen der Konsolidierung werden die einzelnen Wertpapiere der Spezialfonds in der Konzernbilanz gesondert nach der jeweiligen Anlageart ausgewiesen.

Die Ausleihungen bestehen aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 1,3 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €), Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 21,0 Mio. € (Vorjahr: 22,4 Mio. €) sowie aus sonstigen Ausleihungen in Höhe von 88,1 Mio. € (Vorjahr: 68,9 Mio. €).

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte werden auf einem gesonderten Wertberichtigungskonto erfasst und sind aus dem Anlagespiegel ersichtlich.

(15) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Mio. €	31.12.2008			31.12.2007		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.181,5	400,7	3.582,2	2.108,7	372,6	2.481,3
davon gegen verbundene Unternehmen	(21,9)	(14,5)	(36,4)	(11,3)	(14,2)	(25,5)
davon gegen Beteiligungen	(48,5)	(4,9)	(53,4)	(36,5)	(4,1)	(40,6)
davon gegen at equity bewertete Unternehmen	(12,8)	(0,0)	(12,8)	(9,3)	(0,0)	(9,3)

Bei den langfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen im Zusammenhang mit Stromlieferungen, deren Laufzeiten nicht dem gewöhnlichen Geschäftszyklus entsprechen.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	2008	2007
Stand zum 01.01.	56,1	74,7
Verbrauch	-34,6	-52,4
Nettozuführungen	25,8	33,8
Stand zum 31.12.	**47,3**	**56,1**

Die in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthaltenen Kreditrisiken stellen sich wie folgt dar:

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Nicht überfällig und nicht wertgemindert	3.471,6	2.353,4
Überfällig und nicht wertgemindert		
3 Monate	37,9	65,4
3 Monate ≤ 6 Monate	3,8	7,8
6 Monate ≤ 1 Jahr	3,7	3,9
1 Jahr	7,3	6,0
Wertgemindert	57,9	44,8
Gesamt	**3.582,2**	**2.481,3**

Für die nicht wertgeminderten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen zum Bilanzstichtag keine Anzeichen eines Wertberichtigungsbedarfs vor.

(16) Ertragsteuererstattungsansprüche

Unter den kurz- und langfristigen Ertragsteuererstattungsansprüchen ist im Wesentlichen das Körperschaftsteuerguthaben aus der Umstellung auf das Halbeinkünfteverfahren nach dem Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000 durch die Neuregelung des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) vom 7. Dezember 2006 ausgewiesen.

Ferner sind anrechenbare Kapitalertragsteuern und anrechenbare Zinsabschlagsteuern aus Vorjahren sowie des laufenden Jahres enthalten.

(17) Sonstige Vermögenswerte

Mio. €	31.12.2008			31.12.2007		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Sonstige Steuererstattungsansprüche	122,4	0,0	122,4	33,7	0,0	33,7
Derivate	2.732,2	32,8	2.765,0	1.014,0	7,7	1.021,7
davon ohne Sicherungsbeziehung	(2.551,0)	(6,2)	(2.557,2)	(836,2)	(1,9)	(838,1)
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	(165,5)	(3,0)	(168,5)	(177,8)	(5,8)	(183,6)
davon in Sicherungsbeziehung Fair Value Hedge	(15,7)	(23,6)	(39,3)	(0,0)	(0,0)	(0,0)
Forderungen aus Finanzierungsleasing	7,5	37,6	45,1	7,9	48,3	56,2
Geleistete Anzahlungen	280,1	40,5	320,6	253,6	33,8	287,4
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	25,2	62,3	87,5	18,3	71,0	89,3
Übrige Vermögenswerte	632,8	30,9	663,7	398,1	19,0	417,1
Gesamt	**3.800,2**	**204,1**	**4.004,3**	**1.725,6**	**179,8**	**1.905,4**

Die Forderungen aus Finanzierungsleasing resultieren aus Verträgen zur Lieferung verschiedener Energiemedien wie Strom, Wärme, Kälte und Druckluft, bei denen das wirtschaftliche Eigentum der geleasten technischen Anlagen und Maschinen dem Leasingnehmer zuzurechnen ist. Die Leasingverträge beinhalten Preisanpassungsklauseln sowie Mietverlängerungs- und Kaufpreisoptionen, die nur von den entsprechenden Vertragsunternehmen ausgeübt werden können. Den Verträgen liegen folgende Parameter und Fristigkeiten zugrunde:

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Summe der Leasingraten	55,9	69,3
Zinsanteil der ausstehenden Leasingraten	10,8	13,1
Barwert der ausstehenden Leasingraten	**45,1**	**56,2**

Der Nominalwert der ausstehenden Leasingraten hat folgende Fälligkeiten:

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Fälligkeit < 1 Jahr	10,3	10,7
Fälligkeit 1–5 Jahre	30,8	39,6
Fälligkeit > 5 Jahre	14,8	19,0
Gesamt	**55,9**	**69,3**

Der Barwert der noch ausstehenden Leasingraten verteilt sich wie folgt:

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Fälligkeit < 1 Jahr	8,8	9,2
Fälligkeit 1–5 Jahre	25,3	32,9
Fälligkeit > 5 Jahre	11,0	14,1
Gesamt	**45,1**	**56,2**

Für ausstehende Forderungen aus Finanzierungsleasing bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €). Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 0,0 Mio. € (Vorjahr: 6,9 Mio. €) Forderungen auf Finanzierungsleasing zugeschrieben.

Die geleisteten Anzahlungen enthalten Anzahlungen für Strombezugsverträge in Höhe von 212,1 Mio. € (Vorjahr: 204,9 Mio. €). Von den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen 33,4 Mio. € (Vorjahr: 38,4 Mio. €) abgegrenzte Leasingraten.

Die übrigen Vermögenswerte enthalten Sicherheitsleistungen für außerbörsliche Handelsgeschäfte in Höhe von 239,5 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €).

Die Wertberichtigungen auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete sonstige Vermögenswerte entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	2008	2007
Stand zum 01.01.	28,7	52,2
Verbrauch	-0,4	-17,1
Nettozuführungen	7,2	-6,4
Stand zum 31.12.	**35,5**	**28,7**

Die Kreditrisiken der in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen Finanzinstrumente stellen sich wie folgt dar:

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Nicht überfällig und nicht wertgemindert	3.464,5	1.489,8
Überfällig und nicht wertgemindert		
3 Monate	0,1	0,1
3 Monate ≤ 6 Monate	0,0	0,1
6 Monate ≤ 1 Jahr	0,0	0,1
1 Jahr	0,1	0,0
Wertgemindert	0,4	0,5
Gesamt	**3.465,1**	**1.490,6**

Für die nicht wertgeminderten sonstigen Vermögenswerte liegen zum Bilanzstichtag keine Anzeichen eines Wertberichtigungsbedarfs vor.

(18) Vorratsvermögen

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	380,9	289,4
Kernbrennelemente (inkl. darauf geleistete Anzahlungen)	386,5	380,6
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	46,9	29,5
Fertige Erzeugnisse und Waren	34,0	25,1
Geleistete Anzahlungen	14,6	8,1
Gesamt	**862,9**	**732,7**

Es liegen keine Sicherungsübereignungen von Vorräten vor. Wesentliche langfristige Fertigungsaufträge, die eine Bilanzierung als langfristige Auftragsfertigung erfordern würden, sind nicht gegeben.

Im Berichtsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf die Vorräte in Höhe von 28,3 Mio. € (Vorjahr: 4,6 Mio. €) vorgenommen.

(19) Finanzielle Vermögenswerte

Die kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte enthalten im Wesentlichen Genussscheine sowie festverzinsliche Wertpapiere. Die übrigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte betreffen im Wesentlichen ausgegebene Darlehen. Aufgrund der Bewertung zum Marktwert ergaben sich im Geschäftsjahr Zuschreibungen in Höhe von 3,7 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) sowie Abschreibungen in Höhe von 3,1 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €).

Mio. €	2008	2007
Genussscheine, Fonds und Aktien	502,9	515,3
Übrige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	81,8	212,3
Gesamt	**584,7**	**727,6**

Insgesamt wurden kurzfristige finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 95,6 Mio. € (Vorjahr: 119,9 Mio. €) als Sicherheiten gestellt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sicherheiten für Börsengeschäfte, die sich entsprechend der Entwicklung des Handelsvolumens und der Marktpreisentwicklung verändern. Die gestellten Sicherheiten unterliegen einer marktüblichen Verzinsung. Diese Sicherheiten werden von den Börsen bei Nichterfüllung der durch die Börsengeschäfte resultierenden Verpflichtungen in Anspruch genommen.

(20) Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel betreffen fast ausschließlich Guthaben bei Kreditinstituten, die überwiegend als Termin- und Tagesgeld angelegt sind.

Von den flüssigen Mitteln entfallen 64,2 Mio. € (Vorjahr: 63,1 Mio. €) auf quotal konsolidierte Unternehmen.

Wesentliche Verfügungsbeschränkungen für Zahlungsmittel bestanden nicht.

(21) Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals und das Gesamtergebnis sind im Eigenkapitalspiegel gesondert dargestellt.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der EnBW AG beträgt 640.015.872,00 € (Vorjahr: 640.015.872,00 €) und ist in 250.006.200 (Vorjahr: 250.006.200) auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt, die voll eingezahlt sind. Die Stückaktien sind rechnerisch mit jeweils 2,56 €/Stück (Vorjahr: 2,56 €/Stück) am gezeichneten Kapital beteiligt.

Die Electricité de France International SA (EDFI) und der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) halten zum 31. Dezember 2008 jeweils direkt 45,01 % des Grundkapitals der EnBW AG (Vorjahr: 45,01 %).

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage sind die Beträge enthalten, die bei der Ausgabe von Aktien der EnBW AG über den rechnerischen Wert der Aktien hinaus erzielt wurden.

Gewinnrücklagen
Die Gewinnrücklagen enthalten die anteiligen Gewinnrücklagen der Muttergesellschaft und der sonstigen einbezogenen Gesellschaften nach dem Erstkonsolidierungszeitpunkt.

Bilanzgewinn der EnBW AG
Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 38,1 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €) sowie nach Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 576,4 Mio. € (Vorjahr: 200,0 Mio. €) ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 615,1 Mio. € (Vorjahr: 406,9 Mio. €). Der Vorstand wird der Hauptversammlung am 23. April 2009 vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine Dividende von 2,01 € (Vorjahr: 1,51 €) je Aktie auszuschütten. Zum 31. Dezember 2008 waren insgesamt 244.256.523 Aktien (Vorjahr: 244.256.523 Aktien) dividendenberechtigt. Die Ausschüttungssumme der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2008 wird bei entsprechendem Beschluss durch die Hauptversammlung 491,0 Mio. € (Vorjahr: 368,8 Mio. €) betragen.

In der Konzerneigenkapitalgliederung nach IFRS wurden für das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage die Ansätze der EnBW AG nach deutschem Handelsrecht übernommen. Der Bilanzgewinn der EnBW AG wird innerhalb der Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3
Die Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3 wurde in Zusammenhang mit den sukzessiv durchgeführten Erwerben der Stadtwerke Düsseldorf AG, der Erdgas Südwest GmbH sowie der GSW Gas- und Wärmeservice GmbH gebildet. Sie ermittelt sich aus den zwischen den Erwerbszeitpunkten eingetretenen Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Schulden gemäß der vor der Vollkonsolidierung gehaltenen Anteile.

Eigene Aktien
Zum 31. Dezember 2008 hält die EnBW AG 5.749.677 Stück eigene Aktien (Vorjahr: 5.749.677 Stück eigene Aktien), die im Einzelabschluss der EnBW AG zu 35,79 € (Vorjahr: 35,79 €) bewertet sind. Dies entspricht 2,3 % (Vorjahr: 2,3 %) des Grundkapitals.

Aus den unmittelbar und mittelbar gehaltenen eigenen Aktien stehen der Gesellschaft keine Rechte zu; sie sind nicht dividendenberechtigt. Die eigenen Aktien werden entsprechend den Regelungen der IFRS nicht als Wertpapiere ausgewiesen, sondern von den Gewinnrücklagen offen abgesetzt.

Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen
In den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen werden Marktwertänderungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, Marktwertänderungen von Cashflow Hedges, die direkt im Eigenkapital erfassten Werte für die Equity-Bewertung sowie Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung ausländischer Abschlüsse erfasst.

Hinsichtlich der erfolgsneutralen Veränderungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte sowie der Cashflow Hedges verweisen wir auf die Ausführungen zur Berichterstattung der Finanzinstrumente.

Anteile anderer Gesellschafter
Die Anteile anderer Gesellschafter zeigen den Anteilsbesitz Dritter an den Konzerngesellschaften. Die Anteile anderer Gesellschafter betreffen insbesondere ENSO Energie Sachsen Ost AG, Energiedienst-Gruppe, Stadtwerke Düsseldorf AG, GasVersorgung Süddeutschland GmbH und Erdgas Südwest GmbH.

(22) Rückstellungen

Für die Erläuterung der Rückstellungen im Anhang werden die in der Bilanz nach Fristigkeiten getrennt ausgewiesenen Rückstellungen wieder zusammengefasst betrachtet.

Mio. €[1]	31.12.2008			31.12.2007		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	216,0	3.913,7	4.129,7	203,9	3.871,8	4.075,7
Steuerrückstellungen	141,6	127,5	269,1	202,5	40,4	242,9
Rückstellungen für nicht vertragliche nukleare Verpflichtungen	81,4	3.629,3	3.710,7	18,4	3.280,6	3.299,0
Rückstellungen für vertragliche nukleare Verpflichtungen	66,5	1.106,2	1.172,7	108,0	1.199,1	1.307,1
Sonstige Rückstellungen	603,6	531,1	1.134,7	598,5	597,2	1.195,7
Sonstige Stromrückstellungen	(221,7)	(24,3)	(246,0)	(227,1)	(27,6)	(254,7)
Personalrückstellungen	(73,0)	(169,1)	(242,1)	(87,2)	(193,9)	(281,1)
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	(43,7)	(306,2)	(349,9)	(49,2)	(312,0)	(361,2)
Übrige Rückstellungen	(265,2)	(31,5)	(296,7)	(235,0)	(63,7)	(298,7)
Gesamt	**1.109,1**	**9.307,8**	**10.416,9**	**1.131,3**	**8.989,1**	**10.120,4**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden entsprechend den bestehenden Versorgungszusagen für Anwartschaften und laufende Leistungen an die berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeiter sowie die Hinterbliebenen gebildet. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um leistungsorientierte Versorgungspläne. Zusätzlich erhalten die Mitarbeiter eine Zusage über eine Energiepreisermäßigung in der Rentenzeit.

Die Zusagen bemessen sich vor allem nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie der Vergütung der Mitarbeiter. Darüber hinaus werden leistungsorientierte Zusagen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung über Multi-Employer Plans gewährt. Die Beitragszahlung an die Zusatzversorgungskasse erfolgt in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Arbeitsentgelts des Arbeitnehmers.

Die Höhe der Rückstellungen der leistungsorientierten Zusagen entspricht dem Barwert der künftig erwarteten Verpflichtungen, korrigiert um die noch nicht amortisierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Methoden. Es wurde Planvermögen gemäß IAS 19.7 geschaffen, das ausschließlich zur Deckung von Pensionsverpflichtungen verwendet und von den Pensionsverpflichtungen abgesetzt wird.

Die wesentlichen Parameter (Durchschnittswerte) der Berechnung der leistungsorientierten Versorgungszusagen für die inländischen Gesellschaften sind nachfolgend dargestellt:

	31.12.2008	31.12.2007
Diskontierungszins	6,00 %	5,25 %
Künftig erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	3,00 %	2,50 %
Künftig erwarteter Rentenanstieg	2,40 %	2,25 %
Fluktuationsrate	2,00 %	2,00 %
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,50 %	5,50 %

Den Berechnungen liegen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Der Aufwand für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €[1]	2008	2007
Pensionsaufwand		
Aufwand für im Berichtsjahr verdiente Versorgungsansprüche	55,4	80,4
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0,1	0,1
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	0,7	12,0
Erwarteter Ertrag aus dem Planvermögen	-5,2	-5,3
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	210,4	200,5
Gesamt	**261,4**	**287,7**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Der Barwert der Versorgungsansprüche für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen lässt sich zum bilanzierten Wert der Versorgungsansprüche wie folgt überleiten:

Mio. €[1]	31.12.2008	31.12.2007
Anwartschaftsbarwert aller Versorgungsansprüche	3.952,0	4.244,7
davon intern finanzierte Versorgungsansprüche	(3.748,0)	(4.028,9)
davon extern finanzierte Versorgungsansprüche	(204,0)	(215,8)
Marktwert des Planvermögens	-91,7	-105,4
Überdeckung aus den Versorgungsansprüchen	1,7	3,5
Noch nicht verrechnete versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	267,7	-67,1
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**4.129,7**	**4.075,7**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Entwicklung des Planvermögens in Mio. €	2008	2007
Marktwert des Planvermögens zu Beginn des Geschäftsjahres	105,4	105,6
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	5,2	5,3
Vermögensübertragungen	0,2	2,8
Auszahlung an Begünstigte	-8,0	-7,5
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-11,1	-0,8
Marktwert des Planvermögens zum Ende des Geschäftsjahres	**91,7**	**105,4**

Die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen betrugen -5,9 Mio. € (Vorjahr: 4,2 Mio. €).

Erfahrungsbedingte Anpassungen in Mio. €	2008	2007	2006	2005
Anwartschaftsbarwert der Versorgungsansprüche	-53,1	-31,9	-22,7	29,6
Marktwert des Planvermögens	-11,1	-0,8	-1,8	-0,1

Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Anwartschaftsbarwerts der Versorgungsansprüche, die nicht durch Prämissenänderung entstanden, sind ein Teil der in der jeweiligen Periode neu entstandenen versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste. Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Marktwerts des Planvermögens entsprechen den in der jeweiligen Periode neu entstandenen versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten.

Zusammensetzung des Planvermögens in %	31.12.2008	31.12.2007
Aktien	12,6	22,9
Festverzinsliche Wertpapiere	65,8	57,3
Sonstige Vermögenswerte	21,6	19,8
	100,0	**100,0**

Das Anlageziel für das ausgelagerte Pensionsvermögen ist die fristenkongruente Abdeckung der Versorgungsansprüche. Das Planvermögen enthält weder Aktien von EnBW-Konzernunternehmen noch selbst genutzte Immobilien. Die Anlagestrategie berücksichtigt die Fälligkeitsstruktur und den Umfang der Versorgungsansprüche. Die durchschnittliche Rendite betrug -5,7 % (Vorjahr: 4,0 %). Die erwartete Rendite lag bei 5,5 % (Vorjahr: 5,5 %). Der Bestimmung der erwarteten Rendite liegen Asset-Prognosen der jeweiligen Asset-Klassen sowie Bankgespräche zugrunde. Die Prognosen basieren auf Erfahrungswerten und Wirtschaftsdaten.

Entwicklung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung in Mio. €[1]	2008	2007
Anwartschaftsbarwert aller Versorgungsansprüche zu Beginn des Geschäftsjahres	4.244,7	4.590,3
Aufwand für im Berichtsjahr verdiente Versorgungsansprüche	55,4	80,4
davon Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(0,0)	(0,0)
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	210,4	200,5
davon Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(0,0)	(0,0)
Auszahlung an Begünstigte	-214,6	-208,7
Versicherungsmathematische Gewinne(-)/Verluste(+)	-345,2	-420,1
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0,0	0,1
Änderung des Konsolidierungskreises und Währungsanpassungen	-0,1	0,0
Umbuchungen	1,4	13,5
Umbuchungen in Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten	0,0	-11,3
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung zum Ende des Geschäftsjahres	**3.952,0**	**4.244,7**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung unterteilt sich wie folgt in vermögensgedeckte und nicht vermögensgedeckte Versorgungsansprüche:

Mio. €[1]	31.12.2008	31.12.2007
Versorgungsansprüche mit Vermögensdeckung	204,0	215,8
Vollständige Vermögensdeckung	(92,3)	(98,6)
Teilweise Vermögensdeckung	(111,7)	(117,2)
Versorgungsansprüche ohne Vermögensdeckung	3.748,0	4.028,9

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Der Barwert der Versorgungsansprüche, der Marktwert des Planvermögens und der Überschuss beziehungsweise Fehlbetrag des Plans entwickelten sich seit 2005 wie folgt:

Mio. €[1]	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
Barwert der Versorgungsansprüche	3.952,0	4.244,7	4.590,3	4.614,0
Marktwert des Planvermögens	-91,7	-105,4	-105,6	-101,2
Überschuss bzw. Fehlbetrag des Plans	3.860,3	4.139,3	4.484,7	4.512,8

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Multi-Employer Plans

Die Multi-Employer Plans, bei denen es sich um leistungsorientierte Versorgungspläne handelt, werden als beitragsorientierte Pläne bilanziert, da eine korrekte Aufteilung der Verpflichtungen beziehungsweise der Vermögenswerte auf die partizipierenden Unternehmen nicht möglich ist. Der Aufwand aus leistungsorientierten Pensionszusagen über Multi-Employer Plans belief sich auf 12,7 Mio. € (Vorjahr: 8,3 Mio. €). Mögliche künftige Beitragssteigerungen aus nicht ausfinanzierten Versorgungsverpflichtungen werden keinen wesentlichen Einfluss auf den EnBW-Konzern haben. Im Geschäftsjahr 2006 wurden zusätzlich 18,4 Mio. € für die Jahre 2006 bis 2015 an die Zusatzversorgungskasse gezahlt, wodurch sich in der Berichtsperiode ein zusätzlicher Aufwand in Höhe von 2,2 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) ergibt.

Die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung beliefen sich im Jahr 2008 auf 89,9 Mio. € (Vorjahr: 91,6 Mio. €).

Die Restlaufzeit der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie der Rückstellungen im Kernenergiebereich beträgt durchschnittlich mehr als zehn Jahre.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Ertragsteuern wie die Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag sowie für die Gewerbesteuer.

Rückstellungen im Kernenergiebereich

Die Rückstellungen im Kernenergiebereich sind für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Betriebsabfälle sowie für die Stilllegung und den Rückbau der kontaminierten Anlagenteile gebildet.

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Stilllegung und Rückbau	2.933,9	2.734,3
Brennelementeentsorgung	1.763,1	1.717,6
Betriebsabfälle	186,4	154,2
Gesamt	**4.883,4**	**4.606,1**

Die Rückstellungen basieren insgesamt auf öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und Auflagen in den Betriebsgenehmigungen.

Soweit in Erfüllung dieser öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen noch keine zivilrechtlichen Verträge zum Bilanzstichtag abgeschlossen waren, erfolgte die Bewertung der Rückstellungen auf Basis externer Gutachten und Kostenschätzungen (nicht vertragliche nukleare Verpflichtungen). Dies ist im Wesentlichen bei den im Stilllegungsbereich erwarteten Kosten des Nachbetriebs der Anlage, der Demontage und Entsorgung der nuklearen Anlagenteile der Fall sowie bei den eigentlichen Kosten der Endlagerung. Im Bereich der Entsorgung von Brennelementen handelt es sich bei dem nicht vertraglichen Anteil überwiegend um die Kosten für eine endlagergerechte Konditionierung, die Transportkosten, die Kosten für die Beschaffung von Endlagerbehältern sowie die Kosten für die eigentliche Endlagerung.

Darüber hinaus ist die Bewertung eines Teils der Rückstellungen bereits durch zivilrechtliche Verträge konkretisiert (vertragliche nukleare Verpflichtungen). Dies sind zum einen die Personalkosten für Eigenpersonal, soweit dies voraussichtlich mit der Stilllegung befasst sein wird. Im Rahmen der Entsorgung von Brennelementen handelt es sich zum anderen im Wesentlichen um die ausstehenden Kosten für die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente, die Kosten der dezentralen Zwischenlagerung in Standortnähe und der zentralen Zwischenlagerung in den Zwischenlagern Gorleben und Ahaus sowie um die Kosten für Transport und Beschaffung von Behältern.

Rückstellungsspiegel in Mio. €[1]	Stand 01.01.2008	Zuführung	Auflösung	
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.075,7	54,5	0,0	
Steuerrückstellungen	242,9	233,6	32,4	
Rückstellungen im Kernenergiebereich	4.606,1	188,1	111,9	
Sonstige Rückstellungen	1.195,7	287,6	58,0	
Sonstige Stromrückstellungen	(254,7)	(91,5)	(20,2)	
Personalrückstellungen	(281,1)	(39,4)	(8,9)	
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	(361,2)	(25,8)	(8,2)	
Übrige Rückstellungen	(298,7)	(130,9)	(20,7)	
Gesamt	**10.120,4**	**763,8**	**202,3**	

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau der kontaminierten Anlagenteile werden zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme mit dem abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt. Dieser wird korrespondierend unter den Erzeugungsanlagen ausgewiesen und planmäßig abgeschrieben. Er beträgt 246,3 Mio. € (Vorjahr: 229,9 Mio. €). Schätzänderungen in Zusammenhang mit der Änderung der Annahmen zur künftigen Kostenentwicklung wurden erfolgsneutral durch Anpassung der korrespondierenden Bilanzposten in Ansatz gebracht. Die Ermittlung der Kosten der Stilllegung und des Abbaus der Anlagen basiert auf dem Szenario der unmittelbaren Beseitigung der Anlagen.

Die Rückstellungen im Kernenergiebereich werden in Höhe des Barwerts der erwarteten künftigen Verpflichtungen berechnet und jährlich aufgezinst. Der Diskontierungszins zur Berechnung der Rückstellungen beträgt unverändert 5,5 %.

Die bei den Rückstellungen im Kernenergiebereich berücksichtigten geleisteten Anzahlungen an Wiederaufarbeitungsunternehmen und an das Bundesamt für Strahlenschutz betragen 451,9 Mio. € (Vorjahr: 444,4 Mio. €). Die Zahlungen an das Bundesamt für Strahlenschutz erfolgen auf Basis der Endlagervorausleistungsverordnung für die Errichtung der Endlager Gorleben und Konrad.

	Aufzinsung	Erfolgsneutrale Veränderungen	Änderungen im Konsolidierungskreis, Währungsanpassungen, Umbuchungen	Inanspruchnahme	Stand 31.12.2008
	210,2	0,0	1,3	212,0	4.129,7
	0,0	0,0	-3,8	171,2	269,1
	254,8	55,2	-1,4	107,5	4.883,4
	23,5	-3,4	24,7	335,4	1.134,7
	(0,5)	(-3,4)	(-5,7)	(71,4)	(246,0)
	(8,4)	(0,0)	(-0,2)	(77,7)	(242,1)
	(13,8)	(0,0)	(8,8)	(51,5)	(349,9)
	(0,8)	(0,0)	(21,8)	(134,8)	(296,7)
	488,5	**51,8**	**20,8**	**826,1**	**10.416,9**

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Stromrückstellungen betreffen Verpflichtungen aus den CO_2-Emissionsrechten, dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und der konventionellen Strom- und Brennstoffbeschaffung.

Die Personalrückstellungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen, Jubiläumsverpflichtungen sowie Restrukturierungsmaßnahmen.

Die sonstigen Rückstellungen werden mit einem Zinssatz von durchschnittlich 4,50 % bis 4,75 % (Vorjahr: 5,25 %) diskontiert.

(23) Latente Steuern

Die latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede der fortzuführenden Aktivitäten zur Steuerbilanz setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €[1]	31.12.2008		31.12.2007	
	Aktive latente Steuern[2]	Passive latente Steuern[2]	Aktive latente Steuern[2]	Passive latente Steuern[2]
Langfristige Vermögenswerte	132,3	2.346,1	68,9	2.394,5
Kurzfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	182,5	889,5	294,4	400,2
Langfristige Schulden	1.005,5	536,6	904,5	535,2
Kurzfristige Schulden	931,2	135,7	372,5	78,1
Verlustvorträge	53,7		156,9	
Zwischensumme	**2.305,2**	**3.907,9**	**1.797,2**	**3.408,0**
Saldierung	-2.276,5	-2.276,5	-1.791,2	-1.791,2
Gesamt	**28,7**	**1.631,4**	**6,0**	**1.616,8**

[1] Vorjahreszahlen angepasst. Zur besseren Darstellung der unsaldierten Bewertungsunterschiede zwischen IFRS-Konzernbilanz und Steuerbilanz im Anhang wurde auch für Zwecke der Steuerbilanz eine Konsolidierung vorgenommen.
[2] Aktive und passive latente Steuern jeweils vor Saldierung.

Im Jahr 2008 wurden 2.276,5 Mio. € (Vorjahr angepasst: 1.791,2 Mio. €) aktive latente Steuern mit passiven latenten Steuern saldiert.

Es werden nur auf die Verlustvorträge, von deren Nutzbarkeit mit ausreichender Sicherheit ausgegangen werden kann, latente Steueransprüche gebildet. Steuerliche Verlustvorträge haben die tatsächliche Steuerbelastung in der Berichtsperiode um 110,5 Mio. € (Vorjahr: 134,4 Mio. €) gemindert. Bisher noch nicht genutzte Verlustvorträge, für die in der Bilanz kein latenter Steueranspruch angesetzt wurde, bestanden in Höhe von 40,7 Mio. € für Körperschaftsteuer und 71,1 Mio. € für Gewerbesteuer (Vorjahr: 54,3 Mio. € für Körperschaftsteuer und 91,4 Mio. € für Gewerbesteuer). Die vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge sind unbegrenzt vortragbar. Nach dem Steuervergünstigungsabbaugesetz sind seit 2004 nur noch 60 % des 1 Mio. € übersteigenden Betrags des laufenden steuerlichen Einkommens mit Verlustvorträgen verrechenbar.

Die latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Körperschaftsteuer (oder vergleichbare ausländische Steuer)	49,8	107,9
Gewerbesteuer	3,9	49,0
Gesamt	**53,7**	**156,9**

Mit den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals wurden insgesamt 17,8 Mio. € latente Steueransprüche (Vorjahr: 28,3 Mio. € latente Steuerschulden) erfolgsneutral verrechnet.

(24) Verbindlichkeiten und Zuschüsse

Für die Erläuterung der Verbindlichkeiten und Zuschüsse im Anhang werden die in der Bilanz nach Fristigkeiten getrennt ausgewiesenen Posten wieder zusammengefasst betrachtet.

Mio. €[1]	31.12.2008	31.12.2007
Langfristige Verbindlichkeiten	5.382,7	3.842,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten	8.193,2	5.113,6
Verbindlichkeiten	**13.575,9**	**8.955,7**
Langfristige Zuschüsse	1.634,3	1.649,1
Kurzfristige Zuschüsse	83,3	84,2
Zuschüsse	**1.717,6**	**1.733,3**
Langfristige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	7.017,0	5.491,2
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	8.276,5	5.197,8
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	**15.293,5**	**10.689,0**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Verbindlichkeiten Mio. €[1]	31.12.2008	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	31.12.2007
Anleihen	4.142,9	0,0	2.232,7	1.910,2	2.478,2
Commercial Paper	0,0	0,0	0,0	0,0	199,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	556,4	287,5	114,7	154,2	546,9
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	620,5	107,2	349,1	164,2	727,9
Finanzverbindlichkeiten	**5.319,8**	**394,7**	**2.696,5**	**2.228,6**	**3.952,5**
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	211,9	103,6	74,9	33,4	165,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.409,4	3.400,5	8,9	0,0	2.329,0
davon Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(12,4)	(12,4)	(0,0)	(0,0)	(8,2)
davon Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(122,8)	(113,9)	(8,9)	(0,0)	(106,9)
davon Verbindlichkeiten gegenüber at equity bewerteten Unternehmen	(9,8)	(9,8)	(0,0)	(0,0)	(2,7)
Sonstige Rechnungsabgrenzungen	200,7	57,3	143,4	0,0	173,4
Verbindlichkeiten aus Derivaten	2.874,4	2.871,5	2,9	0,0	910,5
davon ohne Sicherungsbeziehung	(2.623,7)	(2.620,8)	(2,9)	(0,0)	(811,2)
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	(243,6)	(243,6)	(0,0)	(0,0)	(79,1)
davon in Sicherungsbeziehung Fair Value Hedge	(7,1)	(7,1)	(0,0)	(0,0)	(20,2)
Sonstige Verbindlichkeiten	1.559,7	1.365,6	45,0	149,1	1.425,3
davon aus Ertragsteuern	(13,0)	(12,3)	(0,0)	(0,7)	(7,0)
davon Zinsen aus Steuernachzahlungen	(1,0)	(0,0)	(1,0)	(0,0)	(20,0)
davon aus sonstigen Steuern	(151,8)	(151,8)	(0,0)	(0,0)	(271,9)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(30,7)	(18,3)	(5,9)	(6,5)	(30,4)
Gesamt	**13.575,9**	**8.193,2**	**2.971,6**	**2.411,1**	**8.955,7**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die Finanzverbindlichkeiten haben sich im Geschäftsjahr 2008 um 1.367,3 Mio. € erhöht (Vorjahr: um 1.157,6 Mio. € reduziert).

Die EnBW International Finance B.V. hat die am 25. Februar 2008 fällige 400 Mio. CHF-Anleihe im Teilbetrag von 300 Mio. CHF refinanziert. Darüber hinaus wurden bei der EnBW International Finance B.V. unter dem etablierten Debt-Issuance-Programm am 20. November 2008 eine öffentliche Anleihe in Höhe von 750 Mio. € mit einer Laufzeit von fünf Jahren und eine weitere öffentliche Anleihe in Höhe von 750 Mio. € mit einer Laufzeit von zehn Jahren aufgenommen. Am 16. Dezember 2008 wurde eine Privatplatzierung in Höhe von 20 Mrd. Yen mit einer Laufzeit von 30 Jahren emittiert. Diese wurde bei Abschluss mit einem Währungsswapgeschäft in Euro getauscht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, bei denen es sich überwiegend um bilaterale Kreditvereinbarungen handelt, wurden bei der EnBW AG und den Tochtergesellschaften im Jahresverlauf planmäßig getilgt. Neue Aufnahmen bei den Tochtergesellschaften haben jedoch insgesamt zu einem geringfügigen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Jahr 2008 geführt.

Unter der Position „sonstige Finanzverbindlichkeiten" sind insbesondere langfristige Finanzierungsleasingverträge enthalten, die im Jahresverlauf weiter zurückgeführt wurden.

Die Fälligkeitsstruktur unserer Finanzverbindlichkeiten ergibt sich wie folgt:

Mio. €	Fälligkeit 2009	Fälligkeit 2010	Fälligkeit 2011	Fälligkeit 2012	Fälligkeit 2013	Fälligkeit nach 2013	Summe
Anleihen	0,0	217,2	0,0	1.074,6	940,9	1.910,2	4.142,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	287,5	49,7	56,3	4,6	4,1	154,2	556,4
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	107,2	110,0	87,5	78,6	73,0	164,2	620,5
Finanzverbindlichkeiten	**394,7**	**376,9**	**143,8**	**1.157,8**	**1.018,0**	**2.228,6**	**5.319,8**

Die Struktur der wesentlichen Anleihen stellt sich wie folgt dar:

Emittent	Emissionsvolumen	Buchwerte	Coupon	Fälligkeit
EnBW International Finance B.V.	150 Mio. €	149,8 Mio. €	5,000 %	06.09.2010
EnBW International Finance B.V.	1.000 Mio. €	997,4 Mio. €	5,875 %	28.02.2012
EnBW International Finance B.V.	300 Mio. CHF	204,1 Mio. €[1]	3,125 %	25.02.2013
EnBW International Finance B.V.	750 Mio. €	746,6 Mio. €	6,000 %	20.11.2013
EnBW International Finance B.V.	500 Mio. €	495,1 Mio. €	4,250 %	19.10.2016
EnBW International Finance B.V.	750 Mio. €	745,3 Mio. €	6,875 %	20.11.2018
EnBW International Finance B.V.	500 Mio. €	510,8 Mio. €[1]	4,875 %	16.01.2025
EnBW International Finance B.V.	20 Mrd. Yen	159,2 Mio. €	3,880 %	16.12.2038
Diverse		134,6 Mio. €		
Summe Anleihen		**4.142,9 Mio. €**		

[1] Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

Bei den ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich zum überwiegenden Teil um bilaterale Kreditvereinbarungen.

Wie im Vorjahr verfügte die EnBW AG zum 31. Dezember 2008 über eine vollständig ungenutzte fest zugesagte syndizierte Kreditlinie in Höhe von 2,5 Mrd. €. Darüber hinaus verfügte die EnBW AG über eine neu im Geschäftsjahr 2008 fest zugesagte langfristige Kreditlinie in Höhe von 500 Mio. € für den Neubau des Steinkohlekraftwerks RDK 8, die zum 31. Dezember 2008 noch nicht beansprucht war. Zusätzlich waren weitere 253 Mio. € (Vorjahr: 340 Mio. €) bilaterale freie Kreditlinien im Konzern vorhanden.

Die durchschnittliche Verzinsung der Finanzverbindlichkeiten hat sich zum 31. Dezember 2008 wie folgt entwickelt:

Durchschnittliche Verzinsung in %	31.12.2008	31.12.2007
Bankverbindlichkeiten	4,1	4,1
Anleihen	5,5	4,9
Commercial Paper	-	4,6
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	4,6	4,6
Summe Finanzverbindlichkeiten	**5,2**	**4,7**

Die durchschnittliche Verzinsung der Finanzverbindlichkeiten hat sich 2008 im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Wesentliche Ursache hierfür sind die im Jahr 2008 getätigten Anleiheemissionen unter dem Debt-Issuance-Programm, deren Zinscoupons wegen der Kapitalmarktsituation mit deutlich gestiegenen Credit Spreads zu einem Anstieg der durchschnittlichen Verzinsung geführt haben.

Für den Großteil der Finanzverbindlichkeiten bestehen weiterhin langfristig fixierte Zinsvereinbarungen.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 19,5 Mio. € (Vorjahr: 19,7 Mio. €) durch Grundpfandrechte gesichert.

Die sonstigen Finanzverbindlichkeiten beinhalten im Geschäftsjahr 2008 vor allem Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen. Die Mindestleasingzahlungen aus derartigen Verträgen haben folgende Fälligkeiten:

Mio. €	Nominalwert		Barwert	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Fälligkeit < 1 Jahr	106,3	103,0	102,4	98,8
Fälligkeit 1–5 Jahre	417,0	413,3	334,4	329,8
Fälligkeit > 5 Jahre	179,1	283,7	114,9	176,1
Gesamt	**702,4**	**800,0**	**551,7**	**604,7**

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen nicht konsolidierte verbundene Unternehmen. In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verpflichtungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 2.232,2 Mio. € (Vorjahr: 1.125,1 Mio. €) enthalten. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen potenzielle Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Optionen von Minderheitsgesellschaftern bereits vollkonsolidierter Unternehmen in Höhe von 514,4 Mio. € (Vorjahr angepasst: 428,9 Mio. €), Verbindlichkeiten aus Steuern einschließlich Zinsen aus Steuernachzahlungen in Höhe von 165,8 Mio. € (Vorjahr: 298,9 Mio. €), Sicherheitsleistungen für außerbörsliche Handelsgeschäfte in Höhe von 151,9 Mio. € (Vorjahr: 64,9 Mio. €) sowie Zinsverpflichtungen aus Anleihen in Höhe von 95,4 Mio. € (Vorjahr: 83,7 Mio. €).

Zuschüsse
Die Zuschüsse beinhalten Investitionszulagen, Baukosten- und Investitionskostenzuschüsse.

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Investitionszulagen	12,8	15,9
Investitionskostenzuschüsse	31,5	33,7
Baukostenzuschüsse	1.673,3	1.683,7
Gesamt	**1.717,6**	**1.733,3**

Die Investitionszulagen wurden entsprechend § 4a InvZulG gewährt.

Die noch nicht ertragswirksam gewordenen Baukostenzuschüsse wurden überwiegend für Investitionen im Strom- und Gasbereich gezahlt, wobei die bezuschussten Vermögenswerte im Eigentum der EnBW-Konzerngesellschaften verbleiben.

Die Auflösung der Zuschüsse erfolgt entsprechend den angenommenen Nutzungsdauern der betroffenen Vermögensgegenstände. Vom Gesamtbetrag der Zuschüsse werden 1.634,3 Mio. € (Vorjahr: 1.649,1 Mio. €) später als innerhalb eines Jahres ertragswirksam.

(25) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte sowie Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten

Die in der Konzernbilanz zusammengefasst ausgewiesenen Vermögenswerte und Schulden untergliedern sich wie folgt:

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	3,1	0,3
Zur Veräußerung gehaltene Investment Properties	0,9	3,1
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	**4,0**	**3,4**
Langfristige Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten	0,0	0,0
Kurzfristige Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten	0,0	7,9
Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten	**0,0**	**7,9**

Die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte betreffen Grundstücke, Gebäude und Verteilungsanlagen. Die Schulden der nicht fortzuführenden Aktivitäten zum 31. Dezember 2007 beinhalten die Abwicklung bereits verkaufter Geschäftsbereiche.

Das in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesene Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten untergliedert sich wie folgt:

Mio. €	2008	2007
Umsatzerlöse	0,0	97,2
Sonstige Erträge	0,0	98,5
Sonstige Aufwendungen	0,0	-97,1
Abschreibungen	0,0	-5,8
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	0,0	0,0
Übriges Beteiligungsergebnis	0,0	-13,0
Finanzerträge	0,0	0,0
Finanzaufwendungen	0,0	-1,6
Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert	0,0	0,0
Ergebnis aus dem Abgang von Vermögenswerten	0,0	32,9
Ergebnis vor Ertragsteuern	0,0	111,1
Ertragsteuern aus dem laufenden Ergebnis	0,0	-13,2
Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten	0,0	97,9
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(0,0)	(0,0)
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(0,0)	(97,9)

In der Berichtsperiode ergaben sich Mittelzuflüsse aus Einzahlungen aus dem Verkauf vollkonsolidierter Unternehmen in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 73,6 Mio. €).

Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten

Zu den Finanzinstrumenten zählen originäre Finanzinstrumente und Derivate.

Die originären Finanzinstrumente umfassen auf der Aktivseite die finanziellen Vermögenswerte, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die sonstigen Vermögenswerte und die flüssigen Mittel. Auf der Passivseite umfassen sie die Finanzverbindlichkeiten, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die übrigen Verbindlichkeiten.

Beizulegende Zeitwerte und Buchwerte von Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien

Die nachfolgende Tabelle stellt die beizulegenden Zeitwerte sowie Buchwerte der in den einzelnen Bilanzpositionen enthaltenen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten dar:

Aktiva per 31.12.2008

Mio. €		Buchwerte nach Bewertungskategorien			
	Beizulegender Zeitwert	Zu Handelszwecken gehalten	Zur Veräußerung verfügbar	Bis zur Endfälligkeit gehalten	Kredite und Forderungen
Finanzielle Vermögenswerte[1]	5.566,8	152,4	4.097,7	1.102,8	192,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.582,2				3.582,2
Sonstige Vermögenswerte	3.465,1	2.557,2			655,0
Flüssige Mittel	3.084,5				3.084,5
Summe	**15.698,6**	**2.709,6**	**4.097,7**	**1.102,8**	**7.513,8**

Passiva per 31.12.2008

Mio. €		Buchwerte nach Bewertungskategorien	
	Beizulegender Zeitwert	Zu Handelszwecken gehalten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten
Finanzverbindlichkeiten	5.433,5		4.768,1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	594,0		594,0
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	3.544,5	2.623,7	670,1
Summe	**9.572,0**	**2.623,7**	**6.032,2**

[1] Der Buchwert der zu Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumente beträgt zum Bilanzstichtag 604,8 Mio. €.

				Bilanz	
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwendungsbereich von IFRS 7	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
			5.545,0	4.960,3	584,7
			3.582,2	400,7	3.181,5
207,8	45,1	539,2	4.004,3	204,1	3.800,2
			3.084,5		3.084,5
207,8	**45,1**	**539,2**	**16.216,0**	**5.565,1**	**10.650,9**

				Bilanz	
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwendungsbereich von IFRS 7	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
	551,7		5.319,8	4.925,1	394,7
		2.815,4	3.409,4	8,9	3.400,5
250,7		3.006,8	6.551,3	2.082,3	4.469,0
250,7	**551,7**	**5.822,2**	**15.280,5**	**7.016,3**	**8.264,2**

Aktiva per 31.12.2007

Mio. €		Buchwerte nach Bewertungskategorien			
	Beizulegender Zeitwert	Zu Handelszwecken gehalten	Zur Veräußerung verfügbar	Bis zur Endfälligkeit gehalten	Kredite und Forderungen
Finanzielle Vermögenswerte[1]	6.434,0	171,5	4.875,9	1.110,7	303,9
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.481,3				2.481,3
Sonstige Vermögenswerte	1.490,6	838,1			412,7
Flüssige Mittel	1.317,8				1.317,8
Summe	**11.723,7**	**1.009,6**	**4.875,9**	**1.110,7**	**4.515,7**

Passiva per 31.12.2007

Mio. €[2]		Buchwerte nach Bewertungskategorien	
	Beizulegender Zeitwert	Zu Handelszwecken gehalten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten
Finanzverbindlichkeiten	3.946,1		3.347,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	649,1		649,1
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	1.421,4	811,2	510,9
Summe	**6.016,6**	**811,2**	**4.507,8**

[1] Der Buchwert der zu Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumente beträgt zum Bilanzstichtag 470,3 Mio. €.
[2] Vorjahreswerte angepasst.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt anhand der am Bilanzstichtag veröffentlichten Marktwerte sowie der nachfolgend beschriebenen Methoden einschließlich der zugrunde gelegten Prämissen.

Finanzielle Vermögenswerte

Der beizulegende Zeitwert originärer Finanzinstrumente der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten" entspricht dem am Bilanzstichtag gültigen Börsenkurs.

Für Finanzinstrumente, die der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar" zugeordnet sind, wird der beizulegende Zeitwert grundsätzlich anhand von Börsenkursen ermittelt. Sofern mangels Vorliegen eines aktiven Markts der beizulegende Zeitwert für bestimmte Eigenkapitalinstrumente nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind diese zu Anschaffungskosten bewertet.

				Bilanz	
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwendungsbereich von IFRS 7	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
			6.462,0	5.734,4	727,6
			2.481,3	372,6	2.108,7
183,6	56,2	414,8	1.905,4	179,8	1.725,6
			1.317,8		1.317,8
183,6	**56,2**	**414,8**	**12.166,5**	**6.286,8**	**5.879,7**

				Bilanz	
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwendungsbereich von IFRS 7	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
	604,7		3.952,5	3.364,2	588,3
		1.679,9	2.329,0	5,7	2.323,3
99,3		2.979,1	4.400,5	2.120,6	2.279,9
99,3	**604,7**	**4.659,0**	**10.682,0**	**5.490,5**	**5.191,5**

Bei den Finanzinvestitionen der Kategorie „bis zur Endfälligkeit gehalten“ handelt es sich um börsennotierte Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert wird anhand des Börsenkurses zum Bilanzstichtag abgeleitet und beträgt zum 31. Dezember 2008 insgesamt 1.124,6 Mio. € (Vorjahr: 1.082,7 Mio. €).

Für Ausleihungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, gibt es keine liquiden Märkte. Für kurzfristige Ausleihungen wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Ausleihungen wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt. Sofern diese Ausleihungen variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen mit Restlaufzeiten von über einem Jahr werden mit ihrem Barwert in der Bilanz ausgewiesen.

Sonstige Vermögenswerte

Für Derivate werden die beizulegenden Zeitwerte anhand von Börsenkursen oder anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt:

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Derivate mit positivem Marktwert	2.765,0	1.021,7
davon aus Börsenkursen abgeleitet	(0,0)	(15,3)
davon nach anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt	(2.765,0)	(1.006,4)

Der beizulegende Zeitwert für Forderungen aus Finanzierungsleasing wird durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Für kurzfristige übrige sonstige Vermögenswerte wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige übrige sonstige Vermögenswerte wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt. Sofern diese Vermögenswerte variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Flüssige Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente haben kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert.

Finanzverbindlichkeiten

Der beizulegende Zeitwert der kapitalmarktnotierten Anleihen entspricht den Nominalwerten multipliziert mit den Kursnotierungen zum Abschlussstichtag.

Für kurzfristige Finanzverbindlichkeiten wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Finanzverbindlichkeiten wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig zu entrichtenden Cashflows ermittelt. Sofern diese Finanzverbindlichkeiten variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert. Der Zeitwert der Anleihen zum 31. Dezember 2008 beträgt 4.245,0 Mio. € (Vorjahr: 2.470,6 Mio. €), der Zeitwert der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 568,0 Mio. € (Vorjahr: 548,1 Mio. €).

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert.

Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse

Für Derivate werden die beizulegenden Zeitwerte anhand von Börsenkursen oder anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt:

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Derivate mit negativem Marktwert	2.874,4	910,5
davon aus Börsenkursen abgeleitet	(91,5)	(51,5)
davon nach anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt	(2.782,9)	(859,0)

Für kurzfristige Verbindlichkeiten wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Verbindlichkeiten wird der Marktwert durch Abzinsung der künftig zu entrichtenden Cashflows ermittelt. Sofern diese Verbindlichkeiten variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Der beizulegende Zeitwert der Leasingverbindlichkeiten wird durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien

Mio. €	2008	2007
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten	-9,0	176,4
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-29,5	3,3
Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte	0,0	0,0
Kredite und Forderungen	-35,8	-30,5
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0,0	0,3

In der Darstellung der Nettogewinne und -verluste werden Derivate, die sich in einer Sicherungsbeziehung befinden, nicht berücksichtigt. Freistehende Derivate sind in der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten“ enthalten.

Der Nettoverlust (Vorjahr: Nettogewinn) der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten“ enthält neben Ergebnissen aus der Marktbewertung auch Zins- und Währungseffekte.

In dem Nettoverlust (Vorjahr: Nettogewinn) der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden neben Wertberichtigungen auch realisierte Erfolge aus dem Abgang sowie Währungseffekte ausgewiesen.

Bei den Nettoverlusten der Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“ handelt es sich im Wesentlichen um Währungseffekte, Wertberichtigungen und Zuschreibungen.

Der im Vorjahr ausgewiesene Nettogewinn der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten resultiert aus Währungseffekten.

Ergebnisse aus Marktwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten wurden im Geschäftsjahr 2008 in Höhe von -539,5 Mio. € (Vorjahr: 155,6 Mio. €) erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Von den erfolgsneutral gebuchten Marktwertänderungen wurden 7,6 Mio. € (Vorjahr: 4,8 Mio. €) ergebnismindernd in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Die Wertberichtigungen auf finanzielle Vermögenswerte der Bewertungskategorien „zur Veräußerung verfügbar“ und „Kredite und Forderungen“ betragen 93,5 Mio. € (Vorjahr: 8,6 Mio. €) beziehungsweise 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €). Forderungen aus Lieferungen und Leistungen waren mit 32,9 Mio. € (Vorjahr: 40,7 Mio. €) wertberichtigt. Auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten sonstigen Vermögenswerten wurden im Geschäftsjahr 2008 Wertberichtigungen in Höhe von 13,0 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €) vorgenommen.

Gesamtzinserträge und -aufwendungen

Mio. €	2008	2007
Gesamtzinserträge	330,4	359,9
Gesamtzinsaufwendungen	-240,4	-277,5

Die Gesamtzinserträge und -aufwendungen resultieren aus Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zinserträge aus Ausleihungen, Darlehen und Bankguthaben sowie um Zins- und Dividendenerträge finanzieller Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“. Die Zinsaufwendungen resultieren insbesondere aus den Anleihen, Bankverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing.

In den Gesamtzinserträgen sind Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) enthalten.

Derivate

Zur Absicherung der Risiken werden im Commodity-Bereich sowohl physisch als auch finanziell zu erfüllende Optionen und Termingeschäfte, im Devisenbereich im Wesentlichen Termingeschäfte eingesetzt. Im Finanzierungsbereich werden zur Risikobegrenzung Swapgeschäfte abgeschlossen.

Alle Derivate, die zu Handelszwecken abgeschlossen worden sind, werden als Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten bilanziert. Die Derivate sind zu Marktwerten bewertet. Die Marktwerte werden aus Börsenkursen oder anhand anerkannter Bewertungsmethoden abgeleitet.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Derivaten, die weder ausschließlich für den eigenen Gebrauch (Own Use) bestimmt sind noch die Voraussetzungen als Sicherungsgeschäft zur Absicherung von Cashflows erfüllen, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bilanzielle Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 bestehen im Finanzbereich vor allem zur Sicherung von Währungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung sowie zur Sicherung von Zinsrisiken aus langfristigen Verbindlichkeiten. Im Commodity-Bereich werden Schwankungen künftiger Zahlungsströme gesichert, die aus geplanten Beschaffungs- und Absatzgeschäften resultieren.

Cashflow Hedges
Cashflow Hedges bestehen insbesondere im Commodity-Bereich zur Absicherung von Preisrisiken aus künftigen Absatz- und Beschaffungsgeschäften, zur Begrenzung des Währungsrisikos aus Fremdwährungsverbindlichkeiten sowie zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos variabel verzinslicher Verbindlichkeiten.

Die Änderung des beizulegenden Zeitwerts der eingesetzten Sicherungsgeschäfte, vor allem Termingeschäfte und Futures, werden, soweit effektiv, direkt in den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen im Eigenkapital (Marktbewertung von Finanzinstrumenten) bis zur Auflösung der Sicherungsbeziehung erfasst. Der ineffektive Teil des Gewinns oder Verlusts aus einem Sicherungsinstrument wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Zum 31. Dezember 2008 betrugen die unrealisierten Verluste aus Derivaten 206,2 Mio. € (Vorjahr: Gewinne 109,0 Mio. €). Im Berichtsjahr wurde der effektive Teil von Cashflow Hedges in Höhe von -224,0 Mio. € (Vorjahr: -53,2 Mio. €) im Eigenkapital erfasst. Aus dem ineffektiven Teil von Cashflow Hedges ergab sich zum 31. Dezember 2008 ein Aufwand von 6,9 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €), aus Umgliederungen aus den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals ein Aufwand von 27,3 Mio. € (Vorjahr: 261,8 Mio. €). Die Umgliederung erfolgt in Umsatzerlöse (Verminderung um 123,5 Mio. €, Vorjahr: Erhöhung um 6,9 Mio. €), Materialaufwendungen (Verminderung um 121,9 Mio. €, Vorjahr: Erhöhung um 264,8 Mio. €), sonstige betriebliche Erträge (Verminderung um 25,7 Mio. €, Vorjahr: 0,0 Mio. €) und sonstige betriebliche Aufwendungen (0,0 Mio. €, Vorjahr: Erhöhung um 3,9 Mio. €).

In den Umgliederungen enthalten ist die Dedesignation von Cashflow-Hedge-Beziehungen in Höhe von 25,7 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €), da mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit der prognostizierten Transaktion nicht mehr gerechnet werden kann.

Für die Verminderung der Anschaffungskosten der Vorratsbestände wurden aus den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals 118,1 Mio. € (Vorjahr: 20,4 Mio. €) umgegliedert.

Zum 31. Dezember 2008 sind bestehende Grundgeschäfte in Cashflow Hedges mit Laufzeiten bis 30 Jahre (Vorjahr: bis vier Jahre) im Fremdwährungsbereich und mit Laufzeiten bis ein Jahr (Vorjahr: bis zwei Jahre) im Bereich der Zinssicherung einbezogen. Im Commodity-Bereich betragen die Laufzeiten geplanter Grundgeschäfte bis drei Jahre (Vorjahr: bis drei Jahre).

Sicherungsbeziehungen werden im Rahmen der Optimierung branchenüblich neu- und dedesigniert.

Fair Value Hedges
Fair Value Hedges bestehen vor allem zur Absicherung festverzinslicher Verbindlichkeiten gegenüber Marktpreisrisiken. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps genutzt. Bei Fair Value Hedges wird sowohl das Grund- als auch das Sicherungsgeschäft hinsichtlich des abgesicherten Risikos erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Berichtsjahr wurde die Wertveränderung der beizulegenden Zeitwerte von Sicherungsinstrumenten in Höhe von 52,4 Mio. € (Vorjahr: -22,0 Mio. €) erfolgswirksam erfasst. Für die gesicherten Verbindlichkeiten sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Marktwertveränderungen ebenfalls erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu vereinnahmen. Im Berichtsjahr wurden die Marktwertschwankungen aus den Grundgeschäften in Höhe von -54,2 Mio. € (Vorjahr: 21,0 Mio. €) erfolgswirksam erfasst.

Hedges von Nettoinvestitionen in ausländische Teileinheiten
Zur Sicherung von Fremdwährungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung werden originäre Fremdwährungsanleihen eingesetzt. Zum 31. Dezember 2008 wurden 2,4 Mio. € (Vorjahr: 18,0 Mio. €) aus der Währungskursänderung der Sicherungsgeschäfte im Posten Währungsumrechnung innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

Verträge, soweit sie zum erwarteten Nutzungsbedarf des Unternehmens abgeschlossen worden sind, werden nicht nach den Vorschriften des IAS 39 bilanziell erfasst.

Marktübliche Käufe und Verkäufe (Kassakäufe/-verkäufe) von originären Finanzinstrumenten werden grundsätzlich am Erfüllungstag bilanziert. Derivative finanzielle Vermögenswerte werden zum Handelstag bilanziell erfasst. Derivative und originäre Finanzinstrumente werden dann bilanziell erfasst, wenn die EnBW Vertragspartei geworden ist.

Für den Kauf und Verkauf von Brennstoffen erfolgt die Bezahlung in Euro, US-Dollar oder Pfund Sterling.

Die Bewertung von Kontrahentenrisiken erfolgt unter Einbeziehung der Fristigkeit des jeweils aktuellen Wiederbeschaffungs- und Absatzrisikos. Darüber hinaus werden diese Risiken unter Berücksichtigung des aktuellen Ratings der Ratingagentur Moody's analysiert. Die Handelspartner, die über kein entsprechendes externes Rating verfügen, werden einem internen Ratingverfahren unterzogen.

Das Kontrahentenrisiko basiert auf Wiederbeschaffungs- und Absatzrisiken, die sich aus den Marktwerten der jeweiligen Position mit dem einzelnen Handelspartner zum Stichtag ergeben. Die Ermittlung erfolgt unter Berücksichtigung der mit dem Handelspartner in Rahmenverträgen vereinbarten Netting-Möglichkeiten. Im Fall des Vorliegens einer Netting-Vereinbarung werden positive und negative Marktwerte je Handelspartner saldiert. Bei fehlendem Netting werden nur positive Marktwerte berücksichtigt.

Mit einzelnen Handelspartnern sind im Rahmen des Kreditrisikomanagements bilaterale Margin Agreements vereinbart. Margin-Zahlungen aufgrund dieser Agreements werden im Rahmen der Beurteilung des Kontrahentenrisikos berücksichtigt.

Kontrahentenrisiko in Mio. €		31.12.2008		31.12.2007
Moody's	1 Jahr	1–5 Jahre	1 Jahr	1–5 Jahre
bis A1	380,0	26,3	68,7	39,6
bis A3	168,9	65,7	37,2	23,2
Baa1	25,0	7,0	23,1	10
bis Baa3	51,8	11,1	2,7	0,3
Gesamt	**625,7**	**110,1**	**131,7**	**73,1**

Das Nominalvolumen der im Folgenden dargestellten Derivate wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Die Höhe des Nominalvolumens erlaubt Rückschlüsse auf den Umfang des Einsatzes von Derivaten. Sie gibt aber nicht das Risiko des Konzerns wieder, da den derivativen Geschäften Grundgeschäfte mit gegenläufigen Risiken gegenüberstehen. Für börsengehandelte Derivate werden Sicherheiten hinterlegt beziehungsweise haben wir Sicherheiten erhalten.

Mio. €	Derivate mit Sicherungsbeziehung			
	Nominalvolumen		Marktwert	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Devisentermingeschäfte				
< 1 Jahr	300,6	171,3	2,6	-17,3
1–5 Jahre	665,4	286,7	14,9	-8,8
> 5 Jahre	159,2	0,0	3,0	0,0
Stromoptionen und -Futures				
< 1 Jahr	1.822,4	1.600,7	-0,9	0,0
1–5 Jahre	2.125,0	1.341,4	-39,7	-47,8
Stromtermingeschäfte				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1–5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Gastermin- und -swapgeschäfte				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1–5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Kohletermin- und -swapgeschäfte				
< 1 Jahr	330,6	316,1	94,9	99,0
1–5 Jahre	664,8	273,2	-149,3	73,6
Derivate für Emissionsrechte				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1–5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsswaps				
Festzinszahler				
< 1 Jahr	190,0	35,0	-0,6	0,0
> 1 Jahr	0,0	190,0	0,0	5,8
Festzinsempfänger				
< 1 Jahr	0,0	0,0	-3,6	0,0
> 1 Jahr	495,2	300,0	36,8	-20,2
Übrige Termingeschäfte und Derivate				
< 1 Jahr	33,8	0,0	-1,0	0,0
1–5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtsumme	**6.787,0**	**4.514,4**	**-42,9**	**84,3**
davon Derivate mit positivem beizulegendem Zeitwert			(207,8)	(183,6)
davon Derivate mit negativem beizulegendem Zeitwert			(250,7)	(99,3)

	Derivate ohne Sicherungsbeziehung				Derivate Summe			
	Nominalvolumen		Marktwert		Nominalvolumen		Marktwert	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
	700,5	508,6	0,5	-7,2	1.001,1	679,9	3,1	-24,5
	459,3	232,8	-20,0	-2,1	1.124,8	519,5	-5,1	-10,9
	0,0	0,0	0,0	0,0	159,2	0,0	3,0	0,0
	578,3	449,8	-1,4	5,7	2.400,7	2.050,5	-2,3	5,7
	760,3	199,9	-2,1	-0,3	2.885,3	1.541,3	-41,8	-48,1
	18.960,7	11.898,2	40,5	-6,8	18.960,7	11.898,2	40,5	-6,8
	4.859,5	3.236,2	-69,6	-8,0	4.859,5	3.236,2	-69,6	-8,0
	145,3	136,2	-13,0	-0,2	145,3	136,2	-13,0	-0,2
	1,6	0,0	0,0	0,0	1,6	0,0	0,0	0,0
	1.612,2	713,7	-37,3	25,5	1.942,8	1.029,8	57,6	124,5
	993,8	218,0	17,8	-0,1	1.658,6	491,2	-131,5	73,5
	856,4	468,1	26,9	13,8	856,4	468,1	26,9	13,8
	703,5	373,3	-34,0	7,3	703,5	373,3	-34,0	7,3
	44,8	28,8	-0,5	-0,1	234,8	63,8	-1,1	-0,1
	3,8	0,0	-0,1	0,0	3,8	190,0	-0,1	5,8
	0,0	30,2	0,0	0,0	0,0	30,2	-3,6	0,0
	0,0	5,3	0,0	-0,1	495,2	305,3	36,8	-20,3
	97,1	52,9	30,3	-0,7	130,9	52,9	29,3	-0,7
	24,3	16,1	-4,5	0,2	24,3	16,1	-4,5	0,2
	30.801,4	**18.568,1**	**-66,5**	**26,9**	**37.588,5**	**23.082,5**	**-109,4**	**111,2**
			(2.557,2)	(838,1)			(2.765,0)	(1.021,7)
			(2.623,7)	(811,2)			(2.874,4)	(910,5)

Überleitungsrechnung von Derivaten in Sicherungsbeziehung zu den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen (Cashflow Hedge) im Eigenkapital

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung
Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge mit positivem beizulegendem Zeitwert	168,5	183,6	-15,1
Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge mit negativem beizulegendem Zeitwert	243,6	79,1	164,5
	-75,1	**104,5**	**-179,6**
Latente Steuer auf erfolgsneutrale Veränderung der Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	20,6	-31,3	51,9
Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	7,2	2,3	4,9
Kaskadierungseffekte	-137,6	2,2	-139,8
Anteile anderer Gesellschafter	0,2	-2,1	2,3
Cashflow Hedge (Sicherungsbeziehung im Eigenkapital)	**-184,7**	**75,6**	**-260,3**

Die Kaskadierungseffekte betreffen die bis zum Zeitpunkt der Kaskadierung kumulierte Marktwertveränderung der in Sicherungsbeziehung stehenden Futures.

Im Rahmen der Kaskadierung werden Jahres- und Quartal-Futures nicht durch Barausgleich, sondern durch weitere Futures erfüllt.

Überleitungsrechnung der Veränderung der Bilanzwerte freistehender Derivate zur Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung
Derivate mit positivem beizulegendem Marktwert	2.557,2	838,1	1.719,1
Derivate mit negativem beizulegendem Marktwert	2.623,7	811,2	1.812,5
Änderung des Konsolidierungskreises und Designation Hedge Accounting	-4,0	0,0	-4,0
Gezahlte Optionsprämie	-4,0	0,0	-4,0
Veränderung der beizulegenden Zeitwerte der Derivate			**-101,4**

Das Ergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung aus Derivaten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2008	2007
Bewertungsergebnis	-101,4	-21,4
Realisiertes Ergebnis	96,7	206,2
Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	-6,9	1,1
Ergebnis aus Derivaten	**-11,6**	**185,9**
davon sonstige betriebliche Erträge	(99,1)	(213,7)
davon sonstige betriebliche Aufwendungen	(138,2)	(26,7)
davon Finanzerträge	(49,7)	(0,3)
davon Finanzaufwendungen	(22,2)	(1,4)

Das realisierte Ergebnis kehrt die bisherige Marktbewertung freistehender Derivate, die wirtschaftlich gesichert sind, zum Zeitpunkt der Realisierung des Derivats wieder um. Die gesicherten Grundgeschäfte werden durch die vorangegangene Marktbewertung der Derivate nicht zu dem mit dem Derivat abgesicherten Preis, sondern zum aktuellen Tageskurs (Spotpreis) durchgeführt.

Zur Erhöhung der Transparenz weisen wir sowohl die Effekte aus der Marktbewertung als auch das realisierte Ergebnis aus.

Risikomanagementsystem

Grundsätze zum Risikomanagement der EnBW

Die EnBW ist als Energieversorgungsunternehmen im Rahmen des operativen Geschäfts sowie bei Geldanlagen und Finanzierungsvorgängen finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Währungs-, Zins- und Commodity-Bereich ausgesetzt. Daneben bestehen Kredit- und Liquiditätsrisiken. Unternehmenspolitik ist es, diese Risiken durch ein systematisches Risikomanagement auszuschalten oder zu begrenzen.

Wechselkursschwankungen zwischen dem Euro und anderen Währungen, Zinsschwankungen an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten sowie Preisschwankungen an den Märkten für Strom, Kohle, Gas und Emissionsrechte stellen die wesentlichen Preisrisiken für die EnBW dar. Die Sicherungspolitik zur Eingrenzung dieser Risiken wird vom Vorstand vorgegeben und ist in konzerninternen Richtlinien dokumentiert. Sie sieht auch den Einsatz von Derivaten vor.

Die zur Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken eingesetzten Derivate unterliegen den in der Richtlinie für das Risikomanagement festgelegten Beurteilungskriterien wie Value-at-Risk-Kennziffern und Positions- und Verlustlimiten. Die Funktionstrennung der Bereiche Handel, Abwicklung und Kontrolle bilden ein weiteres zentrales Element des Risikomanagements.

Die entsprechenden Finanztransaktionen werden nur mit bonitätsmäßig erstklassigen Kontrahenten abgeschlossen. Eine Absicherung der Risikoposition durch geeignete Sicherungsinstrumente kann auch unter Bewahrung von Marktchancen erfolgen.

Bei den aus den Finanzinstrumenten resultierenden Risiken sowie den entsprechenden Methoden zur Messung und Steuerung sind gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerten Änderungen zu verzeichnen.

Hinsichtlich weiterer Angaben zum Risikomanagementsystem der EnBW verweisen wir auf unsere Ausführungen im Risikobericht als Teil des Lageberichts.

Kreditrisiko

Kreditrisiken entstehen für die EnBW durch Nichterfüllung vertraglicher Vereinbarungen durch den Kontrahenten. Die EnBW steuert ihre Kreditrisiken, indem grundsätzlich eine hohe Bonität von den Kontrahenten gefordert wird und das Kreditrisiko mit den Kontrahenten begrenzt wird. Die Ratings der Kontrahenten werden durch das Bonitätsmanagementsystem der EnBW fortlaufend überwacht. Commodity- und Energiegeschäfte werden grundsätzlich auf Basis von Rahmenverträgen, zum Beispiel EFET, ISDA oder IETA, abgeschlossen. Das Eingehen dieser Rahmenverträge setzt eine gründliche Bonitätsprüfung des Kontrahenten voraus. Nur bei begründetem Interesse des Unternehmens, zum Beispiel bei der Entwicklung neuer Märkte, können Ausnahmen von dieser Geschäftspolitik zugelassen werden. Gemessen an der Kundenstruktur sind die Forderungen gegenüber einzelnen Kontrahenten nicht so groß, dass sie eine wesentliche Risikokonzentration bedeuten würden.

Finanzanlagengeschäfte werden nur mit Kontrahenten abgeschlossen, die und deren Anlagengrenzen in der Treasury-Richtlinie definiert sind. Eine Einhaltung dieser Richtlinie wird durch das interne Kontrollsystem fortlaufend überwacht.

Das maximale Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte (einschließlich Derivate mit positivem Marktwert) entspricht den in der Bilanz angesetzten Buchwerten. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2008 beträgt das maximale Ausfallrisiko 15.676,8 Mio. € (Vorjahr: 11.751,7 Mio. €).

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken entstehen für die EnBW durch die Verpflichtung, Verbindlichkeiten vollständig und rechtzeitig zu tilgen. Aufgabe des Cash- und Liquiditätsmanagements der EnBW ist es, jederzeit die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens sicherzustellen.

Im Cashmanagement werden alle Zahlungsmittelbedarfe und -überschüsse zentral ermittelt. Durch die Saldierung der Zahlungsmittelbedarfe und -überschüsse wird die Anzahl der Bankgeschäfte auf ein Minimum reduziert. Das Netting erfolgt durch ein Cashpooling-Verfahren. Das Cashmanagement hat zur Steuerung der Bankkonten und internen Verrechnungskonten sowie zur Durchführung automatisierter Zahlungsvorgänge standardisierte Prozesse und Systeme implementiert.

Zur Liquiditätssteuerung wird konzernzentral ein auf Cashflows basierender Finanzplan erstellt. Der entstehende Finanzierungsbedarf wird mittels geeigneter Instrumente im Rahmen der Liquiditätssteuerung gedeckt. Neben der täglich verfügbaren Liquidität unterhält die EnBW auch weitere Liquiditätsreserven in Höhe von 3,3 Mrd. € (Vorjahr: 2,8 Mrd. €), die kurzfristig verfügbar sind. Die Höhe der Liquiditätsreserven richtet sich nach der strategischen Liquiditätsplanung unter Berücksichtigung festgelegter Worst-Case-Parameter. Bei der Liquiditätsreserve handelt es sich um zugesagte syndizierte und freie Kreditlinien mit unterschiedlichen Fristigkeiten. Durch die vorhandene Liquidität sowie die bestehenden Kreditlinien sieht sich die EnBW keiner Risikokonzentration ausgesetzt.

Weitere Erläuterungen zu den Finanzverbindlichkeiten sind der Anhangsangabe (24) „Verbindlichkeiten und Zuschüsse“ zu entnehmen.

In den nachfolgenden Tabellen werden die künftigen undiskontierten Cashflows finanzieller Verbindlichkeiten und derivativer Finanzinstrumente aufgezeigt, die eine Auswirkung auf den künftigen Liquiditätsstatus des EnBW-Konzerns haben.

In die Betrachtung einbezogen werden alle zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2008 bestehenden und in der Bilanz ausgewiesenen vertraglichen Verpflichtungen.

Bei den emittierten Fremdkapitalinstrumenten sowie bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden Zins- und Tilgungszahlungen berücksichtigt.

Den Zinszahlungen festverzinslicher Finanzinstrumente liegt der vertraglich vereinbarte Zinssatz zugrunde. Bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten werden die zuletzt vor dem 31. Dezember 2008 fixierten Zinssätze herangezogen.

In Fremdwährung lautende Finanzinstrumente werden mit dem jeweiligen Kassakurs zum 31. Dezember 2008 umgerechnet.

Bei den Derivaten werden grundsätzlich Derivate mit positivem und negativem Marktwert berücksichtigt, sofern sie zu einem Nettomittelabfluss führen. Der Ermittlung der undiskontierten Cashflows liegen folgende Bedingungen zugrunde:

- Swapgeschäfte finden in der Liquiditätsanalyse nur Berücksichtigung, sofern sie zu einem Nettomittelabfluss führen.
- Devisentermingeschäfte werden berücksichtigt, sofern sie einen Mittelabfluss verursachen.
- Bei den Forward-Geschäften werden alle Käufe berücksichtigt. Die künftigen Cashflows ergeben sich jeweils aus der mit dem Vertragspreis bewerteten Menge.
- Future-Geschäfte sind in die Liquiditätsanalyse nicht einbezogen, da sie durch die tägliche Ausgleichszahlung (Variation Margin) glattgestellt werden und somit kein Liquiditätsrisiko besteht.

Undiskontierte Cashflows zum 31.12.2008

Mio. €	Summe	2009	2010	2011	2012	Cashflows > 2012
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Emittierte Fremdkapitalinstrumente	5.946,7	225,4	441,9	215,4	1.280,9	3.783,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	608,2	294,4	40,2	58,5	24,8	190,3
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	702,5	106,3	106,8	106,4	102,9	280,1
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	112,0	7,9	7,0	7,0	6,6	83,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	594,0	585,1	8,9	0,0	0,0	0,0
Übrige finanzielle Verpflichtungen	670,1	530,2	0,0	0,0	0,0	139,9
Derivative finanzielle Vermögenswerte	950,5	749,1	178,9	21,1	1,1	0,3
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	9.916,8	6.968,4	2.457,1	418,0	64,0	9,3
Gesamt	**19.500,8**	**9.466,8**	**3.240,8**	**826,4**	**1.480,3**	**4.486,5**

Undiskontierte Cashflows zum 31.12.2007

Mio. €	Summe	2008	2009	2010	2011	Cashflows > 2011
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Emittierte Fremdkapitalinstrumente	3.677,8	563,4	115,9	325,6	106,2	2.566,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	656,7	109,7	267,6	43,6	59,0	176,8
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	796,2	103,0	102,9	102,9	102,8	384,6
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	207,8	13,7	12,0	11,0	10,8	160,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	649,1	645,2	3,9	0,0	0,0	0,0
Übrige finanzielle Verpflichtungen	510,9	360,8	5,8	0,0	0,0	144,3
Derivative finanzielle Vermögenswerte	6.807,0	4.826,1	1.702,8	277,9	0,1	0,1
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	528,3	445,0	51,5	9,4	1,1	21,3
Gesamt	**13.833,8**	**7.066,9**	**2.262,4**	**770,4**	**280,0**	**3.454,1**

Der Anstieg bei den derivativen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf ein deutlich größeres Volumen der Terminkäufe von Strom im Eigenhandel bei im Jahresverlauf höheren Durchschnittspreisen zurückzuführen. Das im Zuge dessen ebenfalls größere Volumen der Verkäufe wird hier nicht berücksichtigt; stattdessen ist nur die einseitige Sicht auf alle einen Mittelabfluss verursachenden Derivate dargestellt. Auch die im Rahmen unserer Risikomanagementaktivitäten mit zahlreichen Handelspartnern abgeschlossenen Netting Agreements werden hier außen vor gelassen, sodass sich das tatsächliche Liquiditätsrisiko der Gesellschaft aus Derivaten nicht unmittelbar erschließt.

Marktpreisrisiken

Währungsrisiken

Die EnBW ist durch die Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs sowie durch Gas- und Ölhandelsgeschäfte Fremdwährungsrisiken ausgesetzt. Darüber hinaus bestehen für die EnBW Währungsrisiken aus in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten. Das Währungsrisiko wird anhand fortlaufend überprüfter Devisenkurserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten, im Berichtsjahr insbesondere über Devisentermingeschäfte, abgesichert. Die Sicherung von Wechselkursrisiken erfolgt zentral. Währungsrisiken bestehen für die EnBW im Wesentlichen in US-Dollar und in Schweizer Franken.

Das bei ausländischen Konzerngesellschaften außerhalb der Euro-Zone gebundene Nettovermögen sowie die Umrechnungsrisiken (Translationsrisiken) werden nur in Einzelfällen gegen Wechselkursschwankungen gesichert.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass alle anderen Parameter, zum Beispiel Zinsen, sich nicht verändern. Es wurden Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Wechselkursrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte. Im Wesentlichen sind das Sicherungsinstrumente aus Cashflow Hedges und aus Hedges von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe, freistehende Derivate sowie Forderungen und Verbindlichkeiten, die in Fremdwährung denominiert sind.

Eine Aufwertung (Abwertung) des Euros um 10 % gegenüber sämtlichen Währungen zum Stichtag 31. Dezember 2008 würde das Jahresergebnis um 21,9 Mio. € (Vorjahr: 20,5 Mio. €) verschlechtern (verbessern). Die hypothetische Ergebnisveränderung ergibt sich aus den Währungssensitivitäten Euro/US-Dollar (16,1 Mio. €; Vorjahr: 14,5 Mio. €) und Euro/Schweizer Franken (5,8 Mio. €; Vorjahr: 6,0 Mio. €).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Aufwertung (Abwertung) um 10 % zum Stichtag 31. Dezember 2008 um 40,5 Mio. € (Vorjahr: 9,9 Mio. €) verringern (erhöhen). Die hypothetische Eigenkapitalveränderung ergibt sich aus den Währungssensitivitäten Euro/US-Dollar (70,9 Mio. €; Vorjahr: 45,8 Mio. €) und Euro/Schweizer Franken (-30,4 Mio. €; Vorjahr: -35,9 Mio. €).

Zinsrisiken

Die EnBW benutzt eine Vielzahl zinssensitiver Finanzinstrumente, um den Erfordernissen der operativen und strategischen Liquiditätssteuerung gerecht zu werden. Zinsrisiken ergeben sich hieraus nur aus variabel verzinslichen Instrumenten.

Zinsbedingte Marktwertänderungen zinstragender Wertpapiere der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ werden bei den sonstigen Preisrisiken für Aktien, Aktienfonds und zinstragende Wertpapiere dargestellt.

Zinsrisiken bestehen auf der Aktivseite aus Bankguthaben und auf der Passivseite aus variabel verzinslichen Bankverbindlichkeiten. Daneben bestehen Zinsrisiken aus Derivaten in Form von Swapgeschäften. Zinsrisiken bestehen für die EnBW hauptsächlich in der Euro-Zone.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Zinssatzänderungen auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass alle anderen Parameter, zum Beispiel Wechselkurse, sich nicht verändern. Es wurden nur Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Zinsänderungsrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte. Für die Analyse wird der Mittelwert aus den letzten zehn Jahren der Veränderung der Umlaufrendite herangezogen.

Eine Abweichung des Zinsniveaus im Euroraum zum Stichtag 31. Dezember 2008 um 70 Basispunkte (Vorjahr: 60 Basispunkte) bezogen auf das Nominalvolumen würde das Jahresergebnis insgesamt um 4,5 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €) verbessern (verschlechtern). Die hypothetische Ergebnisveränderung setzt sich aus potenziellen Effekten aus Zinsderivaten in Höhe von -2,2 Mio. € (Vorjahr: -0,5 Mio. €), variabel verzinslichen Bankguthaben in Höhe von 8,4 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €) sowie originären variabel verzinslichen Finanzschulden in Höhe von -1,7 Mio. € (Vorjahr: -2,6 Mio. €) zusammen.

Commodity-Preisrisiken
Im Rahmen unserer Energiehandelstätigkeit werden Energiehandelskontrakte für Zwecke des Preisrisikomanagements, der Kraftwerksoptimierung, der Lastglättung und der Margenoptimierung abgeschlossen. Darüber hinaus ist der Eigenhandel nur innerhalb enger, klar definierter Limite erlaubt.

Die Preisänderungsrisiken entstehen im Wesentlichen durch die Beschaffung und Veräußerung von Strom, durch die Beschaffung der Brennstoffe Kohle, Gas und Öl sowie durch die Beschaffung von Emissionsrechten. Darüber hinaus entstehen Preisrisiken für die EnBW durch das Eingehen spekulativer Positionen im Eigenhandel. Die Preisrisiken werden anhand fortlaufend überprüfter Marktpreiserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert. Im Berichtsjahr wurden als Sicherungsinstrumente Forwards, Futures, Swaps und Optionen eingesetzt.

Nachfolgend wird die Sensitivität der Bewertung von Derivaten auf Strom, Kohle, Öl, Gas und Emissionsrechte analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass alle anderen Parameter sich nicht verändern. Es wurden nur Derivate in die Analyse einbezogen, deren Marktwertschwankungen das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis beeinflussen. Hierbei handelt es sich um Derivate, die als freistehende Derivate bilanziert werden, sowie um Derivate, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen von Cashflow Hedges eingesetzt wurden. Nicht in die Betrachtung einbezogen sind Derivate, die für Zwecke des Empfangs oder der Lieferung nicht finanzieller Posten gemäß dem erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarf des Unternehmens bestimmt sind (Own Use) und damit nicht nach IAS 39 zu bilanzieren sind. Ebenso sind unsere Erzeugungs- und Vertriebspositionen in die Analyse nicht mit einbezogen. Daher entsprechen die nachfolgend dargestellten Sensitivitäten nicht den tatsächlichen ökonomischen Risiken des EnBW-Konzerns und dienen lediglich der Erfüllung der Angabenvorschriften des IFRS 7.

Sensitivitäten in Bezug auf den Strompreis
Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 25 % (Vorjahr: 15 %) zum Stichtag 31. Dezember 2008 würde das Jahresergebnis um 73,3 Mio. € (Vorjahr: 65,8 Mio. €) verbessern (verschlechtern).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 25 % (Vorjahr: 15 %) zum Stichtag 31. Dezember 2008 um 10,8 Mio. € (Vorjahr: 131,4 Mio. €) erhöhen (verringern).

Sensitivitäten in Bezug auf den Kohlepreis
Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 45 % (Vorjahr: 15 %) zum Stichtag 31. Dezember 2008 würde das Jahresergebnis um 36,8 Mio. € (Vorjahr: 7,9 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 45 % (Vorjahr: 15 %) zum Stichtag 31. Dezember 2008 um 252,9 Mio. € (Vorjahr: 62,3 Mio. €) verringern (erhöhen).

Sensitivitäten in Bezug auf den Ölpreis
Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 40 % zum Stichtag 31. Dezember 2008 würde das Jahresergebnis um 16,6 Mio. € verschlechtern (verbessern). Im Vorjahr hätte eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 20 % das Jahresergebnis um 2,6 Mio. € verbessert (verschlechtert).

Sensitivitäten in Bezug auf den Gaspreis
Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 30 % (Vorjahr: 25 %) zum Stichtag 31. Dezember 2008 würde das Jahresergebnis um 6,0 Mio. € (Vorjahr: 6,0 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Sensitivitäten in Bezug auf den Preis für Emissionsrechte
Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 40 % (Vorjahr: 50 %) zum Stichtag 31. Dezember 2008 würde das Jahresergebnis um 37,3 Mio. € (Vorjahr: 52,0 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Sonstige Preisrisiken für Aktien, Aktienfonds und zinstragende Wertpapiere
Die EnBW besitzt Anlagen in Aktien und Aktienfonds und in festverzinslichen Wertpapieren, aus denen Preisänderungsrisiken für das Unternehmen resultieren.

Bei der Auswahl der Wertpapiere achtet das Unternehmen auf eine hohe Marktgängigkeit sowie auf eine gute Bonität. Zum Stichtag 31. Dezember 2008 waren Aktien, Aktienfonds sowie festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 3.645,3 Mio. € (Vorjahr: 4.538,4 Mio. €) dem Marktpreisrisiko ausgesetzt.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Preisänderungsrisiken aus Aktien und Aktienfonds sowie zinstragenden Wertpapieren auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter

der Annahme durchgeführt, dass alle anderen Parameter, zum Beispiel Währung, sich nicht verändern. Es wurden Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Preisänderungsrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte.

Die Analyse des Marktpreisrisikos von Aktien und Aktienfonds wurde anhand der historischen Volatilität durchgeführt. Als realistisches Szenario wurde eine Standardabweichung unterstellt. Das Marktpreisrisiko festverzinslicher Wertpapiere wurde mithilfe der Modified Duration ermittelt. Unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungen der Zinssätze (siehe Zinsrisiko) bezogen auf den beizulegenden Zeitwert der festverzinslichen Wertpapiere wird das Ergebnis in absoluten Geldbeträgen ermittelt.

Die der Sensitivitätsanalyse unterliegenden Prämissen betragen für Aktien und Aktienfonds 15 % (Vorjahr: 10 %) und für zinstragende Wertpapiere 3 % (Vorjahr: 3 %).

Beim gegebenen Risikoszenario würde sich das Jahresergebnis um 5,6 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €) erhöhen (verringern). Die hypothetische Ergebnisveränderung resultiert im Wesentlichen aus festverzinslichen Wertpapieren.

Beim gegebenen Risikoszenario würde sich das Eigenkapital um 273,8 Mio. € (Vorjahr: 285,5 Mio. €) erhöhen (verringern). Von der hypothetischen Ergebnisveränderung entfallen 211,3 Mio. € (Vorjahr: 218,5 Mio. €) auf Aktien und Aktienfonds und 62,5 Mio. € (Vorjahr: 67,0 Mio. €) auf festverzinsliche Wertpapiere.

Sonstige Angaben

Ergebnis je Aktie

		2008	2007
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten	Mio. €	900,6	1.416,1
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	Mio. €	(871,8)	(1.266,2)
Konzernüberschuss	Mio. €	900,6	1.514,0
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	Mio. €	(871,8)	(1.364,1)
Zahl der in Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	Tsd. Stück	244.257	244.257
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten[1]	€	3,57	5,18
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten vor Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwert aus der Kapitalkonsolidierung[1]	€	3,57	5,18
Ergebnis je Aktie aus nicht fortzuführenden Aktivitäten[1]	€	0,00	0,40
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss[1]	€	3,57	5,58
Dividende je Aktie für das Geschäftsjahr 2007 der EnBW AG	€	-	1,51
Vorgeschlagene Dividende je Aktie für das Geschäftsjahr 2008 der EnBW AG	€	2,01	-

[1] Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.

Das Ergebnis je Aktie wird ermittelt, indem das den Gesellschaftern der EnBW AG zurechenbare Ergebnis durch die durchschnittliche Anzahl der in Umlauf befindlichen Aktien dividiert wird. Eine Verwässerung der Kennzahl kann durch sogenannte potenzielle Aktien aufgrund von Aktienoptionen und Wandelanleihen auftreten. Die EnBW besitzt keine potenziellen Aktien, sodass das unverwässerte Ergebnis je Aktie identisch mit dem verwässerten Ergebnis je Aktie ist.

Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Angaben zu den Eventualverbindlichkeiten und sonstigen finanziellen Verpflichtungen erfolgen zu Nominalwerten.

Eventualverbindlichkeiten

Für die Risiken aus nuklearen Schäden haben die deutschen Kernkraftwerksbetreiber nach Inkrafttreten des novellierten Atomgesetzes (AtG) und der novellierten atomrechtlichen Deckungsvorsorgeverordnung (AtDeckV) am 27. April 2002 bis zu einem Maximalbetrag von 2,5 Mrd. € je Schadensfall Deckungsvorsorge nachzuweisen. Von dieser Vorsorge sind 255,6 Mio. € über eine einheitliche Haftpflichtversicherung abgedeckt. Die Nuklear Haftpflicht GbR erfasst nur noch die solidarische Absicherung in Bezug auf Ansprüche in Zusammenhang mit

behördlich angeordneten Evakuierungsmaßnahmen im Bereich von 0,5 Mio. € bis 15 Mio. €. Konzernunternehmen haben sich entsprechend ihrer Anteile an Kernkraftwerken verpflichtet, deren Betriebsgesellschaften liquiditätsmäßig so zu stellen, dass diese ihren Verpflichtungen aus ihrer Zugehörigkeit zur Nuklear Haftpflicht GbR jederzeit nachkommen können.

Zur Erfüllung der anschließenden Deckungsvorsorge in Höhe von 2.244,4 Mio. € je Schadensfall haben die EnBW und die übrigen Obergesellschaften der deutschen Kernkraftwerksbetreiber mit Vertrag vom 11. Juli/27. Juli/21. August/28. August 2001 vereinbart, den haftenden Kernkraftwerksbetreiber im Schadensfall – nach Ausschöpfung dessen eigener Möglichkeiten und der seiner Muttergesellschaften – finanziell so auszustatten, dass dieser seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann (Solidarvereinbarung). Vertragsgemäß beträgt der auf die EnBW entfallende Anteil bezüglich Haftung zuzüglich 5 % für Schadensabwicklungskosten 24,921 % zum 31. Dezember 2008 und zum 1. Januar 2009 unverändert 24,921 %. Ausreichende Liquiditätsvorsorge besteht und ist im Liquiditätsplan berücksichtigt.

Darüber hinaus bestehen im EnBW-Konzern noch folgende sonstige Eventualverbindlichkeiten:

Mio. €	31.12.2008	Davon Restlaufzeit			31.12.2007
		< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
Bürgschaften und Sicherheiten	138,0	121,4	13,7	2,9	133,4
Bürgschaften für fremde Leistungen	122,3	74,5	17,9	29,9	137,8
Finanzielle Verpflichtungen aus schwebenden Rechtsstreitigkeiten	166,4	166,0	0,4	0,0	159,8
Gesamt	**426,7**	**361,9**	**32,0**	**32,8**	**431,0**

In den Bürgschaften und Sicherheiten, Bürgschaften für fremde Leistungen und in den sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind 4,2 Mio. € (Vorjahr: 4,1 Mio. €) aus Gemeinschaftsunternehmen enthalten. Für die schwebenden Rechtsstreitigkeiten wurden aufgrund geringer Erfolgsaussichten der Gegenseite keine Rückstellungen gebildet. Darüber hinaus sind gegen die EnBW verschiedene Prozesse, behördliche Untersuchungen oder Verfahren sowie andere Ansprüche anhängig, deren Erfolg allerdings als sehr unwahrscheinlich erachtet wird und die daher nicht unter den Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen werden.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im EnBW-Konzern bestehen langfristige Verpflichtungen für den Bezug von Erdgas, Kohle und anderen fossilen Brennstoffen sowie Strom. Weiterhin bestehen Verpflichtungen aus langfristigen Uranbezugs-, Konversions-, Anreicherungs-, Fertigungs- und Entsorgungsverträgen. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen bestehen außerdem langfristige Verpflichtungen aus Entsorgungsverträgen. Das Gesamtvolumen dieser Verpflichtungen beläuft sich auf 23,1 Mrd. € (Vorjahr angepasst: 21,2 Mrd. €). Im Berichtsjahr wurden erstmals langfristige absatzabhängige Gasbezugsverträge im Bereich der Weiterverteiler mit dem erwarteten Absatz angesetzt. Die Vorjahreszahl wurde entsprechend angepasst.

Die übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2008	Davon Restlaufzeit			31.12.2007
		< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
Finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	199,9	49,8	94,9	55,2	269,7
Bestellobligo	425,9	316,6	104,1	5,2	246,3
Investitionsverpflichtungen	1.475,1	905,6	569,5	0,0	433,7
Finanzielle Verpflichtungen aus Unternehmenserwerben	2.758,2	2.180,7	326,1	251,4	274,4
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	93,7	34,4	56,3	3,0	111,4
Gesamt	**4.952,8**	**3.487,1**	**1.150,9**	**314,8**	**1.335,5**

In den finanziellen Verpflichtungen aus Unternehmenserwerben ist der Erwerb einer 26 %-Beteiligung an der EWE AG in Oldenburg enthalten. Der Erwerb steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch das Bundeskartellamt.

Honorare des Abschlussprüfers

Die als Aufwand erfassten Honorare des Konzernabschlussprüfers setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2008	2007
Abschlussprüfung	2,7	2,5
Sonstige Bestätigungsleistungen	1,0	0,7
Steuerberatungsleistungen	0,5	1,1
Sonstige Leistungen	0,2	0,6
Gesamt	**4,4**	**4,9**

Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB beziehungsweise § 264b HGB

Die folgenden inländischen Tochtergesellschaften haben im Geschäftsjahr 2008 gemäß § 264 Abs. 3 Nr. 1 HGB beziehungsweise § 264b HGB von der Möglichkeit zur Befreiung von den Offenlegungspflichten nach den §§ 325 bis 329 HGB Gebrauch gemacht:

Offenlegungserleichterungen nach § 264 Abs. 3 HGB

- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal und Managemententwicklung mbH, Stuttgart
- EnBW EnHol Beteiligungsgesellschaft mbH, Karlsruhe
- EnBW Gas GmbH, Stuttgart
- EnBW Gasnetz GmbH, Stuttgart
- EnBW Kernkraft GmbH, Obrigheim
- EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart
- EnBW Kraftwerk Lippendorf Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart
- EnBW REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- EnBW Regional AG, Stuttgart
- EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH, Karlsruhe
- EnBW Trading GmbH, Karlsruhe
- EnBW Technische Dienste und kaufmännische Leistungen GmbH, Karlsruhe (vormals TDL Gesellschaft für anlagentechnische Dienste und kaufmännische Leistungen mbH, Karlsruhe)
- EnBW Transportnetze AG, Stuttgart
- EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH, Stuttgart
- EnBW Waste Management GmbH, Stuttgart
- Kernkraftwerk Obrigheim GmbH, Obrigheim
- MSE Mobile Schlammentwässerungs GmbH, Karlsbad-Ittersbach
- Neckarwerke Stuttgart GmbH, Stuttgart
- NWS Energiehandel GmbH, Stuttgart
- NWS REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- Objektschutzdienst Schäfer GmbH, Karlsruhe
- Teweratio GmbH, Stuttgart
- T-plus GmbH, Karlsruhe
- TWS Kernkraft GmbH, Gemmrigheim
- U-plus Umweltservice AG, Karlsruhe
- Yello Strom GmbH, Köln
- Yello Strom Verwaltungs-GmbH, Karlsruhe

Offenlegungserleichterungen nach § 264b HGB

- EnBW City GmbH & Co. KG, Stuttgart
- EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Karlsruhe, Karlsruhe
- EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Stuttgart, Stuttgart
- EnSüdWest Energiebeteiligungen AG & Co. KG, Karlsruhe
- EVGA Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG, Obrigheim (vormals EVGA Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG, Stuttgart)
- Facilma Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG, Obrigheim (vormals Facilma Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG, Karlsruhe)
- KMS Kraftwerke Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG, Karlsruhe
- NWS Grundstücksmanagement GmbH & Co. KG, Obrigheim (vormals NWS Grundstücksmanagement GmbH & Co. KG, Stuttgart)
- Salamander Marken GmbH & Co. KG, Kornwestheim

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex am 11. Dezember 2008 abgegeben und den Aktionären im Internet unter www.enbw.com/entsprechenserklaerung dauerhaft zugänglich gemacht.

Die Entsprechenserklärung der börsennotierten Tochtergesellschaft ZEAG Energie AG ist im Internet unter www.zeag-energie.de abrufbar.

Vergütung des Vorstands

Das Vergütungssystem des Vorstands wird im Vergütungsbericht dargestellt, der Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts ist.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2008 betragen 10,1 Mio. € (Vorjahr: 11,1 Mio. €). Die kurzfristig fälligen Leistungen betragen 9,0 Mio. € (Vorjahr: 9,0 Mio. €) und die langfristig fälligen Leistungen 1,1 Mio. € (Vorjahr: 2,0 Mio. €).

Die Zuführung zur Pensionsverpflichtung für diesen Personenkreis beträgt im Geschäftsjahr 2008 1,1 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €) und beinhaltet den Dienstzeit- und Zinsaufwand.

Für die aktuellen Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) nach IFRS in Höhe von 5,3 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €).

Frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen erhielten 5,1 Mio. € (Vorjahr: 4,2 Mio. €). Es bestehen Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen nach IFRS in Höhe von 47,6 Mio. € (Vorjahr: 46,7 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2008 bestanden keine Kredite gegenüber Vorstandsmitgliedern; Vorschüsse wurden in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) gewährt.

Vergütung des Aufsichtsrats

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats wird im Vergütungsbericht dargestellt, der Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts ist.

Für das Geschäftsjahr 2008 wird den Mitgliedern des Aufsichtsrats eine Vergütung von insgesamt 1,1 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €) gewährt. Die Vergütung beinhaltet fixe und variable Bestandteile, Sitzungsgelder sowie Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften.

Im Geschäftsjahr 2008 bestanden keine Kredite und Vorschüsse gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern.

Aktiengeschäfte und Aktienbesitz von Personen mit Führungsaufgaben

Der Gesellschaft sind im Geschäftsjahr 2008 keine Meldungen über Geschäfte mit EnBW-Aktien oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten von Personen mit Führungsaufgaben oder mit ihnen in einer engen Beziehung stehenden Personen nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz zugegangen. Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an EnBW-Aktien beträgt weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Cashflow-Rechnung

In der Cashflow-Rechnung sind die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit gegliedert. Als Saldo ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel im Geschäftsjahr 2008 in Höhe von 1.756,1 Mio. € (Vorjahr: -609,5 Mio. €).

Die flüssigen Mittel beinhalten fast ausschließlich Guthaben bei Kreditinstituten, die überwiegend als Termin- und Tagesgeld angelegt sind, und entsprechen den flüssigen Mitteln laut der Bilanz.

Zuführungen, Auflösungen und Inanspruchnahme der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie der Rückstellungen im Kernenergiebereich werden im Rahmen der Cashflow-Rechnung als Veränderung der langfristigen Rückstellungen gezeigt.

Die Zahlungsströme der nicht fortzuführenden Aktivitäten sind in den Cashflows der Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit entsprechend IFRS 5.33c enthalten und gesondert angegeben.

Im Geschäftsjahr 2008 ergab sich ein Operating Cashflow in Höhe von 1.523,9 Mio. € (Vorjahr: 1.558,7 Mio. €).

Die sonstigen zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge stellen sich wie folgt dar:

Mio. €[1]	2008	2007
Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen	-90,3	-88,1
Erträge und Aufwendungen aus der Veränderung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	33,0	27,4
Zuschreibungen auf Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte	-1,8	-7,7
Bewertungsergebnis aus Derivaten[2]	69,8	41,0
Sonstige	6,9	-1,0
Gesamt	**17,6**	**-28,4**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Derivate, denen keine Ein- oder Auszahlungen aus Variation Margins gegenüberstehen; im Vorjahr unter Veränderung der Vermögenswerte und Schulden aus operativer Geschäftstätigkeit ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden 67,7 Mio. € (Vorjahr: 80,5 Mio. €) an fremde Gesellschafter von Konzernunternehmen ausgeschüttet.

Die Kaufpreise für den Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten sowie at equity bewerteten Unternehmen betrugen im Berichtsjahr insgesamt 107,6 Mio. € (Vorjahr: 204,5 Mio. €). Mit dem Erwerb von Anteilen wurden im Berichtsjahr flüssige Mittel in Höhe von 3,6 Mio. € übernommen (Vorjahr: 14,0 Mio. €). Die Kaufpreise wurden in Form von Zahlungsmitteln erbracht und entfallen vor allem auf die Erhöhung unserer Anteile an der Elektrownia Rybnik S.A. und der Prazská energetika a.s. sowie auf den Kauf eines 49,9 %-Anteils der Stadt werke Hilden GmbH.

Die Einzahlungen aus dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen betragen 62,4 Mio. € (Vorjahr: 74,1 Mio. €). Mit dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen wurden flüssige Mittel in Höhe von 2,2 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) abgegeben. Im Geschäftsjahr 2008 resultieren die Einzahlungen im Wesentlichen aus dem Verkauf der DIW AG und der regelmatic GmbH. Die Einzahlungen im Vorjahr betrafen hauptsächlich die nicht fortzuführenden Aktivitäten.

Im Weiteren verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht zur Finanzlage der EnBW.

Funds from Operations (FFO)

Im Berichtsjahr verbesserte sich der Funds from Operations (FFO) vor Steuern und Finanzierung um 166,2 Mio. € auf 2.325,6 Mio. € (Vorjahr angepasst: 2.159,4 Mio. €). Ursächlich hierfür ist die gestiegene Ertragskraft im Konzern. Der FFO nach Steuern und Finanzierung stieg aufgrund deutlich gesunkener Ertragsteuerzahlungen um 702,8 Mio. € auf 2.216,6 Mio. € (Vorjahr angepasst: 1.513,8 Mio. €).

Funds from Operations (FFO) in Mio. €[1]	2008	2007
FFO vor Steuern und Finanzierung	**2.325,6**	**2.159,4**
Gezahlte Ertragsteuern	-265,6	-691,5
Erhaltene Zinsen und Dividenden	413,2	449,1
Gezahlte Zinsen	-256,6	-403,2
FFO nach Steuern und Finanzierung	**2.216,6**	**1.513,8**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Zusätzliche Angaben zum Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement der EnBW erstreckt sich sowohl auf die Steuerung auf der Passivseite als auch auf das Management des Finanzanlagevermögens.

Grundlage für alle Überlegungen zum langfristig orientierten Kapitalmanagement der EnBW ist eine kapitalmarkttheoretische Analyse zur Bestimmung der optimalen Kapitalstruktur. Für die Betrachtung werden Fremd- und Eigenkapital berücksichtigt. Die Optimierung der Kapitalstruktur ist auf die Minimierung der Gesamtkapitalkosten ausgerichtet, wobei jedoch eine Prämie für die Beibehaltung der finanziellen Flexibilität berücksichtigt wird. Die optimale Kapitalstruktur impliziert ein Ratingziel im A-Bereich für die EnBW. Diese Analyse wird laufend durchgeführt beziehungsweise fortgeschrieben.

Ausgehend von der Mittelfristplanung analysiert die EnBW den finanziellen Handlungsspielraum (Headroom) für ein gegebenes Ratingziel. Damit wird der Rahmen für die strategischen Handlungsoptionen gesetzt. Der Vorstand befasst sich mit diesem Thema mindestens einmal jährlich.

Akquisitionen und Desinvestitionen sind der wesentliche Einflussfaktor auf den finanziellen Handlungsspielraum des Unternehmens. Die erwarteten und durchgeführten Akquisitionen und Desinvestitionen werden regelmäßig überprüft und dem ermittelten Headroom gegenübergestellt.

Die kurzfristige Liquiditätssteuerung für die EnBW erfolgt derzeit mit einem rollierenden Planungshorizont von drei Monaten. Darüber hinaus hat die EnBW Instrumente im Einsatz, die Prognosen über den Liquiditätsbedarf über einen mittelfristigen Zeitraum hinaus zulassen.

Kapitalmanagement bei der EnBW umfasst auch die bewusste Steuerung der Finanzaktiva basierend auf den Gutachten zu Pensionsrückstellungen sowie den Gutachten zu Nuklearrückstellungen. Die EnBW ermittelt in einem cashflow-orientierten Modell die sich in den nächsten 30 Jahren ergebenden Effekte. Dieses Modell ist Grundlage für die Steuerung der Finanzanlagen. Es lässt die Simulation von verschiedenen Rendite- und Zuführungsalternativen zu.

Die EnBW steuert die Finanzanlagen so, dass die Pensions- und Nuklearverpflichtungen bis zum Jahr 2032 gedeckt sind.

Im Konzern besteht folgende Nettoverschuldung:

Nettoschulden in Mio. €[1]	**31.12.2008**	**31.12.2007**
Flüssige Mittel[2]	-2.216,3	-829,2
Kurzfristige Wertpapiere[2]	-152,4	-171,5
Kurzfristige Finanzmittel[2]	**-2.368,7**	**-1.000,7**
Anleihen[3]	4.110,3	2.698,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	556,4	546,9
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	620,5	727,9
Finanzverbindlichkeiten[3]	**5.287,2**	**3.973,0**
Nettofinanzschulden[2, 3]	**2.918,5**	**2.972,3**
Pensions- und Kernenergierückstellungen	9.013,1	8.681,8
Langfristige Wertpapiere und Ausleihungen	-4.231,4	-5.017,0
Kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen	-1.218,7	-832,4
Verbindlichkeiten aus Put-Optionen	514,4	428,9
Sonstiges	-162,4	-289,1
Nettoschulden[3]	**6.833,5**	**5.944,5**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Ohne kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen.
[3] Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

Segmentberichterstattung

Nach Konzernbereichen Mio. €[1]	Strom		Gas		Energie- und Umwelt-dienstleistungen	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Umsatzerlöse						
Außenumsatz	12.736,4	11.539,7	2.881,2	2.479,3	687,8	693,2
Innenumsatz	131,9	206,5	136,3	108,6	715,3	617,3
Gesamtumsatz	12.868,3	11.746,2	3.017,5	2.587,9	1.403,1	1.310,5
Ergebnisgrößen						
Adjusted EBITDA	2.207,4	1.942,9	291,9	270,2	232,3	253,3
EBITDA	2.132,8	1.927,0	285,6	274,5	227,5	256,8
Planmäßige Abschreibungen	-568,4	-546,5	-99,2	-95,8	-132,2	-123,0
Außerplanmäßige Abschreibungen	-24,9	-2,6	-236,3	-7,2	-9,0	-2,1
Adjusted EBIT	1.639,0	1.396,4	192,7	174,4	100,1	130,3
EBIT	1.539,5	1.377,9	-49,9	171,5	86,3	131,7
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	156,4	147,6	2,9	3,0	-16,5	8,3
Vermögenswerte und Schulden						
Segmentvermögen	16.383,7	13.112,8	2.825,8	2.860,3	2.345,1	2.139,6
Segmentschulden	13.445,5	10.117,5	773,3	665,0	1.073,5	992,7
Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	1.771,8	1.630,1	36,5	34,6	123,9	191,8
Sonstige Segmentinformationen						
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	927,6	568,9	65,3	71,7	253,1	175,5
Operating Cashflow	1.238,9	1.205,4	70,9	295,1	192,0	136,5
Geschäfts- oder Firmenwerte	481,3	466,3	135,8	138,3	56,2	57,4
Anzahl der Mitarbeiter zum 31.12.	11.676	11.632	923	891	7.282	7.187

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die Segmentberichterstattung hat das Ziel, Informationen über die wesentlichen Geschäftsbereiche des Konzerns zur Verfügung zu stellen. Zugleich soll Einblick in die Risiko-Chancen-Struktur eines diversifizierten Konzerns gewährt werden. Die Segmentierung der Unternehmensbereiche und Regionen im EnBW-Konzern erfolgt entsprechend der internen Berichterstattung. Aufbau und Inhalt der internen Berichterstattung zeigen die Risiko-Chancen-Struktur der jeweiligen Geschäftsbereiche auf.

Ab 2008 haben wir unsere Segmentberichterstattung um die Kennzahlen Adjusted EBITDA und Adjusted EBIT erweitert. Das Adjusted EBIT ist eine um neutrale Ergebniseffekte bereinigte Ergebnisgröße, die die Entwicklung der operativen Ertragslage zutreffend wiedergibt. Im Lagebericht wird die Entwicklung der Geschäftsfelder anhand des Adjusted EBIT erläutert. Zur weiteren Verbesserung der Darstellung der Ertragslage wird auch das EBITDA adjusted dargestellt.

Die Segmentdaten wurden in Übereinstimmung mit den Ansatz- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss ermittelt.

	Holding/ Konsolidierung		Fortzuführende Aktivitäten		Nicht fortzuführende Aktivitäten		Gesamt	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
	0,0	0,0	16.305,4	14.712,2	0,0	97,2	16.305,4	14.809,4
	-983,5	-932,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	-983,5	-932,4	16.305,4	14.712,2	0,0	97,2	16.305,4	14.809,4
	-136,0	-138,1	2.595,6	2.328,3	0,0	0,8	2.595,6	2.329,1
	-105,8	-121,9	2.540,1	2.336,4	0,0	131,5	2.540,1	2.467,9
	-1,9	0,0	-801,7	-765,3	0,0	-5,8	-801,7	-771,1
	0,0	0,0	-270,2	-11,9	0,0	0,0	-270,2	-11,9
	-137,9	-138,1	1.793,9	1.563,0	0,0	-5,0	1.793,9	1.558,0
	-107,7	-121,9	1.468,2	1.559,2	0,0	125,7	1.468,2	1.684,9
	0,0	0,0	142,8	158,9	0,0	0,0	142,8	158,9
	210,5	146,4	21.765,1	18.259,1				
	4.291,5	4.407,7	19.583,8	16.182,9				
	0,0	0,0	1.932,2	1.856,5				
	0,0	0,0	1.246,0	816,1	0,0	0,8	1.246,0	816,9
	22,1	-44,5	1.523,9	1.592,5	0,0	-33,8	1.523,9	1.558,7
	0,0	0,0	673,3	662,0				
	620	555	20.501	20.265	0	0	20.501	20.265

Die Segmentberichterstattung umfasst die Geschäftsfelder Strom, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen.

Das Geschäftsfeld Strom umfasst die Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel/Beschaffung, Transport und Verteilung und Vertrieb. Das Geschäftsfeld Gas beinhaltet die Ferngasstufe (Midstream) mit Importverträgen und -infrastruktur, Speicherung, Handel/Portfoliosteuerung sowie die Verteilstufe (Downstream) mit Transport und Verteilung und Vertrieb. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen sind die Bereiche Thermische Entsorgung, Nichtthermische Entsorgung, Wasser sowie Sonstige Dienstleistungen enthalten.

Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen, die auf die EnBW AG sowie auf andere, nicht den gesondert dargestellten Segmenten zuordenbare Tätigkeiten entfallen, werden zusammen mit den Eliminierungen zwischen den Segmenten in der Spalte Holding/Konsolidierung ausgewiesen. Die direkt zuordenbaren Kosten der EnBW AG werden anhand von Schlüsseln auf die einzelnen Geschäftsfelder verrechnet.

Das Segmentvermögen enthält sämtliche Vermögenswerte, die zur Erwirtschaftung des EBIT des jeweiligen Segments eingesetzt werden. Es umfasst vor allem immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagevermögen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Vorratsvermögen.

Die Segmentschulden beinhalten Verpflichtungen aus dem operativen Geschäft und damit vor allem Rückstellungen (ausgenommen Ertragsteuerrückstellungen) sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Innenumsätze geben die Höhe der Umsätze zwischen den Konzerngesellschaften an. Die Umsätze zwischen den Segmenten wurden zu Marktpreisen getätigt. Die Segmentierung der Investitionen, des Vermögens sowie der Bruttoschulden wurde im EnBW-Konzern direkt vorgenommen. Die Überleitung des Segmentvermögens und der Segmentschulden auf das Bruttovermögen und die Bruttoschulden stellt sich wie folgt dar:

Mio. €[1]	31.12.2008	31.12.2007
Bruttovermögen laut Bilanz	**32.925,1**	**28.435,8**
Langfristige finanzielle Vermögenswerte (ohne Investment Properties)	-6.892,5	-7.590,9
Langfristige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	-14,5	-14,2
Latente Steuern	-28,7	-6,0
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	-584,7	-727,6
Kurzfristige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	-21,9	-11,3
Ertragsteuererstattungsansprüche	-533,2	-508,9
Flüssige Mittel	-3.084,5	-1.317,8
Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten	0,0	0,0
Segmentvermögen	**21.765,1**	**18.259,1**
Bruttoschulden laut Bilanz	**27.341,8**	**22.434,1**
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-4.925,1	-3.364,2
Potenzielle Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Optionen	-514,4	-428,9
Latente Steuern	-1.631,4	-1.616,8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-394,7	-588,3
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-12,4	-8,2
Ertragsteuerrückstellungen/-verbindlichkeiten	-280,0	-236,9
Schulden der nicht fortzuführenden Aktivitäten	0,0	-7,9
Segmentschulden	**19.583,8**	**16.182,9**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die Segmentberichterstattung nach Regionen umfasst entsprechend der Risiko-Chancen-Struktur die Regionen Deutschland, europäischer Währungsraum ohne Deutschland und restliches Europa.

Nach Regionen in Mio. €	2008	2007
Außenumsatz		
Deutschland	14.640,9	13.602,5
Europäischer Währungsraum ohne Deutschland	1.165,7	721,3
Restliches Europa	498,8	388,4
	16.305,4	**14.712,2**
Segmentvermögen		
Deutschland	19.956,9	16.600,5
Restliches Europa	1.808,2	1.658,6
	21.765,1	**18.259,1**
Investitionen[1]		
Deutschland	1.157,7	712,6
Restliches Europa	88,3	103,5
	1.246,0	**816,1**

[1] Aus fortzuführenden Aktivitäten.

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Zu den nahestehenden Unternehmen zählen insbesondere die Electricité de France (EDF) und der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW). Der Abschluss der EnBW AG wird in den Konzernabschluss der EDF quotal einbezogen.

Die mit der EDF im Berichtsjahr getätigten Geschäfte wirkten sich folgendermaßen auf den Konzernabschluss der EnBW aus:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2008	2007
Umsatzerlöse	903,9	819,6
Materialaufwand	-1.052,6	-765,9

Bilanz in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen	120,7	111,6
Geleistete Anzahlungen	44,6	37,7
Verbindlichkeiten	43,3	90,1
Erhaltene Anzahlungen	38,7	44,4

Umsatzerlöse und Materialaufwand resultieren im Wesentlichen aus Stromlieferungs- und Strombezugsverträgen. Allen Geschäftsbeziehungen mit der EDF lagen marktübliche Konditionen zugrunde.

Die Geschäftsbeziehungen zu Gemeinschaftsunternehmen, die unter marktüblichen Bedingungen erfolgten, stellen sich wie folgt dar:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2008	2007
Umsatzerlöse	37,1	43,3
Materialaufwand	-9,7	-36,3

Bilanz in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige Ausleihungen	6,1	7,4
Forderungen	3,5	7,4
Geleistete Anzahlungen	0,0	1,4
Verbindlichkeiten	2,7	5,1
Erhaltene Anzahlungen	0,0	1,3

Weiterhin bestehen im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit auch Beziehungen zu assoziierten Gesellschaften, unter anderem zu kommunalen at equity bewerteten Unternehmen (insbesondere zu Stadtwerken). Der Leistungsaustausch mit diesen Unternehmen fand zu marktüblichen Bedingungen statt und hat folgende Auswirkung auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung des EnBW-Konzerns:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2008	2007
Umsatzerlöse	190,4	130,2
Materialaufwand	-72,3	-35,8

Bilanz in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen	12,8	9,3
Verbindlichkeiten	9,8	4,8
Erhaltene Anzahlungen	0,0	0,4

Der EnBW-Konzern hat keine wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Personen getätigt.

Die Grundzüge des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der früheren Vorstandsmitglieder sind im Vergütungsbericht dargestellt. Kredite oder Vorschüsse an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats wurden im Berichtsjahr nicht gewährt.

Angaben zu Konzessionen

Zwischen den einzelnen Gesellschaften des EnBW-Konzerns und den Gemeinden bestehen Konzessionsverträge im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserbereich. Die Laufzeit der Konzessionsverträge beträgt in der Regel 20 Jahre. Es bestehen gesetzlich geregelte Anschlusspflichten an die Versorgungsnetze. Durch den Abschluss eines Konzessionsvertrags besteht für den EnBW-Konzern die Verpflichtung zur Herstellung und Unterhaltung der zur allgemeinen Versorgung benötigten Anlagen. Des Weiteren besteht die Pflicht, eine Konzessionsabgabe an die Gemeinden zu zahlen. Nach Ablauf eines Konzessionsvertrags sind, sofern der Konzessionsvertrag nicht verlängert wird, die Versorgungsanlagen gegen eine angemessene Vergütung an die Gemeinde oder den nachfolgenden Netzbetreiber zurück- beziehungsweise abzugeben.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der EnBW von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem 31. Dezember 2008 nicht eingetreten.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der EnBW beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen. Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier gegebenen Einschätzungen abweichen. Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Karlsruhe, den 9. Februar 2009

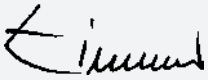
EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Villis

Dr. Beck

Buchel

Dr. Schulten



Dr. Zimmer

Bestätigungsvermerk

Wir haben den von der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Cashflow-Rechnung, Eigenkapitalspiegel und Anhang – sowie den Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst wurde, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung und damit auch unter Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bilds der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, 9. Februar 2009

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Prof. Dr. Wollmert
Wirtschaftsprüfer

Benzenhöfer
Wirtschaftsprüferin

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst wurde, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

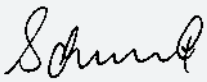
Karlsruhe, 9. Februar 2009

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

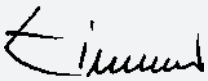
Villis

Dr. Beck

Buchel



Dr. Schulten



Dr. Zimmer

Wesentliche Beteiligungen

		Fußnote	Sitz	Kapitalanteil[1] (in %)	Eigenkapital[2] (in Tsd. €)	Ergebnis[2] (in Tsd. €)	Umsatzerlöse[2] (in Tsd. €)
Holding							
EnBW Energie Baden-Württemberg AG			Karlsruhe		2.610.883	1.153.366	0
Neckarwerke Stuttgart GmbH			Stuttgart	100,00	1.006.859	122.556	0
Geschäftsfeld Strom							
Vollkonsolidierte Unternehmen							
1	EnAlpin AG		Visp/Schweiz	100,00	35.017	14.193	85.791
2	EnBW Kraftwerk Lippendorf Beteiligungsgesellschaft mbH		Stuttgart	100,00	297.640	-[4]	74.852
3	EnBW Kraftwerke AG		Stuttgart	100,00	1.063.141	-[4]	2.551.268
4	EnBW Regional AG		Stuttgart	100,00	413.925	-[4]	2.024.779
5	EnBW Trading GmbH		Karlsruhe	100,00	2.560	-[4]	13.544.798
6	EnBW Transportnetze AG		Stuttgart	100,00	177.791	-[4]	2.506.418
7	EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH		Stuttgart	100,00	15.164	-[4]	5.316.332
8	ENSO Netz GmbH		Dresden	100,00	98	-[4]	359.258
9	EVGA Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG		Obrigheim	100,00	60.827	-19.949	36.352
10	Facilma Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG		Obrigheim	100,00	123.977	10.851	17.818
11	GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG		Dresden	100,00	112.484	-[4]	907
12	Kernkraftwerk Obrigheim GmbH		Obrigheim	100,00	51.130	-[4]	0
13	KMS Kraftwerke Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG		Karlsruhe	100,00	236.884	25.100	11.222
14	Netzgesellschaft Ostwürttemberg GmbH		Ellwangen	100,00	135	-[4]	192.520
15	NWS Grundstücksmanagement GmbH & Co. KG		Obrigheim	100,00	328.194	74.540	66.636
16	SWD Netz GmbH		Düsseldorf	100,00	1.000	-[4]	324.025
17	TWS Kernkraft GmbH		Gemmrigheim	100,00	149.297	-[4]	274.063
18	Watt Deutschland GmbH		Frankfurt am Main	100,00	4.943	569	263.826
19	Yello Strom GmbH		Köln	100,00	500	-[4]	913.208
20	EnBW Kernkraft GmbH		Obrigheim	99,80	10.000	-[4]	821.887
21	EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG		Ellwangen	99,73	105.442	-[4]	429.909
22	ZEAG Energie AG		Heilbronn	98,26	133.642	26.226	124.111
23	Energiedienst Holding AG	[3]	Laufenburg/Schweiz	81,72[8]	974.841	69.438	612.184
24	Kraftwerk Bexbach Verwaltungsgesellschaft mbH		Bexbach an der Saar	66,66	23.010	1.151	2.917
25	Stadtwerke Düsseldorf AG	[6]	Düsseldorf	54,95	366.902	57.730	1.792.412
26	ENSO Energie Sachsen Ost AG		Dresden	50,10	331.313	58.855	1.314.064

		Fußnote	Sitz	Kapitalanteil[1] (in %)	Eigenkapital[2] (in Tsd. €)	Ergebnis[2] (in Tsd. €)	Umsatzerlöse[2] (in Tsd. €)
Quotenkonsolidierte Unternehmen							
27	Energotrans a.s.	6	Prag/Tschechien	100,00	152.911	30.477	115.450
28	Prazská energetika a.s.	6	Prag/Tschechien	58,03	384.362	53.459	600.372
29	Fernwärme Ulm GmbH	5	Ulm/Donau	50,00	20.710	1.698	46.768
30	Prazská teplárenská a.s.	6	Prag/Tschechien	48,45	305.860	61.360	183.264
Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen sind							
31	EVN AG	3,5	Maria Enzersdorf/ Österreich	35,72	3.208.460	229.843	2.397.002
32	DREWAG-Stadtwerke Dresden GmbH	6	Dresden	35,00	301.902	-[9]	945.986
33	Elektrownia Rybnik S.A.	6	Rybnik/Polen	32,37	193.719	19.781	348.761
34	Grosskraftwerk Mannheim AG	6	Mannheim	32,00	114.142	6.647	385.303
35	Budapesti Elektromos Müvek Nyrt. (ELMÜ)	6	Budapest/Ungarn	27,25	999.736	768.595	1.083.621
36	Eszak-Magyarországi Áramszolgáltató Nyrt. (EMASZ)	6	Miskolc/Ungarn	26,83	347.728	231.269	390.077
37	FairEnergie GmbH	6	Reutlingen	24,90	90.766	-[9]	239.495
38	Mátrai Erömü ZRt. (MATRA)	6	Visonta/Ungarn	21,71	200.264	46.994	277.232
39	Stadtwerke Karlsruhe GmbH	6	Karlsruhe	20,00	165.710	-[9]	592.267
Beteiligungen							
40	e.wa riss GmbH & Co. KG	6	Biberach	50,00	12.954	5.007	43.546
41	Schluchseewerk Aktiengesellschaft	6	Laufenburg/Baden	50,00	59.339	2.809	75.797
42	Energie- und Wasserwerke Bautzen GmbH	6	Bautzen	49,00	16.630	-[9]	41.098
43	Stadtwerke Weinheim GmbH	6	Weinheim	39,32	26.441	2.264	49.784
44	Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt AG	5,6	Rheinfelden/Schweiz	38,00	23.370	1.114	8.807
45	Elektrizitätswerk Mittelbaden AG & Co. KG	6	Lahr	34,74	40.054	12.271	167.290
46	Stadtwerke Elbtal GmbH	6	Radebeul	30,00	7.417	-[9]	47.180
47	Albwerk GmbH & Co. KG	6	Geislingen an der Steige	25,10	14.179	7.209	70.944
48	Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH	6	Bruchsal	25,10	21.993	-[9]	45.365
49	ENRW Energieversorgung Rottweil GmbH & Co. KG	6	Rottweil	25,10	22.598	1.975	66.842
50	Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH	6	Schwäbisch Gmünd	25,10	22.701	-[9]	67.539
51	Stadtwerke Sindelfingen GmbH	6	Sindelfingen	25,10	24.255	3.780	73.776
52	Stadtwerke Nürtingen GmbH	6	Nürtingen	25,00	29.305	1.669	37.554
53	Zespół Elektrociepłowni Wrocławskich Kogeneracja S.A.	6	Breslau/Polen	15,59	209.200	15.867	102.352
54	MVV Energie AG	5	Mannheim	15,07	856.760	93.457	1.351.690

		Fußnote	Sitz	Kapitalanteil[1] (in %)	Eigenkapital[2] (in Tsd. €)	Ergebnis[2] (in Tsd. €)	Umsatzerlöse[2] (in Tsd. €)
Geschäftsfeld Gas							
Vollkonsolidierte Unternehmen							
55	EnBW Gas GmbH		Stuttgart	100,00	133.970	-[4]	848.801
56	GasVersorgung Süddeutschland GmbH	[7]	Stuttgart	100,00	76.694	-[4]	2.068.032
57	GSW Gas- und Wärmeservice GmbH		Dresden	100,00	1.303	-[4]	22.034
58	Erdgas Südwest GmbH		Karlsruhe	79,00	40.447	10.053	195.344
Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen sind							
59	Stadtwerke Esslingen am Neckar GmbH & Co. KG	[6]	Esslingen am Neckar	49,98	55.819	3.143	69.172
Beteiligungen							
60	Heilbronner Versorgungs GmbH	[6]	Heilbronn	25,10	36.375	-[9]	93.027
61	Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG	[6]	Ravensburg	25,10	22.924	4.328	56.904
Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen							
Vollkonsolidierte Unternehmen							
62	EnBW Beteiligungen AG		Kornwestheim	100,00	376.652	132.892	0
63	EnBW City GmbH & Co. KG		Stuttgart	100,00	11.299	56	0
64	EnBW Energy Solutions GmbH		Stuttgart	100,00	44.187	4.918	69.196
65	EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Karlsruhe		Karlsruhe	100,00	137.390	3.593	13.186
66	EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Stuttgart		Stuttgart	100,00	46.090	1.833	5.713
67	EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH		Stuttgart	100,00	995.226	-[4]	2.261
68	EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH		Karlsruhe	100,00	16.500	-[4]	329.925
69	T-plus GmbH		Karlsruhe	100,00	15.000	-[4]	54.426
70	U-plus Umweltservice AG		Karlsruhe	100,00	159.898	1.677	0
71	AWISTA Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mbH	[6]	Düsseldorf	51,00	36.577	6.050	161.870

		Fußnote	Sitz	Kapital-anteil[1] (in %)	Eigen-kapital[2] (in Tsd. €)	Ergebnis[2] (in Tsd. €)	Umsatz-erlöse[2] (in Tsd. €)
Quotenkonsolidierte Unternehmen							
72	Industriekraftwerke Oberschwaben beschränkt haftende OHG		Baienfurt	50,00	3.653	6.068	40.603
Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen sind							
73	Gegenbauer Holding SA & Co. KG	[6]	Berlin	49,00	19.641	10.904	14.661
74	Zweckverband Landeswasserversorgung	[6]	Stuttgart	27,89	148.216	-250	40.366
75	Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung	[6]	Stuttgart	22,33	191.587	-1.307	50.910

[1] Anteile des jeweiligen Mutterunternehmens berechnet nach § 313 Abs. 2 HGB (Stand: 31. Dezember 2008).
[2] Bei Einzelgesellschaften entstammen die Angaben den nach landesspezifischen Vorschriften aufgestellten Abschlüssen und zeigen nicht den Beitrag der Gesellschaften zum Konzernabschluss. Bei Abschlüssen in ausländischer Währung erfolgt die Umrechnung für das Eigenkapital mit den Mittelkursen am Bilanzstichtag, für das Ergebnis und den Umsatz mit den Jahresdurchschnittskursen.
[3] Angaben für den Teilkonzern nach IFRS.
[4] Ergebnisabführungsvertrag bzw. Beherrschungsvertrag bzw. Verlustübernahmeerklärung.
[5] Abweichendes Geschäftsjahr.
[6] Vorjahreswerte.
[7] Gehalten über die EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe (EnBW-Anteilsbesitz: 50 %), die aufgrund einer Casting-Vote-Regelung vollkonsolidiert wird.
[8] Vor Berücksichtigung eigener Aktien der Gesellschaft.
[9] Ergebnisabführungsvertrag gegenüber Dritten.

CORPORATE GOVERNANCE

Bericht des Aufsichtsrats

194 Schwerpunkte der Beratungen im Plenum
196 Arbeit der Ausschüsse
197 Corporate Governance
197 Jahres- und Konzernabschlussprüfung
199 Personelle Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Corporate-Governance-Bericht

200 Führungs- und Kontrollstruktur
202 Vergütungsbericht
208 Transparenz
208 Rechnungslegung und Abschlussprüfung
209 Entsprechenserklärung
209 Stellungnahme zu den Anregungen des Corporate-Governance-Kodex

210 Aufsichtsrat

212 Mandate der Vorstandsmitglieder

214 Zusätzliche Mandate der Aufsichtsratsmitglieder

216 Der Beirat

20

Prozent erneuerbare Energien

OFFSHORE-WINDENERGIE

Die Energieausbeute auf dem offenen Meer ist etwa 40 Prozent höher als an Land. Dieses Windkraftpotenzial will die EnBW erschließen. 2008 haben wir uns den Zugang zu vier Offshore-Windparks vor der deutschen Nordsee- und Ostseeküste gesichert und werden bis 2015 Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 1.200 MW errichten und in Betrieb nehmen.

ENERGIEMIX

Die EnBW wird in ihrem Erzeugungsportfolio den Anteil an CO_2-freien erneuerbaren Energien erhöhen. Diese werden aber den Energiebedarf nicht vollständig decken können. Ein Energiemix, der konventionelle und erneuerbare Energien miteinander verbindet, ist notwendig. Bis 2020 wollen wir rund 20 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen. Gleichzeitig werden wir durch den Einsatz moderner konventioneller Kraftwerke den Schadstoffausstoß verringern.

Bericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2008 nahm der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahr. Er überwachte die Geschäftsführung der Gesellschaft, beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und war in sämtliche Entscheidungen von grundlegender Bedeutung eingebunden. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Aspekte der Geschäftsentwicklung, über die Strategie und Planung des Unternehmens, über die wirtschaftliche Lage des Konzerns sowie über die Risikosituation, das Risikomanagement und die Compliance. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen wurden jeweils detailliert erläutert.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

In acht ordentlichen Sitzungen am 18. Februar, 24. April, 25. April, 3. Juni, 10. Juli, 25. September, 6. November und 11. Dezember 2008, zwei außerordentlichen Sitzungen am 17. Juni und 30. Juli 2008 sowie fünf Umlaufbeschlussverfahren befasste sich der Aufsichtsrat eingehend mit mündlichen und schriftlichen Berichten sowie Beschlussvorlagen des Vorstands. Darüber hinaus forderte er zu einzelnen Themen selbst Berichte und Informationen des Vorstands an, die ihm jeweils unverzüglich und vollständig erstattet wurden. Besondere Schwerpunkte der Beratungen und Beschlussfassungen im Plenum waren:

- Regelmäßige und ausführliche Berichte des Vorstands über die aktuelle Umsatz- und Ergebnisentwicklung sowie die Finanzlage des Konzerns
- Diskussion mit dem Vorstand über die strategischen Schwerpunkte der EnBW
- Zustimmung zum Erwerb von 26 % der Anteile an der EWE AG mit Sitz in Oldenburg
- Zustimmung zur Einbringung der EnAlpin AG in die Energiedienst Holding AG zur Konzentration der EnBW-Aktivitäten in der Schweiz
- Zustimmung zur Teilnahme der Stadtwerke Düsseldorf an den Vergabeverfahren für die Stadtwerke Hilden GmbH und die öffentliche Straßenbeleuchtung der Landeshauptstadt Düsseldorf
- Zustimmung zum Erwerb der deutschen Offshore-Windkraftprojekte der WPD Offshore GmbH durch Erwerb von 100 % der Anteile an den Projektgesellschaften Offshore Ostsee Wind AG und EOS Offshore AG sowie die Zustimmung zur Investitions- und Bauentscheidung für den ersten Offshore-Windpark Baltic 1
- Zustimmung zum Bau und Betrieb eines ersatzbrennstoffgefeuerten Industrieheizkraftwerks durch die EnBW Energy Solutions GmbH
- Baufortschritt des neuen Steinkohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe und Entwicklung weiterer Kraftwerksprojekte an den Standorten Stade, Mannheim, Düsseldorf und Iffezheim
- Aktuelle Themen im Zusammenhang mit der Kernenergieerzeugung und weiteres Vorgehen im Hinblick auf den ablehnenden Bescheid des Bundesumweltministeriums auf den Antrag der EnBW betreffend die Übertragung von Reststrommengen auf das Kernkraftwerk GKN I
- Sachstand beim Ausbau des Geschäftsfelds Gas im Midstream-Bereich
- Aktuelle Entwicklungen im Netzentgeltbereich, Diskussion über die Schaffung einer Deutschen Netz AG und Kooperation der EnBW Transportnetze AG mit der swissgrid ag
- Zustimmung zur Deckung des langfristigen Finanzierungsbedarfs durch verschiedene Instrumente der Fremdfinanzierung sowie regelmäßige Berichte zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die EnBW
- Vorlage verschiedener Änderungen der EnBW-Satzung aufgrund gesetzlicher Neuerungen zur Beschlussfassung in der Hauptversammlung am 25. April 2008
- Vorschläge, die der Hauptversammlung am 25. April 2008 zur Neuwahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat der Gesellschaft unterbreitet wurden
- Neuwahl des Aufsichtsratsvorsitzenden, des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden sowie der Mitglieder für die Ausschüsse des Aufsichtsrats
- Künftige Besetzung des Vorstands durch die Bestellung von zwei neuen Vorstandsmitgliedern
- Auflösung des Ad-hoc-Ausschusses zur Prüfung von Organhaftungsansprüchen gegen frühere Vorstandsmitglieder zum Jahresende 2008

Dr. Claus Dieter Hoffmann, Vorsitzender des Aufsichtsrats

- Verabschiedung einer neuen Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, die insbesondere eine Neufassung des Katalogs der zustimmungsbedürftigen Geschäfte und Maßnahmen enthält
- Stand bedeutender Rechtsstreitigkeiten, zu denen unter anderem die Klagen im Nachgang der Hauptversammlungen der EnBW am 26. April 2007 und am 25. April 2008 auf Erteilung von Auskünften, zur Anfechtung von Hauptversammlungsbeschlüssen und Anträge auf Feststellung der Nichtigkeit der Jahres- und Konzernabschlüsse 2006 und 2007 zählen
- Zustimmung zum Budget für das Geschäftsjahr 2009 und Kenntnisnahme der Mittelfristplanung PR0911, bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Cashflow-Rechnung

Außerhalb der Sitzungen unterrichtete der Vorstand die Mitglieder des Aufsichtsrats schriftlich über sämtliche Geschäftsvorgänge, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung waren. Darüber hinaus fand zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dem Vorstand, insbesondere dessen Vorsitzenden, ein ständiger Austausch zu Fragen der strategischen Ausrichtung, der Geschäftsentwicklung, des Risikomanagements sowie zu bedeutenden Einzelmaßnahmen statt.

Bei den einzelnen Aufsichtsratssitzungen war durchweg eine hohe Anwesenheitsquote zu verzeichnen. Lediglich das Aufsichtsratsmitglied Dr. Daniel Camus konnte im Geschäftsjahr 2008 an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilnehmen.

Prof. Joachim Bitterlich, Executive Vice President International Affairs bei Veolia Environnement SA, war bis zum 25. April 2008 Mitglied des Aufsichtsrats der EnBW. Einer der Unternehmensbereiche von Veolia nahm neben der EnBW am Bieterverfahren zum Erwerb einer Beteiligung an der Stadtwerke Saarbrücken AG und neben der Stadtwerke Düsseldorf AG am Vergabeverfahren für die Stadtwerke Hilden GmbH teil. Um die Entstehung eines vorübergehenden Interessenkonflikts im Verlauf dieser Verfahren von vornherein auszuschließen, verzichtete Herr Prof. Bitterlich darauf, zu diesen Themen an den Aufsichtsratssitzungen teilzunehmen oder an Aufsichtsratsbeschlüssen sowie deren Vorbereitung mitzuwirken und dazu Beschlussvorlagen, Berichte oder die entsprechenden Teile der Sitzungsniederschriften zu erhalten. Dementsprechend wurde dann auch verfahren.

Arbeit der Ausschüsse

Zur optimalen Wahrnehmung der Aufgaben des Aufsichtsrats haben die eingerichteten Ausschüsse im vergangenen Geschäftsjahr erneut regelmäßig getagt. Die personelle Zusammensetzung der Ausschüsse ist auf Seite 211 des Geschäftsberichts dargestellt. Über die Beratungen in den Ausschüssen wurde zu Beginn jeder Aufsichtsratssitzung ausführlich berichtet.

Der Personalausschuss kam im Berichtszeitraum zu acht Sitzungen zusammen. Er befasste sich insbesondere mit dem System der Vorstandsvergütung sowie der künftigen Zusammensetzung des Vorstands. In diesem Zusammenhang bereitete er für den Aufsichtsrat die Bestellungsentscheidungen für den Chief Financial Officer (CFO) und den Chief Operating Officer (COO) vor und fasste die entsprechenden Beschlüsse zum Abschluss der jeweiligen Vorstandsdienstverträge.

Der Finanz- und Investitionsausschuss erörterte in seinen fünf Sitzungen ausführlich die Finanz-, Liquiditäts- und Ergebnissituation der EnBW sowie das Budget und die Mittelfristplanung. Zudem prüfte er aktuelle Investitionsvorhaben und bereitete die diesbezüglichen Entscheidungen des Aufsichtsrats vor.

Der Prüfungsausschuss beschäftigte sich in drei Sitzungen insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance. Er erteilte dem Abschlussprüfer nach Einholung der gemäß Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate-Governance-Kodex geforderten Unabhängigkeitserklärung den Prüfungsauftrag, traf mit ihm die Honorarvereinbarung und legte die Prüfungsschwerpunkte fest. In Anwesenheit des Abschlussprüfers befasste sich der Prüfungsausschuss eingehend mit dem Halbjahresfinanzbericht sowie dem Quartalsfinanzbericht zum 30. September 2008 und erörterte diesen mit dem Vorstand. Außerdem analysierte er zur Vorbereitung der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats detailliert den Jahres- und Konzernabschluss.

Der Nominierungsausschuss kam im abgelaufenen Geschäftsjahr zu zwei Sitzungen zusammen. Er bereitete die Wahlvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung am 25. April 2008 vor und fasste im Rahmen der ihm von den Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat übertragenen Zuständigkeiten nach § 32 MitbestG verschiedene Beschlüsse zur Ausübung von Beteiligungsrechten im EnBW-Konzern.

Der Ad-hoc-Ausschuss zur Prüfung von Organhaftungsansprüchen gegen frühere Vorstandsmitglieder kam im Geschäftsjahr 2008 zu fünf Sitzungen zusammen. Dieser Ausschuss war im März 2005 eingesetzt worden, um zu prüfen, ob das ehemalige Vorstandsmitglied Gerhard Jochum beim Erwerb von Aktien an der Stadtwerke Düsseldorf AG im Jahr 2001 einen Aufsichtsratsbeschluss überschritten hatte und der EnBW hieraus Schadensersatzansprüche entstanden sind. Im Juni 2006 wurde zur Verhinderung der Verjährung möglicher Ansprüche beim Landgericht Berlin Feststellungsklage gegen Herrn Jochum erhoben. Ein im Jahr 2008 eingeholtes Wirtschaftsprüfergutachten ist zu dem Ergebnis gekommen, dass für die EnBW kein Schaden infolge des Aktienerwerbs besteht. Das Gericht hat der EnBW daraufhin den Hinweis gegeben, dass bei fehlendem Schaden eine Abweisung der Klage droht. Dem folgend wurde die Klage am 24. Oktober 2008 zurückgenommen und der Ad-hoc-Ausschuss zum Ende des Geschäftsjahres 2008 aufgelöst.

Der Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG musste im Berichtszeitraum nicht einberufen werden.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat sich auch im Geschäftsjahr 2008 eingehend mit verschiedenen Fragen der Corporate Governance befasst. Im Corporate-Governance-Bericht auf den Seiten 200–209 des Geschäftsberichts werden diese ausführlich dargestellt.

In der Sitzung am 10. Juli 2008 fand die jährliche Effizienzprüfung des Aufsichtsrats statt, die in Abwesenheit der Mitglieder des Vorstands durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Prüfung wurden wertvolle Ansatzpunkte für eine weitere Optimierung der Gremienarbeit identifiziert und im Nachgang umgesetzt.

Mit den Änderungen des Deutschen Corporate-Governance-Kodex vom 6. Juni 2008 befasste sich der Aufsichtsrat in seiner Dezember-Sitzung. Entsprechend den neuen Empfehlungen wurde unter anderem beschlossen, dass künftig gemäß Ziffer 4.2.2 Abs. 1 des Kodex das Aufsichtsratsplenum auf Vorschlag des Personalausschusses über das Vergütungssystem für den Vorstand entscheidet und es regelmäßig überprüft und dass künftig entsprechend Ziffer 4.2.3 Abs. 4 des Kodex bei Abschluss und Verlängerung von Vorstandsverträgen auf die Vereinbarung von Abfindungs-Caps geachtet wird.

In der Sitzung am 11. Dezember 2008 nahm der Aufsichtsrat ferner den Bericht des Corporate-Governance-Verantwortlichen entgegen und verabschiedete die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex gemäß § 161 AktG. Zuvor hatte der Vorstand in seiner Sitzung am 25. November 2008 eine wortgleiche Erklärung abgegeben. Die EnBW entsprach im Geschäftsjahr 2008 sämtlichen Empfehlungen des Kodex in der jeweils geltenden Fassung uneingeschränkt und beabsichtigt, ihnen auch künftig zu entsprechen.

Die aktuelle Entsprechenserklärung sowie die Erklärungen der Vorjahre stehen den Aktionären auf den Internetseiten der EnBW dauerhaft zur Verfügung. Die aktuelle Erklärung ist im Corporate-Governance-Bericht auf Seite 209 des Geschäftsberichts vollständig wiedergegeben.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, wurde von der Hauptversammlung am 25. April 2008 erneut zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer sowie zum Abschlussprüfer für die prüferische Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht enthaltenen verkürzten Abschlusses gewählt. Der Prüfungsausschuss beauftragte den Abschlussprüfer schriftlich mit der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie der prüferischen Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht enthaltenen verkürzten Abschlusses und Zwischenlageberichts und legte die Prüfungsschwerpunkte für die Jahres- und Konzernabschlussprüfung fest.

Entsprechend ihrer Beauftragung nahm die Ernst & Young AG eine Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2008 enthaltenen verkürzten Abschlusses nebst Zwischenlagebericht vor und erteilte darüber anschließend eine uneingeschränkte Bescheinigung nach den Regelungen des Wertpapierhandelsgesetzes. In der Sitzung vom 30. Juli 2008 berichtete der Prüfer den Mitgliedern des Prüfungsausschusses über seine Prüfungstätigkeit sowie die Prüfungsergebnisse und stand für Fragen zur Verfügung. Die Ausschussmitglieder hatten nach ihrer eigenen Durchsicht keine Einwendungen gegen den Bericht.

Auf Grundlage der durch den Prüfungsausschuss festgelegten Prüfungsschwerpunkte und unter Einbeziehung der Buchführung prüfte die Ernst & Young AG den vom Vorstand nach den Regeln des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellten Jahresabschluss der EnBW Energie Baden-Württemberg AG und den auf Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) aufgestellten Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2008 sowie den zusammengefassten Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2008. Die Prüfungen ergaben keine Einwendungen, sodass jeweils ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Darüber hinaus unterzog der Abschlussprüfer das vom Vorstand gemäß § 91 Abs. 2 AktG eingerichtete Überwachungssystem zur Risikofrüherkennung einer intensiven Prüfung und bestätigte, dass dieses seine Aufgaben erfüllt.

Die Entwürfe der Berichte des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses (einschließlich des zusammengefassten Lageberichts), die jeweils die Abschlüsse enthielten, sowie der Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns wurden den Mitgliedern des Prüfungsausschusses rechtzeitig vorher für die Ausschusssitzung am 9. Februar 2009 übersandt. In dieser Sitzung berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung. Der Prüfungsausschuss befasste sich eingehend mit den übersandten Abschlussunterlagen und Entwürfen der Prüfungsberichte und erhob dagegen keine Einwendungen. Er empfahl dem Aufsichtsrat, die Abschlüsse nebst zusammengefasstem Lagebericht zu billigen und dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns zuzustimmen.

Im Anschluss an die ausführliche Vorprüfung durch den Prüfungsausschuss wurden die ausgefertigten Prüfungsberichte nebst Abschlussunterlagen und Gewinnverwendungsvorschlag sämtlichen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vorher für die Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 26. Februar 2009 übersandt. In der Sitzung berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Gremienmitglieder zur Verfügung. Darüber hinaus berichtete der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ausführlich über die Beratungen und Ergebnisse der Sitzung des Prüfungsausschusses. Auch er stand für Fragen der übrigen Gremienmitglieder zur Verfügung. Der Aufsichtsrat bezog die Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses in seine weiteren Beratungen ein.

Der Aufsichtsrat prüfte sodann seinerseits eingehend den Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008, den zusammengefassten Lagebericht über das Geschäftsjahr 2008 und den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 2008. Das abschließende Ergebnis seiner eigenen Prüfung führte zu keinerlei Einwendungen des Aufsichtsrats. Dieser stimmte den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zu, billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 – der damit festgestellt ist – sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns an.

Auch der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) wurde von der Ernst & Young AG geprüft, die am 9. Februar 2009 folgenden Bestätigungsvermerk erteilte:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war."

Der Entwurf des Abhängigkeitsberichts wurde den Mitgliedern des Prüfungsausschusses gemeinsam mit den übrigen Abschlussunterlagen und Entwürfen der Prüfungsberichte rechtzeitig vor der Sitzung am 9. Februar 2009 zugesandt. Der Prüfungsausschuss befasste sich in dieser Sitzung eingehend mit dem übersandten Entwurf des Abhängigkeitsberichts und nahm den Bericht des Abschlussprüfers entgegen, der über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen informierte und für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung stand. Nach sorgfältiger eigener Prüfung erhob der Prüfungsausschuss gegen den Abhängigkeitsbericht keine Einwendungen. Anschließend wurde der ausgefertigte Abhängigkeitsbericht den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig zur Prüfung übermittelt. An den Beratungen über den Bericht im Rahmen der Bilanzsitzung am 26. Februar 2009 nahm der Abschlussprüfer ebenfalls teil und berichtete über die wesentlichen Prüfungsergebnisse. Darüber hinaus berichtete der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über die Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Prüfungsausschuss.

Der Aufsichtsrat unterzog den Abhängigkeitsbericht unter Einbeziehung der Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses einer eingehenden Prüfung im Hinblick auf seine Vollständigkeit und Richtigkeit, billigte das Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers und kam zu dem Ergebnis, dass keine Einwendungen gegen die vom Vorstand am Schluss des Berichts abgegebene Erklärung über die Beziehung zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind.

Personelle Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres gab es bei der personellen Besetzung des Vorstands verschiedene Änderungen. Der bisherige Finanzvorstand Dr. Christian Holzherr, der seit 1. Januar 2005 Mitglied des Vorstands der EnBW gewesen war, legte sein Amt mit Ablauf des 30. April 2008 nieder. Der Vorstandsvorsitzende, Hans-Peter Villis, führte das Finanzressort in Personalunion weiter. In seiner Sitzung am 30. Juli 2008 bestellte der Aufsichtsrat auf Empfehlung des Personalausschusses Dr. Rudolf Schulten mit Wirkung zum 1. Januar 2009 für die Dauer von fünf Jahren zum Mitglied des Vorstands. Dr. Schulten war zuvor Vorstandsvorsitzender der MVV Energie AG und übernahm im EnBW-Vorstand die Funktion des CFO.

Dr. h. c. Detlef Schmidt, seit 1. Juli 2003 Mitglied des Vorstands und verantwortlich für das Marketing- und Vertriebsressort, schied zum 30. Juni 2008 altersbedingt aus dem Vorstand aus. Nach seinem Ausscheiden wurde der Vorstand auf fünf Ressorts verkleinert. Der Marketing- und Vertriebsbereich wird seitdem von einem Generalbevollmächtigten geleitet, der disziplinarisch dem Vorstandsvorsitzenden und fachlich dem COO zugeordnet ist.

Pierre Lederer, seit 1. Juni 2000 Mitglied des Vorstands und seit 1. Oktober 2007 auch dessen stellvertretender Vorsitzender, legte sein Amt zum 31. Januar 2009 nieder, um eine neue Aufgabe als Senior Executive Vice President Customers bei der Electricité de France (EDF) zu übernehmen. Der Aufsichtsrat bestellte in seiner Sitzung am 6. November 2008 auf Empfehlung des Personalausschusses Christian Buchel mit Wirkung zum 1. Februar 2009 für die Dauer von drei Jahren zum Mitglied des Vorstands. Buchel war zuvor Generaldirektor der Electricité de Strasbourg und hat im Vorstand der EnBW die Funktion des COO übernommen.

Der Aufsichtsrat dankt Dr. Christian Holzherr, Dr. h. c. Detlef Schmidt und Pierre Lederer für ihr hohes persönliches Engagement und die zum Wohl des Unternehmens geleistete erfolgreiche Arbeit.

Aufsichtsrat

Mit dem Abschluss der Hauptversammlung am 25. April 2008 endete die Amtszeit der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat. In dieser Hauptversammlung wurden Marc Boudier, Dr. Daniel Camus, Dirk Gaerte, Dr. Claus Dieter Hoffmann, Gérard Roth, Heinz Seiffert, Gerhard Stratthaus, Kurt Widmaier sowie Dr.-Ing. Gérard Wolf erneut in den Aufsichtsrat gewählt. Prof. Joachim Bitterlich schied aus dem Aufsichtsrat aus. Der Aufsichtsrat spricht ihm seinen Dank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit aus. Neu gewählt wurde Laurent Stricker, Berater des Präsidenten der EDF.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats am 25. April 2008 wurden Dr. Claus Dieter Hoffmann als Aufsichtsratsvorsitzender und Dietrich Herd als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender jeweils in ihrem Amt bestätigt.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen persönlichen Einsatz und die im Geschäftsjahr 2008 geleistete Arbeit.

Karlsruhe, 26. Februar 2009

Der Aufsichtsrat

Dr. Claus Dieter Hoffmann
Vorsitzender

Corporate-Governance-Bericht

Gute Corporate Governance ist bei der EnBW ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenskultur. Wir sind davon überzeugt, dass eine verantwortungsvolle und transparente Unternehmensführung das Vertrauen von Anlegern, Kunden, Mitarbeitern und der Öffentlichkeit in das Unternehmen stärkt und zu nachhaltiger Wertschaffung führt. Die EnBW entspricht daher auch nach der Änderung des Deutschen Corporate-Governance-Kodex vom 6. Juni 2008 sämtlichen seiner Empfehlungen.

Wie in den vergangenen Jahren überwachte Dr. Bernhard Beck als Corporate-Governance-Verantwortlicher auf Vorstandsebene die Einhaltung des Deutschen Corporate-Governance-Kodex bei der EnBW. Er berichtete in Vorstand und Aufsichtsrat ausführlich über die aktuellen Corporate-Governance-Themen, woraufhin beide Gremien eine uneingeschränkte Entsprechenserklärung verabschiedeten. Diese ist am Ende dieses Berichts vollständig abgedruckt.

Führungs- und Kontrollstruktur

Bei der EnBW ist es Teil des Selbstverständnisses von Vorstand und Aufsichtsrat, zum Wohl des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Nach der dualen Führungs- und Kontrollstruktur des deutschen Aktienrechts leitet der Vorstand das Unternehmen in eigener Verantwortung und informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über den aktuellen Geschäftsverlauf sowie alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Compliance, der Risikolage und des Risikomanagements. Die wesentliche Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens fortlaufend zu beraten und zu überwachen. Über die Schwerpunkte seiner Tätigkeit und den Inhalt der Beratungen im Geschäftsjahr 2008 informiert der Aufsichtsrat ausführlich in seinem Bericht auf den Seiten 194–199.

Im Geschäftsjahr 2008 gab sich der Aufsichtsrat eine neue Geschäftsordnung, die einerseits die aktuellen Vorgaben aus Gesetzgebung, Rechtsprechung und Corporate Governance berücksichtigt und andererseits eine an der Geschäftstätigkeit der EnBW orientierte, verantwortliche Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat ermöglicht. Dabei wurde insbesondere der Katalog der zustimmungsbedürftigen Geschäfte und Maßnahmen überarbeitet und nach Best-Practice-Gesichtspunkten neu gefasst.

Der Aufsichtsrat hat fachlich qualifizierte Ausschüsse gebildet, um die Effizienz seiner Arbeit zu steigern und ausführlich über komplexe Sachverhalte beraten zu können. Die Ausschüsse des Aufsichtsrats und ihre Mitglieder sind auf Seite 211 aufgeführt. Neben dem Vermittlungsausschuss, dem Personalausschuss (bis 31. Dezember 2008 bezeichnet als Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten), dem Nominierungsausschuss sowie dem Finanz- und Investitionsausschuss gibt es bei der EnBW einen Prüfungsausschuss. Vorsitzender dieses Ausschusses ist Dr. Daniel Camus, der als Finanzvorstand der EDF und ausgewiesener Finanzexperte über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügt. Der Ad-hoc-Ausschuss zur Prüfung von Organhaftungsansprüchen gegen frühere Vorstandsmitglieder hat seine Arbeit zum Jahresende abgeschlossen. Hierüber wird im Bericht des Aufsichtsrats auf Seite 196 näher informiert.

Die Amtszeit der bisherigen Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat endete mit Ablauf der Hauptversammlung am 25. April 2008. In deren Vorfeld hat der Nominierungsausschuss dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorgeschlagen. Der Aufsichtsrat achtete bei seinen Wahlvorschlägen darauf, dass Bewerber zum Zeitpunkt der Wahl nicht älter als 70 Jahre sind. Die Wahlen zum Aufsichtsrat fanden in der Hauptversammlung als Einzelwahl statt. Den Aktionären wurde Herr Dr. Claus Dieter Hoffmann vor den Wahlen als Kandidat für den Aufsichtsratsvorsitz bekannt gegeben, der im Anschluss an die Hauptversammlung in der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats auch gewählt wurde.

Vor dem Hintergrund seiner veränderten Zusammensetzung hat sich der Aufsichtsrat erneut auch mit den Unabhängigkeitskriterien des Deutschen Corporate-Governance-Kodex beschäftigt. Er ist zu der Einschätzung gelangt, dass diese nach wie vor erfüllt werden. Insbesondere ist bei der EnBW kein früheres Mitglied des Vorstands im Aufsichtsrat vertreten. Zwischen Mitgliedern des Aufsichtsrats und der Gesellschaft existierten im Berichtsjahr zudem keine Berater- oder sonstigen Dienstleistungs- beziehungsweise Werkverträge.

Für Vorstandsmitglieder besteht eine Altersgrenze von 63 Jahren. Bei Erstbestellungen von Mitgliedern des Vorstands ist bei der EnBW die maximal fünfjährige Bestelldauer nicht die Regel. Im Geschäftsjahr 2008 hat der Aufsichtsrat nach Vorbereitung durch den Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten Dr. Rudolf Schulten für fünf Jahre zum Chief Financial Officer und Christian Buchel für drei Jahre zum Chief Operating Officer bestellt.

Die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und Verordnungen sowie freiwillig aufgestellter Grundsätze und konzerninterner Richtlinien (Compliance) bestimmt unser Handeln und trägt einen wichtigen Teil zum Erfolg des Unternehmens bei. Derzeit werden beispielsweise im Rahmen eines konzernweiten Projekts die Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes auf das interne Kontroll- und Compliance-System der EnBW untersucht. Der Vorstand hat im vergangenen Jahr fortlaufend über Compliance-Themen beraten und diese mit dem Aufsichtsrat beziehungsweise dem Prüfungsausschuss eingehend erörtert.

Die EnBW veröffentlicht im Vorfeld der Hauptversammlung die Tagesordnung und alle zu ihrer Beurteilung relevanten Berichte und Unterlagen einschließlich des aktuellen Geschäftsberichts leicht zugänglich im Internet unter www.enbw.com. Fristgerecht eingehende Gegenanträge zur Hauptversammlungstagesordnung werden zusammen mit einer Stellungnahme des Vorstands ebenfalls auf den Internetseiten zugänglich gemacht. Unsere Aktionäre haben auch die Möglichkeit, von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter zu bevollmächtigen, wenn sie nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen können. Die Hauptversammlungen wurden in den vergangenen Jahren jeweils bis zum Ende der Rede des Vorstandsvorsitzenden live im Internet übertragen.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die für die Festlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder maßgeblich sind, und erläutert die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung sowie die Vergütung des Aufsichtsrats.

Der Vergütungsbericht berücksichtigt dabei die Empfehlungen des Deutschen Corporate-Governance-Kodex und die Vorgaben aus dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard (DRS) 17. Darüber hinaus beinhaltet er die erforderlichen Angaben, die nach den Erfordernissen des deutschen Handelsrechts, erweitert durch das Vorstandsvergütungsoffenlegungsgesetz, Bestandteil des Anhangs nach § 314 HGB beziehungsweise des Lageberichts nach § 315 HGB sind.

Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts und wird im Geschäftsbericht als Bestandteil des Corporate-Governance-Berichts abgedruckt.

Vergütung des Vorstands

Auf Vorschlag des Ausschusses für Vorstandsangelegenheiten beschließt der Aufsichtsrat über das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und überprüft es regelmäßig. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung sind neben der Aufgabe und der Leistung der Vorstandsmitglieder die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die nachhaltige Wertentwicklung des Unternehmens.

Die Vorstandsvergütung setzt sich aus drei wesentlichen Komponenten zusammen:

- **Erfolgsunabhängige Vergütung**
  Sie umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung, zahlbar in gleichen Monatsraten, von der nur ein Teil ruhegehaltsfähig ist, sowie Sachbezüge und die im Rahmen des Short Term Incentive (STI) vereinbarte Mindesttantieme (30 % der Jahresgrundvergütung). Darüber hinaus haben Herr Dr. Holzherr und Herr Dr. h. c. Schmidt eine pauschale Abgeltung der Gremienarbeit im Interesse des Konzerns erhalten und dabei im Gegenzug alle tatsächlich gezahlten Vergütungen für Gremienarbeit an den Konzern abgeführt.
- **Erfolgsbezogene Vergütung**
  Als erfolgsbezogene Vergütung wird der variable Anteil des STI ausgewiesen. Die Höhe des STI hängt davon ab, inwieweit die Jahresziele erreicht wurden. Diese umfassen Finanzziele auf Konzernebene, die an den beiden Kenngrößen EBITDA (Vorjahr: Adjusted EBITDA) und ROCE gemessen werden, sowie individuelle Ziele. Eine Gewichtung dieser Ziele erfolgt durch den Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten zu Beginn des Geschäftsjahres. Der STI beträgt höchstens 200 % der fixen Jahresgrundvergütung.
- **Komponente mit langfristiger Anreizwirkung: Long Term Incentive (LTI)**
  Der LTI ist von den erzielten relativen Wertsteigerungen des Konzerns abhängig. Maßgeblich ist die Steigerung des Nettoeigenkapitalwerts; dabei wird die Steigerung ermittelt, indem die jeweils gemittelten Durchschnittswerte der Nettoeigenkapitalwerte von zwei Dreijahreszeiträumen miteinander verglichen werden. Die Größenordnung des LTI liegt zwischen 0 % und 85 % für ein Vorstandsmitglied und zwischen 0 % und 100 % für den Vorstandsvorsitzenden bezogen auf die fixe Jahresgrundvergütung. Hinzu kommt noch eine Komponente, die die relative Performance des Konzerns verglichen mit einer Peer Group von Wettbewerbern auf Basis des Nettoeigenkapitalwerts misst. Hieraus kann sich eine Veränderung des LTI von ±20 % bezogen auf die nach dem Nettoeigenkapitalwert ermittelte LTI-Größe ergeben.

Vergütung der Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2008 (Vorjahresangaben in Klammern):

Vergütung der Vorstandsmitglieder der EnBW AG 2008

Angaben in €	Erfolgsunabhängige Vergütung		STI				
	Grundvergütung	Sonstige Bezüge[2]	Mindesttantieme	Erfolgsbezogene Vergütung	Erfolgsunabhängige und erfolgsbezogene Vergütung	Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (LTI)[1]	Gesamt
Hans-Peter Villis, Vorsitzender[3]	912.500[4] (187.500)	56.807 (788.771)	228.750 (56.250)	1.181.875 (318.750)	2.379.932 (1.351.271)	778.750 (187.500)	3.158.682 (1.538.771)
Pierre Lederer, stellv. Vorsitzender	550.000 (544.338)	2.126 (62.922)	165.000 (124.200)	852.500 (703.800)	1.569.626 (1.435.260)	461.509 (296.426)	2.031.135 (1.731.686)
Dr. Bernhard Beck, LL.M.	500.000 (412.206)	1.128 (57.689)	150.000 (124.200)	775.000 (703.800)	1.426.128 (1.297.895)	447.343 (296.426)	1.873.471 (1.594.321)
Dr. Christian Holzherr (bis 30.04.2008)	148.333 (412.206)	30.805 (67.305)	44.500 (124.200)	252.167 (703.800)	475.805 (1.307.511)	88.926 (296.426)	564.731 (1.603.937)
Dr. h. c. Detlef Schmidt (bis 30.06.2008)	222.500 (465.059)	45.056 (81.514)	66.750 (124.200)	344.875 (703.800)	679.181 (1.374.573)	256.801 (296.426)	935.982 (1.670.999)
Dr. Hans-Josef Zimmer[3]	412.500 (100.000)	26.188 (4.054)	123.750 (30.000)	639.375 (170.000)	1.201.813 (304.054)	357.000 (85.000)	1.558.813 (389.054)
Gesamt[5]	**2.745.833 (2.121.309)**	**162.110 (1.062.255)**	**778.750 (583.050)**	**4.045.792 (3.303.950)**	**7.732.485 (7.070.564)**	**2.390.329 (1.458.204)**	**10.122.814 (8.528.768)**

[1] Aufgrund noch nicht vorliegender Daten wurde bezüglich der Wettbewerbskomponente angenommen, dass sich keine Veränderungen des LTI hieraus ergeben. Differenzen zwischen den in den Vorjahren einbezogenen Beträgen und den tatsächlich zugesagten Beträgen aus der Ermittlung der Wettbewerbskomponente sind in die Gesamtvergütung 2008 mit einbezogen.
[2] Die sonstigen Bezüge beinhalten geldwerte Vorteile insbesondere aus dem Zurverfügungstellen von Dienstwagen in Höhe von 62.529 € (Vorjahr: 55.891 €) und aus Auslagen von 52.713 € (Vorjahr: 24.255 €). Darüber hinaus ist eine pauschale Abgeltung für die Gremienarbeit im Interesse des Konzerns in Höhe von 46.868 € (Vorjahr: 273.317 €) enthalten (betrifft nur Herrn Dr. Holzherr und Herrn Dr. h. c. Schmidt).
[3] Vorstandsmitglied ab 01.10.2007
[4] Darin enthalten ist eine einmalige nicht ruhegehaltsfähige Zusatzvergütung für die Führung des Finanzressorts für die Zeit vom 01.05.2008 bis zum 31.12.2008.
[5] Angepasster Vorjahreswert; die spätestens zum 31.12.2007 ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder wurden nicht mehr erfasst.

Zusagen an den Vorstand für den Fall der Tätigkeitsbeendigung

Für die Vorstandsmitglieder existiert eine sogenannte Gesamtversorgungsregelung. Für Vorstandsmitglieder, deren Dienstvertrag vor 2007 abgeschlossen wurde, beinhaltet sie eine Versorgungszusage, nach der das Vorstandsmitglied ab Beendigung des Dienstverhältnisses einen Zahlungsanspruch hat, dessen Höhe sich nach dem zum Beendigungszeitpunkt erreichten Prozentsatz (maximal 60 %) des ruhegehaltsfähigen Anteils an der Jahresgrundvergütung richtet. Im Geschäftsjahr 2008 betrug die ruhegehaltsfähige Jahresgrundvergütung in diesen Verträgen 335 T€.

Die Anwartschaft steigt jährlich an; die Steigerungsraten sind grundsätzlich so bemessen, dass mit Erreichen der dienstvertraglich vorgesehenen Altersgrenze die maximale Versorgungshöhe erreicht wird. Bis zum Erreichen des Ruhestandsalters von 63 Jahren werden andere Bezüge angerechnet. Danach erfolgt eine Anrechnung von anderweitig erworbenen Ruhegehältern, soweit die maximal erreichbare Versorgungszusage überschritten wird. Bei Eintritt des Pensionsfalls werden die Rentenzahlungen entsprechend den prozentualen Veränderungen der Vergütungen laut Tarifvertrag dynamisiert.

Eine Hinterbliebenenversorgung ist in den Dienstverträgen der Vorstandsmitglieder vorgesehen. Im Fall des Todes eines Vorstandsmitglieds erhalten die Hinterbliebenen Anspruch auf Weiterzahlung der Vergütung oder des Ruhegehalts des Verstorbenen für drei Monate. Anschließend erhalten sie Witwen- oder Waisengeld nach Maßgabe der für Beamte des Landes Baden-Württemberg geltenden Bestimmungen.

Für die Vorstandsmitglieder, die ab dem Jahr 2007 in den Vorstand eingetreten sind, wurde eine modifizierte Versorgungsregelung vereinbart:

In der ersten Bestellperiode haben diese Vorstandsmitglieder Anspruch auf ein im Vergleich zur Rentenzahlung vermindertes Ruhegehalt im Fall einer dauerhaften Arbeitsunfähigkeit oder ab Erreichen des 63. Lebensjahres. Bei Herrn Dr. Zimmer leitet sich die Höhe des Anspruchs auf Rentenzahlung aus dem Vertrag seiner bisherigen Konzerntätigkeit ab. Im Fall von Herrn Villis handelt es sich um einen Festbetrag von 130 T€ p. a. Mit Herrn Villis wurde außerdem die Zahlung dieses Festbetrags vereinbart, wenn das Vertragsverhältnis vor Erreichen der Altersgrenze von 63 Jahren beendet oder nicht verlängert wird, soweit die Ursache der Beendigung oder Nichtverlängerung nicht auf einem in seiner Person liegenden Grund beruht. Bis zum Erreichen des Ruhestandsalters werden andere Bezüge hälftig angerechnet.

Ab der zweiten Bestellperiode erhöhen sich die Ansprüche auf Rentenzahlungen (ab dem Alter von 63 Jahren) wie folgt: Die Anwartschaften steigen proportional zu der Dauer der Vorstandstätigkeit und sind auf höchstens 60 % der ruhegehaltsfähigen Jahresgrundvergütung begrenzt. Die Steigerungsraten sind grundsätzlich so bemessen, dass mit Erreichen der dienstvertraglich vorgesehenen Altersgrenze die maximale Versorgungshöhe erreicht wird. Eine Anrechnung von anderweitig erworbenen betrieblichen Altersversorgungszusagen erfolgt, soweit die ruhegehaltsfähige Jahresgrundvergütung überschritten wird.

Bei Eintritt des Pensionsfalls werden die Rentenzahlungen nach den gesetzlichen Vorschriften des Betriebsrentengesetzes dynamisiert.

Nach dem Tod eines Vorstandsmitglieds haben die Hinterbliebenen Anspruch auf Weiterzahlung der Vergütung für drei Monate. Witwen erhalten lebenslang 60 % des Ruhegelds, das das Vorstandsmitglied am Todestag bezogen hat beziehungsweise bezogen hätte, wenn der Pensionsfall an diesem Tag eingetreten wäre. Kinder des Vorstandsmitglieds erhalten bis zum 25. Lebensjahr eine Waisenrente (20 %, wenn das Kind Vollwaise ist, 12 %, wenn das Kind Halbwaise ist). Die Hinterbliebenenversorgung ist insgesamt auf 100 % des Ruhegehaltsanspruchs begrenzt.

Aus den Versorgungsregelungen ergeben sich folgende Angaben für das Geschäftsjahr 2008 (Vorjahresangaben in Klammern):

Angaben in €	Erworbene Anteile an ruhegehaltsfähiger Grundvergütung (%)	Zuführung zur Pensionsrückstellung (€)
Hans-Peter Villis, Vorsitzender[3]	0,0	138.822
	(0,0)	(–)
Pierre Lederer, stellv. Vorsitzender	1,0	401.774[1]
	(1,0)	(398.691)
Dr. Bernhard Beck, LL.M.	1,0	280.712[2]
	(1,0)	(287.168)
Dr. Christian Holzherr (bis 30.04.2008)	0,0	50.929
	(1,0)	(165.301)
Dr. h. c. Detlef Schmidt (bis 30.06.2008)	0,0	89.203
	(3,0)	(929.149)
Dr. Hans-Josef Zimmer[3]	1,5	92.602
	(0,4)	(25.373)
Gesamt[4]		**1.054.042**
		(1.805.682)

[1] Darin enthalten Zuführung zum Versorgungskapital in Höhe von 18.139 € (Vorjahr: 16.751 €). Hierbei handelt es sich um eine durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierte Versorgungszusage.
[2] Darin enthalten Zuführung zum Versorgungskapital in Höhe von 18.499 € (Vorjahr: 17.544 €). Hierbei handelt es sich um eine durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierte Versorgungszusage.
[3] Ab der zweiten Bestellperiode betragen die jährlich erworbenen Anteile an der ruhegehaltsfähigen Grundvergütung 2,5 % rückwirkend zu Beginn des Dienstvertrags.
[4] Angepasster Vorjahreswert; die spätestens zum 31.12.2007 ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder wurden nicht mehr erfasst.

Alle Anwartschaften sind unverfallbar.

Unter der Zuführung zur Pensionsrückstellung werden sowohl der Dienstzeitaufwand als auch der Zinsaufwand ausgewiesen. Für die aktuellen Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) nach IFRS in Höhe von 5,3 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €).

Für den Fall der vorzeitigen Tätigkeitsbeendigung bestehen keine Abfindungszusagen. Eine Abfindung kann sich aber aus einer Aufhebungsvereinbarung ergeben, die im Einzelfall individuell getroffen wird. Beim Abschluss oder bei der Verlängerung von Vorstandsverträgen wird darauf geachtet, dass Zahlungen an ein Vorstandsmitglied bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags vergüten.

Im Rahmen der vorzeitigen Beendigung des Vorstandsmandats von Herrn Dr. Christian Holzherr zum 30. April 2008 wurde eine individuelle Aufhebungsvereinbarung getroffen. Hieraus ergibt sich, dass er bis zum 30. April 2008 entsprechend seinen dienstvertraglichen Ansprüchen vergütet wird. Nach seinem Ausscheiden erhält er einen einmaligen Betrag von 28 T€ als Entschädigung für die Gremienarbeit im EnBW-Konzern.

Mit Wirkung vom 1. Mai 2008 hat Herr Dr. Holzherr einen Anspruch auf Übergangsgeld in Höhe von 141 T€ entsprechend den dienstvertraglichen Regelungen, sofern es nicht im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen zu einer Anrechnung von anderweitigen künftigen Bezügen kommt.

Mit Herrn Lederer wurde eine Aufhebungsvereinbarung zum 31. Januar 2009 abgeschlossen. Aus dieser Vereinbarung ergibt sich, dass er bis zum Austritt aus dem Vorstand entsprechend seinen dienstvertraglichen Ansprüchen vergütet wird. Mit Wirkung vom 1. Februar 2009 hat Herr Lederer Anspruch auf Übergangsgeld in Höhe von 192 T€ entsprechend den dienstvertraglichen Regelungen, sofern es nicht im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen zu einer Anrechnung von anderweitigen künftigen Bezügen kommt.

Herr Dr. h. c. Schmidt verließ den Konzern mit Ablauf seines Dienstvertrags zum 30. Juni 2008. Für die Dauer eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots von zwölf Monaten erhält er eine Karenzentschädigung in Höhe von 289 T€. Darüber hinaus erhält er eine einmalige Auszahlung von 28 T€ als Entschädigung für die Gremienarbeit im EnBW-Konzern.

Die Bezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich auf 5,1 Mio. € (Vorjahr: 4,2 Mio. €). Diese Rentenzahlungen werden entsprechend den prozentualen Veränderungen der Vergütungen laut Tarifvertrag dynamisiert.

Es bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands der EnBW und ihren Hinterbliebenen nach IFRS in Höhe von 47,6 Mio. € (Vorjahr: 46,7 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2008 wurden Vorstandsmitgliedern Vorschüsse in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) gewährt. Kredite wurden nicht gewährt.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Aufsichtsratsvergütung wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 25. April 2008 neu geregelt. Danach erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für das gesamte Geschäftsjahr 2008 sowie für die nachfolgenden Geschäftsjahre neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von je 15.000 €. Sie erhalten ferner pro Geschäftsjahr eine variable Vergütung, die sich an der Höhe des jeweils erzielten EBITDA des EnBW-Konzerns pro Geschäftsjahr orientiert. Für jeden vollendeten Betrag von 10 Mio. €, um den das erzielte EBITDA des jeweiligen Geschäftsjahres die Bemessungsuntergrenze von 1.500 Mio. € EBITDA übersteigt, werden jedem Aufsichtsratsmitglied 250 € vergütet. Die Höhe der variablen Vergütung ist dabei jedoch je Aufsichtsratsmitglied auf einen maximalen Betrag von 20.000 € pro Jahr beschränkt. Die Zahlung der variablen Vergütung erfolgt nach Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das abgelaufene Geschäftsjahr beschließt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Zweifache, der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats das Eineinhalbfache der vorgenannten Beträge.

Für die Tätigkeit in einem oder mehreren Ausschüssen des Aufsichtsrats erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats zum Ausgleich des zusätzlichen Aufwands pauschal eine feste Vergütung in Höhe von je 5.000 € pro Geschäftsjahr. Der Vorsitzende eines oder mehrerer Ausschüsse erhält das Zweifache der Ausschussvergütung, es sei denn, der jeweilige Ausschuss ist im betreffenden Geschäftsjahr nicht tätig geworden.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehört oder eine Vorsitzendenfunktion wahrgenommen haben, erhalten einen der zeitlichen Dauer ihres Amts oder ihrer Funktion im Geschäftsjahr entsprechenden Teil der Vergütung.

Zusätzlich erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für die Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen und Ausschusssitzungen ein Sitzungsgeld in Höhe von je 500 €. Für die Teilnahme an Vorbesprechungen wird ein Sitzungsgeld in Höhe von je 250 € gezahlt, wobei für jede Aufsichtsratssitzung nur eine Vorbesprechung vergütet wird.

Entsprechend dieser Vergütungssystematik erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008 folgende Gesamtvergütung (einschließlich Sitzungsgeldern und Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften):

Gesamtvergütung der Aufsichtsratsmitglieder der EnBW AG 2008

Angaben in € (Vorjahresangaben in Klammern)	Fixe Vergütung inkl. Sitzungsgeldern	Variable Vergütung[1]	Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften	Gesamt
Dr. Claus Dieter Hoffmann, Vorsitzender	50.500	40.000	0	90.500
	(15.400)	(20.000)	(0)	(35.400)
Dietrich Herd, stellv. Vorsitzender	42.150	30.000	12.500	84.650
	(14.250)	(15.000)	(12.100)	(41.350)
Prof. Joachim Bitterlich (bis 25. April 2008)	7.239	8.240	0	15.479
	(8.050)	(12.500)	(0)	(20.550)
Marc Boudier[2]	31.200	20.000	0	51.200
	(11.950)	(12.500)	(0)	(24.450)
Dr. Daniel Camus[2]	29.200	20.000	0	49.200
	(10.500)	(15.000)	(0)	(25.500)
Dirk Gaerte[3]	23.529	20.000	0	43.529
	(1.615)	(7.969)	(0)	(9.584)
Josef Götz	30.900	20.000	9.203	60.103
	(11.950)	(12.500)	(9.510)	(33.960)
Reiner Koch[4]	21.350	20.000	2.147	43.497
	(7.700)	(10.000)	(920)	(18.620)
Marianne Kugler-Wendt[4]	27.050	20.000	9.000	56.050
	(9.850)	(12.500)	(8.600)	(30.950)
Wolfgang Lang	27.200	20.000	7.472	54.672
	(10.000)	(12.500)	(8.283)	(30.783)
Gérard Roth[2]	27.400	20.000	0	47.400
	(7.100)	(10.000)	(0)	(17.100)
Klaus Schörnich[4]	20.900	20.000	3.528	44.428
	(4.717)	(12.233)	(2.631)	(19.581)
Heinz Seiffert[3]	26.200	20.000	0	46.200
	(6.081)	(14.469)	(0)	(20.550)
Gerhard Stratthaus[5]	18.600	20.000	0	38.600
	(5.900)	(10.000)	(0)	(15.900)
Laurent Stricker[2] (seit 25. April 2008)	12.287	17.831	933	31.051
	(0)	(0)	(0)	(0)
Werner Vorderwülbecke[4]	28.500	20.000	18.990	67.490
	(5.465)	(15.685)	(8.447)	(29.597)
Christoph Walther	27.700	20.000	8.880	56.580
	(10.300)	(12.500)	(11.360)	(34.160)
Dietmar Weber	27.650	20.000	9.050	56.700
	(10.000)	(12.500)	(8.900)	(31.400)
Kurt Widmaier[3]	29.100	20.000	0	49.100
	(9.550)	(12.500)	(0)	(22.050)
Dr.-Ing. Gérard Wolf[2]	18.100	20.000	0	38.100
	(5.900)	(10.000)	(0)	(15.900)
Dr. Bernd-Michael Zinow	30.800	20.000	0	50.800
	(11.200)	(12.500)	(0)	(23.700)
Summe[6]	**557.555**	**436.071**	**81.703**	**1.075.329**
	(177.478)	**(252.856)**	**(70.751)**	**(501.085)**

[1] Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 wird erst nach Beschlussfassung der Hauptversammlung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2009 ausbezahlt.
[2] Die Vergütung wird an die EDF abgeführt.
[3] Gemäß §§ 82–88 Landesbeamtengesetz in Verbindung mit § 5 Landesnebentätigkeitsverordnung erfolgt Ablieferung an den Landkreis.
[4] Gemäß der Richtlinie des DGB über die Abführung von Aufsichtsratsvergütungen wird die Vergütung an die Hans-Böckler-Stiftung abgeführt.
[5] In entsprechender Anwendung von § 5 Landesnebentätigkeitsverordnung erfolgte Ablieferung bis zum 4. Juni 2008 an das Land Baden-Württemberg.
[6] Angepasster Vorjahreswert; die spätestens zum 31. Dezember 2007 ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieder wurden nicht erfasst.

Sitzungsgelder der Aufsichtsratsmitglieder sind in Höhe von 150.000 € (Vorjahr: 70.950 €) in den fixen Vergütungen sowie in Höhe von 17.416 € (Vorjahr: 13.339 €) in den Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften enthalten.

Sonstige Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden den Aufsichtsratsmitgliedern nicht gewährt. Sie haben im Berichtsjahr auch keine Kredite und Vorschüsse erhalten.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats werden in eine im Interesse der EnBW von ihr in angemessener Höhe abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe einbezogen. Für diese D&O-Versicherung wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart, der für Mitglieder des Vorstands drei Monatsgrundgehälter und für Mitglieder des Aufsichtsrats eine halbe Jahresvergütung beträgt.

Transparenz

Die EnBW schafft fortlaufend die vom Deutschen Corporate-Governance-Kodex geforderte Transparenz, indem sie die Aktionäre, den Kapitalmarkt, Finanzanalysten, Aktionärsvereinigungen und die interessierte Öffentlichkeit aktuell über wesentliche geschäftliche Veränderungen im Unternehmen informiert. Wir nutzen dafür hauptsächlich das Internet, um eine zeitnahe und gleichberechtigte Information aller Interessengruppen zu gewährleisten.

Über die Geschäftslage der EnBW wird insbesondere durch den jährlichen Geschäftsbericht, den Halbjahresfinanzbericht und die Quartalsfinanzberichte, die Bilanzpressekonferenz, Telefonkonferenzen in Zusammenhang mit den Quartals- und Jahresergebnissen sowie durch Veranstaltungen mit Analysten informiert. Der auf unseren Internetseiten veröffentlichte Finanzkalender enthält alle Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen.

Wenn außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung konkrete Informationen über nicht öffentlich bekannte Umstände auftreten, die sich auf die EnBW-Aktie beziehen und geeignet sind, ihren Börsenkurs erheblich zu beeinflussen, machen wir diese Insiderinformationen durch Ad-hoc-Mitteilungen bekannt. Im vergangenen Geschäftsjahr wurden in Zusammenhang mit personellen Veränderungen im Vorstand und dem Erwerb von 26 % der Anteile an der EWE AG vier Ad-hoc-Mitteilungen veröffentlicht.

Der EnBW sind im Geschäftsjahr 2008 keine Meldungen von Personen mit Führungsaufgaben oder mit diesen in einer engen Beziehung stehenden Personen über Geschäfte mit EnBW-Aktien oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten zugegangen. Auch mitteilungspflichtiger Wertpapierbesitz von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats lag nicht vor.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung erfolgt bei der EnBW nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Nachdem die Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, von der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2008 zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer sowie zum Abschlussprüfer für die prüferische Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht enthaltenen verkürzten Abschlusses gewählt worden war, wurde sie vom Prüfungsausschuss beziehungsweise seinem Vorsitzenden entsprechend beauftragt. Der Ausschuss hat sich im Vorfeld der Hauptversammlung vergewissert, dass an der Unabhängigkeit der zu beauftragenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft keine Zweifel bestehen.

Der Halbjahresfinanzbericht und die Quartalsfinanzberichte werden vom Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert, so wie es der Deutsche Corporate-Governance-Kodex in einer neuen Regelung empfiehlt.

Aktienoptionsprogramme oder ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme der Gesellschaft bestehen bei der EnBW derzeit nicht.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG erklären gemäß § 161 AktG:

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG hat den im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate-Governance-Kodex seit der letzten Entsprechenserklärung vom 6. Dezember 2007 in der jeweils geltenden Fassung uneingeschränkt entsprochen und wird ihnen in der Fassung vom 6. Juni 2008 auch künftig uneingeschränkt entsprechen.

Stellungnahme zu den Anregungen des Corporate-Governance-Kodex

Gemäß Ziffer 3.10 Satz 3 des Deutschen Corporate-Governance-Kodex erklären Vorstand und Aufsichtsrat, mit welchen zwei Ausnahmen die EnBW den Anregungen des Kodex im vergangenen Geschäftsjahr entsprochen hat und ihnen künftig entsprechen wird:

Ziffer 2.3.4 des Kodex: Verfolgung der Hauptversammlung über moderne Kommunikationsmedien
Die EnBW überträgt die Hauptversammlung in Übereinstimmung mit einer verbreiteten Praxis bis zum Ende des Berichts des Vorstandsvorsitzenden im Internet. Eine Übertragung der gesamten Hauptversammlung würde aufgrund des geringen Streubesitzes der EnBW-Aktie und der üblicherweise hohen Aktionärspräsenz den zusätzlichen Aufwand nicht rechtfertigen.

Ziffer 5.4.6 des Kodex: Auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene Bestandteile der Aufsichtsratsvergütung
Die erfolgsorientierte Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder enthält keine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteile. Im Unterschied zum Vorstandsvergütungssystem würden derartige Vergütungsbestandteile im System der Aufsichtsratsvergütung zu einer übermäßigen Komplexität führen.

Auch die börsennotierte Tochtergesellschaft ZEAG Energie AG setzt den Deutschen Corporate-Governance-Kodex um. Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex sind in der Entsprechenserklärung der ZEAG Energie AG dargelegt, die auf deren Internetseiten (www.zeag-energie.de) abgerufen werden kann.

Karlsruhe, 11. Dezember 2008
EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Der Vorstand Der Aufsichtsrat

Aufsichtsrat

Mitglieder

Claus Dieter Hoffmann, Stuttgart
geschäftsführender Gesellschafter
der H + H Senior Advisors GmbH
Vorsitzender

Dietrich Herd, Philippsburg
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Kraftwerke AG
stellvertretender Vorsitzender

Marc Boudier, Sèvres
Directeur Europe
bei Electricité de France SA

Dr. Daniel Camus, Croissy-sur-Seine
Directeur Général Délégué Finances
bei Electricité de France SA

Dirk Gaerte, Sigmaringendorf
Landrat des Landkreises
Sigmaringen

Josef Götz, Stuttgart
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Regional AG

Reiner Koch, Glienicke/Nordbahn
Referatsleiter Fachbereich
Ver- und Entsorgung
bei der ver.di-Bundesverwaltung

Marianne Kugler-Wendt, Heilbronn
Bezirksgeschäftsführerin ver.di,
Bezirk Heilbronn–Neckar-Franken

Wolfgang Lang, Karlsruhe
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Systeme Infrastruktur
Support GmbH

Gérard Roth, Bois d'Arcy
Directeur Allemagne
bei Electricité de France SA

Klaus Schörnich, Düsseldorf
Betriebsratsvorsitzender
der Stadtwerke Düsseldorf AG

Heinz Seiffert, Ehingen
Landrat des Alb-Donau-Kreises

Gerhard Stratthaus MdL, Brühl
Finanzminister a. D.
des Landes Baden-Württemberg

Laurent Stricker, Paris
Berater des Präsidenten
bei Electricité de France SA
Mitglied seit 25. April 2008

Werner Vorderwülbecke, Stuttgart
Landesfachbereichsleiter ver.di,
Landesbezirk Baden-Württemberg

Christoph Walther, Langebrück
stellvertretender Betriebsratsvor-
sitzender der ENSO Energie Sachsen
Ost AG, vormals ENSO Strom AG

Dietmar Weber, Esslingen
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Vertriebs- und Service-
gesellschaft mbH

Kurt Widmaier, Ravensburg
Landrat des Landkreises
Ravensburg

Dr.-Ing. Gérard Wolf, Paris
Directeur Général Adjoint Filiales
et Développement à l'International
bei Electricité de France SA

Dr. Bernd-Michael Zinow, Pfinztal
Bereichsleiter Wirtschaft und Politik
bei der EnBW Energie Baden-
Württemberg AG

Prof. Joachim Bitterlich, Paris
Directeur des Affaires Internationales
bei Veolia Environnement SA
Mitglied bis 25. April 2008

Ausschüsse

Personalausschuss

- **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
  Vorsitzender
- **Marc Boudier**
- **Josef Götz**
- **Dietrich Herd**

Finanz- und Investitionsausschuss

- **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
  Vorsitzender
- **Marc Boudier**
- **Dr. Daniel Camus**
- **Josef Götz**
- **Dietrich Herd**
- **Werner Vorderwülbecke**
- **Kurt Widmaier**
- **Dr. Bernd-Michael Zinow**

Prüfungsausschuss

- **Dr. Daniel Camus**
  Vorsitzender
- **Marc Boudier**
- **Marianne Kugler-Wendt**
- **Wolfgang Lang**
- **Heinz Seiffert**
- **Christoph Walther**
- **Dietmar Weber**
- **Kurt Widmaier**

Nominierungsausschuss

- **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
  Vorsitzender
- **Marc Boudier**
- **Dr. Daniel Camus**
- **Gérard Roth**
- **Heinz Seiffert**
- **Kurt Widmaier**

Ad-hoc-Ausschuss zur Prüfung von Organhaftungsansprüchen gegen frühere Vorstandsmitglieder (bis 31. Dezember 2008)

- **Prof. Joachim Bitterlich**
  Mitglied bis 25. April 2008
- **Dirk Gaerte**
  Mitglied seit 25. April 2008
- **Dietrich Herd**
- **Gérard Roth**
  Mitglied seit 25. April 2008
- **Kurt Widmaier**
  Mitglied bis 25. April 2008
- **Dr. Bernd-Michael Zinow**

Vermittlungsausschuss (Ausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG)

- **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
  Vorsitzender
- **Marc Boudier**
- **Dietrich Herd**
- **Klaus Schörnich**

Mandate der Vorstandsmitglieder

Hans-Peter Villis

- DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH (seit 28. Mai 2008)
- EnBW Vertriebs- und Service-gesellschaft mbH (seit 14. Juli 2008, Vorsitzender seit 31. Juli 2008)
- ENSO Energie Sachsen Ost AG, vormals ENSO Strom AG (Mitglied und Vorsitzender seit 16. Juli 2008)
- EVN AG (seit 17. Januar 2008)
- GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (Mitglied und Vorsitzender seit 16. Juli 2008)
- Stadtwerke Düsseldorf AG (Vorsitzender)

Dr. Bernhard Beck

- DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH (bis 28. Mai 2008)
- EnBW Beteiligungen AG (Vorsitzender)
- EnBW Kraftwerke AG
- EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH (Vorsitzender)
- EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
- Energiedienst AG
- ENSO Energie Sachsen Ost AG, vormals ENSO Strom AG
- GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG
- SOMENTEC Software AG (Vorsitzender)
- Stadtwerke Düsseldorf AG
- BKK VerbundPlus, Körperschaft des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Management-entwicklung mbH (Vorsitzender)
- EnBW Technische Dienste und kaufmännische Leistungen GmbH (Vorsitzender)
- EnBW Trading GmbH
- Energiedienst Holding AG
- Gasversorgung Süddeutschland GmbH
- Teweratio GmbH (Vorsitzender)

Christian Buchel

(Mitglied des Vorstands seit 1. Februar 2009, Mandatsliste ab Amtsbeginn)

- EnBW Regional AG (seit 1. Februar 2009)
- EnBW Transportnetze AG (seit 1. Februar 2009, Vorsitzender seit 2. Februar 2009)
- EnBW Vertriebs- und Service-gesellschaft mbH (seit 1. Februar 2009)
- EnBW Energy Solutions GmbH (seit 1. Februar 2009, Vorsitzender seit 6. Februar 2009)
- EnBW Gas GmbH (seit 1. Februar 2009)
- EnBW Trading GmbH (seit 1. Februar 2009, Vorsitzender seit 4. Februar 2009)

Dr. Rudolf Schulten
(Mitglied des Vorstands seit 1. Januar 2009, Mandatsliste ab Amtsbeginn)
- ■ EnBW Transportnetze AG (seit 20. Januar 2009)
- ■ Stadtwerke Düsseldorf AG (seit 1. Februar 2009)
- □ EnBW Trading GmbH (seit 23. Januar 2009)

Dr. Hans-Josef Zimmer
- ■ EnBW Kernkraft GmbH (Vorsitzender)
- ■ EnBW Kraftwerke AG (Vorsitzender)
- ■ Energiedienst AG (seit 4. April 2008)
- ■ Stadtwerke Düsseldorf AG (seit 1. August 2008)
- □ EnBW Trading GmbH (seit 1. Juli 2008)
- □ Energiedienst Holding AG (seit 4. April 2008)
- □ Gesellschaft für Nuklear-Service mbH

Dr. Christian Holzherr
(Mitglied des Vorstands bis 30. April 2008)
- ■ EnBW Vertriebs- und Service-gesellschaft mbH (bis 30. April 2008)
- □ EnBW Trading GmbH (bis 25. März 2008)

Pierre Lederer
(Mitglied des Vorstands bis 31. Januar 2009)
- ■ EnBW Kraftwerke AG (bis 31. Januar 2009)
- ■ EnBW Regional AG (Vorsitzender, bis 31. Januar 2009)
- ■ EnBW Transportnetze AG (Vorsitzender, bis 31. Januar 2009)
- ■ EnBW Vertriebs- und Service-gesellschaft mbH (vom 14. Juli 2008 bis 31. Januar 2009)
- ■ Energiedienst AG (bis 31. Januar 2009)
- ■ Stadtwerke Düsseldorf AG (vom 1. August 2008 bis 31. Januar 2009)
- □ EnBW Energy Solutions GmbH (Vorsitzender, bis 31.Januar 2009)
- □ EnBW Gas GmbH (Vorsitzender, bis 31. Januar 2009)
- □ EnBW Trading GmbH (Vorsitzender, bis 31. Januar 2009)
- □ Energiedienst Holding AG (bis 31. Januar 2009)
- □ Gasversorgung Süddeutschland GmbH (Vorsitzender, bis 31. Januar 2009)

Dr. h. c. Detlef Schmidt
(Mitglied des Vorstands bis 30. Juni 2008)
- ■ EnBW Regional AG (bis 30. Juni 2008)
- ■ EnBW Vertriebs- und Service-gesellschaft mbH (Vorsitzender, bis 30. Juni 2008)
- ■ ENSO Energie Sachsen Ost AG, vormals ENSO Strom AG (Vorsitzender, bis 15. Juli 2008)
- ■ GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (Vorsitzender, bis 15. Juli 2008)
- ■ Stadtwerke Düsseldorf AG (bis 15. Juli 2008)
- □ EnBW Energy Solutions GmbH (bis 30. Juni 2008)
- □ EnBW Trading GmbH (bis 30. Juni 2008)
- □ ENSO Energie Sachsen Ost GmbH (Vorsitzender, bis 14. Mai 2008)
- □ ENSO Erdgas GmbH (bis 14. Mai 2008)
- □ SüdBest GmbH (Vorsitzender, bis 30. Juni 2008)
- □ VfB Stuttgart 1893 e. V.

■ Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten.
□ Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen.

Stand: 9. Februar 2009

Zusätzliche Mandate der Aufsichtsratsmitglieder

Dr. Claus Dieter Hoffmann
(Vorsitzender)
- Bauerfeind AG (bis 30. April 2008)
- C. A. Leuze GmbH + Co. KG (seit 15. Juli 2008)
- De Boer Holding NV
- ING Group NV

Dietrich Herd
(stellvertretender Vorsitzender)
- EnBW Kernkraft GmbH
- EnBW Kraftwerke AG
- BKK VerbundPlus, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Marc Boudier
- Aar et Tessin SA d'Electricité (bis 27. Januar 2009)
- ALPIQ Holding AG, vormals Atel Holding AG
- EDF Belgium SA (Vorsitzender)
- EDF International SA
- EDF Peninsula Ibérica SLU (Vorsitzender)
- Edison spa
- Transalpina di Energia SRL

Dr. Daniel Camus
- Morphosys AG
- SGL Carbon AG (seit 25. April 2008)
- Dalkia Holding SA
- EDF Energy plc (Vorsitzender)
- EDF International SA (Vorsitzender)
- Edison spa
- Transalpina di Energia SRL
- Valeo SA

Dirk Gaerte
- Hohenzollerische Landesbahn AG
- Flugplatz Mengen-Hohentengen GmbH (Vorsitzender)
- Hohenzollerische Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
- Kliniken Landkreis Sigmaringen GmbH (Vorsitzender)
- Regionales Technologie- und Innovationszentrum Pfullendorf GmbH
- Verkehrsverbund Neckar-Donau (Naldo) GmbH
- Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
- Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal

Josef Götz
- EnBW Regional AG
- Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung

Reiner Koch
- Stadtwerke Düsseldorf AG

Marianne Kugler-Wendt
- Bausparkasse Schwäbisch-Hall AG
- EnBW Kernkraft GmbH
- EnBW Kraftwerke AG
- SLK-Kliniken Heilbronn GmbH
- Heilbronner Versorgungs GmbH
- Kreissparkasse Heilbronn, Anstalt des öffentlichen Rechts (stellvertretendes Mitglied)
- Stadtwerke Heilbronn GmbH

Wolfgang Lang
- EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH
- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Management-entwicklung mbH
- EnBW Technische Dienste und kaufmännische Leistungen GmbH
- Teweratio GmbH

Gérard Roth
- Elektrownia Rybnik SA

Klaus Schörnich
- Stadtwerke Düsseldorf AG

Heinz Seiffert
- Krankenhaus GmbH Alb-Donau-Kreis (Vorsitzender)
- ADK GmbH für Gesundheit und Soziales (Vorsitzender)
- Donau-Iller-Nahverkehrs-GmbH
- Fernwärme Ulm GmbH
- Kreisbau GmbH Alb-Donau (Vorsitzender)
- Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis (Vorsitzender)
- Sparkasse Ulm, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
- Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
- Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal (Vorsitzender)

Gerhard Stratthaus
- ■ Badische Staatsbrauerei Rothaus AG (Vorsitzender)
- □ Landesbank Baden-Württemberg, Anstalt des öffentlichen Rechts (bis 23. Oktober 2008)
- □ Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank (Vorsitzender bis 4. Juni 2008)
- □ Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH (bis 1. Juli 2008)
- □ Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (Vorsitzender)

Laurent Stricker
- ■ EnBW Kernkraft GmbH (bis 14. Mai 2008)
- □ Commissariat à l'Energie Atomique
- □ Groupe Ortec
- □ World Nuclear Association

Werner Vorderwülbecke
- ■ EnBW Kraftwerke AG
- ■ EnBW Regional AG
- ■ EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
- ■ LBBW Immobilien GmbH

Christoph Walther
- ■ ENSO Energie Sachsen Ost AG, vormals ENSO Strom AG
- □ ENSO Energie Sachsen Ost GmbH (bis 14. Mai 2008)

Dietmar Weber
- ■ EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
- □ EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH

Kurt Widmaier
- □ Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG
- □ Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH
- □ Kreissparkasse Ravensburg (Vorsitzender)
- □ Landesbank Baden-Württemberg, Anstalt des öffentlichen Rechts
- □ Oberschwaben Klinik gGmbH (Vorsitzender)
- □ Ravensburger Entsorgungsanlagen GmbH (Vorsitzender)
- □ WIR – Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg GmbH (Vorsitzender)
- □ Zentrum für Psychiatrie Weissenau, Anstalt des öffentlichen Rechts
- □ Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (Vorsitzender)
- □ Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen

Dr.-Ing. Gérard Wolf
- □ Dalkia International SA
- □ Dalkia SA
- □ Dunkerque LNG SAS
- □ EDF International SA
- □ EDF Trading Limited
- □ Edison spa
- □ Lake Acquisitions Limited (seit 5. Juni 2008)
- □ Transalpina di Energia SRL

Dr. Bernd-Michael Zinow
- ■ EnBW Transportnetze AG (seit 16. Januar 2008)

Prof. Joachim Bitterlich
- □ DEKRA e. V.
- □ Veolia Propreté SA
- □ Veolia Transport SA

■ Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten.
□ Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen.

Stand: 9. Februar 2009

Der Beirat

Dr. Wolfgang Schürle
ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der EnBW, Landrat des Alb-Donau-Kreises a. D., Ulm
Vorsitzender

Dr.-Ing. e.h. Heinz Dürr
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dürr AG, Berlin
stellvertretender Vorsitzender

Jean-Pierre Benqué
Directeur Général Adjoint Activités Nord Américaines bei Electricité de France SA, Paris

Marc Boudier
Directeur Europe bei Electricité de France SA, Paris

Dr. rer. nat. Joachim Dreyer
ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der debitel AG, Stuttgart

Joachim Erwin †
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
Mitglied bis 20. Mai 2008

Dr. Andreas Fabritius
Rechtsanwalt bei Freshfields Bruckhaus Deringer, Frankfurt

Walter Frey
Vorsitzender des Verwaltungsrats der Emil Frey AG, Zürich

Dr. Monika Gommolla
Vorsitzende des Aufsichtsrats der Maritim Hotelgesellschaft mbH, Bad Salzuflen

Dipl.-Ing. Karl Haase
Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutsche Edelstahlwerke GmbH, Siegen

Dr. Burkhard Hofer
Generaldirektor, Sprecher des Vorstands, EVN AG, Maria Enzersdorf
Mitglied seit 1. November 2008

Dr. Franz Wilhelm Hopp
ehemaliges Mitglied des Vorstands der ERGO Versicherungsgruppe AG, Düsseldorf

Dr. Klaus Kinkel
Vizekanzler a. D., St. Augustin

Dr. Rolf Linkohr
Präsident des Centre for European Energy Strategy, Brüssel

Roland Mack
geschäftsführender Gesellschafter des Europa-Parks, Rust

Dr. Klaus Mangold
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Rothschild GmbH, Frankfurt

Gerhard Mayer-Vorfelder
Finanzminister a. D. des Landes Baden-Württemberg, UEFA-Vizepräsident, Stuttgart

Dr.-Ing. e. h. Hartmut Mehdorn
Vorsitzender des Vorstands der Deutsche Bahn AG, Berlin

Dr.-Ing. e. h. Peter Mihatsch
ehemaliges Mitglied des Vorstands der Mannesmann AG, Sindelfingen

Jean-Pierre Mustier
Chief Executive Officer bei Société Générale Corporate & Investment Banking, Paris
Mitglied bis 31. März 2008

Dr. Wolf Hartmut Prellwitz
Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der KUKA Aktiengesellschaft, Karlsruhe

Urs B. Rinderknecht
ehemaliger Generaldirektor der UBS AG, Zürich

Dr. Sieghardt Rometsch
Vorsitzender des Aufsichtsrats der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf

Hans-Joerg Rudloff
Chairman des Executive Committee von Barclays Capital, London

Hans Dietmar Sauer
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Wüstenrot & Württembergische AG, Karlsruhe

Rezzo Schlauch
Parlamentarischer Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Wolfgang Schuster
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

Prof. Dr. Dr. h. c. Bernhard Servatius
Rechtsanwalt bei der Treubesitz GmbH, Hamburg

Dr. Joachim-Heinrich Stamer
ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der EnBW Transportnetze AG, Freiberg

Karl Starzacher
Präsident der Hochschule Fresenius, Idstein

Erwin Staudt
Präsident des VfB Stuttgart 1893 e. V., Stuttgart

Shimon Stein
Botschafter a. D. des Staates Israel in Deutschland, Tel-Aviv

Dr. Willi Steul
stellvertretender Intendant des SWR, Landessenderdirektor Baden-Württemberg, Stuttgart

Hans-Joachim Strüder
Mitglied des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rita Süssmuth
Präsidentin des Deutschen Bundestages a. D., Berlin

Willem G. van Agtmael
geschäftsführender Gesellschafter der E. Breuninger GmbH & Co., Stuttgart

Dr. Theo Waigel
Bundesminister a. D., Rechtsanwalt bei GSK Stockmann & Kollegen, München

Prof. Dr.-Ing. Hartmut Weule
em. Professor an der Universität Karlsruhe, Institut für Produktionstechnik, Karlsruhe

Matthias Wissmann
Bundesminister a. D., Präsident des Verbands der Automobilindustrie e. V., Berlin

Stand: 9. Februar 2009

SERVICE

222 Unsere Standorte
224 Glossar
228 Mehrjahresübersicht
230 Impressum | Bildnachweis | Kontakte

7,9

Prozent Ausbildungsquote

MITARBEITER

EnBW-Akademie und Wissensmanagement ermöglichen es Mitarbeitern und Führungskräften der EnBW, sich weiterzubilden und ihr Know-how systematisch weiterzuentwickeln.

GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG

Die EnBW beschäftigt heute 20.501 Mitarbeiter, die sich dafür stark machen, dass unsere Kunden zuverlässig mit Strom und Gas versorgt werden und energienahe Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Wir investieren in die Entwicklung unserer Mitarbeiter, weil wir davon überzeugt sind, dass sich diese Investition für alle lohnt. Im September begannen 334 Auszubildende ihre Ausbildung. Zum 31. Dezember 2008 betrug die Ausbildungsquote in den Kerngesellschaften der EnBW in Baden-Württemberg 7,9 Prozent.

Unsere Standorte

Die wesentlichen Standorte des EnBW-Konzerns, unsere Kraftwerke, Verteilungsanlagen, Regional- und Bezirkszentren sowie Vertriebsniederlassungen sind in ganz Baden-Württemberg verteilt; weitere Vertriebsniederlassungen betreiben wir deutschlandweit. Darüber hinaus hält die EnBW Beteiligungen in Deutschland, der Schweiz, Österreich, Ungarn, Tschechien und Polen.

EUROPA

Breslau
Rybnik
Warschau

Berlin
Dresden
Düsseldorf

Karlsruhe
Stuttgart
Biberach

Rheinfelden
Visp

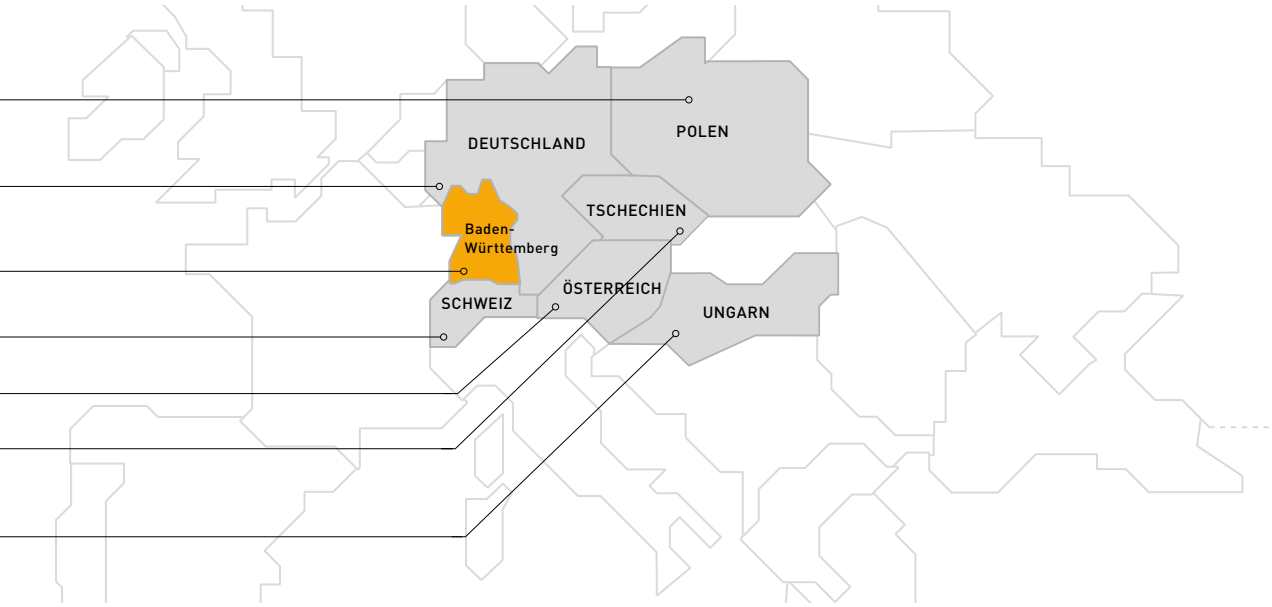
Maria Enzersdorf

Prag

Budapest
Miskolc
Visonta

DEUTSCHLAND

- Konventionelles Kraftwerk EnBW-Eigenbetrieb
- Kernkraftwerk EnBW-Eigenbetrieb
- Konventionelles Kraftwerk mit EnBW-Beteiligung, Bezugs- oder Lieferverträgen
- Kernkraftwerk mit EnBW-Beteiligung, Bezugs- oder Lieferverträgen
- Wasserkraftwerk EnBW-Eigenbetrieb
- Wasserkraftwerk mit EnBW-Beteiligung, Bezugs- oder Lieferverträgen
- Regionalzentrum und Vertriebsstandort
- Vertriebsstandort
- Regionalzentrum



WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com
> Konzern > EnBW-Gesellschaften > EnBW Kraftwerke AG > Standorte

BADEN-WÜRTTEMBERG

¹ Leistungsbetrieb als Folge des Atomkonsenses am 11. Mai 2005 eingestellt

Glossar

Anreizregulierung, 52f.
Regelt seit Januar 2009 die Bestimmung der Netzentgelte für Strom und Gas und soll zu effizienterem Netzbetrieb und sinkenden Energiepreisen für die Endkunden führen.

Base, 44f.
Grundlastprodukt. Lieferung/Abnahme mit konstanter Leistung über den gesamten Zeitraum.

Beziehungskapital, 66, 75
Setzt sich zusammen aus Beziehungen zu Kunden (alle geschäftsrelevanten Beziehungen zu Industrie- und Privatkunden), zu Kooperationspartnern (also zu Lieferanten, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und anderen Geschäftspartnern) und zu Stakeholdern (also z. B. zu Kapitalgebern, Behörden, Ministerien, Kommunen, Parteien, Politik, Gewerkschaften, Fachverbänden, Umwelt- und Naturschutzverbänden, Öffentlichkeit und Presse).

Biomasse, 41, 79
Unter Biomasse versteht man alle pflanzlichen und tierischen Substanzen sowie die aus ihrer Nutzung stammenden Produkte, Reststoffe und Abfälle. Dazu zählen Holz, Getreidepflanzen oder Pflanzenöle, aber auch organische Abfälle und Reststoffe aus Forstwirtschaft (Rinde), Landwirtschaft (Gülle), Industrie (Trester), Gewerbe und (Bioabfälle).

Brennstoffzelle, 76, 80
Wandelt chemische Energie nach dem Prinzip einer umgekehrten Elektrolyse in elektrische Energie und Wärme um. Effiziente Technologie zur dezentralen Energieerzeugung. Einsetzbar zur Stromversorgung von Geräten und Autos und zu Strom- und Wärmeversorgung von Gebäuden und in der Industrie.

Carbonate Looping, 78
Verfahren zur CO_2-Abscheidung aus Kraftwerksabgasen. Dabei wird das CO_2 durch Kalk gebunden. Interessante Alternative zu anderen Verfahren, da sein Energiebedarf vergleichsweise gering ist.

Cashpooling, 60, 167
Element des Cashmanagements. Dient dem Liquiditätsausgleich zwischen Unternehmensteilen eines Konzerns, indem es den Konzernunternehmen überschüssige Liquidität entzieht bzw. Liquiditätsunterdeckungen durch Kredite ausgleicht.

CCS – Carbon Dioxide Capture and Storage, 50f.
Technologie der CO_2-Abscheidung und -Speicherung, von der viele Akteure einen erheblichen Klimaschutzbeitrag erwarten.

CDM – Clean Development Mechanism, 49, 76, 83, 97
CDM-Projekte haben das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Sie werden im Rahmen des → Kyoto-Protokolls von Investoren aus Industrieländern in Entwicklungsländern durchgeführt. Die erzielten Emissionsminderungen werden dem Investor in Form von → CER gutgeschrieben. CER können von Unternehmen zur Erfüllung der Abgabeverpflichtung gemäß dem Europäischen Emissionshandelssystem (→ Emissionshandel) verwendet werden.

CER – Certified Emission Reductions, 48, 97 Zertifizierte Emissionsreduktion aus → CDM-Projekten. Industrieländer erwirtschaften sie gemäß Kyoto-Protokoll in Entwicklungsländern mit CDM-Emissionsminderungsprojekten.

Commodity, 161f., 167, 171
Bezeichnung für eine Ware wie Strom, Gas, Kohle oder CO2-Zertifikate.

Compliance, 35, 194, 196, 200f.
Umfasst sämtliche organisatorischen Vorkehrungen zur Einhaltung der Gesetze, Verordnungen und internen Richtlinien sowie der vertraglichen Verpflichtungen und freiwillig eingegangenen Selbstverpflichtungen in den wesentlichen Unternehmensbereichen und Prozessen.

Contracting, 39, 98
Zeitlich und räumlich abgegrenzte Übertragung von Aufgaben der Energieoptimierung oder Nutzenergielieferung auf einen externen Dritten (Contractor), der im eigenen Namen und auf eigene Rechnung handelt. Energieformen sind z. B. Kälte, Wärme, Strom, Druckluft. Die Leistungen der EnBW Energy Solutions GmbH (ESG) beinhalten in der Regel das Energieliefercontracting. Darunter versteht man das Errichten oder Übernehmen und Betreiben einer Energieerzeugungsanlage zur Nutzenergielieferung durch einen Contractor auf Basis von Langzeitverträgen. Ziel ist es, durch Optimierungsprozesse deutliche wirtschaftliche und ökologische Vorteile zu erreichen.

Corporate Governance, 197f., 200f.
Gesamtheit der auf die Aktionärsinteressen ausgerichteten Grundsätze und Regeln zu Organisation, Verhalten und Transparenz, die – unter Wahrung von Entscheidungsfähigkeit und Effizienz der Führung – auf oberster Unternehmensebene auf ein ausgewogenes Verhältnis von Leitung und Kontrolle abzielen.

Derivate, 84f., 123f., 156ff., 161ff.
Finanzinstrumente – z. B. Optionen, Futures, Forwards, Zins- und Währungsswaps –, die Rechte und Verpflichtungen erzeugen, sodass Finanzrisiken, die in den zugrunde liegenden originären Finanzinstrumenten enthalten sind, als separate Rechte und Verpflichtungen zwischen den Vertragsparteien übertragen werden können. Dabei führen derivative Finanzinstrumente bei Vertragsabschluss nicht zu einer Übertragung des zugrunde liegenden originären Finanzinstruments; auch die Erfüllung solcher Verträge ist nicht notwendigerweise mit einer Übertragung des originären Finanzinstruments verknüpft.

Deutsche Netz AG, 53, 95
Von einigen Energieversorgungsunternehmen ins Spiel gebrachte Gesellschaft, die die Höchstspannungsnetze in Deutschland übernehmen könnte. Ein konkretes Modell hierfür gibt es allerdings bislang nicht. Die EnBW ist nicht an einem Verkauf ihrer Netze interessiert. Diese sind integraler Bestandteil des EnBW-Kerngeschäfts.

Dezentrale Energien, 79
Neben großen Erzeugungseinheiten mit hoher Brennstoffausnutzung, Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit werden auch kundennahe, dezentrale Energieversorgungssysteme immer interessanter. Vor allem Industrie und Kommunen sehen in der Eigenerzeugung von Strom und Wärme einen sinnvollen Beitrag zur effizienten und ressourcenschonenden Energieversorgung.

Downstream, 33, 97
Bezeichnet die Geschäftsaktivitäten in Zusammenhang mit Verteilung, Vertrieb und Marketing von Erdgas.

EEG – Erneuerbare-Energien-Gesetz, 44, 51, 85f.
Ziel des Gesetzes ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung zu erhöhen und den Anteil am gesamten Energieverbrauch in Deutschland bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Das geschieht durch Förderung der Stromerzeugung aus Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, → Geothermie, Deponiegas, Klärgas, Grubengas und → Biomasse.

E-Energy-Förderprogramm, 80
Vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie initiierter neuer Förderschwerpunkt. Die EnBW wurde im Rahmen des Programms für ihr Projekt „MEREGIO – Minimum Emission Region" ausgezeichnet. Ziel des Projekts ist die Verringerung von Treibhausgasemissionen in einer Modellregion.

EEX – European Energy Exchange, 45, 89
Elektronische Energiehandelsbörse in Leipzig, an der die Energieträger Strom, Erdgas und Kohle sowie Emissionsberechtigungen gehandelt werden.

EFET – European Federation of Energy Traders, 89, 167
Zusammenschluss von über 90 Energiehandelsunternehmen und Finanzinstituten aus 23 europäischen Ländern. Intention des Verbands ist im Wesentlichen die Förderung des Energiehandels mit Elektrizität, Gas, Wärme und Kohle sowie des Handels mit Derivaten in ganz Europa.

Emissionshandel, 49ff., 96f.
Der Handel mit Emissionsrechten ist ein Instrument der Umweltpolitik mit dem Ziel des Klimaschutzes. Im → Kyoto-Protokoll haben sich die Industrieländer auf eine weltweite Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen verständigt. Um eine möglichst effiziente Verteilung einer mengenmäßig feststehenden Reduktion klimawirksamer Gase zu gewährleisten, wird die einem Land gestattete Emissionsmenge aufgeteilt in Emissionszertifikate, die die Emission bestimmter Mengen klimarelevanter Gase gestatten. Diese Emissionszertifikate können zwischen Staaten gehandelt werden. Zum erreichen ihrer Emissionsminderungsverpflichtungen hat die Europäische Union einen Emissionshandel auf Unternehmensebene eingeführt. Im Rahmen von Nationalen Allokationsplänen (→ NAP) werden Zertifikate (→ EUA) an die beteiligten Unternehmen vergeben. Unternehmen, die mehr Zertifikate benötigen, als sie zugeteilt bekommen, müssen diese zukaufen, Unternehmen, die mehr Zertifikate erhalten, als sie benötigen, können diese verkaufen. Jedem Marktteilnehmer ist es freigestellt, Emissionszertifikate zu erwerben oder Minderungsmaßnahmen zu implementieren.

EMTN-(Europäisches Medium-Term-Note-)Programm, 61
Bietet die Möglichkeit als standardisierte Dokumentationsplattform mittel- und langfristige Schuldverschreibungen am Eurokapitalmarkt zu begeben.

EnWG – Energiewirtschaftsgesetz, 36
Das im Juli 2005 in Kraft getretene EnWG hat die Strom- und Gasversorgung in ein Regulierungssystem überführt. Kernpunkte des Gesetzes sind die Definition von Netzbetreiberpflichten, Regeln für Netzzugang und Netzentgelte sowie die Überwachung durch die Bundesnetzagentur oder die Landesregulierungsbehörden.

EUA – EU-Allowance, 48f.
Kleinste Handelseinheit im → Emissionshandel in der EU.

Fermenter, 79
Gärbehälter z. B. einer Biogasanlage, in dem Biogas aus → Biomasse gewonnen wird. Biogas kann zu Erdgasqualität aufbereitet werden und Erdgas substituieren.

Fotovoltaik, 41
Direkte Umwandlung von Strahlungsenergie der Sonne in elektrische Energie. Die Umwandlung findet in Solarzellen statt.

Gegeneinanderregeln, 53, 85
Gleichzeitiger, entgegengerichteter Einsatz von → Regelenergie. In einer → Regelzone wird negative Regelenergie zum Ausgleich einer Überspeisung eingesetzt, während in einer anderen Regelzone positive Regelenergie zum Ausgleich einer Unterspeisung eingesetzt wird. Ein intelligentes Kooperationsmodell der drei Übertragungsnetzbetreiber EnBW Transportnetze AG, E.ON Netz GmbH und Vattenfall Europe Transmission GmbH zur Optimierung des Regelenergieeinsatzes vermeidet seit Dezember 2008 derartige Situationen. Der Bedarf und die Kosten für Regelenergie werden dadurch deutlich reduziert.

Geothermie, 41, 79, 102
In Form von Wärme gespeicherte Energie unter der Erdoberfläche. In Deutschland herrschen in Tiefen von mehren Tausend Metern Temperaturen von mehr als 100 °C, die zur Stromerzeugung genutzt werden können. Erdwärme zum Heizen von Gebäuden kann mit Sonden gewonnen werden, die nur etwa 100 m tief in die Erde reichen müssen.

Humankapital, 66
Darunter verstehen wir Fachkompetenz, Management- und Sozialkompetenz sowie Mitarbeitermotivation. Fachkompetenz meint alle für die erfolgreiche Durchführung der Geschäftsprozesse entscheidenden Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten der Mitarbeiter. Management- und Sozialkompetenz beschreibt die Fähigkeit, komplexe Aufgabenstellungen zielorientiert und konstruktiv zu unternehmerisch sinnvollen Lösungen zu führen. Auch die Fähigkeit, Menschen zu führen und zu motivieren, gehört dazu. Mitarbeitermotivation bezeichnet die Leistungs- und Einsatzbereitschaft sowie die Identifikation der Mitarbeiter mit ihrer Aufgabe und ihrem Unternehmen.

ICE – Intercontinental Exchange, 89
Elektronische Rohstoffbörse, an der vor allem Ölprodukte, Emissionsberechtigungen, Gas und auch Strom mit Lieferpunkt in Großbritannien gehandelt werden.

IETA – International Emissions Trading Association, 89, 167
Internationale Emissionshandelsvereinigung. Diese Organisation wurde 1999 gegründet mit dem Ziel, einen funktionsfähigen internationalen Rahmen für den Handel mit Treibhausgasemissionen zu schaffen und ein Emissionshandelssystem zu entwickeln (→ Emissionshandel), das zu einer echten, überprüfbaren Verringerung der Treibhausgasemissionen und zu einem Ausgleich zwischen Wirtschaftlichkeit einerseits und Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit andererseits führt.

ISDA – International Swaps and Derivatives Association, 89, 167
Handelsorganisation der Teilnehmer am Markt für OTC-Derivate. Die ISDA hat einen standardisierten Vertrag, das ISDA Master Agreement, veröffentlicht, die zwei Kontrahenten abschließen, bevor sie miteinander → Derivate handeln.

JI – Joint Implementation, 83, 97
Gemeinsame Projektumsetzung. JI-Projekte haben das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Sie werden im Rahmen des → Kyoto-Protokolls von Investoren aus Industrieländern in anderen Industrieländern durchgeführt. Die erzielten Emissionsminderungen werden dem Investor in Form von Emissionsreduktionseinheiten gutgeschrieben, die von Unternehmen zur Erfüllung der Abgabeverpflichtung im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems (→ Emissionshandel) verwendet werden können.

KWK – Kraft-Wärme-Kopplung, 16, 39, 41
Die Abwärme eines Kraftwerks kann in seinem Umfeld zum Heizen von Gebäuden oder als Prozesswärme genutzt werden. In diesem Fall wird bei gleichem Brennstoffeinsatz mehr Energie gewonnen. Ein Kraftwerk, das Strom und Wärme gekoppelt erzeugt, nennt man Heizkraftwerk.

Kyoto-Protokoll, 83, 97
Benannt nach dem Ort der Konferenz in Japan 1997. Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen mit dem Ziel des Klimaschutzes. Das Abkommen schreibt erstmals verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen fest, die die hauptsächliche Ursache der globalen Erwärmung sind. 38 Industrieländer verpflichten sich erstmals dazu, ihre Gesamtemissionen sechs wichtiger Treibhausgase, vor allem CO_2, bis 2012 um mindestens 5,2 % zu reduzieren.

LNG – Liquefied Natural Gas, 33, 47
Flüssigerdgas. Durch Abkühlung auf -161 °C verflüssigtes Erdgas. Aufgrund seines geringeren Volumens – etwa 1/600stel des Normvolumens von Erdgas in Gasform – bietet es besonders bei Transport und Lagerung große Vorteile.

Midstream, 16f., 33, 41, 97f.
Bezeichnet die Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit Import, Handel und Speicherung von Erdgas.

NAP – Nationaler Allokationsplan, 48, 83
Eine von jedem EU-Mitgliedsland im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems (→ Emissionshandel) zu erstellender Plan, der die Obergrenze des Ausstoßes von Treibhausgasen sowie Ausgabe und Verteilung der entsprechenden Emissionszertifikate regelt.

Offshore-Windenergie, 30, 62, 83
Nutzung der Windenergie auf dem Meer. Strom aus Offshore-Windenergieanlagen kann und soll einen wichtigen Beitrag zur künftigen Energie- und Klimapolitik der Bundesrepublik leisten. Die hohen durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten auf dem Meer versprechen enorme Energiepotenziale. Mit der Weiterentwicklung der Windenergietechnologie, die sich an Land mittlerweile als sehr zuverlässig und kostengünstig erwiesen hat, lassen sich diese Potenziale erschließen.

Peak, 44f.
Spitzenlastprodukt. In Deutschland Lieferung/Abnahme von Montag bis Freitag von 8:00 bis 20:00 Uhr.

Rauchgasreinigung, 78
Weitgehende Reduzierung von bei der Verbrennung fester Brennstoffe wie Kohle entstehenden Rauchgasinhaltsstoffen wie Stickstoffoxid, Staub und Schwefeldioxid. Dazu durchlaufen die aus dem Kessel kommenden Rauchgase separate Reinigungsstufen.

Regelenergie/Regelleistung, 53, 85
Gewährleistet die Versorgung der Verbraucher mit genügend elektrischer Energie in ausreichender Qualität bei unvorhergesehenen Ereignissen im Stromnetz. Dazu können kurzfristig Leistungsanpassungen bei regelfähigen Kraftwerken durchgeführt werden, schnell anlaufende Kraftwerke (z. B. Gasturbinenkraftwerke) gestartet oder Pumpspeicherwerke eingesetzt werden. Häufig wird der Begriff Regelenergie auch für die Energie verwendet, die die Übertragungsnetzbetreiber zur Bereitstellung von Systemdienstleistungen einkaufen.

Regelzonen, 53, 85, 95
Aufgabe der deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) ist es, das Leistungsgleichgewicht zwischen Stromerzeugung und -abnahme in der Regelzone ständig aufrecht zu erhalten und den Bilanzkreisen (Stromerzeuger und -abnehmer) Ausgleichsenergie aus der vorgehaltenen Sekundärregelleistung und Minutenreserve zur Verfügung zu stellen. Die enge Zusammenarbeit zwischen den deutschen ÜNB trägt dazu bei, den Gesamtbedarf an → Regelleistung möglichst niedrig zu halten.

SER II – Second Strategic Energy Review, 50
Mitteilung der Europäischen Kommission zur Neufassung der "Überprüfung der europäischen Energiestrategie". Diese ist die Grundlage für eine strategische Neuausrichtung einer europäischen Energiepolitik.

Strukturkapital, 66
Setzt sich zusammen aus Unternehmenskultur, Kommunikation und Organisation sowie Innovation. Die Unternehmenskultur umfasst alle geteilten Werte und Normen, die den Umgang miteinander, den Wissensaustausch sowie die Art zu arbeiten prägen. Kommunikation und Organisation beinhalten sämtliche Strukturen und Prozesse, die die Arbeitsteilung und die erforderlichen Abstimmungen in der Leistungserbringung sicherstellen und steuern. Innovation umfasst die Strukturen und Prozesse, die die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen sowie Verfahrens- und Prozessverbesserungen unterstützen.

Unbundling, 101
Ownership Unbundling. Nach dem Energiewirtschaftsgesetz geforderte eigentumsrechtliche Entflechtung von Stromerzeugung und Vertrieb in Europa, das heißt Trennung der netzbezogenen von den marktbezogenen Aktivitäten vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen (→ vertikale Integration).

Vertikale Integration, 16, 32, 41, 50
Unternehmen, die sowohl auf der Netzseite (Transport und Verteilung) als auch auf der Marktseite (Erzeugung, Handel und Vertrieb) Aktivitäten entfalten, bezeichnet man als vertikal integriert.

VGB PowerTech e. V., 79
Freiwilliger Zusammenschluss von Unternehmen, für die der Kraftwerksbetrieb und die dazugehörige Technik eine wichtige Grundlage ihres unternehmerischen Handelns ist. Ziel ist die Förderung und Optimierung der Betriebssicherheit, Verfügbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit der bei den Mitgliedern bestehenden und neu zu errichtenden Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung. Der VGB arbeitet ferner mit an der Normung und der Aufstellung technischer Regelwerke auf dem Gebiet der Kraftwerkstechnik. Der Verband hat zurzeit 444 Mitglieder in 32 Ländern.

Vollauktionierung, 83
Von der EU-Kommission geplante Vollversteigerung der CO_2-Zertifikate für Stromerzeuger ab 2013. Bislang werden die meisten Zertifikate frei zugeteilt.

Mehrjahresübersicht

EnBW-Konzern

Ergebnis		
Umsatz	Mio. €	
EBITDA	Mio. €	
EBIT	Mio. €	
Konzernüberschuss[1]	Mio. €	
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss[1]	€	
Bilanz		
Anlagevermögen[2]	Mio. €	
Bilanzsumme[2]	Mio. €	
Eigenkapital	Mio. €	
Eigenkapitalquote	%	
Nettofinanzschulden[3]	Mio. €	
Cashflow		
Operating Cashflow	Mio. €	
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen[4]	Mio. €	
Free Cashflow	Mio. €	
Profitabilität		
ROCE[2]	%	
Wertbeitrag[2]	Mio. €	
Kapitalmarkt		
Dividende je Aktie	€	
Ausschüttung	Mio. €	
Marktkapitalisierung[6]	Mrd. €	
Strom[7]		
Stromabsatz Privatkunden (B2C)	Mrd. kWh	
Stromabsatz Industrie- und Weiterverteiler (B2B)	Mrd. kWh	
Stromabsatz Handel	Mrd. kWh	
Umsatz	Mio. €	
EBIT[2]	Mio. €	
Gas[7]		
Gasabsatz Privatkunden (B2C)	Mrd. kWh	
Gasabsatz Industrie und Weiterverteiler (B2B)	Mrd. kWh	
Umsatz	Mio. €	
EBIT[2]	Mio. €	
Energie- und Umweltdienstleistungen		
Umsatz	Mio. €	
EBIT[2]	Mio. €	
Strombereitstellung den EnBW-Konzerns im Kerngeschäft nach Primärenergieträgern[9]		
Fossile und sonstige Energie (früher: Kohle, Öl, Gas)	%	
Kernenergie	%	
Erneuerbare Energien (früher: Wasser und sonstige erneuerbare Energien)	%	
Primärenergie nicht bekannten Ursprungs	%	
Mitarbeiter		
Anzahl der Mitarbeiter des EnBW-Konzerns im Durchschnitt[10]	Anzahl	
Personalaufwand	Mio. €	

1 Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.
2 Die Zahlen des Geschäftsjahres 2007 wurden angepasst.
3 Ohne kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen. Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.
4 Aus fortzuführenden Aktivitäten.
5 Gemäß Vorschlag an die Hauptversammlung.

	2008	2007	2006	2005	2004
	16.305	14.712	12.860	10.769	9.124
	2.540	2.336	2.274	2.054	2.045
	1.468	1.559	1.451	1.335	1.243
	872	1.364	1.002	532	318
	3,57	5,58	4,10	2,21	1,40
	20.241	20.753	20.903	18.867	18.304
	32.925	28.436	28.148	24.942	23.928
	5.583	6.002	4.492	3.068	2.399
	17,0	21,1	16,0	12,3	10,0
	2.919	2.972	3.593	3.284	3.939
	1.524	1.559	1.467	1.330	1.546
	1.246	816	630	547	418
	415	853	1.027	1.071	1.331
	17,1	16,2	16,9	13,6	11,7
	964	828	815	429	252
	2,01[5]	1,51	1,14	0,88	0,70
	491[5]	369	279	215	171
	9,2	14,7	12,3	11,2	6,8
	23	22	23	21	22[8]
	61	62	56	51	55[8]
	46	55	40	35	24[8]
	12.736	11.540	9.509	8.125	7.089
	1.540	1.378	1.473	1.205	1.131
	13	12	11	11	9[8]
	57	63	73	78	74[8]
	2.881	2.479	2.758	2.102	1.541
	-50	172	223	130	116
	688	693	593	543	495
	86	132	-128	85	87
	14	16	19	24	23
	28	27	34	36	39
	20	17	16	14	16
	38	40	30	26	22
	20.357	20.499	20.259	17.926	19.881
	1.480	1.476	1.368	1.222	1.137

[6] Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum Ende des Geschäftsjahres, multipliziert mit dem Jahresschlusskurs.
[7] Nettoausweis der gehandelten Strom- und Gasmengen.
[8] Strom- und Gasabsatzzahlen angepasst and die Geschäftsfeldstruktur zum 31.12.2005.
[9] Die Zahlen des Geschäftsjahres 2005 wurden angepasst; seit 2005 wird die Aufteilung nach Primärenergieträgern analog § 42 EnWG ausgewiesen.
[10] Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse.
Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

Impressum | Bildnachweis | Kontakte

Herausgeber
EnBW Energie
Baden-Württemberg AG
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
www.enbw.com

Koordination und Redaktion
Unternehmenskommunikation,
Karlsruhe

Gestaltung und Lithografie
3st kommunikation GmbH,
Mainz

Satz
Inhouse produziert mit FIRE.sys

Druck
Sommer Corporate Media
GmbH & Co. KG, Waiblingen

Papier:
400g/m², 170g/m², 135g/m²
Scheufelen, heaven 42

ISBA: B.2225.0902

Veröffentlichung des
EnBW-Geschäftsberichts 2008:
27. Februar 2009

Fotos des Vorstands
S. 4, 8, 9
Michael Dannenmann, Düsseldorf

Foto des Aufsichtsrats
S. 195
Bertold Steinhilber, Stuttgart

Titel/Umschlag
Shutterstock Images

S. 2, 27, 28, 29
Peter Stumpf, Düsseldorf
S. 11, 12, 13
fcg-architekten, München
S. 105, 106, 107,
Horst Rudel, Stuttgart
S. 191, 192, 193
Gunnar Britse, Schweden
S. 219, 220, 221
Bertold Steinhilber, Stuttgart

S. 18, 19, Umschlag „Top-Themen"
EnBW Energie Baden-
Württemberg AG

Aktionärshotline/
Investor Relations
Telefon: 0800 1020030 oder
0800 AKTIEENBW
Telefax: 0800 3629111
E-Mail: info@investor.enbw.com
Internet: www.enbw.com

Konzernpublikationen
Weitere Exemplare dieses Geschäftsberichts und anderer Konzernpublikationen wie Innovationsbericht und Nachhaltigkeitsbericht senden wir Ihnen auf Anfrage gern kostenlos zu.
Diese Berichte sind in deutscher und englischer Sprache erhältlich; der Geschäftsbericht liegt auch in französischer Sprache vor.
Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich. Bestellungen richten Sie bitte an unsere Aktionärshotline.

Auf unseren Internetseiten stehen Ihnen sämtliche Berichte und Broschüren des Konzerns als Download zur Verfügung.
Die deutsche und englische Ausgabe des Geschäftsberichts können Sie auch als interaktiven Online-Geschäftsbericht aufrufen.

Finanzkalender

27 | 02 | 2009

Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2008

23 | 04 | 2009

Hauptversammlung

08 | 05 | 2009

Veröffentlichung des Quartalsfinanzberichts

Januar bis März 2009

30 | 07 | 2009

Veröffentlichung des Halbjahresfinanzberichts

Januar bis Juni 2009

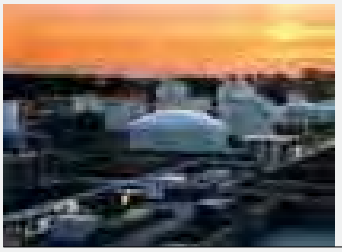
13 | 11 | 2009

Veröffentlichung des Quartalsfinanzberichts

Januar bis September 2009

Top-Themen 2008

Januar – März



Integrierte Energieversorgung

Dow und EnBW planen eine integrierte Energieversorgung am Chemiestandort Stade. Das Projekt umfasst Entwicklung, Bau und Betrieb eines hochmodernen Steinkohlekraftwerks und eines Gas- und Dampfturbinenkraftwerks mit einer Leistung von insgesamt über 1.000 MW.

Projekt zur Reduktion von Treibhausgas

Neue Möglichkeiten zur Reduktion von Treibhausgasen erforschen die EnBW und die Universität Hohenheim. Im Rahmen eines CDM-Pilotprojekts zur Herstellung von Bioenergie wird auf Madagaskar der Anbau von Jatropha-Pflanzen auf Ödland getestet.

April – Juni

Tarifeinigung erzielt

Die Tarifpartner für die private Energiewirtschaft in Baden-Württemberg einigen sich auf eine Vergütungserhöhung von 4,35% und eine Einmalzahlung von 120 €. Daneben werden die Regelungen zur Übernahme von Auszubildenden verlängert. Der Tarifvertrag hat eine 13-monatige Laufzeit bis 31. März 2009.

Offshore-Windkraftprojekte gesichert

Mit dem Erwerb aller Anteile der Eos Offshore AG und der Offshore Ostsee Wind AG steigt die EnBW in das Geschäftsfeld Offshore-Windkraft ein. Die vier bereits genehmigten Projekte dieser Gesellschaften haben eine geplante Gesamtkapazität von rund 1.200 MW.

Juli – September

26 % an EWE AG erworben

Die EnBW erhält den Zuschlag für den Erwerb von 26 % an der EWE AG mit Sitz in Oldenburg. Die Zustimmung durch das Bundeskartellamt steht noch aus.

Kommunale Ausschreibung gewonnen

Bei der Bündelausschreibung des Gemeindetags Baden-Württemberg erhält die EnBW den Zuschlag für die Lieferung von insgesamt 618 Mio. kWh im Zeitraum 2009 – 2011. Damit bleibt die EnBW wichtigster Stromlieferant der Kommunen und Verbände in Baden-Württemberg.

Oktober – Dezember

Erster bei intelligenten Stromzählern

Als bundesweit erster Energieversorger bietet die EnBW ihren Kunden im Heimatmarkt den intelligenten Stromzähler mit Echtzeitdaten in Serie an. National startet Yello Strom als erster Energieanbieter mit dem Sparzähler[online] und eröffnet diesen neuen Wettbewerbsmarkt.

Stilllegung und Abbau im KWO

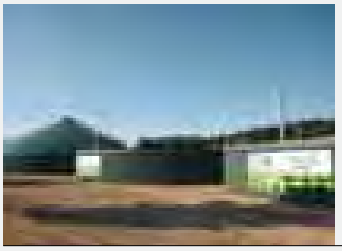
Nachdem das Umweltministerium Baden-Württemberg die erste Genehmigung zu Stilllegung und Abbau des Kernkraftwerks Obrigheim (KWO) erteilt hat, können die Arbeiten im nicht nuklearen Bereich beginnen. Der Abbau wird voraussichtlich 2020 abgeschlossen sein.

EnBW erneut Top Arbeitgeber

Die EnBW erreicht erneut einen Spitzenplatz in der von der Zeitschrift „karriere" in Zusammenarbeit mit dem geva-Institut und der Corporate Research Foundation durchgeführten Studie „Top Arbeitgeber Deutschland 2008".

Neckarwestheim sehr gut beurteilt

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) beurteilt das Kernkraftwerk Neckarwestheim als sehr gut. Die EnBW ist der einzige Kernkraftwerksbetreiber in Deutschland, dessen Produktionsstandorte innerhalb weniger Jahre komplett von der IAEA bewertet wurden.



Bioerdgasanlage in Betrieb

In Burgrieden bei Laupheim geht eine der fortschrittlichsten Bioerdgasanlagen Deutschlands in Betrieb. Das Biogas einer landwirtschaftlichen Erzeugergemeinschaft wird von der EnBW-Tochtergesellschaft Erdgas Südwest aufbereitet und ins Erdgasnetz eingespeist.

Beide Ratings bestätigt

Die Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's bestätigen die Langfristratings „A-"/„A2" und die Kurzfristratings „A-2"/„Prime-1" der EnBW. Auch der Ausblick lautet für beide Ratings weiterhin „stabil".

Brennstoffzelleneinsatz intensiviert

Die EnBW verstärkt ihr Förderprogramm zur Erprobung von Brennstoffzellen in der Hausenergie. Weitere 222 Brennstoffzellenheizgeräte sollen bis 2012 im Rahmen des Leuchtturmprojekts CALLUX in Baden-Württemberg installiert werden.

Grundstein für RDK 8 gelegt

Die EnBW legt im Karlsruher Rheinhafen den Grundstein für das neue Steinkohlekraftwerk RDK 8. Es wird über eine Bruttoleistung von 912 MW und bis zu 220 MW Fernwärmeauskopplung verfügen. Die Inbetriebnahme ist Ende 2011 geplant.

EDH übernimmt EnAlpin

Die EnBW bringt 100% der Aktien der EnAlpin AG in die Energiedienst Holding AG (EDH) ein. Im Gegenzug erhöht sich der Anteil der EnBW an der EDH auf 81,7%. Mit diesem Schritt bereitet sich die EnBW auf die Liberalisierung des Schweizer Strommarkts vor.

Gasgeschäft ausgebaut

Als Teil der strategischen Weiterentwicklung ihres Gasgeschäfts in Richtung Midstream (direkter Zugang zum Beschaffungsmarkt, zur Speicherung und zum Handel von Gas) gründet die EnBW die neue Gesellschaft EnBW Gas Midstream GmbH.

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
www.enbw.com